

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Per Fax an 02051-945-20

**Amtsgericht Velbert
Vollstreckungsgericht**

**Nedderstraße 40
42549 Velbert**

Kopie des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses an das Bundesverfassungsgericht, Anlage VG-VGB03 in Verfassungsbeschwerde zum Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin, 27. Kammer, VG 27 K 308.14, Kirchstr.7, 10557 Berlin, Fax 030-9014-8790

Velbert, 25.Aug.2021

**Einspruch gegen jeglichen Missbrauch von Staatsgewalt und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt mit Zwangsvollstreckungssache 1 DRll 872/21 auf Pfändungsschutzkonto im Auftrag des Amtsgerichtes Velbert, Vollstreckungsgericht, Nedderstr..40, 42549 Velbert
Geschäftszeichen 15 M U76/21
gegen Unterzeichner (Opfer, Opfer politisch motivierter Sippenerschlagung)**

Begründung:

01. Unterzeichner ist nicht Schuldner und nicht Täter, sondern Opfer politisch motivierter Zerschlagungen

Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

zur bundesweiten Sippenerschlagung,

zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung und

zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 1998 (über 20 Jahre)

mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:

Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend

mit Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer), Zerschlagung der deutschen Heimat, Rufmord, mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter und kapitalen Vermögensschäden, **nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa**

Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998, über 20 Jahre bitteres Unrecht (sich beiliegende Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2021, Seite 13, Haupttäter-, Mehrfachtäter- und Mittäter-Phalanx)

> **Zerschlagung 1:** unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa (0. Haupttäter)

> **Zerschlagung 2:** unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung (Täter mit tödlichem Ausgang für seinen Bruder in 2012 und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf seinen einzigen Rechtsnachfolger in NRW (8. Mittäter, 1. Mittäter)

> **Zerschlagung 3:** unter Verantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (2. Mittäter)

> **Zerschlagung 4: unter Verantwortung des klagenden Sozialversicherungsträgers (Debeka, 4. Mittäter)**, der seit 2010 (über 10 Jahre) unter Anbietung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs und unter Fortsetzung einer verfassungswidrigen, unverhältnismäßigen Opferkriminalisierung keine Versicherungsleistungen mehr erbringt

> **Zerschlagung 5: unter Verantwortung der beklagten Vollstreckungs- und Zerschlagungsjustiz**, die seit 2010 unverhältnismäßige, Menschenrechte verachtende, verfassungswidrige Opferkriminalisierung mit mehrfacher Freiheitsberaubung, psychologischer Folter, SCHUFA-Eintragungen, Erzwingung eines Pfändungsschutzkonto ohne Dispo-Kredit und mit Opfer verhöhnenden Zwangsmaßnahmen aller Art verfolgt.

02. Die letzte Klage von Debeka Kranken-Versicherungsverein a.G am Amtsgericht Velbert (11 C 89/19) mit Fortsetzung am Landgericht Wuppertal (9 S 30/21) wurde mit Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 eingestellt.

03. Gegen die Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 872/21 auf Pfändungsschutzkonto,
im Auftrag des Amtsgerichtes Velbert, Vollstreckungsgericht, wird mit Entschiedenheit Einspruch eingelegt
Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt wird beantragt.

04. Eine Kopie des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses in der Zwangsvollstreckungssache wurde dem Bundesverfassungsgericht vorgelegt als
Anlage VB-VGB03: Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung der politisch motivierten Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch Sozialversicherungsträger Debeka **ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbietung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs, hier mit manipulierten Antrag** (Geburtsdatum des 80-jährigen Opfers geschwärzt) auf Erlass eines Pfändungs-

und Überweisungsbeschlusses (eingegangen am 14.08.2021) auf Pfändungsschutzkonto. Sieh Hintergrundinformationen der Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 (AR 864/21) vom 05.01.2021
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27.pdf>
Scroll down after link (page 155)

05. Der Pfändungs- und Überweisungsbeschluss in der Zwangsvollstreckungssache 1 DRll 872/21 resultiert aus einem verfassungswidrigen, künstlichen Teilversäumnisurteil vom 16.04.2015 (Az 7 O 314/12)

mit Missbrauch eingeschränkter Prozesskostenhilfe zur Unterdrückung der kausalen Zusammenhänge mit politisch motivierten Zerschlagungen. Darüber hinaus wurde ein verfassungswidriger Notlagentarif in dem „Teilversäumnisurteil“ festgelegt. Darüber wurde in der Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 vorgetragen.

Unverhältnismäßige, Opfer verhöhnende Opferkriminalisierung mit Täter/Opfer-Umkehr ist verfassungswidrig. Rechtsanwendungen ohne Respektierung der Grundrechte und grundrechtsgleichen Rechte haben keine Rechtskraft. **Der Pfändungs- und Überweisungsbeschluss ist unmissverständlich zu bekämpfen.**

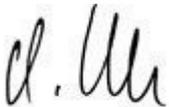
Sieh auch Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2021 (beiliegend, Seite 18):

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>

Scroll down after link (page 18)

Einspruch gegen jeglichen Missbrauch von Staatsgewalt und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch **GVin Franziska Ritzhaupt** sind hiermit ausführlich begründet.

Velbert, 25.Aug.2021



Albin L. Ockl

Anlage AG21/08: Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2021 mit Anlage VB-VGB03: Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung der politisch motivierten Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch Sozialversicherungsträger Debeka (ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbiederung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs, hier mit manipulierten Antrag)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>

Scroll down after link (page 18/25)

Per Fax an 0202-498-3504

**Landgericht Wuppertal
Beschwerdegericht zu
15 M U76/21 am Amtsgericht Velbert**

**Eiland 1
42103 Wuppertal**

Velbert, 06.Sept.2021

**Sofortige Beschwerde gemäß §567 ZPO
mit Antrag auf Prozesskostenhilfe**

gegen Zwangsvollstreckungssache 1 DRII 872/21 auf Pfändungsschutzkonto
im Auftrag des Amtsgerichtes Velbert, Vollstreckungsgericht, Nedderstr..40,
42549 Velbert

Geschäftszeichen 15 M U76/21

wegen verheerender Folgewirkungen von

**Politisch motivierten Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung staatlichen Übergriffe**
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung wegen Versagung
von Rehabilitierung und Schadenersatz und
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 1998
**mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für
Deutschland:**

**Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer
übergreifend, Generationen übergreifend**

mit Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer), Zerschlagung der
deutschen Heimat, Rufmord, mehrfacher Freiheitsberaubung mit
psychischer Folter und kapitalen Vermögensschäden,

**nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes
des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für
digitale Evolution in Deutschland und Europa**

Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden
Generation seit 1998, über 20 Jahre bitteres Unrecht

Albin L. Ockl (Beschwerdeführer, Zerschlagungsopfer) gegen
Debeka Krankenversicherungsverein a.G. (Mittäter politisch motivierter
Zerschlagungen, ehemaliger Sozialversicherungsträger)

Hier: Durchführung der Zwangsvollstreckungssache 1 DRII 872/21 der Debeka
Krankenversicherung a.G. (eingegangen am 14.08. 2021 mit förmlicher
Zustellung) auf Pfändungsschutzkonto ohne rechtliches Gehör zu
termingerechten Einspruch vom 25.Aug.2021

Begründung mit fortlaufender Nummerierung

06. Termingerechter Einspruch vom 25.Aug.2021 gegen Durchführung der Zwangsvollstreckungssache 1 DRll 872/21 auf Pfändungsschutzkonto inkl. Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt.
> Verfassungswidrig: Versagung von rechtlichem Gehör zur Antragstellung und zur Begründung des Einspruch ohne Beantwortung wegen Manipulation des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses durch Schwärzung des Geburtstages des Zerschlagungsopfers im 80.Lebensjahr (manipulative Verschleierung der skrupellosen Respektlosigkeit gegenüber der älteren Generation) und wegen
> Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe, hier Zwangsmaßnahme durch einen Sozialversicherungsträger, der seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt, unter Anbietung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs der Krankenversicherung aus einem verfassungswidrigen „Teilversäumnis“-Urteil mit Anlage AG21/08: Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2021 inkl. Anlage VB-VGB03: Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung einer politisch motivierten Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch Sozialversicherungsträger Debeka (ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbietung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs, hier mit manipulierten Antrag / manipulierte Verschleierung einer skrupellosen Respektlosigkeit gegen die ältere Generation) Sieh Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1959/21 vom 18.Aug.2021 (beiliegend, Seite 18):

07. Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2021 (1 BvR 1959/21) mit Anlage VB-VGB03

>>> <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>

Scroll down after link (page 18/25)

Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz am Verwaltungsgericht Berlin wegen

Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

zu bundesweiter Sippenzerschlagung,

zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung und

zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 1998

mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:

Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend

mit Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer), Zerschlagung der deutschen Heimat, Rufmord, mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, kapitalen Vermögensschäden und mit Zwangsmaßnahmen aller Art

nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der

regierenden Generation seit 1998, über 20 Jahre bitteres Unrecht

> unter Verantwortung der beklagten Bundesrepublik Deutschland

> unter Verantwortung des beklagten Freistaates Bayern

> unter Verantwortung des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR)

> unter Verantwortung des klagenden
Sozialversicherungsträgers, (Debeka)

**08. Auffällig: Skrupellosigkeit des Vollstreckungsgerichtes
Missbrauch von Staatsgewalt mit manipulierter Zwangsmaßnahme
einfacher als das Durchlesen von Verfassungsbeschwerden.
Rechtspfleger anstatt informierte Richter*in am Vollstreckungsgericht
bemängelt Nicht-Erkennung eines konkreten Antrags**
> Opfer verhöhnende Wahrheitsbeugung, weil Antrag auf Unterlassung
jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt
unmissverständlich gestellt.
> Vollstreckungs-Gericht will konkrete Erläuterung, obwohl
Verfassungsbeschwerde mit fundierter Erläuterung in aktuellster
Ausführung vom 18.Aug.2021 (1 BvR 1959/21) beigelegt
Offensichtlich: Rechtspfleger nicht in der Lage, die Informationen zu einem
**Politik-, Verwaltungs- und Justizskandal in Deutschland zu
erfassen und zu bewerten**
> Vollstreckungsgericht ist kein grundrechtsfreier Raum für signifikante
Beteiligung an politisch motivierter Sklavenhaltung
> Vorwurf gegen das Vollstreckungsgericht: Schwere, jahrelange Opfer-
Diskriminierung, skrupellose Alter-Diskriminierung mit manipulierter
Zwangsmaßnahme, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung mit
Täter/Opfer-Umkehr
> Wiederholung des Antrags auf Unterlassung jedweden Missbrauchs von
skrupelloser Staatsgewalt
> Vorlage dieser sofortigen Beschwerde beim Verwaltungsgericht Berlin als
Beispiel für politisch motivierte Sklavenhaltung mit Missbrauch von
Staatsgewalt durch Amtsgericht Velbert

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich
nachlesbar in der
vernetzten Internet-Doku der Verfassungsbeschwerde:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>
Scroll down after link (page 03)

Zu 06. Termingerechter Einspruch vom 25.Aug.2021 gegen Durchführung der Zwangsvollstreckungssache 1 DRII 872/21 auf Pfändungsschutzkonto inkl. Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt.
> Verfassungswidrig: Versagung von rechtlichem Gehör zur Antragstellung und zur Begründung des Einspruch ohne Beantwortung wegen Manipulation des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses durch Schwärzung des Geburtstages des Zerschlagungsopfers im 80.Lebensjahr (manipulative Verschleierung der skrupellosen Respektlosigkeit gegenüber der älteren Generation) und wegen
> Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe, hier Zwangsmaßnahme durch einen Sozialversicherungsträger, der seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt, unter Anbietung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs der Krankenversicherung aus einem verfassungswidrigen „Teilversäumnis“-Urteil mit Anlage AG21/08: Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2021 inkl. Anlage VB-VGB03: Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung einer politisch motivierten Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch Sozialversicherungsträger Debeka (ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbietung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs, hier mit manipulierten Antrag / manipulierte Verschleierung einer skrupellosen Respektlosigkeit gegen die ältere Generation) Sieh Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1959/21 vom 18.Aug.2021 (beiliegend, Seite 18):
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>
Scroll down after link (page 18/25)

Der Beschwerdeführer hat gegen die Durchführung der Zwangsvollstreckungssache 1 DRII 872/21 der Debeka Krankenversicherung a.G. (eingegangen am 14.08. 2021 mit förmlicher Zustellung) mit Schriftsatz vom 25.Aug.2021 folgenden Einspruch mit Ziffer 01-05 begründet:

Zu 01. Unterzeichner ist nicht Schuldner und nicht Täter, sondern Opfer politisch motivierter Zerschlagungen
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
zu bundesweiter Sippenzerschlagung,
zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung und
zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 1998 (über 20 Jahre)
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend
mit Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer), Zerschlagung der deutschen Heimat, Rufmord, mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter und kapitalen Vermögensschäden,
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998, über 20 Jahre bitteres Unrecht
(sich beiliegende Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2021, Seite 13, Haupttäter-, Mehrfachtäter- und Mittäter-Phalanx)

> **Zerschlagung 1:** unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa (0. Haupttäter)

> **Zerschlagung 2:** unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung (Täter mit tödlichem Ausgang für seinen Bruder in 2012 und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf seinen einzigen Rechtsnachfolger in NRW (8. Mittäter, 1. Mittäter)

> **Zerschlagung 3:** unter Verantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (2. Mittäter)

> **Zerschlagung 4: unter Verantwortung des klagenden Sozialversicherungsträgers (Debeka, 4. Mittäter),** der seit 2010 (über 10 Jahre) unter Anbiederung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs und unter Fortsetzung einer verfassungswidrigen, unverhältnismäßigen Opferkriminalisierung keine Versicherungsleistungen mehr erbringt

> **Zerschlagung 5: unter Verantwortung der beklagten Vollstreckungs- und Zerschlagungsjustiz,** die seit 2010 unverhältnismäßige, Menschenrechte verachtende, verfassungswidrige Opferkriminalisierung mit mehrfacher Freiheitsberaubung, psychologischer Folter, SCHUFA-Eintragungen, Erzwingung eines Pfändungsschutzkonto ohne Dispo-Krediten und mit Opfer verhöhnenden Zwangsmaßnahmen aller Art verfolgt.

Zu 02. Die letzte Klage von Debeka Kranken-Versicherungsverein a.G am Amtsgericht Velbert (11 C 89/19) mit Fortsetzung am Landgericht Wuppertal (9 S 30/21) wurde mit Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 eingestellt.

Zu 03. Gegen die Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 872/21 auf Pfändungsschutzkonto,
im Auftrag des Amtsgerichtes Velbert, Vollstreckungsgericht, wird mit Entschiedenheit Einspruch eingelegt
Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GV in Franziska Ritzhaupt wird beantragt.

Zu 04. Eine Kopie des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses in der Zwangsvollstreckungssache wurde dem Bundesverfassungsgericht vorgelegt als

Anlage VB-VGB03: Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung der politisch motivierten Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch Sozialversicherungsträger Debeka **ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbiederung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs, hier mit manipulierten Antrag** (Geburtsdatum des 80-jährigen Opfers geschwärzt) auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses (eingegangen am 14.08.2021) auf Pfändungsschutzkonto. Sieh Hintergrundinformationen der Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 (AR 864/21) vom 05.01.2021
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27.pdf>
Scroll down after link (page 155)

Zu 05. Der Pfändungs- und Überweisungsbeschluss in der Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 872/21 resultiert aus einem verfassungswidrigen, künstlichen „Teilversäumnis“-Urteil vom 16.04.2015 (Az 7 O 314/12)
mit Missbrauch eingeschränkter Prozesskostenhilfe zur Unterdrückung der

kausalen Zusammenhänge mit politisch motivierten Zerschlagungen. Darüber hinaus wurde ein verfassungswidriger Notlagentarif in dem „Teilversäumnisurteil“ festgelegt. Darüber wurde in der Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 ausführlichst vorgetragen.

Unverhältnismäßige, Opfer verhöhnende Opferkriminalisierung mit Täter/Opfer-Umkehr ist verfassungswidrig. Rechtsanwendungen ohne Respektierung der Grundrechte und grundrechtsgleichen Rechte haben keine Rechtskraft. **Der Pfändungs- und Überweisungsbeschluss ist unmissverständlich zu bekämpfen.**

Sieh auch Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2021 (beiliegend, Seite 18):

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>

Scroll down after link (page 18) und

Einspruch gegen jeglichen Missbrauch von Staatsgewalt und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt sind hiermit ausführlich begründet.

Zur Zeit hat sich das Zerschlagungsopfer wieder gegen eine **orgienartige Ausuferung parallel** in mehreren Gerichtsverfahren zu wehren

> am Verwaltungsgericht Berlin (VG 27 K 308.14) gegen die Bundesrepublik Deutschland,

> am Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 4325/18) gegen den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk / Westdeutschen Rundfunk und

> am Amtsgericht Velbert (Vollstreckungsgericht) gegen den Sozialversicherungsträger Debeka , sowie

> gegen einen Festsetzungsbescheid des Westdeutschen Rundfunk Köln vom Juli 2021 (inzwischen eingestellt),

gegen „Sklavenjäger“, die mit einer Beendigung politisch motivierter Sklavenhaltung nicht einverstanden sind.

Sieh **Anlage VB-VGB03:**

Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung der politisch motivierten Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch **Sozialversicherungsträger Debeka ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbieterung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs, hier mit manipulierten Antrag** (Geburtsdatum des 80-jährigen Opfers geschwärzt) auf Erlass eines Pfändungsbeschlusses (eingegangen am 14.08.2021) auf Pfändungsschutzkonto ohne Kreditmöglichkeiten und ohne Respektierung seines Alter.

Sieh Hintergrundinformationen der

Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 (AR 864/21) vom 05.01.2021

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27.pdf>

Scroll down after link (page 155) und

Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1959/21 vom 18.08.2021 (beiliegend, S. 18):

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>

Scroll down after link (page 18/25)

Zu 07. Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2021 (1 BvR 1959/21) mit
Anlage VB-VGB03

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>

Scroll down after link (page 18)

Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz
am Verwaltungsgericht Berlin wegen

**Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer
Ausuferung staatlicher Übergriffe**

zu bundesweiter Sippenzerschlagung,

zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung und

zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 1998

**mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für
Deutschland:**

**Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer
übergreifend, Generationen übergreifend**

**mit Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer), Zerschlagung
der deutschen Heimat, Rufmord, mehrfacher Freiheitsberaubung
mit psychischer Folter, kapitalen Vermögensschäden und**

mit Zwangsmaßnahmen aller Art

**nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes
des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für
digitale Evolution in Deutschland und Europa**

**Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der
regierenden Generation seit 1998, über 20 Jahre bitteres Unrecht**

> unter Verantwortung der beklagten Bundesrepublik Deutschland

> unter Verantwortung des beklagten Freistaates Bayern

**> unter Verantwortung des beklagten Öffentlich-rechtlichen
Rundfunks (ÖRR)**

**> unter Verantwortung des klagenden
Sozialversicherungsträgers, (Debeka)**

Die Verfassungsbeschwerde (über 1500 Seiten inkl. Anlagen) umfasst folgende
Kapitel:

BVERFG-01. Sofortige Beschwerde gemäß §146 VwGO vom 26.Juni
2021 gegen Beschluss VG 27 K 308.14 vom 04.Juni 2021

(eingegangen am 16.06.2021) mit Verweis auf Entscheidungsgründe
des Gerichtsbescheids vom gleichen Tage,

Kapitel 138 bis 145 der sofortigen Beschwerde (Anlage VB-VGB01)

Anhörungsrüge nach §152a VwGO vom 22.Juli 2021

wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde und

Verfassungsbeschwerde wegen Nicht-Bescheidung der

Anhörungsrüge

Kapitel 146 bis 148 der Anhörungsrüge (Anlage VB-VGB02)

BVERFG-02. „Bürger sind keine Untertanen“, so

Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier,

Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2002-2010).

**Opfer-Anspruch auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz
wegen**

**Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung
staatlicher Übergriffe**

zu bundesweiten Sippenzerschlagung am Wohnort und am Geburtsort,

zu unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung

mit Täter/Opfer-Umkehr und

zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 1998

**mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für
Deutschland:**

Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

- > unter persönlicher Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
- > unter Verantwortung der beklagten Bundesrepublik Deutschland (Zerschlagung 1)
- > unter Verantwortung des beklagten Freistaates Bayern (Zerschlagung 2)
- > unter Verantwortung des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3)
- > wegen unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung durch klagenden Sozialversicherungsträger (ohne Versicherungsleistungen seit 2010 und mit Anbietung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs, Zerschlagung 4)
- > wegen Rechtsschutz gegen überlange Gerichtsverfahren ohne rechtsanwaltliche Unterstützung infolge staatlich erzwungener Altersarmut
- > wegen Rechtsschutz gegen Opfer kriminalisierende Zwangsmaßnahmen mit Täter/Opfer-Umkehr infolge staatlich erzwungener Altersarmut etc.
- > wegen einer zunehmenden, Opfer verhöhnenden Sklavenjagd einer politisch motivierten Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung diskriminierender, diskreditierender und diffamierender Zwangsmaßnahmen

**BVERFG-03. Entwürdigend, Opfer verhöhnend und verfassungswidrig entsprechend Art.1 Abs.1 GG:
Politisch motivierte Sklavenhaltung (Bürger sind keine Untertanen) mit Zerschlagung der Mobilität seit 1998**

- > Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung, zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung und zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 1998
- > Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend
- > **unter persönlicher Verantwortung der regierenden Generation mit Immunitätsschutz seit 1998:**
 - > **Bundeskanzler Gerhard Schröder** (1998-2005, heute Putin-Berater)
 - > **Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier** (1999-2005, heute Bundespräsident)
 - > **Bundeskanzlerin Angela Merkel** (2005-2021 mit GroKo-Kabinetten)
 - > **Bayerischer Staatsminister Markus Söder** (2007-2018, heute Ministerpräsident)
- > **Gerichtsverfahren am laufendem Bande seit 2010 nach Vernichtung ansehnlicher Altersrücklagen seit 2010, mit orgienartiger Ausuferung parallel und hintereinander, ohne Weihnachtsruhe, ohne Osterruhe, ohne Urlaubsrue, ohne rechtsanwaltliche Unterstützung**
 - > Reduzierung der Gerichtsverfahren auf Zerschlagungsjustiz, mit unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung durch Täter/Opfer-Umkehr, ohne rechtliches Gehör für Rehabilitierung und Schadenersatz
 - > Gerichtsverfahren an Verwaltungsgerichten (Berlin, Düsseldorf, Regensburg) bis zum Bundesverfassungsgericht
 - > Gerichtsverfahren an Amtsgerichten (Velbert, Mettmann) und Landgerichten (Wuppertal) bis zum Bundesverfassungsgericht

> Gerichtsverfahren an Sozialgerichten (Düsseldorf) bis zum Bundesverfassungsgericht

BVERFG-04. Anzugreifende Hoheitsakte dieser Verfassungsbeschwerde

Verfassungswidrig wegen Versagung von rechtlichem Gehör wegen Nicht-Bescheidung einer sofortigen Beschwerde und wegen Nicht-Bescheidung einer anschließenden Anhörungsrüge: Verstoß gegen das Prozess-Grundrecht gemäß Art.103 Abs,1 GG

Verfassungswidrig wegen massiven Verstoß gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren (Art.6 EMRK bzw. Art.1 Abs.1 GG und Art.2 Abs.1 GG iVm Rechtsstaatsprinzip).

Verfassungswidrig, weil politisch motivierte Sklavenhaltung durch Gerichte übergreifende Verfahren einer best vernetzten skrupellosen Haupttäter-, Mehrfachtäter- und Mittäter-Phalanx: entwürdigend, Opfer verhöhnend, persönliche Freiheit verletzend (Art.2 Abs.1 und Art.2 Abs.2 GG)

Widerstandsrecht nach Art.20 Abs.4 GG, da keine Abhilfe gegen politisch motivierte Sippenzerschlagung seit 1998 und wegen verwaltungsgerichtlichen Verfahren seit 2011 trotz ständiger Anmahnungen der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung, hier seit 2017 gemäß Anlage OVG2021-03 (24 mal vergeblich angemahnt) wegen politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung, zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Zerschlagung der Mobilität zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung **wegen gigantischer, Deutschland schadender, verfassungswidriger Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998, über 20 Jahre bitteres Unrecht**

nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsoffers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku der Verfassungsbeschwerde:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>

Das klagende Zerschlagungsoffer hat mit Schriftsatz vom 26.Juni 2021 an das Verwaltungsgericht Berlin das Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde gemäß §146 VwGO gegen Beschluss VG 27 K 308.14 vom 04.Juni 2021 (eingegangen am 16.06.2021) mit Verweis auf Entscheidungsgründe des Gerichtsbescheids vom gleichen Tage eingelegt. Die sofortige Beschwerde betrifft die Kapitel 138 bis 145 (siehe Anlage VB-VGB01):

Kapitel 138. Zerschlagungsoffer: „Bürger sind keine Untertanen“, so auch Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier, Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2002-2010).

> Seit 1998: Umverteilung von Digitalbranche zu Automobilbranche

mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 skrupellos erzwungen.
Deutschland 2000: Digitale Spitzenstellung im globalen Vergleich
Deutschland heute: Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa wegen politisch motivierter Zerschlagungen.
Von politisch motivierter Sippenzerschlagung zu politisch motivierter Sklavenhaltung

mit krimineller Umsetzung von Wahlkampf-Strategien einer skandalösen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik, mit unverhältnismäßigem, verfassungswidrigem Opferkriminalisierungs-Wahnsinn durch Täter/Opfer-Umkehr, unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998:
> **Bundeskanzler Gerhard Schröder** (1998-2005, heute Putin-Berater)
> **Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier** (1999-2005, heute Bundespräsident)
> **Bundeskanzlerin Angela Merkel** (2005-2021 mit GroKo-Kabinetten)
> **Bayerischer Staatsminister Markus Söder** (2007-2018, heute Ministerpräsident)
Erdrückende Beweislage zu persönlicher Beteiligung der regierenden Generation

Kapitel 139. Politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort (Sippenhaft mit unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung)

Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, enteignet, entrechtet seit 1998

Ausgehebelt mit Monster Markteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000

Zerschlagung wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Abgehängt, ausgegrenzt und enteignet durch Kommunikationsverweigerung, durch Einrichtung einer staatlichen Ersatzveranstaltung (Nationaler IT-Gipfel, Digitalgipfel)

Entrechtet mit Erzwingung von Altersarmut bis zu Benutzungszwang eines Pfändungsschutzkonto, mit unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung (Opfer wird zum Täter gemacht durch Versagung von Schadenersatz, Rechtsstaat mit Sozialstaat ausgehebelt)

Verruchte Methoden der NS-Justiz: Sippenhaft, Opferkriminalisierung, Konzentrationslager.

Heute: Politisch motivierte Sippenzerschlagung, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung, politisch motivierte Sklavenhaltung mit Full-Time-Überbeschäftigung durch verfassungswidrige Justiz, JVA-Service mit psychischer Folter, Zerschlagung der Mobilität, Verstöße gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren (Art.6 EGMR) ohne

Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren

Entschädigungsanspruch:

Verwaltungsgerichtliche Entscheidung

24 mal angemahnt seit 2017

Kapitel 140. Faktenlage 2021: Politisch motivierte Zerschlagungen mit Eskalation zu Sippenzerschlagung und zu politisch motivierter Sklavenhaltung,

mit einer unverhältnismäßigen Opferkriminalisierung durch Täter/Opfer-Umkehr (Opferkriminalisierungswahnsinn) mit Versagung der Anerkennung kausaler Zusammenhänge ohne Chance für die Opfer gegen staatliche Übergriffe einer skrupellosen Haupttäter-, Mehrfachtäter- und Mittäter-Phalanx:

Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik einer regierenden Generation seit 1998,

über 20 Jahre bitteres Unrecht,

Politisch motivierte Sippenzerschlagung, mit Sippenhaft und Opferkriminalisierungswahnsinn wie in der NS-Justiz,

mit politisch motivierter Justiz

mit best vernetzter Täter-Phalanx und

mit großem Schaden für Deutschland:

Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend,

mit mehrfacher Freiheitsberaubung, mit JVA-Service und psychischer Folter,

anstatt Konzentrationslager der NS-Diktatur,

mit Treib- und Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin und bis in den Tod (2 Todesopfer) und Nachlassinsolvenz in 2012,

mit kapitalen Vermögensschäden in 2-stelliger Millionenhöhe bis zu Benutzungszwang zu diskriminierendem und diskreditierendem Pfändungsschutzkonto ohne Dispo-Kredite und ohne Kreditkarte,

nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.

Am Geburtsort: Zerschlagung der bayerischen Heimat, von politisch motivierter Zerschlagung unter Hitler (mit Todesopfer, vorgetragen) zu

politisch motivierter Sippenzerschlagung unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder (mit Todesopfer, nachgewiesen)

Gesamtverantwortung aller Täter und Mittäter gemäß Täter-Phalanx, weil untereinander bestens vernetzt!

Kapitel 141. Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit erdrückender Beweislage

mit vernetzter Internet-Dokumentation, mit einem professionellen Verlagsservice von mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert), von Katalogen und Informationsbroschüren in zig-millionenfacher Auflage,

Gerichte und Staatsorgane übergreifend,

am Bundesverfassungsgericht mit einer Vielzahl von Verfassungsbeschwerden seit 2010,

am Landgericht Wuppertal (2.Zivilkammer: 2 O 70/15, 2 O 163/16),

am Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer: VG 27 K 308.14),

am Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer: 27 K 4325/18),

mit einer Vielzahl von Schreiben an Bundespräsidenten,

Bundeskanzlerin, Bundestagspräsident

mit mehreren Petitionen an den Deutschen Bundestag und an den Bayerischen Landtag

mit persönlicher Beteiligung von Ministerpräsidenten, EU-

Kommissaren, Bundesministern, Staatssekretären und

hochqualifizierten Wissenschaftlern am Lebenswerk des

Zerschlagungsopfer, den

Europäischen Congressmessen mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Daher: Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz.

Kapitel 142. Am Geburtsort: Von politisch motivierter

Zerschlagung unter Hitler zu politisch motivierter

Sippenzerschlagung unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder

Alle Täter und Mittäter gemäß Täter-Phalanx in BVERFG-2022

untereinander bestens vernetzt.

Ahnungslos: Die mit Zerschlagung 1 stigmatisierten Opfer der Sippenzerschlagung, die scheinbar gegen eine Mauer des Schweigens die Wahrheit aufdecken mussten.

Zerschlagung 2: Kreisverwaltung Tirschenreuth,

Verwaltungsgemeinschaft Mitterteich/Leonberg seit 1998, seit

2001 aus persönlicher Erfahrung

Väter-Generation der Täter am Geburtsort: NSDAP-Mitglieder,

Verstärkung rechtsradikaler NSDAP-Vernetzung durch

sudetendeutsche Vertriebene mit Hitler-Sympathie ("Heim ins

3.Reich").

Neue Beweise für Sippenzerschlagung am Geburtsort in Bayern (Zerschlagung 2) nach Anerkennung sudetendeutscher Vertriebener als 4.Volksstamm in Bayern, Zerschlagung der Heimat mit Hetzjagd bis in den Tod und bis zu Nachlassinsolvenz am Geburtsort

Alte NSDAP-Vernetzung: Generationen übergreifend, Parteien übergreifend (CSU, SPD, FW / Freie Wähler)

Unrecht gegen Sudetendeutsche in 1945 kann nicht mit Unrecht seit 1998 an einer deutschen Sippe nach NSDAP-Verfolgung vergolten werden: Missbrauch einer Schirmherrschaft des bayerischen Ministerpräsidenten

CSU-Wahlstrategie: 40% plus X mit 4.Volksstamm,

Niederschlagung von zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag mit wahrheitswidriger Stellungnahme von Staatssekretärin Melanie Huml (heute Staatsministerin), Todesopfer mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (2012)

In Deutschland wird zerschlagen, was das Zeug hält: mit Wissen des Bundespräsidenten, mit Wissen der Bundeskanzlerin, und Sozialgerichte (und Amtsgerichte) profilieren sich als "Müllverwerter" für verfassungswidriges Versagen anderer Gerichte in einem Land mit dem besten Grundgesetz der Welt.
Kläger: Einziger Rechtsnachfolger des Todesopfers

Kapitel 143. Politisch motivierte Sippenzerschlagung am

Wohnort: Ohne Chance im freien Wettbewerb nach dem Monster-Markteingriff durch Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000

Qualifizierte Projektvorschläge für digitale Evolution vom Beklagten bis 2010 an Bundeskanzlerin, Bundesminister und Staatssekretäre:

Ohne Beantwortung, nicht einmal Empfangsbestätigung!!!

Erdrückende Beweislage

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Bundesamt für Justiz und Kreisverwaltung Mettmann: Nachgewiesene Mittäterschaft seit 2006

Klagender Sozialversicherungsträger: Erbärmliche Mittäterschaft, Opferkriminalisierungswahnsinn seit 2010,

seit über 10 Jahren keine Versicherungsleistungen mehr, verfassungswidriger Notlagentarif im Angebot abzulehnen, als Mittäter verantwortlich für mehrfache Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, für Rufmord

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27.pdf>

Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks: Längst gerichtlich nachgewiesen, bis heute ohne Abschluss (27 K 4325/18 Verwaltungsgericht Düsseldorf)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise3.pdf>

Kapitel 144. In Anlehnung an Verfassungsbeschwerde vom 20.10.2020

Verhältnismäßigkeit und Übermaßverbot des Grundgesetzes gemäß Art.2 Abs.1 GG:

Rechtsstaatliche Prinzipien des Grundgesetzes

contra unverhältnismäßigem Opferkriminalisierungswahnsinn und Sippenhaft seit 1998,

contra Unverhältnismäßigkeit immaterieller Schäden mit Verlust eines nahestehenden Menschenlebens, mit Rufmord, mit mehrfacher Freiheitsberaubung und psychischer Folter, mit Versagung von Rehabilitierung,

contra Unverhältnismäßigkeit materieller Schäden in Höhe eines 2stelligen Millionenbetrags mit Firmeninsolvenz am Wohnort,

mit Nachlass-Insolvenz am Geburtsort, mit Versagung von Schadenersatz,

contra Unverhältnismäßigkeit von Orgien-artigen Exzessen von Gerichtsverfahren parallel zum Missbrauch von Rechtsanwendungen von Sozialgesetzen und Sozialgesetzbücher ohne Respektierung von Grundrechten und europäischen Menschenrechten,

contra Unverhältnismäßigkeit staatlicher Täter und ihrer Mittäter mit Staatsgewalt gegen ein Zerschlagungsoffer ohne Chance,

contra Unverhältnismäßigkeit der Opferkriminalisierung:

"Täter/Opfer-Umkehr" nach politisch motivierter Sippenzerschlagung

mit kapitalen Vermögensschäden,

mit Todesopfer, mit Zerschlagung der Existenz-Grundlage,

mit mehrfacher Freiheitsberaubung, mit Rufmord, mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz und Leugnen von

kausalen Zusammenhängen.

Unverhältnismäßiger Opferkriminalisierungswahnsinn:

Verstoß gegen Verhältnismäßigkeit und Übermaßverbot mit krimineller

Durchsetzung einer heimtückischen Umverteilungs- und

Zerschlagungspolitik unter persönlicher Verantwortung der

regierenden Generation seit 1998 mit Immunitätsschutz

> trotz und wegen eines herausragenden Lebenswerkes des

Zerschlagungsoffers mit Weltklasse-Höchstleistungen

für digitale Evolution, für Deutschland und Europa,

> trotz erdrückender Beweislage am Wohnort und am Geburtsort,

> gegen eine Berliner Mauer des Schweigens.

Europäisches Menschenrecht auf ein faires Verfahren (Art.6

EMRK) mit qualifiziertem Rechtsbeistand

Initiative einer juristischen Unterstützung durch juristische Fakultäten

von angeschriebenen Universitäten und Relevanz für die

Verfassungsbeschwerde gegen Opferkriminalisierungswahnsinn und

gegen Fortsetzung der Opferkriminalisierung

Befehlskette "Bundespräsident & Bundeskanzlerin, Bundeskanzleramt

- Bundesamt für Justiz - Landratsamt": Längst nachgewiesen und

Beweis für Überwachung der politisch motivierten Sippenzerschlagung

offensichtlich durch Bundesamt für Justiz mit Unterstützung durch

Staatsanwälte.

Kapitel 145. "Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland",
so

Prof. Dr. Stephan Harbarth, LL.M., seit 2020 Präsident des Bundesverfassungsgericht.

„Erst recht nicht am größten Verwaltungsgericht in Deutschland“

Extrem rechtswidrig: Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000

und Missbrauch der verheerenden Folgewirkungen für eine kriminelle

Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit Sippenhaft,

Opferkriminalisierung, Freiheitsberaubung mit

psychischer Folter, mit einer best vernetzten Täter-Phalanx

Zwei Schadenersatzverfahren am ordentlichen Gericht (2 O 70/15 und

2 O 163/16 Landgericht Wuppertal) aus einem

Schadenersatzverfahren am Verwaltungsgericht Berlin mit Versagung

von Prozesskostenhilfe abgebrochen, weil sich das

Zerschlagungsoffer keine rechtsanwaltliche Vertretung mehr leisten

kann

Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte muss man nicht lieben, aber respektieren, ganz besonders hier in diesem Verwaltungsrechtsweg

Nicht hinnehmbar: Politisch motivierte Zerschlagungen mit

extremistischer Ausuferung zu politisch motivierter

Sippenzerschlagung und politisch motivierter Sklavenhaltung

ohne Zugang zum ordentlichen Rechtsweg und anschließender Niederschlagung im Verwaltungsrechtsweg
Nicht hinnehmbar, 24 Anmahnungen zur verwaltungsgerichtlichen Entscheidung als unzulässige Klageänderungen, Zusatzklagen u.a.m. zu bewerten und vorzutauschen
Verfassungswidrig: Massiver Verstoß gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK bzw. Art.1 Abs.1 GG und Art.2 Abs.1 GG iVm Rechtsstaatsprinzip
Grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG, weil kriminelle und kriminalisierende Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik und Zerschlagungsjustiz seit 1998 andauert:
Politik-, Verwaltungs- und Justizskandal: Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit best vernetzter Täter-Phalanx, unbeschreiblicher Unverhältnismäßigkeit und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend

Verfassungswidrig: Politisch motivierte Sklavenhaltung mit orgienartigem Auswuchs von Gerichtsverfahren, parallel und hintereinander, seit 2011, an Verwaltungsgerichten, Ordentlichen Gerichten, Strafgerichten, Sozialgerichten, alle mit mehreren Instanzen bis zum Bundesverfassungsgericht, das von der Vielzahl der Verfassungsbeschwerden überfordert wird, weil Grundrechte nicht mehr respektiert werden.
Nicht mehr hinnehmbar, daher Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde gemäß §146 VwGO

Detaillierte Ausführungen zu den vorstehenden Kapiteln zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-1.pdf>
Scroll down after link (page 132)

Das klagende Zerschlagungsoffer hat mit Schriftsatz vom **22.Juli 2021** das Rechtsmittel der **Anhörungsrüge nach §152a VwGO wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde eingelegt**. Die Anhörungsrüge betrifft die Kapitel 146 bis 148 (sich Anlage VB-VGB02):

Kapitel 146. Anstatt öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz wegen

politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 1998, seit über 20 Jahre:

Gericht macht sich mit Beschluss vom 04.Juni 2021 den Beschluss OVG 11 M 16.11 vom 25.Mai 2011 (vor über 10 Jahren) des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg im 1.Klageverfahren zu eigen

> mit längst widerlegten Argumenten und
> im Widerspruch zur 1.Klage VG 27 K 66.11 vom 11.03.2011
> im Widerspruch zur 2.Klage VG 27 K 308.14 vom 31.10.2014,
> mit Verweisung von Schadenersatz an das Landgericht Wuppertal,
> mit Aufteilung von 1 Schadenersatzverfahren auf 2 Verfahren,
> mit Abbruch dieser 2 Schadenersatzverfahren 2 O 70/15 und 2 O 163/16 am Landgericht (wegen Versagen von Prozesskostenhilfe)

- > mit Anerkennung des Verwaltungsrechtsweges für Rehabilitierung mit Schadenersatz gemäß den 2 am Landgericht abgebrochenen Schadenersatzverfahren in 2017
- > mit 24-maliger Anmahnung einer Entscheidung seit 2017 am Verwaltungsgericht Berlin
- > mit 11-maliger Anmahnung einer Entscheidung seit 2018 am Verwaltungsgericht Düsseldorf (VG 27 K 4325/18)
- > im Widerspruch zu einer erdrückenden Beweislage mit 2-stelliger Ordner-Anzahl mit zusätzlicher vernetzter Internet-Doku und
- > im Widerspruch zur Wahrheit, die scheinbar gegen eine neue Mauer des Schweigens in Berlin aufgedeckt werden musste
- > in Petitionen an den Deutschen Bundestag und an den Bayerischen Landtag mit Verfassungsbeschwerden seit 2010
- > in Gerichtsverfahren gegen eine best vernetzte Täter-Phalanx bis zu Verfassungsbeschwerden seit 2011
- > an Verwaltungsgerichten Berlin, Düsseldorf und Regensburg
- > an Amtsgerichten Mettmann und Velbert
- > an Zivilkammern und Strafkammern des Landgerichts Wuppertal
- > am Sozialgericht Düsseldorf

Daher sofortige Beschwerde vom 26. Juni 2021 und Fortsetzung der Klage gegen eine best vernetzte Täter-Phalanx

Kapitel 147. Verfassungswidriger Missbrauch deutscher

Verwaltungsjustiz für kriminelle Durchsetzung von

Wahlkampfstrategien seit 1998 (über 20 Jahre)

mit brutaler Umverteilung und Zerschlagung von Personen, Familien, Sippen und Minderheiten, die dem Wahlsieger im Wege stehen, Wahl entscheidende Siegermehrheiten zu schaffen und mit verfassungswidriger Zerschlagung umzusetzen:

> > > Politisch motivierte Sippenzerschlagung am Wohnort:

Bevorzugung der Automobilbranche auf Kosten der Digitalbranche durch „Autokanzler“ Schröder

mit Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des Zerschlagungsopfers, weil Zerschlagung von digitalem Innovationswachstum in Deutschland der Autobranche nutzen sollte, erzwungen mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 und größtem Milliardengrab aller Zeiten (über 50 Mrd € für 25%-Loch im Bundeshaushalt) und anschließender Aussperrung und Entrechtung der Zerschlagungsopfer bis zu politisch motivierter Sklavenhaltung

> > > Politisch motivierte Sippenzerschlagung am Geburtsort:

Vorteilbeschaffung für 4. Volksstamm in Bayern mit Ministerpräsidenten Markus Söder als Schirmherrn mit Todesopfer und mit Zerschlagung der Heimat Kriminelle Durchsetzung der CSU-Wahlkampfstrategie 40% + X mit neu ernanntem 4. Volksstamm in Bayern (sudetendeutsche Vertriebene) auf Kosten der Zerschlagungsopfer Aktivierung alter NSDAP-Seilschaften unter Hitler mit Sympathie für 4. Volksstamm in Bayern („Heim ins Reich“, unbewältigte NS-Vergangenheit) für Sippenzerschlagung am Geburtsort

Kapitel 148. Öffentliche Rehabilitierung unverzichtbar wegen politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung

zu politisch motivierter Sippenzerschlagung,

zu politisch motivierter Sklavenhaltung

Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend.

> mit hasserfüllter Abneigung der Staats- und Ministerialverwaltung, die sich angegriffen fühlt, weil zwischen Staatsorgan und leitender Person mit Immunitätsschutz in der Praxis nicht unterschieden wird, die „ihre“ Staatsorgane, „ihre“ Bundesministerien und „ihre“ Staatsministerien in Bund und Ländern „schützen“ wollen,
> mit hasserfüllter Abneigung der Mitarbeiter*innen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, der auf Intendanten-Ebene in die politisch motivierte Zerschlagungen involviert ist und einen nachgewiesenen Schaden von über 100.000 € verursacht hat, deren Intendanten de facto Immunitätsschutz beanspruchen und erhalten,
> mit hasserfüllter Abneigung der Mitarbeiter*innen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die wie Sklavenjäger gegen das noch lebende Zerschlagungsopfer vorgehen, obwohl es noch keinen einzigen € Schadenersatz erhalten hat und nach wie vor ein Pfändungsschutzkonto benutzen muss, keine Kredite aufnehmen kann und auf eine rechtsanwaltliche Vertretung verzichten muss,
> mit hasserfüllter Abneigung der Verwaltungsjustiz, weil **Verfassungswidriger Missbrauch deutscher Verwaltungsjustiz für kriminelle Durchsetzung von Wahlkampfstrategien seit 1998 (über 20 Jahre) mit brutaler Umverteilung und Zerschlagung von Personen, Familien, Sippen und Minderheiten nachgewiesen wird.**

Kapitel 149. Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg OVG 11 M 16.11 (VG 27 K 66.11) vom 25.Mai 2011 (Anlage OVG2021-08) mit katastrophalen Auswirkungen

Verfassungswidrig: Massiver Verstoß gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK, besonders am Verwaltungsgericht Berlin mit 24-maliger Anmahnung einer verwaltungsgerichtlichen Entscheidung seit 2017 mit Rückgriff auf o.g. OVG-Beschluss von 2011 u.v.a.m.:

Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet.

mit unbeschreiblicher Unverhältnismäßigkeit und

großem Schaden für Deutschland:

Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer

übergreifend, Generationen übergreifend

Gesamtverantwortung aller Täter und Mittäter gemäß Täter-Phalanx, weil untereinander bestens vernetzt!

Bundesverfassungsgericht will Abschluss aller Gerichtsverfahren der politisch motivierten Sippenzerschlagung,

nicht nur am Wohnort, sondern auch am Geburtsort,

nicht nur jetzt, sondern auch in Zukunft und mit Respektierung der Grundrechte

Klagestand 2021 mit Vorrang für

Rehabilitierung und Schadenersatz in zweistelliger Millionenhöhe durch best vernetzte Täter-Phalanx

Nicht gelöst: Zerschlagung 1 unter Verantwortung der beklagten Bundesrepublik Deutschland mit Motivation für eine best vernetzte Täter-Phalanx

Nicht gelöst: Zerschlagung 2 unter Verantwortung des beklagten Freistaates Bayern mit Verlust eines nahestehenden Menschenlebens (Todesopfer) und Zerschlagung der bayerischen Heimat am Geburtsort mit Nachlass-Insolvenz

Nicht gelöst: Zerschlagung 3 unter Verantwortung des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR) wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft und diskriminierender Verweigerung jeglichen Gehörs und unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung

Nicht gelöst: Zerschlagung 4 unter Verantwortung des Sozialversicherungsträgers Debeka ohne Versicherungsleistungen seit 2010 und

mit unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung und
mit Anbiederung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs

Nicht gelöst: Zerschlagung 5 unter Verantwortung des Bundesamtes für Justiz (BfJ) und des Landratsamtes Mettmann mit unverhältnismäßiger Serie von Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann / Velbert seit 2011, mit Eskalation zu mehrfacher Freiheitsberaubung mit Opfer verhöhnendem Polizei-Einsatz, mit diskriminierendem und Ruf mordendem JVA-Service und psychischer Folter, mit kriminellem Hausfriedensbruch, mit diskriminierenden SCHUFA-Eintragungen, **mit diskriminierendem Benutzungszwang von Pfändungsschutzkonto. . . .Maximale Diskriminierung durch orgienartige Eskalation paralleler und hintereinander durchgeführter Gerichtsverfahren, betonierter Rufmord durch überlange Dauer mit politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung und unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 1998, politisch motivierte Sklavenhaltung nach Zerschlagung der Mobilität**

Detaillierte Ausführungen zu den Kapiteln 146 bis 149 zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-1.pdf>

Scroll down after link (page 275)

**Zu 08. Auffällig: Skrupellosigkeit des Vollstreckungsgerichtes
Missbrauch von Staatsgewalt mit manipulierter Zwangsmaßnahme
einfacher als das Durchlesen von Verfassungsbeschwerden.
Rechtspfleger anstatt informierte Richter*in am Vollstreckungsgericht
bemängelt Nicht-Erkennung eines konkreten Antrags**
> **Opfer verhöhnende Wahrheitsbeugung, weil Antrag auf Unterlassung
jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt
unmissverständlich gestellt.**
> **Vollstreckungs-Gericht will konkrete Erläuterung, obwohl
Verfassungsbeschwerde mit fundierter Erläuterung in aktuellster
Ausführung vom 18.Aug.2021 (1 BvR 1959/21) beigelegt**
**Offensichtlich: Rechtspfleger nicht in der Lage, die Informationen zu einem
Politik-, Verwaltungs- und Justizskandal in Deutschland zu
erfassen und zu bewerten**
> **Vollstreckungsgericht ist kein grundrechtsfreier Raum für signifikante
Beteiligung an politisch motivierter Sklavenhaltung**
> **Vorwurf gegen das Vollstreckungsgericht: Schwere, jahrelange Opfer-
Diskriminierung, skrupellose Alter-Diskriminierung mit manipulierter
Zwangsmaßnahme, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung mit
Täter/Opfer-Umkehr**
> **Wiederholung des Antrags auf Unterlassung jedweden Missbrauchs von
skrupelloser Staatsgewalt**
> **Vorlage dieser sofortigen Beschwerde beim Verwaltungsgericht Berlin als
Beispiel für politisch motivierte Sklavenhaltung mit Missbrauch von
Staatsgewalt durch Amtsgericht Velbert**

Zur Zeit hat sich das Zerschlagungsoffer wieder gegen eine
orgienartige Ausuferung parallel in mehreren Gerichtsverfahren zu
wehren

> am Verwaltungsgericht Berlin (VG 27 K 308.14) gegen die
Bundesrepublik Deutschland,
> am Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 4325/18) gegen den
Öffentlich-rechtlichen Rundfunk / Westdeutschen Rundfunk und
> am Amtsgericht Velbert (Vollstreckungsgericht) gegen den
Sozialversicherungsträger Debeka , sowie
> gegen einen Festsetzungsbescheid des Westdeutschen Rundfunk
Köln vom Juli 2021, der jetzt zurückgenommen wurde,
> **gegen „Sklavenjäger“, die mit einer Beendigung politisch
motivierter Sklavenhaltung nicht einverstanden sind.**

Sieh **Anlage VB-VGB03:**

Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger
Opferkriminalisierung der politisch motivierten Sklavenhaltung mit
orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch
**Sozialversicherungsträger Debeka ohne Versicherungsleistungen
seit 2010 mit Anbietung eines verfassungswidrigen
Notlagentarifs, hier mit manipulierten Antrag** (Geburtsdatum des
80-jährigen Opfers geschwärzt) auf Erlass eines
Pfändungsbeschlusses (eingegangen am 14.08.2021) auf
Pfändungsschutzkonto ohne Kreditmöglichkeiten.

Sieh Hintergrundinformationen der Verfassungsbeschwerde 2 BvR
880/21 (AR 864/21) vom 05.01.2021

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27.pdf>

Scroll down after link (page 155)

Sieh **Anlage OVG2021-07: Sklavenjäger-Verhalten des beklagten
öffentlich-rechtlichen Rundfunks**

Fortsetzung von unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung
(Täter/Opfer-Umkehr mit Unterdrückung kausaler Zusammenhänge mit

politisch motivierter Sippenzerschlagung) mit verwaltungsrechtlichen Festsetzungsbescheiden, mit Säumniszuschlägen, mit Androhung von Vollstreckungsmaßnahmen, Ordnungswidrigkeitsverfahren.

Sieh Hintergrundinformationen aus der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21 vom 26.02.2021

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28.pdf>

Auffällig ist die Skrupellosigkeit, mit denen die Sklavenjäger ihre Aufträge erledigen wollen. Sieh Anlage VB-VGB03: Der Antrag auf Erlass eines Pfändungsbeschlusses auf dem Pfändungsschutzkonto wird manipuliert, indem das Geburtsdatum des 80-jährigen Zerschlagungsopfers geschwärzt wird, um die Skrupellosigkeit der Zwangsmaßnahme zu verdecken, noch dazu von einem sogenannten Sozialversicherungsträger ohne ethisch sittliche Verantwortung (**Sozialversicherungsträger Debeka**), ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbiederung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs. **Die Zwangsmaßnahme bezieht sich auf ein verfassungswidriges, künstliches Teilversäumnisurteil des Landgerichts Wuppertal vom 16.04.2015 (7 O 314/12) ohne eine Chance für das Zerschlagungsopfer politisch motivierter Sippenzerschlagung seit 1998.**

Der Vorgeladene hat keine Krankenversicherung mehr seit 2010 aufgrund der staatlich erzwungenen Altersarmut. Die 7.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal hat mit einem künstlichem Teilversäumnisurteil (7 O 314/12) vom 16.04.2015 rechtliches Gehör zu der staatlich erzwungenen Altersarmut versagt.

Dagegen hat der Vorgeladene termingerecht mit einer ausführlichen Begründung im Schriftsatz vom 26.05.2015 das Rechtsmittel der Berufung beantragt, den Antrag durch alle Instanzen in einem PKH-Verfahren vorgetragen und letztlich das Bundesverfassungsgericht wegen Unterdrückung von rechtlichem Gehör mit der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 928/16 vom 11.Jan.2016 angerufen:

Nachlesbar in der Internet-Cloud

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LG-WUP-3.pdf>

Scroll down after link (page 56)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-16.pdf>

Unerträglich ist der Missbrauch eingeschränkter Prozesskostenhilfe für ein künstliches Teilversäumnisurteil zum Zwecke der Unterdrückung rechtlichen Gehörs für die kausalen Zusammenhänge insbesondere mit der bundespolitisch motivierten Zerschlagung nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 (Zerschlagung 1) und der schuldlosen, staatlich erzwungenen Altersarmut.

Dieses künstliche „Teilversäumnisurteil“ zum Zwecke der verfassungswidrigen Verhinderung rechtlichen Gehörs für kausale Zusammenhänge mit politisch motivierten Zerschlagungen ist

ohne jeden Zweifel als verfassungswidrig zu bewerten, weil sich das ahnungslose Opfer gegen eine hinterlistige Verfahrensstrategie im Widerspruch zum Recht auf ein faires Verfahren (Europäische Menschenrechtskonvention Art.6) nicht einmal wehren konnte. Das Berufungsverfahren wird bis heute verweigert.

Das künstliche Teilversäumnisurteil (7 O 314/12) vom 16.04.2015 mit

Unterdrückung von rechtlichem Gehör zu der staatlich erzwungenen Altersarmut ist **verfassungswidrig**, weil ein massiver Verstoß gegen das grundrechtsgleiche Recht auf rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG und gegen Europäische Menschenrechte (EMRK Art.6) vorliegt.

Darüber hinaus hat das Zerschlagungsopfer in der Verfassungsbeschwerde (2 BvR 880/21) vom 05.01.2021 dargelegt:

Sieh **BVERFG-2032**. Versicherungsrechtliche Binsenweisheit:

Keine Kranken-Grundversicherung darf diskriminieren

> Diskriminierend: Kleine Kranken-Grundversicherung 3.Klasse unter Standard der Versicherungsleistungen einer Grundversicherung

> Diskriminierend: Fehlen eines digitalen Standards

Digitaler Standard einer heutigen Krankengrundversicherung ist die digitale Versicherungskarte, ohne Rechnungen einreichen zu müssen

> Diskriminierende, diskreditierende Praxis: Beklagter wird gezwungen, eingereichte Rechnungen mit Beitragsrückstand seit 2010 verrechnen zu lassen, der Beklagte hat durch Inanspruchnahme medizinischer Leistungen zusätzliche Kosten, die er nicht verantworten kann (Kostenfalle) und wodurch er auch noch in Verruf gebracht wird, dass er Kosten verursacht, die er nicht begleichen kann (zusätzlich rufschädigend).

> Nicht funktionierende Praxis: Krankenversicherung mit Einreichen von Rechnungen unter Benutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto mit Pfändungsschutzgrenze ohne Kreditkarte und ohne Dispo-Kredite hebt Pfändungsschutzgrenzen aus
>Verfassungswidrig: Klagender Versicherungsträger gibt keine soziale Sicherheit, sondern betreibt

soziale und psychische Zerschlagung gegen das Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung

mit unverhältnismäßigem Opferkriminalisierungswahnsinn,

mit Täter/Opfer-Umkehr seit 2010 und

mit verfassungswidriger Krankenversicherung

in Kumpanei mit weiteren Mittätern einer

kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit

Existenzvernichtung ohne ordentliche Enteignungsverfahren

(Kreisverwaltung Mettmann, Bundesamt für Justiz,

weisungsgebundene Staatsanwälte)

Ethisch verwerfliche Mittäterschaft eines Unternehmens der privaten

Krankenversicherung nach unverhältnismäßigem

Opferkriminalisierungswahnsinn mit mehrfacher Freiheitsberaubung

und psychischer Folter: Klagender Sozialversicherungsträger ist

nicht mehr glaubwürdig, nicht mehr vertrauenswürdig (Voraussetzung für Sozialversicherungsträger)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27.pdf>

Scroll down after link (page 155/167)

So sieht politisch motivierte Sklavenhaltung aus:

mit Gerichtsverfahren am laufendem Bande seit 2010

(vom 01.Januar bis zum 31.Dezember eines jeden Jahres)

nach Vernichtung ansehnlicher Altersrücklagen bis 2010, mit

orgienartiger Ausuferung der Gerichtsverfahren parallel und hintereinander,

ohne Weihnachtsruhe, ohne Osterruhe, ohne Urlaubsrufe,

ohne rechtsanwaltliche Unterstützung

aber gegen Richter, Staatsanwälte, ahnungslose Rechtspfleger

und skrupellose Gerichtsvollzieher und Polizeitrupps, die Rentner im Schlafanzug fixieren und Art.1 Abs.1 GG als Grundrecht auf

Gefangennahme erklären und Präsentationsfahrten mit dem fixierten Rentner im vergitterten Schwerverbrecher-Transporter vor staunenden Zuschauern inszenieren.

Das Zerschlagungsopfer, mit dem Rücken zur Wand, war gezwungen, Justiz in der Praxis bis zur Verfassungsbeschwerde zu erlernen. Ohne Jura-Studium! **Vertrauenswürdige Rechtsanwälte** aus der Zeit vor 2010 haben sich zurückgezogen, weil sie keine Mitschuld an politisch motivierten Zerschlagungen übernehmen wollten.

Gerichte wie z.B. Verwaltungsgericht Düsseldorf, Landgericht Wuppertal, Amtsgerichte Velbert und Mettmann wollten und wollen nur noch Opfer verhöhnende und Opfer diskriminierende und kriminalisierende Verfahren mit Täter/Opfer-Umkehr wegen der durch politisch motivierte Zerschlagungen generierten Altersarmut mit Benutzungszwang eines Pfändungsschutzkonto übernehmen. Hier zusätzlich mit skrupelloser Alter-Diskriminierung!

Mit der sofortigen Beschwerde wird die Beschluss-gleiche Mitteilung durch den Rechtspfleger in Vertretung der seit Jahren informierten Richterin Kunze angefochten,

weil der Pfändungsbeschluss des Amtsgerichtes Velbert manipuliert ist,
weil mit der Manipulation das fortgeschrittene Rentenalter des Zerschlagungsopfers verdeckt werden soll,
weil seit Jahren der versuchte Missbrauch von Staatsgewalt abgewehrt werden muss,

weil bis heute anstatt Rehabilitation und Schadenersatz unverhältnismäßige Opferkriminalisierung mit Täter/Opfer-Umkehr betrieben wird,

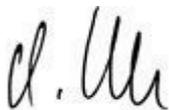
weil politisch motivierte Sippenzerschlagung längst zu politisch motivierter Sklavenhaltung eskaliert ist,

weil der Auftraggeber seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt, einen verfassungswidrigen, Opfer verhöhnenden und diskriminierenden Notlagentarif anbietet und sich mit Missbrauch von Staatsgewalt an den staatlichen Übergriffen beteiligt,

weil sich das Amtsgericht seit über 10 Jahren an politisch motivierter Sklavenhaltung beteiligt.

Der Antrag auf Unterlassung jedweden Missbrauchs von skrupelloser Staatsgewalt wird wiederholt.

Velbert, 06.Sept.2021



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer und Organisator unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, mit Erschließung von Mittelstandspotentialen für digitale Innovationen, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 09)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) nicht nur den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Innovationseffizienz gesichert zu haben und so ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen seit 1976. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1987 einen Congress für Künstliche Intelligenz (KI) mit 4 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressband (ISBN 3-89077-048-7), geplant und ausgeführt haben.

'Artificial Intelligence' wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf dem staatlichen Digital-Gipfel im Dezember 2018/2019, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung unserer Europäischen Congressmessen unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Anlage LG2108-01

Wahrheitswidrige, Beschluss-gleiche Mitteilung des Amtsgerichts Velbert
vom 30.08.2021 (eingegangen am 03.09.2021), dass kein konkreter Antrag
betreffend das vorliegende Vollstreckungsverfahren im Schriftsatz vom
25.Aug.2021 erkannt

Anlage LG2108-02

**Einspruch vom 25.Aug.2021 gegen jeglichen Missbrauch von Staatsgewalt
und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt
durch GVin Franziska Ritzhaupt mit**

Zwangsvollstreckungssache 1 DR11 872/21 auf Pfändungsschutzkonto
im Auftrag des Amtsgerichtes Velbert, Vollstreckungsgericht, Nedderstr..40,
42549 Velbert

Geschäftszeichen 15 M U76/21

gegen Unterzeichner (Opfer, Opfer politisch motivierter Sippenerschlagung)

Anlage AG21/08: Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2021

(1 BvR 1959/21) mit Anlage VB-VGB03: Fortsetzung unverhältnismäßiger,
verfassungswidriger Opferkriminalisierung der politisch motivierten
Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch
Sozialversicherungsträger Debeka (**ohne Versicherungsleistungen seit 2010**
mit Anbiederung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs, hier mit
manipulierten Antrag)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>

Scroll down after link (page 18/25)

Legende der schriftlichen Eingaben am Amtsgericht Velbert zur Abwehr von Missbrauch von Staatsgewalt

Schriftsatz mit Einspruch vom 25.Aug.2021 (Ziffer 1-5) gegen Durchführung der Zwangsvollstreckungssache 1 DRll 872/21 auf Pfändungsschutzkonto inkl. Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt.

Schriftsatz vom 06.Sept.2021 mit Sofortiger Beschwerde gemäß §567 ZPO mit Antrag auf Prozesskostenhilfe gegen Zwangsvollstreckungssache 1 DRll 872/21 auf Pfändungsschutzkonto im Auftrag des Amtsgerichtes Velbert

06. Terminberechtigter Einspruch vom 25.Aug.2021 gegen Durchführung der Zwangsvollstreckungssache 1 DRll 872/21 auf Pfändungsschutzkonto inkl. Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt.

> Verfassungswidrig: Versagung von rechtlichem Gehör zur Antragstellung und zur Begründung des Einspruch ohne Beantwortung wegen Manipulation des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses durch Schwärzung des Geburtstages des Zerschlagungsopfers im 80.Lebensjahr (manipulative Verschleierung der skrupellosen Respektlosigkeit gegenüber der älteren Generation) und wegen

> Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlichen Übergriffe, hier Zwangsmaßnahme durch einen Sozialversicherungsträger, der seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt, unter Anbietung eines verfassungswidrigen Notlagetarifs der Krankenversicherung aus einem verfassungswidrigen „Teilversäumnis“-Urteil

mit Anlage AG21/08: Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2021 inkl. Anlage VB-VGB03: Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung einer politisch motivierten Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch Sozialversicherungsträger Debeka (ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbietung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs, hier mit manipulierten Antrag / manipulierte Verschleierung einer skrupellosen Respektlosigkeit gegen die ältere Generation)

Sieh Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1959/21 vom 18.Aug.2021 (beiliegend, Seite 18):

07. Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2021 (1 BvR 1959/21) mit Anlage VB-VGB03

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>

Scroll down after link (page 18/25)

Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz am Verwaltungsgericht Berlin wegen

Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

zu bundesweiter Sippenzerschlagung,

zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung und

zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 1998

mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:

Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer

übergreifend, Generationen übergreifend

mit Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer), Zerschlagung der

deutschen Heimat, Rufmord, mehrfacher Freiheitsberaubung mit

psychischer Folter, kapitalen Vermögensschäden und

mit Zwangsmaßnahmen aller Art

nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden

Generation seit 1998, über 20 Jahre bitteres Unrecht

> unter Verantwortung der beklagten Bundesrepublik Deutschland

> unter Verantwortung des beklagten Freistaates Bayern

> unter Verantwortung des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR)

> unter Verantwortung des klagenden Sozialversicherungsträgers (Debeka)
08. Auffällig: Skrupellosigkeit des Vollstreckungsgerichtes
Missbrauch von Staatsgewalt mit manipulierter Zwangsmaßnahme einfacher als das Durchlesen von Verfassungsbeschwerden.
Rechtspfleger anstatt informierte Richter*in am Vollstreckungsgericht bemängelt
Nicht-Erkennung eines konkreten Antrags
> Opfer verhöhnende Wahrheitsbeugung, weil Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt unmissverständlich gestellt.
> Vollstreckungs-Gericht will konkrete Erläuterung, obwohl Verfassungsbeschwerde mit fundierter Erläuterung in aktuellster Ausführung vom 18.Aug.2021 (1 BvR 1959/21) beigelegt
Offensichtlich: Rechtspfleger nicht in der Lage, die Informationen zu einem **Politik-, Verwaltungs- und Justizskandal in Deutschland zu erfassen und zu bewerten**
> Vollstreckungsgericht ist kein grundrechtsfreier Raum für signifikante Beteiligung an politisch motivierter Sklavenhaltung
> Vorwurf gegen das Vollstreckungsgericht: Schwere, jahrelange Opfer-Diskriminierung, skrupellose Alter-Diskriminierung mit manipulierter Zwangsmaßnahme, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung mit Täter/Opfer-Umkehr
> Wiederholung des Antrags auf Unterlassung jedweden Missbrauchs von skrupelloser Staatsgewalt
> Vorlage dieser sofortigen Beschwerde beim Verwaltungsgericht Berlin als Beispiel für politisch motivierte Sklavenhaltung mit Missbrauch von Staatsgewalt durch Amtsgericht Velbert
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>
Scroll down after link (page 03)

Per Fax an 0202-498-3504

**Landgericht Wuppertal
Beschwerdegericht zu
15 M 1156/21
Amtsgericht Velbert**

**Eiland 1
42103 Wuppertal**

Velbert, 07.Okt.2021

**Aktenzeichen 15 M 1156/21 (Geschäftszeichen 15 M U76/21)
Sofortige Beschwerde gemäß §567 ZPO vom 06.09.2021 an das Landgericht
Wuppertal mit Antrag auf Prozesskostenhilfe**

gegen Zwangsvollstreckungssache 1 DRII 872/21 auf Pfändungsschutzkonto
im Auftrag des Amtsgerichtes Velbert, Vollstreckungsgericht,
gegen Fortsetzung unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung politisch
motivierter Zerschlagungen durch Sozialversicherungsträger ohne
Versicherungsleistungen seit 2010,
wegen Beteiligung mit verfassungswidriger Krankenversicherung an
politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010 mit Zurückweisung aller
Kosten für Rechtsanwälte

einschl. Schreiben des Amtsgerichtes vom 23.09.2021 (Az 11 C
89/19, eingegangen am 28.09.2021)

**Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO wegen Nicht-
Bescheidung der sofortigen Beschwerde**

wegen verheerender Folgewirkungen von

**Politisch motivierten Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung wegen Versagung
von Rehabilitierung und Schadenersatz und
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 1998**

**mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für
Deutschland:**

**Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer
übergreifend, Generationen übergreifend**

mit Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer), Zerschlagung der
deutschen Heimat, Rufmord, mehrfacher Freiheitsberaubung mit
psychischer Folter und kapitalen Vermögensschäden,

**nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes
des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für
digitale Evolution in Deutschland und Europa**

Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden
Generation seit 1998, über 20 Jahre bitteres Unrecht

Albin L. Ockl (Beschwerdeführer, Zerschlagungsopfer) gegen **Debeka Krankenversicherungsverein a.G.** (Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen, ehemaliger Sozialversicherungsträger, ohne Versicherungsleistungen seit 2010, mit Anbietung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung, mit Kriminalisierung durch Zwangsmaßnahmen)

Hier: Rechtsmittel der Anhörungsrüge wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde gegen Durchführung der manipulierten Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 872/21 der Debeka Krankenversicherung a.G. (eingegangen am 14.08. 2021 mit förmlicher Zustellung) und geplanten Anschluss-Zwangsmaßnahmen auf Pfändungsschutzkonto ohne rechtliches Gehör zu termingerechten Einspruch vom 25.Aug.2021

Begründung mit fortlaufender Nummerierung

09. Termingerechter Einspruch vom 25.Aug.2021

gegen manipulierte Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 872/21 auf Pfändungsschutzkonto inkl. Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GV in Franziska Ritzhaupt.

Manipulierter Antrag / manipulierte Verschleierung einer skrupellosen Respektlosigkeit gegen die ältere Generation)

Sieh Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1959/21 vom 18.Aug.2021 (Seite 18, Anlage VB-VGB03):

Zwangsmaßnahme durch einen Sozialversicherungsträger, der seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt, unter Anbietung eines verfassungswidrigen Notlagetarifs der verfassungswidrigen Krankenversicherung aus einem verfassungswidrigen „Teilversäumnis“-Urteil 7 O 214/12 vom 16.04.2015

Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz am Verwaltungsgericht Berlin wegen

Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

> zu bundesweiter Sippenerschlagung,

> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung und

> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 1998

Vollstreckungsgericht ist kein grundrechtsfreier Raum für signifikante Beteiligung an politisch motivierter Sklavenhaltung, hier seit 2010

> Vorwurf gegen das Vollstreckungsgericht: Schwere, jahrelange Opfer-Diskriminierung, skrupellose Alter-Diskriminierung mit manipulierter Zwangsmaßnahme, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung mit Täter/Opfer-Umkehr

> Wiederholung des Antrags auf Unterlassung jedweden Missbrauchs von skrupelloser Staatsgewalt

> Vorlage dieser sofortigen Beschwerde zusätzlich beim

Verwaltungsgericht Berlin als Beispiel für politisch motivierte

Sklavenhaltung mit Missbrauch von Staatsgewalt durch Amtsgericht

Velbert

10. Anhörungsrüge wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde.

Nicht hinnehmbar: Verfassungswidriges Unrechtssystem mit Zwangsmaßnahmen erpresst.

Amtsgericht will mit Zwangsmaßnahmen verfassungswidrige Krankenversicherung

gegen 80-jährigen Rentner erzwingen,

gegen Opfer politisch motivierter Sippenerschlagung seit 1998 und

gegen Opfer politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010.

Zuständige, best informierte Richter*in verbirgt sich hinter

Zwangsmaßnahmen von Rechtspfleger

Bescheidung der sofortigen Beschwerde durch Landgericht, weil:

- > Zurückzuweisende Fortsetzung der Zwangsmaßnahme der Kontopfändung zu Rechtsanwaltskosten aus dem Urteil 7 O 214/12 am Landgericht Wuppertal mit verfassungswidriger Krankenversicherung
- > Zurückzuweisendes Schreiben des Amtsgerichtes vom 23.09.2021 mit weiteren Rechnungen der Rechtsanwälte der Debeka Krankenversicherungsverein a.G. gemäß Anlage VB-VGB06
- > Zurückzuweisende verfassungswidrige Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010, nachgewiesen mit Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 und Verfahren 9 S 30/21 Landgericht Wuppertal nach Verfahren 11 C 89/19 am Amtsgericht Velbert und Verfahren 3 O 61/19 Landgericht Wuppertal
- > Zurückweisung: Verfassungswidrige Krankenversicherung und Kosten der Rechtsanwälte für eine verfassungswidrige Krankenversicherung

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 29)

**Zu 09. Termingerechter Einspruch vom 25.Aug.2021
gegen manipulierte Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 872/21 auf
Pfändungsschutzkonto inkl. Antrag auf Unterlassung jeglichen
Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt.
Manipulierter Antrag / manipulierte Verschleierung einer
skrupellosen Respektlosigkeit gegen die ältere Generation)
Sieh Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1959/21 vom 18.Aug.2021 (Seite 18,
Anlage VB-VGB03):**

**Zwangsvollstreckungsmaßnahme durch einen Sozialversicherungsträger, der seit 2010
keine Versicherungsleistungen mehr erbringt, unter Anbietung eines
verfassungswidrigen Notlagetarifs der verfassungswidrigen
Krankenversicherung aus einem verfassungswidrigen „Teilversäumnis“-
Urteil 7 O 214/12 vom 16.04.2015**

**Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz
am Verwaltungsgericht Berlin wegen**

**Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer
Ausuferung staatlicher Übergriffe**

> zu bundesweiter Sippenzerschlagung,

> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung und

> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 1998

**Vollstreckungsgericht ist kein grundrechtsfreier Raum für signifikante
Beteiligung an politisch motivierter Sklavenhaltung, hier seit 2010**

**> Vorwurf gegen das Vollstreckungsgericht: Schwere, jahrelange Opfer-
Diskriminierung, skrupellose Alter-Diskriminierung mit manipulierter
Zwangsvollstreckungsmaßnahme, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung mit
Täter/Opfer-Umkehr**

**> Wiederholung des Antrags auf Unterlassung jedweden Missbrauchs von
skrupelloser Staatsgewalt**

**> Vorlage dieser sofortigen Beschwerde zusätzlich beim
Verwaltungsgericht Berlin als Beispiel für politisch motivierte
Sklavenhaltung mit Missbrauch von Staatsgewalt durch Amtsgericht
Velbert**

Der Beschwerdeführer hat mit Ziffer 01 bis 05 im Schriftsatz vom 25.08.2021 an
das Amtsgericht Velbert/Vollstreckungsgericht termingerecht gegen jeglichen
Missbrauch von Staatsgewalt Einspruch erhoben und Unterlassung jeglichen
Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt mit
Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 872/21 auf Pfändungsschutzkonto beantragt.
Wegen Versagung von rechtlichem Gehör hat er
**sofortige Beschwerde gemäß §567 ZPO vom 06.09.2021 an das Landgericht
Wuppertal mit den Kapiteln 6 bis 8 begründet:**

**Kapitel 06. Termingerechter Einspruch vom 25.Aug.2021 gegen
Durchführung der manipulierten Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 872/21
auf Pfändungsschutzkonto inkl. Antrag auf Unterlassung jeglichen
Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt.**

> Verfassungswidrig: Versagung von rechtlichem Gehör
zur Antragstellung und
zur Begründung des Einspruch ohne Beantwortung wegen
Manipulation des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses durch Schwärzung
des Geburtstages des Zerschlagungsopfers im 80.Lebensjahr
(manipulative Verschleierung der skrupellosen, respektlosen,
verfassungswidrigen Diskriminierung der älteren Generation)
und wegen

**> Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer
Ausuferung staatlicher Übergriffe, hier
Zwangsvollstreckungsmaßnahme durch einen Sozialversicherungsträger,**

der seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt, unter Anbiederung eines verfassungswidrigen Notlagetarifs der Krankenversicherung aus einem verfassungswidrigen „Teilversäumnis“-Urteil
mit Anlage AG21/08: Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2021
inkl. Anlage VB-VGB03: Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung einer politisch motivierten Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch Sozialversicherungsträger Debeka (ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbiederung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs, hier mit manipulierten Antrag / manipulierte Verschleierung einer skrupellosen Respektlosigkeit gegen die ältere Generation)
Sieh Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1959/21 vom 18.Aug.2021 (beiliegend, Seite 18):

Kapitel 07. Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2021 (1 BvR 1959/21) mit Anlage VB-VGB03

> > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>

Scroll down after link (page 18/25)

Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz am Verwaltungsgericht Berlin wegen

Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu bundesweiter Sippenzerschlagung, zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung und zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 1998

mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:

Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend mit Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer), Zerschlagung der deutschen Heimat, Rufmord, mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, kapitalen Vermögensschäden und mit Zwangsmaßnahmen aller Art

nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998, über 20 Jahre bitteres Unrecht

> unter Verantwortung der beklagten Bundesrepublik Deutschland
> unter Verantwortung des beklagten Freistaates Bayern
> unter Verantwortung des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR)

> unter Verantwortung des klagenden Sozialversicherungsträgers, (Debeka)

Kapitel 08. Auffällig: Skrupellosigkeit des Vollstreckungsgerichtes

Missbrauch von Staatsgewalt mit manipulierter Zwangsmaßnahme einfacher als das Durchlesen von Verfassungsbeschwerden.

Rechtspfleger anstatt informierte Richter*in am Vollstreckungsgericht bemängelt Nicht-Erkennung eines konkreten Antrags

> **Opfer verhöhnende Wahrheitsbeugung, weil Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GV in Franziska Ritzhaupt unmissverständlich gestellt.**

> Vollstreckungs-Gericht will konkrete Erläuterung, obwohl Verfassungsbeschwerde mit fundierter Erläuterung in aktuellster Ausführung vom 18.Aug.2021 (1 BvR 1959/21) beigelegt

Offensichtlich: Rechtspfleger überhaupt nicht in der Lage, Vorgang eines Politik-, Verwaltungs- und Justizskandal in Deutschland zu erfassen und zu bewerten

- > **Vollstreckungsgericht ist kein grundrechtsfreier Raum für signifikante Beteiligung an politisch motivierter Sklavenhaltung**
- > **Vorwurf gegen das Vollstreckungsgericht: Schwere, jahrelange Opfer-Diskriminierung, skrupellose Alter-Diskriminierung mit manipulierter Zwangsmaßnahme, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung mit Täter/Opfer-Umkehr**
- > **Wiederholung des Antrags auf Unterlassung jedweden Missbrauchs von skrupelloser Staatsgewalt**
- > **Vorlage dieser sofortigen Beschwerde beim Verwaltungsgericht Berlin als Beispiel für politisch motivierte Sklavenhaltung mit Missbrauch von Staatsgewalt durch Amtsgericht Velbert**

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln 06 bis 09 sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 03)

Das Rechtsmittel der Anhöhrungsrüge gemäß §321a ZPO wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde wird eingelegt.

Zu 10. Anhörungsrüge wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde.

Nicht hinnehmbar: Verfassungswidriges Unrechtssystem mit Zwangsmaßnahmen erpresst.

Amtsgericht will mit Zwangsmaßnahmen verfassungswidrige Krankenversicherung

gegen 80-jährigen Rentner erzwingen,

gegen Opfer politisch motivierter Sippenerschlagung seit 1998 und

gegen Opfer politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010.

Zuständige, best informierte Richter*in verbirgt sich hinter

Zwangsmaßnahmen von Rechtspfleger

Bescheidung der sofortigen Beschwerde durch Landgericht, weil:

> Zurückzuweisende Fortsetzung der Zwangsmaßnahme der Kontopfändung zu Rechtsanwaltskosten aus dem Urteil 7 O 214/12 am Landgericht Wuppertal mit verfassungswidriger Krankenversicherung

> Zurückzuweisendes Schreiben des Amtsgerichtes vom 23.09.2021 mit weiteren Rechnungen der Rechtsanwälte der Debeka

Krankenversicherungsverein a.G. gemäß Anlage VB-VGB06

> Zurückzuweisende verfassungswidrige Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010, nachgewiesen mit

Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 und Verfahren 9 S 30/21 Landgericht Wuppertal nach Verfahren 11 C 89/19 am Amtsgericht Velbert und

Verfahren 3 O 61/19 Landgericht Wuppertal

> Zurückweisung: Verfassungswidrige Krankenversicherung und Kosten der Rechtsanwälte für eine verfassungswidrige Krankenversicherung

Das Vollstreckungsgericht ist kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland.

Das Verfahren 11 C 89/19 am Amtsgericht Velbert hat die

verfassungswidrige Krankenversicherung aus dem Urteil 7 O 214/12 am

Landgericht Wuppertal übernommen und will nun mit Zwangsmaßnahmen gegen einen 80-jährigen Rentner die Rechtsanwaltskosten eintreiben.

Das Opfer, das seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erhält,

das gegen eine verfassungswidrige Krankenversicherung ankämpfen muss,

das gegen verheerende Folgewirkungen von politisch motivierten

Zerschlagungen ankämpfen muss

das gegen extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe

ankämpfen muss:

> gegen bundesweite Sippenerschlagung,

> gegen unverhältnismäßige Opferkriminalisierung wegen

Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz und

> gegen politisch motivierte Sklavenhaltung seit 2010

> gegen best vernetzte Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:

Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend

Der Beschwerdeführer hat gegen die verfassungswidrige Krankenversicherung ausführlich Stellung genommen und Verfassungswidrigkeit nachgewiesen:

Sieh **Anlage LG2108-03**: Nachweis der Verfassungswidrigkeit der

Krankenversicherung durch Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 (AR 864/21)

vom 05.Jan.2021 (1 BvR 2662/20 abgelegt als AR 864/21)

in Kopie an Landgericht Wuppertal 9 S 30/21 (11 C 89/19 Amtsgericht Velbert)

BVERFG-2031. Anzugreifende Hoheitsakte 11 C 89/19 Amtsgericht Velbert:

Öffentliche Sitzung 11 C 89/19 vom 25.Nov.2020 am Amtsgericht

- > mit Protokoll vom 25.11.2020 (eingegangen am 11.12.2020) Anlage VB-41(KV)a und mit Beschluss einer Entscheidung am 16.Dez.2020
- > mit Entscheidung als Urteil vom 16.Dez.2020 (eingegangen am 23.12.2020) gemäß Anlage VB-41(KV)b1
- > mit Verfügung vom 15.12.2020 (eingegangen am 23.12.2020) gemäß Anlage VB-41(KV)b2

Mit wiederholter strafbarer Rechtsbeugung von Beschwerde-Chaos zum Verfahrens-Chaos zum rechtswidrigen und verfassungswidrigen Urteil

> **Rechtswidrig:** Öffentliche Sitzung des Amtsgerichts am 25.11.2020 von Einzelrichter trotz Ablehnungsgesuch erzwungen, trotz laufendem Beschwerdeverfahren am Landgericht Wuppertal (Bescheidung der Anhörungsrüge gegen Beschwerdeinstanz mit laufender Verfassungsbeschwerde (BVERFG-2028, -2029, -2030) zurückgewiesen)

> **Rechtswidrig:** Einzelrichter am Amtsgericht entscheidet selbst auf Ablehnung des Ablehnungsgesuch gegen sich (nicht überwindbare Befangenheit)

> **Wahrheitswidrig,** weil Erörterung der Sach- und Rechtslage und jeder Fortsetzungsversuch des Beklagten nach ca. 10 Min. abrupt abgewürgt, entgegen Protokoll und zugunsten des Klägers

>Verfassungswidrig: Totale Anhörungsresistenz gegen kausale Zusammenhänge mit politisch motivierter Sippenzerschlagung

> **Verfassungswidrig:** Unverhältnismäßiger Opferkriminalisierungswahnsinn des Klägers

> **Verfassungswidrig:** "Kleine Krankenversicherung" 3.Klasse, Versicherungsbedingungen vom Aug.2013 für eine verfassungswidrige Krankengrundversicherung ohne Versicherungsleistungen seit Jan.2010, ohne Zugang zu Grundversicherung mit digitaler Versicherungskarte (digitaler Standard)

> **Gesundheitswidrig mit Altersdiskriminierung:** Ohne Rücksicht auf höheren Schutzbedarf eines Beklagten im 80.Lebensjahr, mit Anhörungsresistenz gegen beklagten Verstoß gegen Maskenpflicht im Wartebereich, bei Corona Lock down und Corona Shut down in NRW ab 16.12.2020 (Verkündung der Entscheidung als Urteil) gemäß Anlage VB-42(KV)a) und b) ohne die Möglichkeit einer Anwesenheit des Beklagten

> **Verfassungswidrig:** Totale Anhörungsresistenz gegen politisch motivierter Sippenzerschlagung und gegen unverhältnismäßigen Opferkriminalisierungswahnsinn des klagenden Sozialversicherungsträgers

BVERFG-2032. Versicherungsrechtliche Binsenweisheit:

Keine Kranken-Grundversicherung darf diskriminieren

> **Diskriminierend:** Kleine Kranken-Grundversicherung 3.Klasse unter Standard der Versicherungsleistungen einer Grundversicherung

> **Diskriminierend:** Fehlen eines digitalen Standards

Digitaler Standard einer heutigen Krankengrundversicherung ist die digitale Versicherungskarte, ohne Rechnungen einreichen zu müssen

> **Diskriminierende, diskreditierende Praxis:** Beklagter wird gezwungen, eingereichte Rechnungen mit Beitragsrückstand seit 2010 verrechnen zu lassen, der Beklagte hat durch Inanspruchnahme medizinischer Leistungen zusätzliche Kosten, die er nicht verantworten kann (Kostenfalle) und wodurch er auch noch in Verruf gebracht wird, dass er Kosten verursacht, die er nicht begleichen kann (zusätzlich rufschädigend).

> **Nicht funktionierende Praxis:** Krankenversicherung mit Einreichen von Rechnungen unter Benutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto mit Pfändungsschutzgrenze ohne Kreditkarte und ohne Dispo-Kredite hebt Pfändungsschutzgrenzen aus

>Verfassungswidrig: Klagender Versicherungsträger gibt keine soziale Sicherheit, sondern betreibt **soziale und psychische Zerschlagung gegen das Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung**

mit unverhältnismäßigem Opferkriminalisierungswahnsinn, mit Täter/Opfer-Umkehr seit 2010 und mit verfassungswidriger Krankenversicherung in Kumpanei mit weiteren Mittätern einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit Existenzvernichtung ohne ordentliche Enteignungsverfahren (Kreisverwaltung Mettmann, Bundesamt für Justiz, weisungsgebundene Staatsanwälte)

Ethisch verwerfliche Mittäterschaft eines Unternehmens der privaten Krankenversicherung nach unverhältnismäßigem Opferkriminalisierungswahnsinn mit mehrfacher

Freiheitsberaubung und psychischer Folter: Klagender Sozialversicherungsträger ist nicht mehr glaubwürdig, nicht mehr vertrauenswürdig (Voraussetzung für Sozialversicherungsträger)

BVERFG-2033. Amtsgericht Velbert ist kein grundrechtsfreier Raum: **Urteil hat keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden.**

Tatbestand: **Wahrheitswidrige Beschreibung** im Protokoll,

Verfassungswidrig: Diskriminierender Notlagentarif

Verfassungswidrig: Notlagentarif mit vermeidbarer Verrechnung von eingereichten Rechnungen durch digitale Standards

Verfassungswidrig: Notlagentarif mit Verrechnung über Pfändungsschutzkonto mit Pfändungsschutzgrenzen, ohne Kreditmöglichkeiten, ohne Kreditkarte, ohne Dispo-Kredite, mit Aushebelung von Pfändungsschutzgrenzen

Verfassungswidrig: "Kleine" Kranken-Grundversicherung 3.Klasse entgegen Anspruch auf gleichwertige Grundversicherung wie bei allen Bundesbürgern in Deutschland

BVERFG-2034. Faktenlage ist:

> Das Verfahren am Amtsgericht (3 O 61/19 Landgericht Wuppertal) ist mit einem rechtswidrigen, verfassungswidrigen Verweisungsverfahren erzwungen worden.

> **Die mündliche Verhandlung 11 C 89/19 vom 25.Nov.2020 wurde mit der Androhung eines Versäumnisurteils erzwungen, obwohl das Verfahren zur sofortigen Beschwerde im Mai vor 2 Jahren immer noch nicht abgeschlossen ist.**

> **Die mündliche Verhandlung hat de facto nicht stattgefunden, weil jeder Kommunikationsversuch vom Richter abrupt abgebrochen wurde (nicht überwindbare Befangenheit).**

> **Die Verfassungswidrigkeit der Krankenversicherung einschließlich des Notlagentariffs konnte wegen unüberwindbarer Befangenheit des Richters überhaupt nicht erörtert werden.**

> **Nicht einmal die Nicht funktionierende Praxis konnte erörtert werden:** Krankenversicherung mit Einreichen von Rechnungen unter Benutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto mit Pfändungsschutzgrenze ohne Kreditkarte und ohne Dispo-Kredite hebt Pfändungsschutzgrenzen aus

> **Urteil bestätigt unüberwindbare Befangenheit:** Einzelrichter, der das Ablehnungsgesuch gegen sich selbst abgelehnt hat, obwohl ihm betonierte Anhörungsresistenz vorgeworfen und begründet wurde: Die kausalen Zusammenhänge mit politisch motivierter Sippenzerschlagung, die Mittäterschaft des Klägers durch einen

unverhältnismäßigen und daher verfassungswidrigen Opferkriminalisierungswahnsinn konnte nicht ansatzweise erörtert werden.

> Wahrheit: Sippenhaft und Opferkriminalisierung sind Methoden einer verruchten NS-Justiz. Fortsetzung einer unverhältnismäßigen Opferkriminalisierung seit 2010 ist verfassungswidrig und bedeutet Fortsetzung der sozialen und psychischen Zerschlagung

> **Das Opfer hat das grundrechtsgleiche Recht auf Widerstand. (Art.20 Abs.4 GG) nach über 10 Jahren Gerichtsverfahren**

> **Klagender Sozialversicherungsträger: Verfassungswidrige Kranken-Grundversicherung 3.Klasse mit verfassungswidrigen Notlagentarif, ohne Versicherungsleistungen seit 2010, mit nicht funktionierender Praxis im Zusammenwirken mit Pfändungsschutzkonto, Mittäterschaft durch unverhältnismäßigen Opferkriminalisierungs-Wahnsinn u.v.a.m.**

> **Urteil ist verfassungswidrig und daher zurückzuweisen. Urteil hat keine Rechtskraft, weil Grundrechte nicht respektiert werden, die Kosten des aufgezwungenen Rechtsstreits hat der Kläger bzw. die Staatskasse zu tragen**

> **Urteil ist Opfer verhöhnend für Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung: Massiver und mehrfacher Verstoß gegen Art.1 Abs.1 GG**

> **Urteil und Verfahren verstoßen massiv gegen Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte:**

Art.1 Abs.1 GG, Art.2. Abs.1 GG iVm Rechtsstaatsprinzip und Art.3 Abs.1 GG:

Art.20 Abs.4 GG, Art.103 Abs.1 GG sowie

Art.6 EMRK (Europäisches Menschenrecht für ein faires Verfahren) bzw. Art.1 Abs.1 GG und Art.2. Abs.1 GG iVm Rechtsstaatsprinzip

> Der Beklagte beantragt vollständige Prozesskostenhilfe und Berufungsverfahren, soweit vom Bundesverfassungsgericht nicht eine bessere Lösung entschieden wird.

Rehabilitierung und Schadenersatz müssen Vorrang haben, in einem rechtsstaatlichen Verfahren, das ihm bis heute versagt wurde, damit sich der Beklagte wieder eine nicht diskriminierende Kranken-Grundversicherung leisten kann. Sie ist auch Voraussetzung, um eine objektive Verurteilung der Mittäterschaft des Klägers zu erreichen

> **Ein Unternehmen der privaten Krankenversicherung, das als Mittäter politisch motivierter Sippenzerschlagung soziale und psychische Zerschlagung seit über 10 Jahren betreibt, kann für das Opfer nicht mehr Sozialversicherungsträger sein.**

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku der Verfassungsbeschwerde:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27.pdf>

Scroll down after link (page 155)

Der Beschwerdeführer hat das **Landgericht Wuppertal im Verfahren 9 S 30/21 über die Verfassungsbeschwerde vom 05.Jan.2021** (gegen die verfassungswidrige Krankenversicherung ausführlich Stellung genommen und Verfassungswidrigkeit nachgewiesen) informiert:

Sieh **Anlage LG2108-04:**

Verfahren am Landgericht Wuppertal 9 S 30/21 (11 C 89/19 Amtsgericht Velbert) mit Schriftsatz vom 18.Jan.2021 mit Vorlage der Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 (AR 864/21) vom 05.Jan.2021 (1 BvR 2662/20 abgelegt als AR 864/21)

Das Zerschlagungsopfer klagt am **Verwaltungsgericht Berlin (VG 27 K 308.14)** gegen die Bundesrepublik Deutschland auf Rehabilitierung und Schadenersatz
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>
Scroll down after link (page 69)

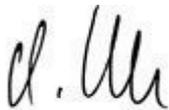
Mit der Anhörungsrüge wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde beantragt der Beschwerdeführer:

Unverzügliche Einstellung aller Zwangsmaßnahmen durch das Amtsgericht Velbert, aktuell

Einstellung der Zwangsmaßnahme auf Pfändungsschutzkonto gemäß Anlage VB-VGB03

Zurückweisung der verfassungswidrigen Krankenversicherung und Kosten der Rechtsanwälte für eine verfassungswidrige Krankenversicherung gemäß Anlage VB-VGB06

Velbert, 07.Okt.2021



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, mit Erschließung von Mittelstandspotentialen für digitale Innovationen, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 09)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) nicht nur den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Innovationseffizienz gesichert zu haben und so ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen seit 1976. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1987 einen Congress für Künstliche Intelligenz (KI) mit 4 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressband (ISBN 3-89077-048-7), geplant und ausgeführt haben.

'Artificial Intelligence' wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf dem staatlichen Digital-Gipfel im Dezember 2018/2019, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung unserer Europäischen Congressmessen unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Anlage VB-VGB06 (Anlage in Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1959/21 vom 4.Okt.2021:

Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung der politisch motivierten Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch **Sozialversicherungsträger Debeka ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbiederung eines diskriminierenden Notlagentarifs einer verfassungswidrigen Krankenversicherung**, nachgewiesen in dem Verfahren am Landgericht Wuppertal 9 S 30/21 (ab 28.Jan.2021) unter Vorsitzenden Richter am Landgericht Istel, > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-20.pdf>
Scroll down after link (page 246), mit gleichzeitiger, paralleler Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 (AR 864/21) vom 05.Jan.2021 > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27.pdf>

Scroll down after link (page 155)
hier mit Antrag des Sozialversicherungsträgers an Amtsgericht Velbert (11 C 89/19) auf Erteilung einer vollstreckbaren Ausfertigung eines Kostenfestsetzungsbeschlusses und mit

Einleitung einer Zwangsmaßnahme auf Pfändungsschutzkonto gemäß Anlage VB-VGB03 (zugesandt in Verfassungsbeschwerde 1 BvR1959/21 vom 18.Aug.2021):
Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung der politisch motivierten Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch **Sozialversicherungsträger Debeka ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbiederung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung, hier mit manipulierten Antrag** (Geburtsdatum des 80-jährigen Opfers geschwärzt) auf Erlass eines Pfändungsbeschlusses (eingegangen am 14.08.2021) auf Pfändungsschutzkonto ohne Kreditmöglichkeiten

Anlage LG2108-03: Nachweis der Verfassungswidrigkeit der Krankenversicherung durch Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 (AR 864/21) vom 05.Jan.2021 (1 BvR 2662/20 abgelegt als AR 864/21) in Kopie an Landgericht Wuppertal 9 S 30/21 (11 C 89/19 Amtsgericht Velbert)

Anlage LG2108-04:

Verfahren am Landgericht Wuppertal 9 S 30/21 (11 C 89/19 Amtsgericht Velbert) mit Schriftsatz vom 18.Jan.2021 mit Vorlage der Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 (AR 864/21) vom 05.Jan.2021 (1 BvR 2662/20 abgelegt als AR 864/21)

Anlage LG2108-01

Wahrheitswidrige, Beschluss-gleiche Mitteilung des Amtsgerichts Velbert vom 30.08.2021 (eingegangen am 03.09.2021), dass kein konkreter Antrag betreffend das vorliegende Vollstreckungsverfahren im Schriftsatz vom 25.Aug.2021 erkannt

Anlage LG2108-02

Einspruch vom 25.Aug.2021 gegen jeglichen Missbrauch von Staatsgewalt und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt mit Zwangsvollstreckungssache 1 DRII 872/21 auf Pfändungsschutzkonto im Auftrag des Amtsgerichtes Velbert, Vollstreckungsgericht, 42549 Velbert Geschäftszeichen 15 M U76/21 gegen Unterzeichner (Opfer, Opfer politisch motivierter Sippenerschlagung)

Anlage AG21/08: Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2021

(1 BvR 1959/21) mit Anlage VB-VGB03: Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung der politisch motivierten Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch Sozialversicherungsträger Debeka (**ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbiederung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs, hier mit manipulierten Antrag**)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>

Scroll down after link (page 18/25/69)

Legende der schriftlichen Eingaben am Amtsgericht Velbert zur Abwehr von Missbrauch von Staatsgewalt

Schriftsatz mit Einspruch vom 25.Aug.2021 (Ziffer 1-5) gegen Durchführung der Zwangsvollstreckungssache 1 DRll 872/21 auf Pfändungsschutzkonto inkl. Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt.

Schriftsatz vom 06.Sept.2021an Landgericht Wuppertal mit Sofortiger Beschwerde gemäß §567 ZPO mit Antrag auf Prozesskostenhilfe gegen Zwangsvollstreckungssache 1 DRll 872/21 auf Pfändungsschutzkonto im Auftrag des Amtsgerichtes Velbert

06. Terminberechtigter Einspruch vom 25.Aug.2021 gegen Durchführung der Zwangsvollstreckungssache 1 DRll 872/21 auf Pfändungsschutzkonto inkl. Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt.

> Verfassungswidrig: Versagung von rechtlichem Gehör zur Antragstellung und zur Begründung des Einspruch ohne Beantwortung wegen Manipulation des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses durch Schwärzung des Geburtstages des Zerschlagungsopfers im 80.Lebensjahr (manipulative Verschleierung der skrupellosen Respektlosigkeit gegenüber der älteren Generation) und wegen
> Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlichen Übergriffe, hier Zwangsmaßnahme durch einen Sozialversicherungsträger, der seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt, unter Anbietung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs der Krankenversicherung aus einem verfassungswidrigen „Teilversäumnis“-Urteil

mit Anlage AG21/08: Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2021 inkl. Anlage VB-VGB03: Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung einer politisch motivierten Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch Sozialversicherungsträger Debeka (ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbietung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs, hier mit manipulierten Antrag / manipulierte Verschleierung einer skrupellosen Respektlosigkeit gegen die ältere Generation)

Sieh Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1959/21 vom 18.Aug.2021 (beiliegend, Seite 18):

07. Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2021 (1 BvR 1959/21) mit Anlage VB-VGB03

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>

Scroll down after link (page 18/25)

Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz am Verwaltungsgericht Berlin wegen

Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

zu bundesweiter Sippenzerschlagung,

zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung und

zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 1998

mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:

Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer

übergreifend, Generationen übergreifend

mit Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer), Zerschlagung der

deutschen Heimat, Rufmord, mehrfacher Freiheitsberaubung mit

psychischer Folter, kapitalen Vermögensschäden und

mit Zwangsmaßnahmen aller Art

nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden

Generation seit 1998, über 20 Jahre bitteres Unrecht

> unter Verantwortung der beklagten Bundesrepublik Deutschland

> unter Verantwortung des beklagten Freistaates Bayern

> unter Verantwortung des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR)

> unter Verantwortung des klagenden Sozialversicherungsträgers (Debeka)

08. Auffällig: Skrupellosigkeit des Vollstreckungsgerichtes

Missbrauch von Staatsgewalt mit manipulierter Zwangsmaßnahme einfacher als das Durchlesen von Verfassungsbeschwerden.

Rechtspfleger anstatt informierte Richter*in am Vollstreckungsgericht bemängelt Nicht-Erkennung eines konkreten Antrags

> Opfer verhöhnende Wahrheitsbeugung, weil Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt unmissverständlich gestellt.

> Vollstreckungs-Gericht will konkrete Erläuterung, obwohl Verfassungsbeschwerde mit fundierter Erläuterung in aktuellster Ausführung vom 18.Aug.2021 (1 BvR 1959/21) beigelegt

Offensichtlich: Rechtspfleger nicht in der Lage, die Informationen zu einem **Politik-, Verwaltungs- und Justizskandal in Deutschland zu erfassen und zu bewerten**

> Vollstreckungsgericht ist kein grundrechtsfreier Raum für signifikante Beteiligung an politisch motivierter Sklavenhaltung

> Vorwurf gegen das Vollstreckungsgericht: Schwere, jahrelange Opfer-Diskriminierung, skrupellose Alter-Diskriminierung mit manipulierter Zwangsmaßnahme, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung mit Täter/Opfer-Umkehr

> Wiederholung des Antrags auf Unterlassung jedweden Missbrauchs von skrupelloser Staatsgewalt

> Vorlage dieser sofortigen Beschwerde beim Verwaltungsgericht Berlin als Beispiel für politisch motivierte Sklavenhaltung mit Missbrauch von Staatsgewalt durch Amtsgericht Velbert

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 03)

Schriftsatz vom 11.Okt.2021 an Landgericht Wuppertal mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde gemäß

§567 ZPO vom 06.09.2021 gegen Durchführung der manipulierten

Zwangsvollstreckungssache 1 DR11 872/21 der Debeka Krankenversicherung a.G.

(eingegangen am 14.08. 2021 mit förmlicher Zustellung) und geplanten Anschluss-

Zwangsvollstreckungsmaßnahmen auf Pfändungsschutzkonto ohne rechtliches Gehör zu

termingerechten Einspruch vom 25. Aug. 2021

09. Terminberechtigter Einspruch vom 25.Aug.2021

gegen manipulierte Zwangsvollstreckungssache 1 DR11 872/21 auf

Pfändungsschutzkonto inkl. Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von

Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt.

Manipulierter Antrag / manipulierte Verschleierung einer

skrupellosen Respektlosigkeit gegen die ältere Generation)

Sieh Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1959/21 vom 18.Aug.2021 (Seite 18, Anlage VB-VGB03):

Zwangsvollstreckungsmaßnahme durch einen Sozialversicherungsträger, der seit 2010 keine

Versicherungsleistungen mehr erbringt, unter Anbietung eines verfassungswidrigen

Notlagentarifs der verfassungswidrigen Krankenversicherung aus einem

verfassungswidrigen „Teilversäumnis“-Urteil 7 O 214/12 vom 16.04.2015

Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz

am Verwaltungsgericht Berlin wegen

Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

> zu bundesweiter Sippenzerschlagung,

> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung und

> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 1998

Vollstreckungsgericht ist kein grundrechtsfreier Raum für signifikante Beteiligung an

politisch motivierter Sklavenhaltung, hier seit 2010

> Vorwurf gegen das Vollstreckungsgericht: Schwere, jahrelange Opfer-Diskriminierung,

skrupellose Alter-Diskriminierung mit manipulierter Zwangsmaßnahme,

unverhältnismäßige Opferkriminalisierung mit Täter/Opfer-Umkehr

> Wiederholung des Antrags auf Unterlassung jedweden Missbrauchs von skrupelloser Staatsgewalt

> Vorlage dieser sofortigen Beschwerde zusätzlich beim Verwaltungsgericht Berlin als Beispiel für politisch motivierte Sklavenhaltung mit Missbrauch von Staatsgewalt durch Amtsgericht Velbert

10. Anhörungsrüge wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde.

Nicht hinnehmbar: Verfassungswidriges Unrechtssystem mit Zwangsmaßnahmen erpresst.

Amtsgericht will mit Zwangsmaßnahmen verfassungswidrige Krankenversicherung gegen 80-jährigen Rentner erzwingen,
gegen Opfer politisch motivierter Sippenerschlagung seit 1998 und
gegen Opfer politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010.
Zuständige, best informierte Richter*in verbirgt sich hinter Zwangsmaßnahmen von Rechtspfleger

Bescheidung der sofortigen Beschwerde durch Landgericht, weil:

- > Zurückzuweisende Fortsetzung der Zwangsmaßnahme der Kontopfändung zu Rechtsanwaltskosten aus dem Urteil 7 O 214/12 am Landgericht Wuppertal mit verfassungswidriger Krankenversicherung
 - > Zurückzuweisendes Schreiben des Amtsgerichtes vom 23.09.2021 mit weiteren Rechnungen der Rechtsanwälte der Debeka Krankenversicherungsverein a.G. gemäß Anlage VB-VGB06
 - > Zurückzuweisende verfassungswidrige Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010, nachgewiesen mit Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 und Verfahren 9 S 30/21 Landgericht Wuppertal nach Verfahren 11 C 89/19 am Amtsgericht Velbert und Verfahren 3 O 61/19 Landgericht Wuppertal
 - > Zurückweisung: Verfassungswidrige Krankenversicherung und Kosten der Rechtsanwälte für eine verfassungswidrige Krankenversicherung
 - > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>
- Scroll down after link (page 29)

Per Fax an 02051-945-199

**Amtsgericht Velbert
Geschäftsstelle
11 C 89/19**

**Nedderstraße 40
42549 Velbert**

Velbert, 11.Okt.2021

Aktenzeichen 11 C 89/19

Hier: Stellungnahme zum Schreiben vom 23.09.2021 (eingegangen am 28.09.2021) und Zurückweisung der Rechnungen der RAe Giebel und Kollegen vom 08.12.2020 (Re.Nr. 2002624) und der Rechnung vom 12.02.2021 (Aktenzeichen 70522499)

Sofortige Beschwerde gemäß §567 ZPO vom 06.09.2021 an das Landgericht Wuppertal mit Antrag auf Prozesskostenhilfe

gegen Zwangsvollstreckungssache 1 DRII 872/21 auf Pfändungsschutzkonto im Auftrag des Amtsgerichtes Velbert, Vollstreckungsgericht, gegen Fortsetzung unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung politisch motivierter Zerschlagungen durch Sozialversicherungsträger ohne Versicherungsleistungen seit 2010, wegen Beteiligung mit verfassungswidriger Krankenversicherung an politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010 mit Zurückweisung aller Kosten für Rechtsanwälte

einschl. Schreiben des Amtsgerichtes vom 23.09.2021 (Az 11 C 89/19, eingegangen am 28.09.2021)

Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde

wegen verheerender Folgewirkungen von

Politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung wegen Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz und
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 1998
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:

Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend
mit Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer), Zerschlagung der deutschen Heimat, Rufmord, mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter und kapitalen Vermögensschäden,

nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998, über 20 Jahre bitteres Unrecht

Albin L. Ockl (Beschwerdeführer, Zerschlagungsopfer) gegen **Debeka Krankenversicherungsverein a.G.** (Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen, ehemaliger Sozialversicherungsträger, ohne Versicherungsleistungen seit 2010, mit Anbietung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung, mit Kriminalisierung durch Zwangsmaßnahmen)

Begründung mit fortlaufender Nummerierung

11. Zurückweisung aller Rechnungen der RAe Giebel und Kollegen vom 08.12.2020 (Re.Nr. 2002624) und der Rechnung vom 12.02.2021 (Aktenzeichen 70522499)

Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen des ehemaligen Sozialversicherungsträgers, der mit sozialer und psychischer Zerschlagung längst seine Reputation verloren hat
Aufforderung, alle Zwangsmaßnahmen unverzüglich einzustellen.
Alle Zwangsmaßnahmen und Rechnungen an das Bundesverfassungsgericht weitergeleitet, weil alle Zwangsmaßnahmen und Rechnungen als Teil politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010 zu verwerfen sind.

Es ist ein unerhörter Vorgang, mit Zwangsmaßnahmen unterster Qualifikation ein verfassungswidriges Unrechtssystem einer verfassungswidrigen Krankenversicherung durchsetzen zu wollen. Das Zerschlagungsopfer, das Angriffe eines ehemaligen Sozialversicherungsträgers nicht verhindern konnte, weist jede Verantwortung zurück. Sieh Kapitel 09 und 10 im Schriftsatz vom 11.Okt.2021 an Landgericht Wuppertal.

Schriftsatz vom 07.Okt.2021 an Landgericht Wuppertal mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde gemäß §567 ZPO vom 06.09.2021 gegen Durchführung der manipulierten Zwangsvollstreckungssache 1 DRII 872/21 der Debeka Krankenversicherung a.G. (eingegangen am 14.08. 2021 mit förmlicher Zustellung) und geplanten Anschluss-Zwangsmaßnahmen auf Pfändungsschutzkonto ohne rechtliches Gehör zu termingerechten Einspruch vom 25.Aug.2021

Kapitel 09. Termingerechter Einspruch vom 25.Aug.2021 gegen manipulierte Zwangsvollstreckungssache 1 DRII 872/21 auf Pfändungsschutzkonto inkl. Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt.

Manipulierter Antrag / manipulierte Verschleierung einer skrupellosen Respektlosigkeit gegen die ältere Generation)
Sieh Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1959/21 vom 18.Aug.2021 (Seite 18, Anlage VB-VGB03):

Zwangsmaßnahme durch einen Sozialversicherungsträger, der seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt, unter Anbietung eines verfassungswidrigen Notlagetarifs der verfassungswidrigen Krankenversicherung aus einem verfassungswidrigen „Teilversäumnis“-Urteil 7 O 214/12 vom 16.04.2015

Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz am Verwaltungsgericht Berlin wegen

Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

> zu bundesweiter Sippenzerschlagung,

- > zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung und
- > zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 1998
- Vollstreckungsgericht ist kein grundrechtsfreier Raum für signifikante Beteiligung an politisch motivierter Sklavenhaltung, hier seit 2010
- > Vorwurf gegen das Vollstreckungsgericht: Schwere, jahrelange Opfer-Diskriminierung, skrupellose Altersdiskriminierung mit manipulierter Zwangsmaßnahme, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung mit Täter/Opfer-Umkehr
- > Wiederholung des Antrags auf Unterlassung jedweden Missbrauchs von skrupelloser Staatsgewalt
- > Vorlage dieser sofortigen Beschwerde zusätzlich beim Verwaltungsgericht Berlin als Beispiel für politisch motivierte Sklavenhaltung mit Missbrauch von Staatsgewalt durch Amtsgericht Velbert
- Kapitel 10.** Anhörungsrüge wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde.
- Nicht hinnehmbar: Verfassungswidriges Unrechtssystem mit Zwangsmaßnahmen erpresst.
- Amtsgericht will mit Zwangsmaßnahmen verfassungswidrige Krankenversicherung
- gegen 80-jährigen Rentner erzwingen,
- gegen Opfer politisch motivierter Sippenerschlagung seit 1998 und
- gegen Opfer politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010.
- Zuständige, best informierte Richter*in verbirgt sich hinter Zwangsmaßnahmen von Rechtspfleger
- Bescheidung der sofortigen Beschwerde durch Landgericht, weil:
- > Zurückzuweisende Fortsetzung der Zwangsmaßnahme der Kontopfändung zu Rechtsanwaltskosten aus dem Urteil 7 O 214/12 am Landgericht Wuppertal mit verfassungswidriger Krankenversicherung
- > Zurückzuweisendes Schreiben des Amtsgerichtes vom 23.09.2021 mit weiteren Rechnungen der Rechtsanwälte der Debeka Krankenversicherungsverein a.G. gemäß Anlage VB-VGB06
- > Zurückzuweisende verfassungswidrige Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010, nachgewiesen mit Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 und Verfahren 9 S 30/21 Landgericht Wuppertal nach Verfahren 11 C 89/19 am Amtsgericht Velbert und Verfahren 3 O 61/19 Landgericht Wuppertal
- > Zurückweisung: Verfassungswidrige Krankenversicherung und Kosten der Rechtsanwälte für eine verfassungswidrige Krankenversicherung

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 29)

Velbert, 11.Okt.2021



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, mit Erschließung von Mittelstandspotentialen für digitale Innovationen, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 09)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) nicht nur den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Innovationseffizienz gesichert zu haben und so ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen seit 1976. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1987 einen Congress für Künstliche Intelligenz (KI) mit 4 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressband (ISBN 3-89077-048-7), geplant und ausgeführt haben.

'Artificial Intelligence' wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf dem staatlichen Digital-Gipfel im Dezember 2018/2019, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung unserer Europäischen Congressmessen unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Anlage VB-VGB06 (Anlage in Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1959/21 vom 4.Okt.2021:

Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung der politisch motivierten Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch **Sozialversicherungsträger Debeka ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbiederung eines diskriminierenden Notlagentarifs einer verfassungswidrigen Krankenversicherung**, nachgewiesen in dem Verfahren am Landgericht Wuppertal 9 S 30/21 (ab 28.Jan.2021) unter Vorsitzenden Richter am Landgericht Istel, > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-20.pdf>
Scroll down after link (page 246), mit gleichzeitiger, paralleler Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 (AR 864/21) vom 05.Jan.2021 > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27.pdf>

Scroll down after link (page 155)
hier mit Antrag des Sozialversicherungsträgers an Amtsgericht Velbert (11 C 89/19) auf Erteilung einer vollstreckbaren Ausfertigung eines Kostenfestsetzungsbeschlusses und mit

Einleitung einer Zwangsmaßnahme auf Pfändungsschutzkonto gemäß Anlage VB-VGB03 (zugesandt in Verfassungsbeschwerde 1 BvR1959/21 vom 18.Aug.2021):
Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung der politisch motivierten Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch **Sozialversicherungsträger Debeka ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbiederung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung, hier mit manipulierten Antrag** (Geburtsdatum des 80-jährigen Opfers geschwärzt) auf Erlass eines Pfändungsbeschlusses (eingegangen am 14.08.2021) auf Pfändungsschutzkonto ohne Kreditmöglichkeiten

Anlage LG2108-03: Nachweis der Verfassungswidrigkeit der Krankenversicherung durch Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 (AR 864/21) vom 05.Jan.2021 (1 BvR 2662/20 abgelegt als AR 864/21) in Kopie an Landgericht Wuppertal 9 S 30/21 (11 C 89/19 Amtsgericht Velbert)

Anlage LG2108-04:
Verfahren am Landgericht Wuppertal 9 S 30/21 (11 C 89/19 Amtsgericht Velbert) mit Schriftsatz vom 18.Jan.2021 mit Vorlage der Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 (AR 864/21) vom 05.Jan.2021 (1 BvR 2662/20 abgelegt als AR 864/21)

Anlage LG2108-01

Wahrheitswidrige, Beschluss-gleiche Mitteilung des Amtsgerichts Velbert vom 30.08.2021 (eingegangen am 03.09.2021), dass kein konkreter Antrag betreffend das vorliegende Vollstreckungsverfahren im Schriftsatz vom 25.Aug.2021 erkannt

Anlage LG2108-02

Einspruch vom 25.Aug.2021 gegen jeglichen Missbrauch von Staatsgewalt und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt mit Zwangsvollstreckungssache 1 DRII 872/21 auf Pfändungsschutzkonto im Auftrag des Amtsgerichtes Velbert, Vollstreckungsgericht, 42549 Velbert Geschäftszeichen 15 M U76/21 gegen Unterzeichner (Opfer, Opfer politisch motivierter Sippenerschlagung)

Anlage AG21/08: Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2021

(1 BvR 1959/21) mit Anlage VB-VGB03: Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung der politisch motivierten Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch Sozialversicherungsträger Debeka (**ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbiederung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs, hier mit manipulierten Antrag**)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>

Scroll down after link (page 18/25/69)

Legende der schriftlichen Eingaben am Amtsgericht Velbert zur Abwehr von Missbrauch von Staatsgewalt

Schriftsatz mit Einspruch vom 25.Aug.2021 (Ziffer 1-5) gegen Durchführung der Zwangsvollstreckungssache 1 DRll 872/21 auf Pfändungsschutzkonto inkl. Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt.

Schriftsatz vom 06.Sept.2021an Landgericht Wuppertal mit Sofortiger Beschwerde gemäß §567 ZPO mit Antrag auf Prozesskostenhilfe gegen Zwangsvollstreckungssache 1 DRll 872/21 auf Pfändungsschutzkonto im Auftrag des Amtsgerichtes Velbert

06. Termingerechter Einspruch vom 25.Aug.2021 gegen Durchführung der Zwangsvollstreckungssache 1 DRll 872/21 auf Pfändungsschutzkonto inkl. Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt.

> Verfassungswidrig: Versagung von rechtlichem Gehör zur Antragstellung und zur Begründung des Einspruch ohne Beantwortung wegen Manipulation des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses durch Schwärzung des Geburtstages des Zerschlagungsopfers im 80.Lebensjahr (manipulative Verschleierung der skrupellosen Respektlosigkeit gegenüber der älteren Generation) und wegen
> Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlichen Übergriffe, hier Zwangsmaßnahme durch einen Sozialversicherungsträger, der seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt, unter Anbietderung eines verfassungswidrigen Notlagetarifs der Krankenversicherung aus einem verfassungswidrigen „Teilversäumnis“-Urteil

mit Anlage AG21/08: Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2021 inkl. Anlage VB-VGB03: Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung einer politisch motivierten Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch Sozialversicherungsträger Debeka (ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbietderung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs, hier mit manipulierten Antrag / manipulierte Verschleierung einer skrupellosen Respektlosigkeit gegen die ältere Generation)

Sieh Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1959/21 vom 18.Aug.2021 (beiliegend, Seite 18):

07. Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2021 (1 BvR 1959/21) mit Anlage VB-VGB03

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>

Scroll down after link (page 18/25)

Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz

am Verwaltungsgericht Berlin wegen

Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

zu bundesweiter Sippenzerschlagung,

zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung und

zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 1998

mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:

Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer

übergreifend, Generationen übergreifend

mit Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer), Zerschlagung der

deutschen Heimat, Rufmord, mehrfacher Freiheitsberaubung mit

psychischer Folter, kapitalen Vermögensschäden und

mit Zwangsmaßnahmen aller Art

nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden

Generation seit 1998, über 20 Jahre bitteres Unrecht

> unter Verantwortung der beklagten Bundesrepublik Deutschland

> unter Verantwortung des beklagten Freistaates Bayern

> unter Verantwortung des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunks

(ÖRR)

> unter Verantwortung des klagenden Sozialversicherungsträgers (Debeka)

08. Auffällig: Skrupellosigkeit des Vollstreckungsgerichtes

Missbrauch von Staatsgewalt mit manipulierter Zwangsmaßnahme einfacher als das Durchlesen von Verfassungsbeschwerden.

Rechtspfleger anstatt informierte Richter*in am Vollstreckungsgericht bemängelt Nicht-Erkennung eines konkreten Antrags

> Opfer verhöhnende Wahrheitsbeugung, weil Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt unmissverständlich gestellt.

> Vollstreckungs-Gericht will konkrete Erläuterung, obwohl Verfassungsbeschwerde mit fundierter Erläuterung in aktuellster Ausführung vom 18.Aug.2021 (1 BvR 1959/21) beigelegt

Offensichtlich: Rechtspfleger nicht in der Lage, die Informationen zu einem **Politik-, Verwaltungs- und Justizskandal in Deutschland zu erfassen und zu bewerten**

> Vollstreckungsgericht ist kein grundrechtsfreier Raum für signifikante Beteiligung an politisch motivierter Sklavenhaltung

> Vorwurf gegen das Vollstreckungsgericht: Schwere, jahrelange Opfer-Diskriminierung, skrupellose Alter-Diskriminierung mit manipulierter Zwangsmaßnahme, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung mit Täter/Opfer-Umkehr

> Wiederholung des Antrags auf Unterlassung jedweden Missbrauchs von skrupelloser Staatsgewalt

> Vorlage dieser sofortigen Beschwerde beim Verwaltungsgericht Berlin als Beispiel für politisch motivierte Sklavenhaltung mit Missbrauch von Staatsgewalt durch Amtsgericht Velbert

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 03)

Schriftsatz vom 07.Okt.2021 an Landgericht Wuppertal mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde gemäß

§567 ZPO vom 06.09.2021 gegen Durchführung der manipulierten

Zwangsvollstreckungssache 1 DR11 872/21 der Debeka Krankenversicherung a.G.

(eingegangen am 14.08. 2021 mit förmlicher Zustellung) und geplanten Anschluss-

Zwangsmaßnahmen auf Pfändungsschutzkonto ohne rechtliches Gehör zu

termingerechten Einspruch vom 25. Aug. 2021

09. Termingerechter Einspruch vom 25.Aug.2021

gegen manipulierte Zwangsvollstreckungssache 1 DR11 872/21 auf

Pfändungsschutzkonto inkl. Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von

Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt.

Manipulierter Antrag / manipulierte Verschleierung einer

skrupellosen Respektlosigkeit gegen die ältere Generation)

Sieh Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1959/21 vom 18.Aug.2021 (Seite 18, Anlage VB-VGB03):

Zwangsmaßnahme durch einen Sozialversicherungsträger, der seit 2010 keine

Versicherungsleistungen mehr erbringt, unter Anbietung eines verfassungswidrigen

Notlagentarifs der verfassungswidrigen Krankenversicherung aus einem

verfassungswidrigen „Teilversäumnis“-Urteil 7 O 214/12 vom 16.04.2015

Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz

am Verwaltungsgericht Berlin wegen

Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

> zu bundesweiter Sippenzerschlagung,

> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung und

> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 1998

Vollstreckungsgericht ist kein grundrechtsfreier Raum für signifikante Beteiligung an

politisch motivierter Sklavenhaltung, hier seit 2010

> Vorwurf gegen das Vollstreckungsgericht: Schwere, jahrelange Opfer-Diskriminierung,

skrupellose Alter-Diskriminierung mit manipulierter Zwangsmaßnahme,

unverhältnismäßige Opferkriminalisierung mit Täter/Opfer-Umkehr

> Wiederholung des Antrags auf Unterlassung jedweden Missbrauchs von skrupelloser Staatsgewalt

> Vorlage dieser sofortigen Beschwerde zusätzlich beim Verwaltungsgericht Berlin als Beispiel für politisch motivierte Sklavenhaltung mit Missbrauch von Staatsgewalt durch Amtsgericht Velbert

10. Anhörungsrüge wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde.

Nicht hinnehmbar: Verfassungswidriges Unrechtssystem mit Zwangsmaßnahmen

erpresst.

Amtsgericht will mit Zwangsmaßnahmen verfassungswidrige Krankenversicherung gegen 80-jährigen Rentner erzwingen,
gegen Opfer politisch motivierter Sippenerschlagung seit 1998 und
gegen Opfer politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010.
Zuständige, best informierte Richter*in verbirgt sich hinter Zwangsmaßnahmen von Rechtspfleger

Bescheidung der sofortigen Beschwerde durch Landgericht, weil:

> Zurückzuweisende Fortsetzung der Zwangsmaßnahme der Kontopfändung zu Rechtsanwaltskosten aus dem Urteil 7 O 214/12 am Landgericht Wuppertal mit verfassungswidriger Krankenversicherung
> Zurückzuweisendes Schreiben des Amtsgerichtes vom 23.09.2021 mit weiteren Rechnungen der Rechtsanwälte der Debeka Krankenversicherungsverein a.G. gemäß Anlage VB-VGB06
> Zurückzuweisende verfassungswidrige Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010, nachgewiesen mit Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 und Verfahren 9 S 30/21 Landgericht Wuppertal nach Verfahren 11 C 89/19 am Amtsgericht Velbert und Verfahren 3 O 61/19 Landgericht Wuppertal
> Zurückweisung: Verfassungswidrige Krankenversicherung und Kosten der Rechtsanwälte für eine verfassungswidrige Krankenversicherung
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>
Scroll down after link (page 29)

Schriftsatz vom 11.Okt.2021 an das Amtsgericht Velbert (Geschäftsstelle 11 C 89/19)

11. Zurückweisung aller Rechnungen der RAe Giebel und Kollegen vom 08.12.2020 (Re.Nr. 2002624) und der Rechnung vom 12.02.2021 (Aktenzeichen 70522499)
Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen des ehemaligen Sozialversicherungsträgers, der mit sozialer und psychischer Zerschlagung längst seine Reputation verloren hat
Aufforderung, alle Zwangsmaßnahmen unverzüglich einzustellen.
Alle Zwangsmaßnahmen und Rechnungen an das Bundesverfassungsgericht weitergeleitet, weil alle Zwangsmaßnahmen und Rechnungen als Teil politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010 zu verwerfen sind.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>
Scroll down after link (page 29)

Per Fax an 0202-498-3504

Landgericht Wuppertal
16. Zivilkammer
16 T 225/21

Eiland 1
42103 Wuppertal

Velbert, 08.Dez.2021

Aktenzeichen 16 T 225/21 (15 M 1156/21 Amtsgericht Velbert)
Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen Beschluss vom 12.11.2021 (eingegangen am 29.11.2021)
nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO vom 07.Okt.2021 an das Landgericht Wuppertal wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde mit Kopie an Amtsgericht Velbert
nach sofortiger Beschwerde gemäß §567 ZPO vom 06.09.2021 an das Landgericht Wuppertal mit Kopie an Amtsgericht Velbert

gegen Zwangsvollstreckungssache 1 DRII 872/21 auf Pfändungsschutzkonto im Auftrag des Amtsgerichtes Velbert, Vollstreckungsgericht,
gegen Fortsetzung unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung
wegen Beteiligung mit inzwischen laufenden Zwangsmaßnahmen auf Pfändungsschutzkonto **trotz verfassungswidriger Krankenversicherung** ohne Versicherungsleistungen seit 2010 **mit verfassungswidriger Alters- und Generationen-Diskriminierung** gegen 80-jährigen Rentner und Beteiligung an politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010 durch einen „**Sozialversicherungsträger**“ **mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Leistungen** parallel zu laufenden Verfahren an Sozialgerichten und Verwaltungsgerichten, daher mit Zurückweisung aller Kosten für Rechtsanwälte einschl. Schreiben des Amtsgerichtes vom 23.09.2021 (Az 11 C 89/19, eingegangen am 28.09.2021)

im Umfeld von

Politisch motivierten Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung am Wohnort und am Geburtsort,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung wegen Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz und
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:
Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend

**nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes
des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für
digitale Evolution in Deutschland und Europa**

Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden
Generation seit 1998, über 20 Jahre bitteres Unrecht

Albin L. Ockl (Beschwerdeführer, Zerschlagungsopfer) gegen
Debeka Krankenversicherungsverein a.G. (Mittäter politisch motivierter
Zerschlagungen, ehemaliger Sozialversicherungsträger, ohne
Versicherungsleistungen seit 2010, mit Anbietung einer verfassungswidrigen
Krankenversicherung, mit Kriminalisierung durch Zwangsmaßnahmen)

**Hier: Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Beschluss 16 T 225/21 ohne
Abhilfe von Opfer diskriminierender und entwürdigender Bescheidung der
sofortigen Beschwerde** gegen Durchführung der manipulierten
Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 872/21 der Debeka Krankenversicherung
a.G. (eingegangen am 14.08. 2021 mit förmlicher Zustellung) und geplanten
Anschluss-Zwangsmaßnahmen auf Pfändungsschutzkonto ohne rechtliches
Gehör zu termingerechten Einspruch vom 25. Aug. 2021

Begründung mit fortlaufender Nummerierung

12. Relevante Argumente gegen abqualifizierende, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung und gegen Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters- und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung **eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers** durch aktive Beteiligung führender Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung Einspruch mit Hinweis auf Anerkennung und führende Beteiligung durch **Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident von NRW und danach Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland auf der KOMMTECH'88 in Essen** (Anlage VB-AA) Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: **1 Jahr vor dem Mauerfall Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung** auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg: Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung Hochqualifizierte Präsentation von Themenschwerpunkten wie **Künstlicher Intelligenz und Robotics** mit professioneller Doku **für die Zukunft Deutschlands** Heute: Politisch motivierte Sklavenhaltung wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Justiz mit Opfer verhöhnenden und diskriminierenden Zwangsmaßnahmen gegen Zerschlagungsopfer am Amtsgericht Velbert und Landgericht Wuppertal

13. Gegen abqualifizierende, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung und gegen Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters- und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung **eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers** Fortsetzung der politisch motivierten, bundesweiten Sippenzerschlagung mit Opferdiskriminierung, Opferkriminalisierung und Opferterrorisierung nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa: Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, **sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung**

14. Nach Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 nicht den Hauch einer Chance: **Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems! Seit 1998:** Im Alter von 80 Jahren: Verfassungswidrige Alters- und Generationen-Diskriminierung durch nachrückende Generationen Ausgehobelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und verklavt: Politisch motivierte Sklavenhaltung seit 2010, seit über 10 Jahren, ohne Chance nach politisch motivierter Sippenzerschlagung am Wohnort und am Geburtsort unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

mit extrem unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010 wegen verheerender Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Rehabilitierung, Schadenersatz und zu kausalen Zusammenhängen mit verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen mit Benutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto seit 2013, mit Gerichtsverfahren am laufendem Bande, parallel und hintereinander, an Verwaltungsgerichten in Regensburg, Düsseldorf und Berlin, an Amtsgerichten in Mettmann und Velbert, am Landgericht Wuppertal, am Sozialgericht Düsseldorf, durch mehrere Instanzen bis zum Bundesverfassungsgericht ohne Wochenende-Ruhe, ohne Weihnachts-Ruhe, ohne Oster-Ruhe, ohne Urlaubs-Ruhe, mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin, in den Tod und in Nachlass-Insolvenz, mit Treib- und Hetzjagd gegen klagendes Opfer mit Täter/Opfer-Umkehr (unverhältnismäßige Opferkriminalisierung)
> > > mit sozialer Zerschlagung durch einen Opfer kriminalisierenden „Sozialversicherungsträger“ ohne Versicherungsleistungen seit 2010, aber mit Zwangsmaßnahmen zu einer verfassungswidrigen Krankengrundversicherung.
mit Rundfunksperre über den Unternehmens-Genozid der digitalen Innovationselite durch verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
mit direktem Schaden durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk durch Verstoß gegen das Presserecht und mit Zugangssperre zu Politmagazinen. . .
Es ist alles aufgeklärt mit erdrückender Beweislage über Sklavenjäger beim Bundesverfassungsgericht.

15. Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen Beschluss 16 T 225/21 vom 12.Nov.2021 (eingegangen am 27.11.2021) der 16.Zivilkammer am Landgericht Wuppertal mit unverhältnismäßigem, verfassungswidrigem Versagen von rechtlichem Gehör und mit unverhältnismäßiger Opfer-, Alters- und Generationen-Diskriminierung mit Opfer, Alter und Generationen diskriminierender Rentenpfändung auf Pfändungsschutzkonto des 80-jährigen Rentners
nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO vom 07.Okt.2021 an das Landgericht Wuppertal wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde mit Kopie an Amtsgericht Velbert
nach sofortiger Beschwerde gemäß §567 ZPO vom 06.Sept.2021 an das Landgericht Wuppertal mit Kopie an Amtsgericht Velbert
nach termingerechter Einspruch vom 25.Aug.2021 gegen manipulierte Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 872/21 auf Pfändungsschutzkonto zu verfassungswidriger Krankenversicherung inkl. Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt mit Einspruch an Amtsgericht Velbert
Mehr Einspruch geht nicht! Daher unverzögliche Einstellung aller Zwangsmaßnahmen und Rückerstattung der Pfändungsbeträge
Daher: Übergabe und Zurückweisung weiterer Forderungen rechtsanwaltlicher Vertretungen des „Sozialversicherungsträgers“ wegen Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz des Zerschlagungsopfers vor Finanzierung sozialer Zerschlagung durch Sklavenjäger politisch motivierter Sklavenhaltung.

**Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen
Beschluss vom 12.11.2021 Aktenzeichen 16 T 225/21 (15 M
1156/21 Amtsgericht Velbert), weil damit weitere Verzögerungen
eingeleitet werden, um Zwangsmaßnahmen fortsetzen zu können.
Amtsgericht wurde vom Beschwerdeführer zeitgleich über alle
Eingaben am Landgericht informiert, ohne Antwort an den
Beschwerdeführer**

**Rechtsmittel der Anhörungsrüge wegen unverzüglichem Stopp
der Kontopfändung zu einer verfassungswidrigen
Krankenversicherung und wegen unverzüglicher Rückerstattung
der durchgeführten Pfändungen
gemäß Anrufungen des Bundesverfassungsgerichts vom
18.Nov.2021 (2 BvR 2171/21, AR 8419/21) und früher.**

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich in der vernetzten
Internet-Doku nachlesbar

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 55)

Zu 12. Relevante Argumente gegen abqualifizierende, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung und gegen Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters- und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung **eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers durch aktive Beteiligung führender Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung** Einspruch mit Hinweis auf Anerkennung und führende Beteiligung durch **Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident von NRW und danach Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland auf der KOMMTECH'88 in Essen** (Anlage VB-AA) Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: **1 Jahr vor dem Mauerfall Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung** auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg: Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung Hochqualifizierte Präsentation von Themenschwerpunkten wie **Künstlicher Intelligenz und Robotics** mit professioneller Doku **für die Zukunft Deutschlands** Heute: Politisch motivierte Sklavenhaltung wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Justiz mit Opfer verhöhnenden und diskriminierenden Zwangsmaßnahmen gegen Zerschlagungsopfer am Amtsgericht Velbert und Landgericht Wuppertal

In direkter Nachbarschaft zum Gerichtsbezirk des Landgerichtes Wuppertal liegen die Messe Düsseldorf und die Messe Essen, etwas weiter entfernt die Messe Hamburg und die Messe Berlin. Diese Messen war viele Jahre lang Austragungsort der Europäischen Congressmessen ONLINE (Düsseldorf, Berlin, Hamburg) und KOMMTECH (Karlsruhe, Essen) . Der Beschwerdeführer **ist stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die beispielsweise auf seinen Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987 und 1988 nicht nur einen Congress für Künstliche Intelligenz (KI) und Expertensysteme mit je 4 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden (ISBN 3-89077-035-5, ISBN 3-89077-048-7, ISBN 3-89077-057-6), geplant und ausgeführt haben. Sieh Anlage VB-AA:** In direkter Nachbarschaft zum Gerichtsbezirk des Landgerichtes Wuppertal, verantwortlich für eine Serie von Gerichtsverhandlungen seit 2011, nach politisch motivierter, bundesweiter Sippenerschlagung und nachfolgend mit politisch motivierter Sklavenhaltung **unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998**, bis heute mit juristischer Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz (über 20 Jahre), vor über 30 Jahren: **Dr. Johannes Rau**, geb. am 16. Januar 1931 in *Wuppertal*, **Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004) Schirmherr und Eröffnungsredner der KOMMTECH 1988** in der Messe Essen
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>
> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

und die Europäischen Kongressmessen KOMMTECH'86, KOMMTECH'87 und KOMMTECH'88 in Essen

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_86.pdf

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_88.pdf

Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten ist nicht nur eine große Auszeichnung, sondern ist Beweis für die Bedeutung in einem Land:

3 Kongressmessen für technische Automation mit 18 hochqualifizierten Kongressen (4 Tage je Kongress) inkl. professionellem Verlagsservice (18 ISBN-nummerierte Kongressbände mit hoher Auflage für Kongressteilnehmer und Nachmesse-Verkauf, ohne Subventionen) mit Fachmesse und mit einer Vielzahl praxisnaher Seminare

Diese Kongressmessen fanden zusätzlich statt zu seinen Europäischen Congressmessen ONLINE mit dem **weltweit größten Congressprogramm für digitale Evolution in Deutschland und Europa,**

mit professionellem Verlagsservice (ISBN-nummerierter Congressband je Congress).

Beide Congressmessen, KOMMTECH und ONLINE, sind eine Weiterentwicklung seiner

ONLINE-Seminarreihe mit qualifizierter Dokumentation, die das Zerschlagungsoffer selbst entwickelt und in Deutschland, Österreich, Schweiz und auch in der Technischen Akademie in Wuppertal, in den 1970er Jahren als Unternehmensberater durchgeführt hat.

Seite 01: **Dr. Johannes Rau,**

Schirmherr der Europäischen Kongressmesse KOMMTECH'88, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen

Eröffnungsansprache mit Simultanübersetzung zu

„*Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chance für den Strukturwandel*“

„*New information and communication technologies: Chance of structural Chance*“

Dr. Johannes Rau (1) und **Peter Willi Reuschenbach** (3), Oberbürgermeister der Stadt Essen) beim Messe-Rundgang

Seite 02: Kongressmesse-Schirmherr **Dr. Johannes Rau (1)**

besucht den Messestand der ehemaligen DDR,

die mit einer hochrangigen Delegation angereist und mit dem Workshop-Zentrum IV „Software für Hochtechnologien der DDR“ vertreten war. Weitere Personen:

Prof. Dr. Dr. Helmut Koziolk (2), Leitendes Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (DDR) und Auswärtiges Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften, später Teilnehmer an den Zwei-plus-Vier-Gesprächen, mit denen der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands geebnet wurde (Zeuge:

Alt-Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble)

Albin L. Ockl (4), Gründer und geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Seite 03: **ONLINE-Seminarreihe an der Technischen Akademie in Wuppertal, später im Haus der Technik in Essen** (Kurzfassung der Seminarbeschreibung mit Nachweis über qualifizierte Kenntnisse von Datenschutz) als Vorläufer seiner Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution

Seite 04: Kongressband VI (ISBN 3-89077-035-5) der KOMMTECH'86 zu Kongress VI (KI/Künstliche Intelligenz und Expertensysteme, Software-Engineering und PC-Anwendungstechnik)

Seite 05: Kongressband VI (ISBN 3-89077-048-7) der KOMMTECH'87 zu Kongress VI (Wissensbasierte Systeme in der Praxis: Künstliche Intelligenz auf dem Prüfstand)

Seite 06: Kongressband III (ISBN 3-89077-057-6) der KOMMTECH'88 zu Kongress III (Expertensysteme in Planung und Produktion)

Seite 07: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'86
Programmübersicht

Seite 08: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'87
Programmübersicht

Seite 09: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'88
Programmübersicht

Seite 10: Plenarveranstaltung zur Eröffnung der Fachmesse KOMMTECH'86

Seite 11: KOMMTECH'88 Information Brochure (front) 5th Congress Fair for Technical Automation

Seite 12: KOMMTECH'88 Plenary Session Seminars

Seite 13: Plenarveranstaltung zur Eröffnung der Fachmesse KOMMTECH'88

Seite 14 a/b: **Dr. Johannes Rau**, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr mit Grußwort (a deutsch, b englisch) und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH'88, sieh auch im Internet

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

Anlage VB-208: **Dr. Günter Rexrodt**, Begrüßungsredner als Senatsdirektor (Finanzsenator 1985-1989) auf dem Senatsempfang für Congressteilnehmer auf der ONLINE 1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :

„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend“ . . .

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation

einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Anlage VB-209: **Dr. Henning Voscherau**, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997) auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“

"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Schirmherrschaft des Ersten Bürgermeister ist nicht nur eine große Auszeichnung, sondern ist Beweis für die Bedeutung in Hamburg.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 7)

Anlage VB-210: **Erkki Liikanen**, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der EU-KOMMISSION: „Für eine Informationsgesellschaft für alle“

auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anlage VB-211z: **Joachim Erwin**, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anlage VB-212z: Highlights der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001:
eCommerce & mCommerce, eBusiness & eSecurity, Telekom-Markt 2001, Internet- und Netze-Evolution

Anlage VB-213z:
Plenum der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 unter Leitung von **Prof. Dr.-Ing. Dr.h.c.mult. Paul J. Kühn**, Direktor des Instituts für Kommunikationsnetze und Rechnersysteme an der Universität Stuttgart, Congressleiter und Moderator der Plenarveranstaltungen der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1995-2003
eCity Düsseldorf auf den Säulen eGovernment, eSchool & eCommerce, Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf
eEurope: Eine Informationsgesellschaft für alle.
Aktionsplan eEurope 2002, **Erkki Liikanen**, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der EU-KOMMISSION

Anlage VB-214z: Management I-1 ONLINE 2001
Telekom-Markt Europa 2001: Quo vadis? Stand, Strategien und Visionen

Anlage VB-215z: Management I-2 ONLINE 2001
Internet- und Netze-Evolution: High Speed Services, Satelliten-Lösungen, Technologie-Trends

Anlage VB-215z: Congressmesse-Programm ONLINE 2001
Herausragende Congressse in Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den TK&IT-Innovationen in 12 Congressbänden

Zu 13. Gegen abqualifizierende, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung und gegen Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters- und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers Fortsetzung der politisch motivierten, bundesweiten Sippenerschlagung mit Opferdiskriminierung, Opferkriminalisierung und Opferterrorisierung nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa: Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Herausragendes Lebenswerk des Verfassers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa: **Die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH (1977-2003) mit dem weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten der digitalen Evolution, herausragend durch professionelle Leistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum und Erschließung der Mittelstandspotentiale dokumentiert in mehreren 100.000 ISBN-nummerierten Congressbänden, alle vorzeigbar**
> > > <http://www.euro-online.de>
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Dieses Lebenswerk wurde nachhaltig zerstört, die Zerstörung wurde heimtückisch geplant, diese Planung mit regierungsnahen Institutionen abgestimmt und brutal ausgeführt, erzwungen wegen Durchsetzung einer gigantischen, perversen Umverteilungspolitik seit 1998, erzwungen mit rechtswidriger Ausführung und politischen Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998.

Das weltweit größte Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)
war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.
Diese Congressmessen sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für die digitale Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.
> > > **Das Zerschlagungsopfer ist mit Recht stolz darauf, dass führende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung**
Teil seines herausragenden Lebenswerkes sind und Zeugen seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa wie zum Beispiel:

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH'88, siehe im Internet

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

Dr. Norbert Blüm, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland, Plenarsprecher auf der KOMMTECH'88

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

Prof. Dr.-Ing. Karl Steinbuch, Pionier der Informatik, Mitbegründer der künstlichen Intelligenz und der Kybernetik auf der ONLINE 1980

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7>

Scroll down

Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten, Festredner auf der ONLINE'85

> > > <http://www.euro-online.de/1984.htm>

Willibald Hilf, Vorsitzender der ARD-Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland und Intendant des Südwestfunk, Eröffnungsredner auf der ONLINE 1987

> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_87.pdf

Dr.h.c. Lothar Späth, Ministerpräsident a.D., Vorsitzender der Geschäftsführung, JENOPTIK CARL ZEISS JENA GMBH, Jena, Redner mit „Standing Ovation“ auf der ONLINE '92

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Prof. Dr.jur. Erich Häußler, Präsident des Deutschen Patentamtes, zudem verantwortlich für den Aufbau des Patentwesens in China, Congressleiter auf der ONLINE1993, Beiratsvorsitzender auf den Europäischen Congressmessen ONLINE1994 und ONLINE1995

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997) auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“

"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen"

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 7)

Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :

„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend“ . . .

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation

einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Prof. Dr.-Ing.habil Dr. h.c. mult. Hans-Jörg Bullinger,

9. Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft,
Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und
KOMMTECH und Plenary Speaker von 1987 bis 1992

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Prof. Dr.-Ing. Hans-Jürgen Warnecke, Präsident der Fraunhofer
Gesellschaft von 1993-2002, Leiter des Universitätsinstituts für
industrielle Fertigung und Fabrikbetrieb, Universität Stuttgart, Leiter
des Fraunhofer-Instituts für Produktionstechnik und Automatisierung
(IPA), Chairman Congress I auf der KOMMTECH '86 und ONLINE'89

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_86.pdf

> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_89.pdf

Prof. Dr.-Ing. Manfred Weck, Institutsdirektor des Laboratoriums für
Werkzeugmaschinen und Betriebslehre (WZL), RWTH Aachen,
Chairman Congress I auf der KOMMTECH'88

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_88.pdf

Prof. Dr.-Ing. Drs.h.c. Günter Spur, Leiter des Instituts für
Werkzeugmaschinen und Fertigungstechnik, Technische Universität
Berlin, auf der ONLINE'89

> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_89.pdf

Prof. Dr.-Ing. habil. Klaus-Peter Fähnrich, Leiter I+K-Techniken am
Fraunhofer-Institut IAO, später Abteilungsleiter Betriebliche
Informationssysteme am Institut für Informatik der Universität Leipzig,
Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE und
KOMMTECH 1985-1992,

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

Prof. Dr.-Ing. Eckhard Freund, Inhaber des Lehrstuhls für
Automatisierung und Robotertechnologie in der Fakultät für
Elektrotechnik und Informationstechnik und Leiter des Instituts für
Roboterforschung der Universität Dortmund, leitete den 4-tägigen
Roboter-Kongress I auf unserer KOMMTECH'87.

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

Michel Carpentier, Generaldirektor der
Kommission der Europäischen Gemeinschaften auf der ONLINE'88

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Prof. Dr. Henning Kagermann, Leiter der Entwicklung
Rechnungswesenssysteme und Vorstandssprecher der SAP AG auf
der ONLINE'89, heute Vorsitzender des Kuratoriums von ACATECH,
der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften

> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_89.pdf

Prof. em. Dr.-Ing. Dr. h.c. mult. Paul J. Kühn, Direktor des Instituts
für Kommunikationsnetze und Rechnersysteme an der Universität
Stuttgart, Congressleiter und Moderator der Plenarveranstaltungen
der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1995-2003

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Prof. Dr. Ulrich Killat, Leiter des Arbeitsbereiches Digitale Kommunikationssysteme an der TU Hamburg-Harburg, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > <http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf>
Scroll down after link (page 7)

Prof. Dr.-Ing. Anatol Badach, Professor für Telekommunikation, Fachhochschule Fulda, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > <http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf>
Scroll down after link (page 7)

Prof. Dr. August-Wilhelm Scheer, Direktor des Instituts für Wirtschaftsinformatik der Universität Saarbrücken auf der ONLINE'95
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_95.pdf

Prof. Dr. C. Christian von Weizsäcker, Vorsitzender der Monopolkommission, Universität Köln auf der ONLINE'95
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Prof. Dr. Claus Ehlermann, Generaldirektor der EG-Kommission für Wettbewerb auf der ONLINE 1993, anschließend Mitglied und 2001 Vorsitzender des Revisionsgerichtes der Welthandelsorganisation (WTO)
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp, Präsident der Landeszentralbank in der Freien und Hansestadt Hamburg, in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein, Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE 1996 /1997
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Dr. Wolfgang Bötsch, Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE'97:
„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Karel van Miert, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar (1989 bis 1999) für Wettbewerb, auf der ONLINE 1997
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>

Dr. Alexander Schaub, Generaldirektor für Wettbewerb der Europäischen Kommission auf der ONLINE 1999
> > > <http://www.euro-online.de/h6.htm#>

Erkki Liikanen, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, auf der ONLINE 2001
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der ONLINE 2001
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Matthias Kurth, Präsident der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post/Bundesnetzagentur, auf der ONLINE 2001
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Prof. Dr. Friedrich Vogt, Lehrstuhl für Telematik an der TU Hamburg-Harburg, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2002
> > > <http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf>
Scroll down after link (page 8)

Prof. Dr. Bernhard Steffen, Dekan des Fachbereichs Informatik, Universität Dortmund, Congressleiter der ONLINE 1999 bis 2003
> > > <http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf>
Scroll down after link (page 10)

Prof. Dr.sc. Christoph Meinel, Direktor des Instituts Telematik der Universität Trier, später Geschäftsführer des Hasso-Plattner-Institut für Digital Engineering in Potsdam, Congressleiter der ONLINE 2000 bis ONLINE 2003
> > > <http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf>
Scroll down after link (page 6)

Prof. Dr.-Ing. Heinz Thielmann, Institutsdirektor, GMD FORSCHUNGSZENTRUM INFORMATIONSTECHNIK GMBH, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 2001 und 2003
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Prof. Dr.-Ing. Stefan Jähnichen, Dekan des Fachbereichs Informatik, Technische Universität Berlin, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > <http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf>
Scroll down after link (page 10)

Prof. Dr.-Ing. Manfred Nagl, Lehrstuhl für Informatik an der RWTH Aachen, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > <http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf>
Scroll down after link (page 11)

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Wahlster, Vorsitzender der Geschäftsführung der Deutschen Forschungszentren für Künstliche Intelligenz, Preisträger des Deutschen Zukunftspreises 2001 beim Bundespräsidenten, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Prof. Dr. Hans H. Bauer, Lehrstuhl für ABWL und Marketing, Universität Mannheim, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE 2002
> > > <http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf>
Scroll down after link (page 10)

und viele, viele andere mehr und häufig öfters waren Sprecher der Europäischen Congressmessen, ohne Honorar- und Kostenerstattung, ohne Sponsoring mit Sylt- oder Toskana-Urlaub, in konzertiertem Zusammenwirken mit 300 bis 500 Referenten pro Congressmesse, **für den digitalen Vorsprung in Deutschland, Europa und weltweit**

Zu 14. Nach Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 nicht den Hauch einer Chance:

Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems! Seit 1998:

Im Alter von 80 Jahren: Verfassungswidrige Alters- und Generationen-Diskriminierung durch nachrückende Generationen Ausgeholt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und verklavt:

Politisch motivierte Sklavenhaltung seit 2010, seit über 10 Jahren, ohne Chance nach

politisch motivierter Sippenzerschlagung am Wohnort und am Geburtsort unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

mit extrem unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010 wegen verheerender Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Rehabilitierung, Schadenersatz und zu kausalen Zusammenhängen

mit verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen

mit Benutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto seit 2013,

mit Gerichtsverfahren am laufendem Bande, parallel und hintereinander, an Verwaltungsgerichten in Regensburg, Düsseldorf und Berlin,

an Amtsgerichten in Mettmann und Velbert,

am Landgericht Wuppertal, am Sozialgericht Düsseldorf,

durch mehrere Instanzen bis zum Bundesverfassungsgericht

ohne Wochenende-Ruhe, ohne Weihnachts-Ruhe, ohne Oster-Ruhe, ohne Urlaubs-Ruhe,

mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin, in den Tod und in Nachlass-Insolvenz,

mit Treib- und Hetzjagd gegen klagendes Opfer mit Täter/Opfer-Umkehr (unverhältnismäßige Opferkriminalisierung)

> > > mit sozialer Zerschlagung durch einen Opfer kriminalisierenden

„Sozialversicherungsträger“ ohne Versicherungsleistungen seit 2010, aber mit Zwangsmaßnahmen zu einer verfassungswidrigen

Krankengrundversicherung.

mit Rundfunksperr über den Unternehmens-Genozid der digitalen

Innovationselite durch verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000,

mit direktem Schaden durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk durch Verstoß gegen das Presserecht und

mit Zugangssperre zu Politmagazinen. . .

Es ist alles aufgeklärt mit erdrückender Beweislage über Sklavenjäger beim Bundesverfassungsgericht.

Es ist richtig, dass der Kläger (Weltkriegsjahrgang 1941) über 80 Jahre alt ist und von nachfolgenden Generationen in Politik und Justiz **seit 2010** einer unverhältnismäßigen Treib- und Hetzjagd mit orgienartiger Ausuferung von Gerichtsverfahren zu einer politisch motivierten Sklavenhaltung unterworfen wird.

Nachrückende Generationen in Politik und Justiz haben keinen Respekt mehr vor den Leistungen älterer Generationen, die nach dem letzten Weltkrieg den Wiederaufbau schultern mussten und mit digitalen Innovationen Weltspitze erreicht haben. Heute ist Deutschland Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000.

Alters-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung sind

verfassungswidrig und für nachrückende Generationen in der Justiz noch lange kein Grund, zusätzlich rechtliches Gehör zu versagen.

Nachrückende Generationen in Politik und Verwaltung sind so erfinderisch, wenn es darum geht,

aus einer 1. Zerschlagungs- und Umverteilungspolitik

eine 2. Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik zu kreieren, um politisch motivierte Sippenzerschlagung am Wohnort und am Geburtsort zu erreichen,

und überlebende Zerschlagungsopfer müssen froh sein, politisch motivierte Sklavenhaltung aushalten zu dürfen.

Mehr Alters-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung geht nicht, nur leider verfassungswidrig.

Es ist keine Lebensweisheit, sondern eine Binsenweisheit, dass im Alter von 80 Jahren die Leistungsfähigkeit nachlässt. Trotzdem wird das Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung gezwungen, politisch motivierte Sklavenhaltung zu ertragen. **Mit dem erzwungenen wirtschaftlichen Ruin hat er keine Einnahmen mehr aus Beruf und Geschäft, seit 2003**, seine Mobilität wurde zerschlagen, seine gesamte Unternehmensgruppe musste den Betrieb einstellen und musste aufgelöst werden, seine Geschäfts-Immobilie musste verkauft werden, alle seine Altersrücklagen mussten aufgelöst werden, durch politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort hat er alle näheren Kontakte am Wohnort verloren. Seine verwandtschaftlichen Beziehungen liegen in Bayern und in Hamburg, zu weit für zerschlagene Mobilität. **Quarantäne-ähnliche Verhältnisse ohne und mit Pandemie muss er seit 2010 ertragen, nach Aufbrauch aller Altersrücklagen, ansehnlicher Altersrücklagen.**

Faktenlage mit erdrückender Beweislage ist der Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 im Jahr 2000 ohne den Hauch einer Chance trotz Ausuferung ständiger Gerichtsverfahren seit 2010 zu Politisch motivierter Sklavenhaltung

Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems! Seit 1998:

Im Alter von 80 Jahren: Alters- und Generationen-Diskriminierung durch nachrückende Generationen
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt:

Politisch motivierte Sklavenhaltung seit 2010, seit über 10 Jahren, ohne Chance nach politisch motivierter Sippenzerschlagung am Wohnort und am Geburtsort

unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998 mit extrem unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010, mit Täter/Opfer-Umkehr

wegen verheerender Folgewirkungen und kapitalen Schadenswirkungen politisch motivierter Zerschlagungen

mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Rehabilitierung, Schadenersatz und zu kausalen Zusammenhängen

mit verheerenden Folgewirkungen und kapitalen Schadenswirkungen der politisch motivierten Zerschlagungen mit Benutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto seit 2013, jetzt mit Zwangsmaßnahmen auf dem Pfändungsschutzkonto durch einen Sklavenjäger eines „Sozialversicherungsträger“, der keine Versicherungsleistungen seit 2010 erbringt, ' mit Anbiederung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung, **hier mit Zwangsmaßnahmen zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung.**

Faktenlage ist politisch motivierte Sippenzerschlagung am Wohnort und am Geburtsort. Das Landgericht Wuppertal hat mit Versagen von Prozesskostenhilfe die Klagen auf Schadenersatz bis heute verhindert. Das ist verfassungswidrig gemäß Art.34 GG.

Gegen die Bundesrepublik Deutschland

(Zerschlagung 1: 2 O 70/15), vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses vertreten von dem Kanzleramtsminister, Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin (Beklagte)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-E16.pdf>

Gegen den Freistaat Bayern

(Zerschlagung 2: 2 O 163/16)

vertreten durch die Bayerische Staatskanzlei, diese
vertreten von dem leitenden Staatsminister,
Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München (Beklagte)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>

Für die Ablehnung eines verwaltungsgerichtlichen Verfahrens gilt

Art.34 GG: „Verletzt jemand in Ausübung eines ihm anvertrauten öffentlichen Amtes die ihm einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, so trifft die Verantwortlichkeit grundsätzlich den Staat oder die Körperschaft, in deren Dienst er steht. Bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit bleibt der Rückgriff vorbehalten. Für den Anspruch auf Schadensersatz und für den Rückgriff darf **der ordentliche Rechtsweg** nicht ausgeschlossen werden.“

Faktenlage ist

verfassungswidrige Krankenversicherung der Debeka

Krankenversicherungsverein a.G., vertreten von Dr. Caspers Mock
Partner mbH, Rudolf-Virchow-Str.11, 56073 Koblenz,

aus künstlichem Teilversäumnisurteil (7 O 314/12) des Landgerichts
Wuppertal vom 16.04.2015

mit Unterdrückung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierten
Zerschlagungen und den kausalen Zusammenhängen mit
unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung dieses
Sozialversicherungsträgers,

mit Zwangsvollstreckung durch Kontopfändung des Amtsgerichtes
Velbert / Vollstreckungsgerichtes auf Pfändungsschutzkonto ,
mit Einspruch vom 26.Aug.2021 beim Amtsgericht Velbert /
Vollstreckungsgericht

mit Einspruch vom 27.Aug.2021 bei CVin Ritzhaupt (1 DRll 872/21)

**mit vielfacher Anrufung des Bundesverfassungsgerichts, letzte
Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2171/21 (AR 8419/21) mit Eingaben
vom 18.Okt.2021 und vom 18.Nov.2021**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26f.pdf>

Scroll down after link

Sieh

**Anlage VB-VGB06, Anlage in Fortsetzung der
Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1959/21 vom 4.Okt.2021,**

**Anlage VB-VGB03, Anlage in
Verfassungsbeschwerde 1 BvR1959/21 vom 18.Aug.2021:**

**BVERFG-07. Judikativer Exzess deutscher Justiz: Menschenrechte
verachtende, politisch motivierte Sklavenhaltung mit Versagung von
Rehabilitierung und Schadenersatz**

**gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren nach
Art.6 EMRK**

Seit 2010: Orgienartige Eskalation von Gerichtsverfahren,
hintereinander und nebeneinander,

ohne Weihnachtsruhe, ohne Osterruhe, ohne Urlaubsruhe
ohne Unterstützung durch vertrauenswürdige Rechtsanwälte,
an Amtsgerichten, Landgerichten, Verwaltungsgerichten,
Sozialgerichten bis zum Bundesverfassungsgericht,

ohne Respektierung von Grundrechten und
mit Leugnen kausaler Zusammenhänge mit verheerenden
Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen

> Hier Krankenversicherung: Zwangsmaßnahmen des
Versicherungsträgers DEBEKA ohne Versicherungsleistungen seit
2010 mit Anbietung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs

> Hier Krankenversicherung: Planung weiterer Zwangsmaßnahmen des Versicherungsträgers DEBEKA durch Amtsgericht Velbert
 > Hier Pflegeversicherung: Verhandlung am Landessozialgericht NRW in Essen (L 5 P 109/20) mit 2-zeiliger Begründung der Berufungserwiderung des Versicherungsträgers DEBEKA
 Berufung des Beklagten mit 671 Seiten Dokumentation wegen Anfechtung des Gerichtsbescheides
 Az. S 14 P 19/19 Sozialgericht Düsseldorf
 Seit 1998/2010 Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte Sippenzerschlagung und politisch motivierte Sklavenhaltung
 > mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer)
 > mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers
 > mit Benutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto ohne Kreditfähigkeit seit 2013
 > mit unverhältnismäßigem, verfassungswidrigem Opferkriminalisierungswahnsinn einschl. mehrfacher Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
 Deutschland mit Zukunftsaufgabe Digitalisierung sollte endlich zur Besinnung kommen und aufhören zu diskriminieren, zu diskreditieren, zu diffamieren

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln BVERFG-05 bis **BVERFG-07** sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku der Verfassungsbeschwerde:
 > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>
 Scroll down after link (page 69/78)

Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2171/21 (AR 8419/21) vom 18.Okt.2021 / 18.Nov.2021

mit den Kapiteln BVERFG-51 bis BVERFG-61
BVERFG-51. Extremer Missbrauch deutscher Justiz unter persönlicher Verantwortung der regierenden Generation mit Immunitätsschutz seit 1998:
 Von bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998 mit unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010 mit ständiger Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu kapitälem Unrecht und zu kapitalen Vermögensschäden seit 1998/2001.
Beklagter ist kein Täter, sondern das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
Daher: Beendigung des verfassungswidrigen Opferkriminalisierungswahnsinn mit Vorrang für öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz entgegen Fortsetzung sozialgerichtlicher Opferkriminalisierung seit über 10 Jahren
BVERFG-52. Angegriffene Hoheitsakte des sozialgerichtlichen Verfahrens in chronologischer Folge seit Dezember 2012
 Verfassungsbeschwerde von hier: Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 404/20 vom 26.09.2019/30.01.2020 zu sozialgerichtlichem Verfahren gegen

Versicherungsträger als Mittäter in Kumpanei mit bundesweiter
Verwaltung und unterstützender Staatsanwaltschaft,

> Sozialversicherungsträger (Debeka) mit unverhältnismäßiger
Opferkriminalisierung seit 2011 einschließlich mehrfacher
Freiheitsberaubung mit psychischer Folter

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26.pdf>

> Sozialversicherungsträger (Debeka) mit Zwangsmaßnahmen zur
Durchsetzung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne
Versicherungsleistungen seit 2010 (über 11 Jahre)

Längst nachgewiesen: Ständige Versagung von rechtlichem Gehör zu
kriminellen, verfassungswidrigen Durchsetzung einer Umverteilungs-
und Zerschlagungspolitik durch bundesweit tätige Verwaltung mit
Unterstützung durch Staatsanwälte am Wohnort und am Geburtsort,
unter Verantwortung der politischen Generation seit 1998,
Heimtücke aufzudecken gegen eine Berliner Mauer des Schweigens
mit Nachrichtensperre, Rundfunksperre, Justizsperre
Politisch motivierte Zerschlagungen: Werk skrupelloser Verwaltung
und Staatsanwaltschaft

> für Sippenhaft: Zerschlagung am Wohnort und am Geburtsort

> für Opferkriminalisierung mit Unterdrückung

von Rehabilitierung und Schadenersatz für kapitale Schäden trotz
erdrückender Beweislage bis zu totaler Enteignung und zu
Benutzungszwang eines Pfändungsschutz-Konto ohne

Kreditmöglichkeiten seit 2013 ,

> für Sklavenhaltung seit 2010 (über 10 Jahre)

mit Zerschlagung der Mobilität, Zerschlagung der Heimat,
mit mehrfacher Freiheitsberaubung,

mit Gerichtsverfahren hintereinander und parallel,

mit orgienartigen Auswüchsen gegen einen Rentner im 80.

Lebensjahr,

> ohne Weihnachtsruhe, > ohne Osterruhe, > ohne Urlaubsruhe,

mit einer nicht vorstellbaren Orgie von Gerichtsverfahren

> an Amtsgerichten, > an Landgerichten,

> an Zivilgerichten, > an Strafgerichten und Sozialgerichten,

durch alle Instanzen > ohne Unterstützung durch vertrauenswürdige
Rechtsanwälte

mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),

mit mehrfacher Freiheitsberaubung und psychischer Folter,

mit Rufmord durch öffentlichen Einsatz von Polizeitrupps gegen einen
wehrlosen Rentner,

mit gewaltsamen Einbruch in sein befriedetes Wohnhaus und

anschließende Präsentationsfahrt des fixierten Opfers am Wohnort

und v.a.m.

Opferkriminalisierungswahnsinn pur durch skrupellose Staatsanwälte
am Wohnort und am Geburtsort

**nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in
Deutschland und Europa,**

**mit dessen Zerschlagung hohes Innovationswachstum in der
Digitalbranche zu Lasten der Automobilbranche unterbunden
werden sollte (im Jahr 2000). Tatsächlich!**

Klagender Versicherungsträger, der auf Zerschlagung besteht,
der eine 2-zeilige Berufungserwiderung gegen mehr als 33.000 Zeilen
des klagenden Opfers aufbietet und dafür vom Gericht Zuspruch
erwartet: Mehr Häme und Opfer-Verhöhnung geht nicht!

Wegen sozialer und psychischer Zerschlagung seit 2010,

mit einer hasskriminellen Orgie von Opfer kriminalisierenden

Gerichtsverfahren mit staatsanwaltschaftlicher Unterstützung,

ohne Perspektive für das Zerschlagungsopfer:

Daher: Vorrang für unverzichtbare Rehabilitierung und Schadenersatz vor Klärung von Versicherungsfragen und Untaten eines sog. Versicherungsträgers

gemäß Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten nach Art.103 Abs.1 GG und Art.20 Abs.4 GG, gemäß dem Europäischen Menschenrecht auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK, Art.1 Abs.1 GG, Art.2 Abs.1 GG iVm Rechtsstaatsprinzip gegen politisch motivierte Sklavenhaltung! Weil andere Abhilfe nicht mehr verfügbar, zur Abwehr weiterer Zwangsmaßnahmen eines Opferkriminalisierungswahnsinn mit Unterstützung durch Amtsgerichte.

BVERFG-53. Klagender Sozialversicherungsträger in Kumpanei mit Sozialgerichten zu bekämpfen bei verfassungswidrigen Rechtsanwendungen der Sozialgesetze ohne Respektierung von Grundrechten des Beklagten, weil

> mit unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung eines Beklagten ohne rechtsanwaltliche Unterstützung seit 2010, seit über 10 Jahren unter Mitwirkung von Klägeranwälten,

> mit unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung zu 2-maliger Freiheitsberaubung und psychischer Zerschlagung, zu politisch motivierter, neuartiger Sklavenhaltung seit über 10 Jahren (über 13% eines herausragenden Lebenswerkes)

> mit Zwangsmaßnahmen zu sozialer Zerschlagung an Stelle von sozialer Sicherheit

> mit verfassungswidriger Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010

> mit Opfer verhöhnender Häme gegen grundgesetzliche Menschenwürde nach Art.1 Abs.1 GG (2-zeilige Begründung gegen mehr als 33.000 Zeilen des Zerschlagungsopfers)

> gegen Europäisches Menschenrecht nach Art.6 EMRK auf ein faires Verfahren (Art.1 Abs.1 GG und Art.2 Abs.1 GG iVm Rechtsstaatsprinzip)

Zurückweisung kostenpflichtiger Anhörungsrügeverfahren wegen erdrückender Beweislage für Vorrang von unverzichtbarer Rehabilitierung und Schadenersatz und wegen verwerflichen Verhaltens eines klagenden Sozialversicherungsträgers, der längst seine Reputation verwirkt hat

Mit dem grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG gegen:

Nach Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 nicht den Hauch einer Chance:

Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems! Seit 1998: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und verklavt.

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26f.pdf>

BVERFG-54. Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde vom 18.Okt.2021

Nach Anhörungsrüge vom 02.Okt.2021: Anhörungsrüge-Beschluss des Landessozialgerichts vom 08.10.2021 (eingegangen am 14.10.2021, als Anlage VB-201 in Verfassungsbeschwerde bereits vorgelegt)

Anfechtung des Anhörungsrüge-Beschlusses nach Eingang am 14.10.2021 mit

Verfassungsbeschwerde vom 18.10.2021 (Umfang 949 Seiten).

Schriftsatz vom 25.10.2021 an Landessozialgericht mit Übergabe der Verfassungsbeschwerde vom 18.10.2021 (Einwurf in Nacht-Briefkasten am 26.10.2021, Anlage VB-213)

wegen Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und mit Zurückweisung des zusätzlichen, rechtswidrigen und kostenpflichtigen Anhörungsrüge-Verfahrens gemäß Anlage VB-213 und VB-214

Abwehr eines gleichzeitigen Zwangsmaßnahmen-Massaker des Klägers mit Opfer verhöhnenden Exzessen (BVERFG-57/-58/-61) am Amtsgericht Velbert /Landgericht Wuppertal und der Renten-Pfändung des Klägers auf Pfändungsschutz-Konto und der Mahnbescheide vor mündlicher Verhandlung.

Einspruch in mündlicher Verhandlung am 28.10.2021 mit Beweis und ausführlichem Vortrag über führende Beteiligung von

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident von NRW und danach Deutscher Bundespräsident mit führender Beteiligung auf der Congressmesse KOMMTECH in Essen mit politischer Bedeutung der Congressmessen ONLINE und KOMMTECH für die Wiedervereinigung von Deutschland und wegen Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz.

Anzugreifender Hoheitsakt: Anhörungsresistentes Urteil des Landessozialgerichts NRW vom 28.10.2021 mit vorhergehenden Beschlüssen und Zwangsmaßnahmen mit richterlicher Zulassung **BVERFG-55. Einleitung der Verfassungsbeschwerde vom 18.Okt.2021 wegen unerträglicher, Opfer verhöhnender Vorgänge einer Kumpanei von Gericht und Kläger gegen den Beklagten vor der mündlichen Verhandlung und wegen Verursachung sozialer Zerschlagung ausschließlich durch Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz seit 1998 Statt dessen: Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998, zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010 und zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010**

mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:

Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend

Mit grundrechtsgleichem Recht zu Widerstand (Art.20 Abs.4 GG):

Nach Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 nicht den Hauch einer Chance:

Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems! Seit 1998:

Ausgehelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt.

Mit grundrechtsgleichem Recht zu Widerstand (Art.20 Abs.4 GG)

gegen zunehmende, daher zu verabscheuende und

verfassungswidrige Altersdiskriminierung und

Generationendiskriminierung

BVERFG-56. Landessozialgericht Essen und Zerschlagungsoffer mit besonderer Brisanz vor und nach der Wiedervereinigung:

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident von NRW und danach Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland auf der KOMMTECH'88 in Essen (Anlage VB-AA)

Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: **1 Jahr vor dem Mauerfall**

Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung

auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:

Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung

Hochqualifizierte Präsentation von Themenschwerpunkten wie

Künstlicher Intelligenz und Robotics mit professioneller Doku für die Zukunft Deutschlands

Heute: Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde wegen unverhältnismäßiger, fortschreitender Eskalation der sozialen Zerschlagung des Veranstalters

> zu verfassungswidriger Krankenversicherung mit Exzessen von Zwangsmaßnahmen durch Amtsgericht Velbert mit Versagung von rechtlichem Gehör zu sofortiger Beschwerde am Landgericht Wuppertal und

> zu Pflegeversicherung vor Gerichtstermin (28.10.2021) am Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen wegen Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz

BVERFG-57. Landessozialgericht Essen, Amtsgericht Velbert, Landgericht Wuppertal versagen Rechtsschutz:

Gegen Opfer verhöhnende Exzesse sozialer Zerschlagung ohne Perspektive des Zerschlagungsopfers zu sozialer Sicherheit im fortgeschrittenem Rentenalter von über 80 Jahren mit pandemischen Umfeld und erzeugen

Zwangsmaßnahmen-Chaos

> mit Zwangsmaßnahmen des klagenden „Sozialversicherungsträgers“ aus verfassungswidrigen Beschlüssen am Amtsgericht Velbert und am Landgericht Wuppertal

> mit verfassungswidriger Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010 (seit über 10 Jahren, über 13% seines Lebens, im hohen Alter mit pandemischen Umfeld)

> mit Wissen des Landessozialgerichts Essen vor der mündlichen Verhandlung mit eskalierenden Zwangsmaßnahmen des klagenden „Sozialversicherungsträgers“ vor dem Urteil

> mit Mahnbescheiden des Klägers vor dem Urteil: Warum überhaupt Urteil, ohne das Opfer überhaupt anzuhören!

Offensichtlich unerträgliche Kumpanei zwischen Kläger und Gericht gegen das Opfer vor dem Urteil, das nur noch Makulatur!

Klagender „Sozialversicherungsträger“, 2 mal an entwürdigender Freiheitsberaubung mit psychischer Folter beteiligt, hat mit unverhältnismäßiger Eskalation der sozialen Zerschlagung längst seine Reputation für soziale Sicherheit verloren.

BVERFG-58. Landessozialgericht Essen, Landgericht Wuppertal und Amtsgericht Velbert sind

kein grundrechtsfreier Raum für Opfer verhöhnende Exzesse

für Rechtsanwälte, für Gerichtsvollzieher und für Mahnbescheide eines „Sozialversicherungsträgers“ ohne Reputation, mit sozialer Zerschlagung nach politisch motivierter Sippenzerschlagung seit 1998

zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010:

Von Sklavenjägern wird vollstreckt, was das Zeug hält, mit skrupellosem Weghören, ohne Argumente, mit blindem Missbrauch von Staatsgewalt, und deutsche Richter schauen zu.

Ohne Bescheidung zu einer Anhörungsrüge am Landgericht (2. Instanz)

bei verfassungswidriger Krankenversicherung mit Nachweis beim Landgericht und beim Landessozialgericht und mit Mahnbescheiden und Zwangsmaßnahmen durch Amtsgericht vor Urteil am Landessozialgericht, von skrupellosen Rechtsanwälten zu nutzloser Makulatur abqualifiziert!

BVERFG-59. Vertrauenswürdige und zu respektierende Stellungnahmen contra Soziale Zerschlagung, Zunehmend anwidernde Alters-und Generationen-Diskriminierung, mit „Sozialversicherungsträger“, der seine Reputation längst verloren hat,

mit 2-facher Freiheitsberaubung und psychischer Folter,
mit Mahnbescheiden schneller als das Landessozialgericht Essen,
mit verfassungswidriger Krankenversicherung ohne
Versicherungsleistungen seit 2010,
mit Opfer verhöhrender Zwangsmaßnahmen-Orgie/Chaos am
Amtsgericht Velbert / Landgericht Wuppertal,
**mit Verweigerung von Vorrang für Rehabilitierung und
Schadenersatz** für politisch motivierte Sippenzerschlagung wegen
Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und
Europa

mit Forderung des 80-jährigen Opfers

> **nach unverzüglicher Einstellung von Zwangsmaßnahmen am
Amtsgericht Velbert auf seinem Pfändungsschutzkonto seit 2013
und**

**mit Ablehnung von verfassungswidrigen Sozialtarifen der
Kranken- und Pflegeversicherung**

Dr. Johannes Rau, Anlage VB-AA Seite 1 - 14 a und b
Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)
**Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und
Schirmherr**

auf der Europäischen Kongressmesse KOMMTECH'88

Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier, Anlage VB-205
Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2002-2010)

„Bürger sind keine Untertanen“

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Andreas Voßkuhle

Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2010-2020)

„Das Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“

Prof. Dr. Stephan Harbarth, LL.M.,

Präsident des Bundesverfassungsgericht seit 2020 .

„Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland“

Dr. Günter Rexrodt, Anlage VB-208

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland
auf der Europäischen Congressmesse ONLINE'96 in Hamburg,
Finanzsenator in Berlin

auf der Europäischen Congressmesse ONLINE'84 in Berlin

Dr. Henning Voscherau, Anlage VB-209

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg
auf der Europäischen Congressmesse ONLINE'97 in Hamburg,

**„Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie
Hamburg und Hafen“**

Erkki Liikanen, Anlage VB-210

EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft
der Europäischen Kommission in Brüssel

auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf,

„Für eine Informationsgesellschaft für alle“

ohne Missbrauch von Datenschutz

BVERFG-60. Urteil ist verfassungswidrig und daher ohne Rechtskraft.

Rechtsanwendungen haben keine Rechtskraft, solange

Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden,
solange Rehabilitierung und angemessener Schadenersatz verweigert

wird, **weil Opfer verhöhrend, in widerlicher Weise zunehmend**

Alter diskriminierend und Generationen diskriminierend,

ohne Respekt vor Grundrechten und europäischen Menschenrechten,

ohne rechtliches Gehör zu kausalen Zusammenhängen

mit politisch motivierten Zerschlagungen und extremistischer

Ausuferung

> **zu bundesweiter Sippenzerschlagung** (Zerschlagung am Wohnort

und am Geburtsort) mit kapitalen Vermögensschäden ohne

Rehabilitierung und Schadenersatz seit 1998,

> zu extremistisch unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010 nach Aufbrauch und Vernichtung ansehnlicher Altersrücklagen und

> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010, mit Gerichtsverfahren am laufendem Bande, parallel und hintereinander, an Amtsgerichten, Landgerichten, Strafgerichten, Verwaltungsgerichten, Sozialgericht durch mehrere Instanzen bis zum Bundesverfassungsgericht, ohne Ruhepause an Weihnachten / Ostern / Wochenende / Urlaub

nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa mit Zerschlagungen unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998.

BVERFG-61. Unverzügliche Einstellung und Unterlassung der Opfer verhöhnenden, Gerichte übergreifenden Zwangsmaßnahmen des klagenden „Sozialversicherungsträgers“ mit Start im Vorfeld der mündlichen Verhandlung am Landessozialgericht:

> Kontopfändung auf Pfändungsschutz-Konto seit 2013, hier

Pfändung zu verfassungswidriger Krankenversicherung durch klagenden „Sozialversicherungsträger“ ohne Versicherungsleistungen seit 2010 durch Amtsgericht/Vollstreckungsgericht Velbert

gemäß Anlage VB-207 mit Anlage VB-VGB03 in Verfassungsbeschwerde AR 8419/21 Seite 766

> gemäß BVERFG-57. **Landessozialgericht Essen, Amtsgericht Velbert, Landgericht Wuppertal versagen Rechtsschutz:**

Gegen Opfer verhöhnende Exzesse sozialer Zerschlagung ohne Perspektive des Zerschlagungsopfers zu sozialer Sicherheit im fortgeschrittenem Rentenalter von über 80 Jahren mit pandemischen Umfeld und erzeugen

Zwangsmaßnahmen-Chaos,

> gemäß BVERFG-58. **Landessozialgericht Essen, Landgericht Wuppertal und Amtsgericht Velbert sind**

kein grundrechtsfreier Raum für Opfer verhöhnende Exzesse

für Rechtsanwälte, für Gerichtsvollzieher und für Mahnbescheide eines „Sozialversicherungsträgers“ ohne Reputation, mit sozialer Zerschlagung nach politisch motivierter Sippenzerschlagung seit 1998

mit Mahnbescheiden und Zwangsmaßnahmen durch Amtsgericht vor Urteil am Landessozialgericht, von skrupellosen Rechtsanwälten zu nutzloser Makulatur abqualifiziert!

gemäß Anlage VB-211 (a, b)

Opfer verhöhnende Exzesse mit krimineller Energie aus unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung mit Mahnbescheiden, mit schriftlichem Widerspruch des Zerschlagungsopfers, weil verfassungswidrig ohne Respektierung von Grundrechten

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26f.pdf>

Scroll down after link (page 70)

Zu 15. Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen Beschluss 16 T 225/21 vom 12.Nov.2021 (eingegangen am 27.11.2021) der 16.Zivilkammer am Landgericht Wuppertal mit unverhältnismäßigem, verfassungswidrigem Versagen von rechtlichem Gehör und mit unverhältnismäßiger Opfer-, Alters- und Generationen-Diskriminierung mit Opfer, Alter und Generationen diskriminierender Rentenpfändung auf Pfändungsschutzkonto des 80-jährigen Rentners
nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO vom 07.Okt.2021 an das Landgericht Wuppertal wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde mit Kopie an Amtsgericht Velbert
nach sofortiger Beschwerde gemäß §567 ZPO vom 06.Sept.2021 an das Landgericht Wuppertal mit Kopie an Amtsgericht Velbert
nach termingerechter Einspruch vom 25.Aug.2021 gegen manipulierte Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 872/21 auf Pfändungsschutzkonto zu verfassungswidriger Krankenversicherung inkl. Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt mit Einspruch an Amtsgericht Velbert
Mehr Einspruch geht nicht! Daher unverzügliche Einstellung aller Zwangsmaßnahmen und Rückerstattung der Pfändungsbeträge
Daher: Übergabe und Zurückweisung weiterer Forderungen rechtsanwaltlicher Vertretungen des „Sozialversicherungsträgers“ wegen Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz des Zerschlagungsopfers vor Finanzierung sozialer Zerschlagung durch Sklavenjäger politisch motivierter Sklavenhaltung.
Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen Beschluss vom 12.11.2021 Aktenzeichen 16 T 225/21 (15 M 1156/21 Amtsgericht Velbert), weil damit weitere Verzögerungen eingeleitet werden, um Zwangsmaßnahmen fortsetzen zu können.
Amtsgericht wurde vom Beschwerdeführer zeitgleich über alle Eingaben am Landgericht informiert, ohne Antwort an den Beschwerdeführer
Rechtsmittel der Anhörungsrüge wegen unverzüglichem Stopp der Kontopfändung zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung und wegen unverzüglicher Rückerstattung der durchgeführten Pfändungen
gemäß Anrufungen des Bundesverfassungsgerichts vom 18.Nov.2021 (2 BvR 2171/21, AR 8419/21) und früher.

Wegen Vorrang für und wegen verfassungswidriger Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz am Landgericht Wuppertal mit verfassungsrechtlichem Vorrang und am Verwaltungsgericht Berlin bis heute, mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG gegen weitere Zwangsmaßnahmen aus einem Zwangsmaßnahmen-Chaos am Amtsgericht Velbert durch rechtsanwaltliche Sklavenjäger politisch motivierter Sklavenhaltung des „**Sozialversicherungsträgers**“ zu verfassungswidriger Kranken-Versicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010 zu extrem unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung mit Täter/Opfer-Umkehr in politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 werden folgende Belege übergeben:
Sieh

Anlage VB-YA: > Dr. Caspers, Mock Partner mbH (Anlage VB-YA) und zurückzuweisende Zwangsmaßnahmen des Opfer kriminalisierenden „Sozialversicherungsträgers“ ohne Versicherungsleistungen seit 2010: Verfassungswidrige Kontopfändungen auf Pfändungsschutzkonto seit 2013 mit Belegen vom 02.11.2021 und und weiterer geplanten Kontopfändung in Höhe von
Anlage VB-YA01: Verfassungswidrige Pfändung vom 02.11.2021
Anlage VB-YA02: Verfassungswidrige Pfändung vom 02.12.2021 und weiterer Pfändungsbetrag bereits gesperrt

Anlage VB-YB: > Rechtsanwälte Giebel und Kollegen (Anlage VB-YB) und zurückzuweisende Rechnungen vom 7.12.2021
Anlage VB-YB01: Zurückzuweisende Rechnung für verfassungswidrige Krankenversicherung
Anlage VB-YB02: Zurückzuweisende Rechnung für Pflegeversicherung wegen Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz durch übergriffigen Staat

Die Verfassungswidrigkeit der staatlichen Übergriffe, der Krankenversicherung sowie der Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz ist mit umfangreichen Verfassungsbeschwerden längst nachgewiesen.

Mit der Anhörungsrüge gegen Beschluss der sofortigen Beschwerde beantragt der Beschwerdeführer:

Unverzügliche Einstellung aller Zwangsmaßnahmen durch das Amtsgericht Velbert, aktuell
Einstellung der Zwangsmaßnahme auf Pfändungsschutzkonto gemäß Anlage VB-VGB03

Zurückweisung der verfassungswidrigen Krankenversicherung und Kosten der Rechtsanwälte für eine verfassungswidrige Krankenversicherung gemäß Anlage VB-VGB06 und gemäß den Anlagen VB-YA und VB-YB.

Velbert, 08.Dez.2021



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, mit Erschließung von Mittelstandspotentialen für digitale Innovationen, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 19)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) nicht nur den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Innovationseffizienz gesichert zu haben und so ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen seit 1976. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1987 einen Congress für Künstliche Intelligenz (KI) mit 4 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressband (ISBN 3-89077-048-7), geplant und ausgeführt haben.

'Artificial Intelligence' wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf dem staatlichen Digital-Gipfel im Dezember 2018/2019, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung unserer Europäischen Congressmessen unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Anlage VB-AA: In direkter Nachbarschaft zum Gerichtsbezirk des Landgerichtes Wuppertal, verantwortlich für eine Serie von Gerichtsverhandlungen seit 2011, nach politisch motivierter, bundesweiter Sippenerschlagung und nachfolgend mit politisch motivierter Sklavenhaltung

unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998, bis heute mit juristischer Verweigerung von Rehabilitation und Schadenersatz (über 20 Jahre), vor über 30 Jahren:

Dr. Johannes Rau, geb. am 16. Januar 1931 in *Wuppertal*,
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen,
Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)
Schirmherr und Eröffnungsredner der KOMMTECH 1988
in der Messe Essen

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

und die Europäischen Kongressmessen KOMMTECH'86, KOMMTECH'87 und KOMMTECH'88 in Essen

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_86.pdf

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_88.pdf

Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten ist nicht nur eine große Auszeichnung, sondern ist Beweis für die Bedeutung in einem Land:

3 Kongressmessen für technische Automation mit 18 hochqualifizierten Kongressen (4 Tage je Kongress) inkl. professionellem Verlagsservice (18 ISBN-nummerierte Kongressbände mit hoher Auflage für Kongressteilnehmer und Nachmesse-Verkauf, ohne Subventionen) mit Fachmesse und mit einer Vielzahl praxisnaher Seminare

Diese Kongressmessen fanden zusätzlich statt zu seinen Europäischen Congressmessen ONLINE mit dem **weltweit größten Congressprogramm für digitale Evolution in Deutschland und Europa**,

mit professionellem Verlagsservice (ISBN-nummerierter Congressband je Congress).

Beide Congressmessen, KOMMTECH und ONLINE, sind eine Weiterentwicklung seiner

ONLINE-Seminarreihe mit qualifizierter Dokumentation, die das Zerschlagungsoffer selbst entwickelt und in Deutschland, Österreich, Schweiz und auch in der Technischen Akademie in Wuppertal, in den 1970er Jahren als Unternehmensberater durchgeführt hat.

Seite 01: **Dr. Johannes Rau**,

Schirmherr der Europäischen Kongressmesse KOMMTECH'88,
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen

Eröffnungsansprache mit Simultanübersetzung zu
„Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chance für den Strukturwandel“

„New information and communication technologies: Chance of structural Chance“

Dr. Johannes Rau (1) und **Peter Willi Reuschenbach** (3),
Oberbürgermeister der Stadt Essen) beim Messe-Rundgang

Seite 02: Kongressmesse-Schirmherr **Dr. Johannes Rau** (1)

besucht den Messestand der ehemaligen DDR,

die mit einer hochrangigen Delegation angereist und mit dem Workshop-Zentrum IV „Software für Hochtechnologien der DDR“ vertreten war. Weitere Personen:

Prof. Dr. Dr. Helmut Koziolk (2), Leitendes Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (DDR) und Auswärtiges

Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften, später Teilnehmer an den Zwei-plus-Vier-Gesprächen, mit denen der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands geebnet wurde (Zeuge:

Alt-Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble)

Albin L. Ockl (4), Gründer und geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Seite 03: **ONLINE-Seminarreihe an der Technischen Akademie in Wuppertal, später im Haus der Technik in Essen** (Kurzfassung der Seminarbeschreibung mit Nachweis über qualifizierte Kenntnisse von Datenschutz) als Vorläufer seiner Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution

Seite 04: Kongressband VI (ISBN 3-89077-035-5) der KOMMTECH'86 zu Kongress VI (KI/Künstliche Intelligenz und Expertensysteme, Software-Engineering und PC-Anwendungstechnik)

Seite 05: Kongressband VI (ISBN 3-89077-048-7) der KOMMTECH'87 zu Kongress VI (Wissensbasierte Systeme in der Praxis: Künstliche Intelligenz auf dem Prüfstand)

Seite 06: Kongressband III (ISBN 3-89077-057-6) der KOMMTECH'88 zu Kongress III (Expertensysteme in Planung und Produktion)

Seite 07: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'86

Programmübersicht

Seite 08: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'87

Programmübersicht

Seite 09: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'88

Programmübersicht

Seite 10: Plenarveranstaltung zur Eröffnung der Fachmesse KOMMTECH'86

Seite 11: KOMMTECH'88 Information Brochure (front) 5th Congress Fair for Technical Automation

Seite 12: KOMMTECH'88 Plenary Session Seminars

Seite 13: Plenarveranstaltung zur Eröffnung der Fachmesse KOMMTECH'88

Seite 14 a/b: **Dr. Johannes Rau**, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr mit Grußwort (a deutsch, b englisch) und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH'88, sieh auch im Internet

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

Anlage VB-208: Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor (Finanzsenator 1985-1989) auf dem Senatsempfang für Congresssteilnehmer auf der ONLINE 1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :

„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend“. . .

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation

einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Anlage VB-209: Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997) auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“

"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen"

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Schirmherrschaft des Ersten Bürgermeister ist nicht nur eine große Auszeichnung, sondern ist Beweis für die Bedeutung in Hamburg.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 7)

Anlage VB-210: Erkki Liikanen, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der EU-KOMMISSION: „Für eine Informationsgesellschaft für alle“

auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anlage VB-211z: Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsdredner

auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anlage VB-212z: Highlights der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001:

eCommerce & mCommerce, eBusiness & eSecurity, Telekom-Markt 2001, Internet- und Netze-Evolution

Anlage VB-213z:

Plenum der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 unter Leitung von **Prof. Dr.-Ing. Dr.h.c.mult. Paul J. Kühn**, Direktor des Instituts für Kommunikationsnetze und Rechnersysteme an der Universität Stuttgart, Congressleiter und Moderator der Plenarveranstaltungen der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1995-2003

eCity Düsseldorf auf den Säulen eGovernment, eSchool & eCommerce, Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf

eEurope: Eine Informationsgesellschaft für alle.

Aktionsplan eEurope 2002, **Erkki Liikanen**, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der EU-KOMMISSION

Anlage VB-214z: Management I-1 ONLINE 2001

Telekom-Markt Europa 2001: Quo vadis? Stand, Strategien und Visionen

Anlage VB-215z: Management I-2 ONLINE 2001

Internet- und Netze-Evolution: High Speed Services, Satelliten-Lösungen, Technologie-Trends

Anlage VB-216z: Congressmesse-Programm ONLINE 2001

Herausragende Congressse in Deutschland und Europa

Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den TK&IT-Innovationen in 12 Congressbänden

Anlage VB-YA: > Dr. Caspers, Mock Partner mbH (Anlage VB-YA) und zurückzuweisende Zwangsmaßnahmen des Opfer kriminalisierenden „Sozialversicherungsträgers“ ohne Versicherungsleistungen seit 2010: Verfassungswidrige Kontopfändungen auf Pfändungsschutzkonto seit 2013 mit Belegen vom 02.11.2021 und und weiterer geplanten Kontopfändung in Höhe von

Anlage VB-YA01: Verfassungswidrige Pfändung vom 02.11.2021

Anlage VB-YA02: Verfassungswidrige Pfändung vom 02.12.2021 und weiterer Pfändungsbetrag bereits gesperrt

Anlage VB-YB: > Rechtsanwälte Giebel und Kollegen (Anlage VB-YB) und zurückzuweisende Rechnungen vom 7.12.2021

Anlage VB-YB01: Zurückzuweisende Rechnung für verfassungswidrige Krankenversicherung

Anlage VB-YB02: Zurückzuweisende Rechnung für Pflegeversicherung wegen Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz durch übergriffigen Staat

Anlage VB-VGB06 (Anlage in Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1959/21 vom 4.Okt.2021:

Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung der politisch motivierten Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch **Sozialversicherungsträger Debeka ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbietderung eines diskriminierenden Notlagentarifs einer verfassungswidrigen Krankenversicherung,** nachgewiesen in dem Verfahren am Landgericht Wuppertal 9 S 30/21 (ab 28.Jan.2021) unter Vorsitzenden Richter am Landgericht Istel, > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-20.pdf>

Scroll down after link (page 246), mit gleichzeitiger, paralleler Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 (AR 864/21) vom 05.Jan.2021 > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27.pdf>

Scroll down after link (page 155)

hier mit Antrag des Sozialversicherungsträgers an Amtsgericht Velbert (11 C 89/19) auf Erteilung einer vollstreckbaren Ausfertigung eines Kostenfestsetzungsbeschlusses und mit

Einleitung einer Zwangsmaßnahme auf Pfändungsschutzkonto gemäß Anlage VB-VGB03 (zugesandt in

Verfassungsbeschwerde 1 BvR1959/21 vom 18.Aug.2021):

Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung der politisch motivierten Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch

Sozialversicherungsträger Debeka

ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbietderung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung, hier mit manipulierten Antrag (Geburtsdatum des 80-jährigen Opfers geschwärzt) auf Erlass eines Pfändungsbeschlusses (eingegangen am 14.08.2021) auf Pfändungsschutzkonto ohne Kreditmöglichkeiten

Anlage LG2108-03: Nachweis der Verfassungswidrigkeit der Krankenversicherung durch Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 (AR 864/21) vom 05.Jan.2021 (1 BvR 2662/20 abgelegt als AR 864/21) in Kopie an Landgericht Wuppertal 9 S 30/21 (11 C 89/19 Amtsgericht Velbert)

Anlage LG2108-04:

Verfahren am Landgericht Wuppertal 9 S 30/21 (11 C 89/19 Amtsgericht Velbert) mit Schriftsatz vom 18.Jan.2021 mit Vorlage der Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 (AR 864/21) vom 05.Jan.2021 (1 BvR 2662/20 abgelegt als AR 864/21)

Anlage LG2108-01

Wahrheitswidrige, Beschluss-gleiche Mitteilung des Amtsgerichts Velbert vom 30.08.2021 (eingegangen am 03.09.2021), dass kein konkreter Antrag betreffend das vorliegende Vollstreckungsverfahren im Schriftsatz vom 25.Aug.2021 erkannt

Anlage LG2108-02

Einspruch vom 25.Aug.2021 gegen jeglichen Missbrauch von Staatsgewalt und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt mit Zwangsvollstreckungssache 1 DRII 872/21 auf Pfändungsschutzkonto im Auftrag des Amtsgerichtes Velbert, Vollstreckungsgericht, 42549 Velbert Geschäftszeichen 15 M U76/21 gegen Unterzeichner (Opfer, Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung)

Anlage AG21/08: Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2021

(1 BvR 1959/21) mit Anlage VB-VGB03: Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung der politisch motivierten Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch Sozialversicherungsträger Debeka (**ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbiederung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs, hier mit manipulierten Antrag**)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>

Scroll down after link (page 18/25/69)

Legende der schriftlichen Eingaben am Amtsgericht Velbert zur Abwehr von Missbrauch von Staatsgewalt

Schriftsatz mit Einspruch vom 25.Aug.2021 (Ziffer 1-5) gegen Durchführung der Zwangsvollstreckungssache 1 DRll 872/21 auf Pfändungsschutzkonto inkl. Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt. In Kopie an das Amtsgericht Velbert (Vollstreckungsgericht)

Schriftsatz vom 06.Sept.2021 an Landgericht Wuppertal mit Sofortiger Beschwerde gemäß §567 ZPO mit Antrag auf Prozesskostenhilfe gegen Zwangsvollstreckungssache 1 DRll 872/21 auf Pfändungsschutzkonto im Auftrag des Amtsgerichtes Velbert In Kopie an das Amtsgericht Velbert (Vollstreckungsgericht)

06. Termingerechter Einspruch vom 25.Aug.2021 gegen Durchführung der Zwangsvollstreckungssache 1 DRll 872/21 auf Pfändungsschutzkonto inkl. Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt.

> Verfassungswidrig: Versagung von rechtlichem Gehör zur Antragstellung und zur Begründung des Einspruch ohne Beantwortung wegen Manipulation des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses durch Schwärzung des Geburtstages des Zerschlagungsopfers im 80.Lebensjahr (manipulative Verschleierung der skrupellosen Respektlosigkeit gegenüber der älteren Generation)

und wegen

> Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlichen Übergriffe, hier Zwangsmaßnahme durch einen Sozialversicherungsträger, der seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt, unter Anbietung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs der Krankenversicherung aus einem verfassungswidrigen „Teilversäumnis“-Urteil

mit Anlage AG21/08: Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2021

inkl. Anlage VB-VGB03: Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung einer politisch motivierten Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch Sozialversicherungsträger Debeka (ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbietung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs, hier mit manipulierten Antrag / manipulierte Verschleierung einer skrupellosen Respektlosigkeit gegen die ältere Generation)

Sieh Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1959/21 vom 18.Aug.2021 (beiliegend, Seite 18):

07. Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2021 (1 BvR 1959/21) mit Anlage VB-VGB03

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>

Scroll down after link (page 18/25)

Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz am Verwaltungsgericht Berlin wegen

Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

zu bundesweiter Sippenzerschlagung,

zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung und

zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 1998

mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:

Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend

mit Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer), Zerschlagung der deutschen Heimat, Rufmord, mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, kapitalen Vermögensschäden und mit Zwangsmaßnahmen aller Art

nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998, über 20 Jahre bitteres Unrecht

> unter Verantwortung der beklagten Bundesrepublik Deutschland

> unter Verantwortung des beklagten Freistaates Bayern

> unter Verantwortung des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR)

> unter Verantwortung des klagenden Sozialversicherungsträgers (Debeka)

08. Auffällig: Skrupellosigkeit des Vollstreckungsgerichtes
Missbrauch von Staatsgewalt mit manipulierter Zwangsmaßnahme einfacher als das Durchlesen von Verfassungsbeschwerden.
Rechtspfleger anstatt informierte Richter*in am Vollstreckungsgericht bemängelt Nicht-Erkennung eines konkreten Antrags
> Opfer verhöhnende Wahrheitsbeugung, weil Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt unmissverständlich gestellt.
> Vollstreckungs-Gericht will konkrete Erläuterung, obwohl Verfassungsbeschwerde mit fundierter Erläuterung in aktuellster Ausführung vom 18.Aug.2021 (1 BvR 1959/21) beigelegt
Offensichtlich: Rechtspfleger nicht in der Lage, die Informationen zu einem **Politik-, Verwaltungs- und Justizskandal in Deutschland zu erfassen und zu bewerten**
> Vollstreckungsgericht ist kein grundrechtsfreier Raum für signifikante Beteiligung an politisch motivierter Sklavenhaltung
> Vorwurf gegen das Vollstreckungsgericht: Schwere, jahrelange Opfer-Diskriminierung, skrupellose Alter-Diskriminierung mit manipulierter Zwangsmaßnahme, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung mit Täter/Opfer-Umkehr
> Wiederholung des Antrags auf Unterlassung jedweden Missbrauchs von skrupelloser Staatsgewalt
> Vorlage dieser sofortigen Beschwerde beim Verwaltungsgericht Berlin als Beispiel für politisch motivierte Sklavenhaltung mit Missbrauch von Staatsgewalt durch Amtsgericht Velbert
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>
Scroll down after link (page 03)

Schriftsatz vom 11.Okt.2021 an Landgericht Wuppertal mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde gemäß §567 ZPO vom 06.09.2021 gegen Durchführung der manipulierten Zwangsvollstreckungssache 1 DRII 872/21 der Debeka Krankenversicherung a.G. (eingegangen am 14.08. 2021 mit förmlicher Zustellung) und geplanten Anschluss-Zwangsmaßnahmen auf Pfändungsschutzkonto ohne rechtliches Gehör zu termingerechten Einspruch vom 25.Aug.2021 In Kopie an das Amtsgericht Velbert (Vollstreckungsgericht)

09. Termingerechter Einspruch vom 25.Aug.2021
gegen manipulierte Zwangsvollstreckungssache 1 DRII 872/21 auf Pfändungsschutzkonto inkl. Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt.
Manipulierter Antrag / manipulierte Verschleierung einer skrupellosen Respektlosigkeit gegen die ältere Generation)
Sieh Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1959/21 vom 18.Aug.2021 (Seite 18, Anlage VB-VGB03):
Zwangsmaßnahme durch einen Sozialversicherungsträger, der seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt, unter Anbietung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs der verfassungswidrigen Krankenversicherung aus einem verfassungswidrigen „Teilversäumnis“-Urteil 7 O 214/12 vom 16.04.2015
Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz am Verwaltungsgericht Berlin wegen
Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung und
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 1998
Vollstreckungsgericht ist kein grundrechtsfreier Raum für signifikante Beteiligung an politisch motivierter Sklavenhaltung, hier seit 2010
> Vorwurf gegen das Vollstreckungsgericht: Schwere, jahrelange Opfer-Diskriminierung, skrupellose Alter-Diskriminierung mit manipulierter Zwangsmaßnahme, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung mit Täter/Opfer-Umkehr
> Wiederholung des Antrags auf Unterlassung jedweden Missbrauchs von skrupelloser Staatsgewalt
> Vorlage dieser sofortigen Beschwerde zusätzlich beim Verwaltungsgericht Berlin als Beispiel für politisch motivierte Sklavenhaltung mit Missbrauch von Staatsgewalt durch Amtsgericht Velbert
10. Anhörungsrüge wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde.
Nicht hinnehmbar: Verfassungswidriges Unrechtssystem mit Zwangsmaßnahmen erpresst.

Amtsgericht will mit Zwangsmaßnahmen verfassungswidrige Krankenversicherung gegen 80-jährigen Rentner erzwingen,
gegen Opfer politisch motivierter Sippenerschlagung seit 1998 und
gegen Opfer politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010.
Zuständige, best informierte Richter*in verbirgt sich hinter Zwangsmaßnahmen von Rechtspfleger

Bescheidung der sofortigen Beschwerde durch Landgericht, weil:

> Zurückzuweisende Fortsetzung der Zwangsmaßnahme der Kontopfändung zu Rechtsanwaltskosten aus dem Urteil 7 O 214/12 am Landgericht Wuppertal mit verfassungswidriger Krankenversicherung
> Zurückzuweisendes Schreiben des Amtsgerichtes vom 23.09.2021 mit weiteren Rechnungen der Rechtsanwälte der Debeka Krankenversicherungsverein a.G. gemäß Anlage VB-VGB06
> Zurückzuweisende verfassungswidrige Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010, nachgewiesen mit Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 und Verfahren 9 S 30/21 Landgericht Wuppertal nach Verfahren 11 C 89/19 am Amtsgericht Velbert und Verfahren 3 O 61/19 Landgericht Wuppertal
> Zurückweisung: Verfassungswidrige Krankenversicherung und Kosten der Rechtsanwälte für eine verfassungswidrige Krankenversicherung
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>
Scroll down after link (page 29)

Schriftsatz vom 11.Okt.2021 an das Amtsgericht Velbert (Geschäftsstelle 11 C 89/19)

11. Zurückweisung aller Rechnungen der RAe Giebel und Kollegen vom 08.12.2020 (Re.Nr. 2002624) und der Rechnung vom 12.02.2021 (Aktenzeichen 70522499)
Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen des ehemaligen Sozialversicherungsträgers, der mit sozialer und psychischer Zerschlagung längst seine Reputation verloren hat
Aufforderung, alle Zwangsmaßnahmen unverzüglich einzustellen.

Alle Zwangsmaßnahmen und Rechnungen an das Bundesverfassungsgericht weitergeleitet, weil alle Zwangsmaßnahmen und Rechnungen als Teil politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010 zu verwerfen sind.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 29)

Schriftsatz vom 08.Dez.2021 an Landgericht Wuppertal mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Beschluss 16 T 225/21 ohne Abhilfe von Opfer diskriminierender und entwürdigender Bescheidung der sofortigen Beschwerde gegen Durchführung der manipulierten Zwangsvollstreckungssache 1 DRII 872/21 der Debeka Krankenversicherung a.G. und geplanten Anschluss-Zwangsmaßnahmen auf Pfändungsschutzkonto ohne rechtliches Gehör zu termingerechten Einspruch vom 25. Aug. 2021

12. Relevante Argumente gegen abqualifizierende, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung und gegen Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters- und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung **eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers** durch aktive Beteiligung führender Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung
Einspruch mit Hinweis auf Anerkennung und führende Beteiligung durch **Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident von NRW und danach Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland auf der KOMMTECH'88 in Essen** (Anlage VB-AA)
Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: **1 Jahr vor dem Mauerfall**
Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung
auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:
Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung
Hochqualifizierte Präsentation von Themenschwerpunkten wie **Künstlicher Intelligenz und Robotics** mit professioneller Doku
für die Zukunft Deutschlands
Heute: Politisch motivierte Sklavenhaltung wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Justiz mit

Opfer verhöhnenden und diskriminierenden Zwangsmaßnahmen gegen Zerschlagungsoffer am Amtsgericht Velbert und Landgericht Wuppertal
13. Gegen abqualifizierende, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung und gegen Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters- und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung

eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsoffers

Fortsetzung der politisch motivierten, bundesweiten Sippenzerschlagung mit Opferdiskriminierung, Opferkriminalisierung und Opferterrorisierung nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsoffers mit

Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa:

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, **sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie**

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und

EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und

Verwaltung

14. Nach Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 nicht den Hauch einer Chance:

Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems! Seit 1998:

Im Alter von 80 Jahren: Verfassungswidrige Alters- und Generationen-Diskriminierung durch nachrückende Generationen

Ausgehobelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt:

Politisch motivierte Sklavenhaltung seit 2010, seit über 10 Jahren, ohne Chance nach

politisch motivierter Sippenzerschlagung am Wohnort und am Geburtsort unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

mit extrem unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010

wegen verheerender Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Rehabilitierung, Schadenersatz und zu kausalen Zusammenhängen

mit verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen

mit Benutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto seit 2013,

mit Gerichtsverfahren am laufendem Bande, parallel und hintereinander,

an Verwaltungsgerichten in Regensburg, Düsseldorf und Berlin,

an Amtsgerichten in Mettmann und Velbert,

am Landgericht Wuppertal, am Sozialgericht Düsseldorf,

durch mehrere Instanzen bis zum Bundesverfassungsgericht

ohne Wochenende-Ruhe, ohne Weihnachts-Ruhe, ohne Oster-Ruhe, ohne Urlaubs-Ruhe,

mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin, in den Tod und in Nachlass-Insolvenz,

mit Treib- und Hetzjagd gegen klagendes Opfer mit Täter/Opfer-Umkehr (unverhältnismäßige Opferkriminalisierung)

> > > mit sozialer Zerschlagung durch einen Opfer kriminalisierenden

„Sozialversicherungsträger“ ohne Versicherungsleistungen seit 2010, aber mit Zwangsmaßnahmen zu einer verfassungswidrigen

Krankengrundversicherung.

mit Rundfunksperr über den Unternehmens-Genozid der digitalen

Innovationseelite durch verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000.

mit direktem Schaden durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk durch Verstoß gegen das Presserecht und

mit Zugangssperre zu Politmagazinen. . .

Es ist alles aufgeklärt mit erdrückender Beweislage über Sklavenjäger beim Bundesverfassungsgericht.

15. Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO

gegen Beschluss 16 T 225/21 vom 12.Nov.2021 (eingegangen am

27.11.2021) der 16.Zivilkammer am Landgericht Wuppertal

mit unverhältnismäßigem, verfassungswidrigem Versagen von rechtlichem Gehör und

mit unverhältnismäßiger Opfer-, Alters- und Generationen-Diskriminierung mit Opfer, Alter und Generationen diskriminierender Rentenpfändung auf

Pfändungsschutzkonto des 80-jährigen Rentners
nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO vom 07.Okt.2021
an das Landgericht Wuppertal wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen
Beschwerde mit Kopie an Amtsgericht Velbert
nach sofortiger Beschwerde gemäß §567 ZPO vom 06.Sept.2021 an das
Landgericht Wuppertal mit Kopie an Amtsgericht Velbert
nach termingerechter Einspruch vom 25.Aug.2021
gegen manipulierte Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 872/21 auf
Pfändungsschutzkonto zu verfassungswidriger Krankenversicherung inkl.
Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch
GVin Franziska Ritzhaupt mit Einspruch an Amtsgericht Velbert
Mehr Einspruch geht nicht! Daher unverzügliche Einstellung aller
Zwangsmaßnahmen und Rückerstattung der Pfändungsbeträge
Daher: Übergabe und Zurückweisung weiterer Forderungen
rechtsanwaltlicher Vertretungen des „Sozialversicherungsträgers“ wegen
Vorrang für Rehabilitation und Schadenersatz des Zerschlagungsopfers
vor Finanzierung sozialer Zerschlagung
durch Sklavenjäger politisch motivierter Sklavenhaltung.
Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen Beschluss vom
12.11.2021 Aktenzeichen 16 T 225/21 (15 M 1156/21 Amtsgericht Velbert),
weil damit weitere Verzögerungen eingeleitet werden, um
Zwangsmaßnahmen fortsetzen zu können.
Amtsgericht wurde vom Beschwerdeführer zeitgleich über alle Eingaben am
Landgericht informiert, ohne Antwort an den Beschwerdeführer
Rechtsmittel der Anhörungsrüge wegen unverzüglichem Stopp der
Kontopfändung zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung und
wegen unverzüglicher Rückerstattung der durchgeführten Pfändungen
gemäß Anrufungen des Bundesverfassungsgerichts vom 18.Nov.2021 (2
BvR 2171/21, AR 8419/21) und früher.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>
Scroll down after link (page 55)

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und Geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Per Fax an 0202 498 3504

**Landgericht Wuppertal
Beschwerdegericht zu
11 C 89/19 Amtsgericht Velbert**

**Eiland 1
42103 Wuppertal**

Velbert, 24.Juli 2022

Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde nach §793 ZPO

gegen Kostenfestsetzungsbeschluss 11 C 89/19 vom 30.06.2022 (eingegangen am 15.07.2022) gemäß Anlage LG2022-05

gegen Debeka Krankenversicherungsverein a.G., vertreten durch den Vorstand, Ferdi-Sauerbruchstr.18, 56073 Koblenz (Versicherungsträger), vertreten von RAe Giebel und Kollegen, Stresemannstr.60, 28207 Bremen

Der Kostenfestsetzungsbeschluss 11 C 89/19 ist genauso verfassungswidrig wie die Krankenversicherung. Versicherungsträger ohne Versicherungsleistungen seit 2010, betreibt ausschließlich soziale Zerschlagung und bietet keine soziale Sicherheit mehr im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort, seit über 20 Jahren (1998) mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz mit extremistischer Ausuferung

> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
> zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende
mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:

Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks und des Sozialversicherungsträgers

Begründung: (Fortsetzung der Punkte a bis n)

Punkt o) Rechtsanwendungen des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsbeschlusses haben keine Rechtskraft, weil Grundrechte nicht respektiert werden.

Im Kostenbetrag Gerichtskosten zum 2.Mal berechnet

Soziale Zerschlagung in einem Opferkriminalisierungswahnsinn:

Zerschlagungsoffer hat de facto keine Krankenversicherung mehr,

Versicherungsträger erbringt keine Versicherungsleistungen mehr seit 2010 (seit 12 Jahren)

Krankenversicherung ist verfassungswidrig. Nachweis längst und ausführlich erbracht.

Nicht nur Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung, darüber hinaus Alters- und Generationen-Diskriminierung: Kostenbeschluss richtet sich gegen Rentner im 81. Lebensjahr mit einem herausragenden Lebenswerk: Zerschlagungsoffer wird wie ein Staatsfeind behandelt, mit

Politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998, seit über 20 Jahren unter persönlicher Verantwortung von

Schröder, Steinmeier, Merkel und Söder,

wegen seinem herausragenden Lebenswerk

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution und professionellem Verlagsservice

Vorgang erfordert Richter-Kompetenz, weil Rechtspfleger nicht in der Lage sind, dem Druck von angewiesenen Staatsanwälten zu widerstehen

Punkt p) Kostenfestsetzungsbeschluss: Rechtswidrig und asozial verfassungswidrig

Asozial, Alter diskriminierend, rechtswidrig: Gerichtskosten werden bei einem Rentner in fortgeschrittenem Alter ein 2.Mal abkassiert. Mit Nachweis.

Missbrauch von Krankenversicherung für soziale Zerschlagung anstatt für soziale Sicherheit.

Verfassungswidrige Rechtsanwaltskosten, mehrfach diskriminierend für Zerschlagungsoffer: Von klagender Krankenversicherung zu übernehmen und nicht vom Opfer sozialer Zerschlagung, das seine Kosten bis heute selbst tragen muss und keine Rechtsanwälte nutzen kann.

Antrag auf sofortige Einstellung der Kontopfändung auf Pfändungsschutzkonto für Rechtsanwaltskosten zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung und Rückerstattung der monatlichen Pfändungen seit Nov.2021: Sieh Punkt d und e.

Unverzichtbar: Vorrang für Rehabilitation und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen und zur Verhinderung sozialer Zerschlagung.

Punkt q) Amtsgericht Velbert ist kein grundrechtsfreier Raum und nicht die Müllhalde für Versagen deutscher Justiz bei politisch motivierten Zerschlagungen

Punkt r) Ablehnungsgesuch gemäß §10 Rechtspflegergesetz gegen Rechtspfleger Jacob wegen Besorgnis der Befangenheit, wegen fehlender Richterkompetenz und Missachtung des Antrags auf richterliche Zuständigkeit.

Punkt s) Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde gemäß §793 ZPO gegen Kostenfestsetzungsbeschluss: Rechtsanwendungen der Sozialversicherung ohne Respektierung von Grundrechten sind

verfassungswidrig, wenn sie ohne Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz wegen politisch motivierter Zerschlagungen soziale Zerschlagung anstatt soziale Sicherheit bewirken.

Detaillierte Ausführungen zu den Punkten zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 92)

Zu Punkt o) Rechtsanwendungen des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsbeschlusses haben keine Rechtskraft, weil Grundrechte nicht respektiert werden.

Im Kostenbetrag Gerichtskosten zum 2.Mal berechnet

Soziale Zerschlagung in einem Opferkriminalisierungswahnsinn:

Zerschlagungsoffer hat de facto keine Krankenversicherung mehr,

Versicherungsträger erbringt keine Versicherungsleistungen mehr seit

2010 (seit 12 Jahren)

Krankenversicherung ist verfassungswidrig. Nachweis längst und ausführlich erbracht.

Nicht nur Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung, darüber hinaus Alters- und Generationen-Diskriminierung: Kostenbeschluss richtet sich gegen Rentner im 81. Lebensjahr mit einem herausragenden

Lebenswerk: Zerschlagungsoffer wird wie ein Staatsfeind behandelt, mit

Politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998, seit über 20

Jahren unter persönlicher Verantwortung von

Schröder, Steinmeier, Merkel und Söder,

wegen seinem herausragenden Lebenswerk

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in

Deutschland und Europa

mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution und

professionellem Verlagsservice

Vorgang erfordert Richter-Kompetenz, weil Rechtspfleger nicht in der Lage sind, dem Druck von angewiesenen Staatsanwälten zu widerstehen

Wahrheit und Grundrechte sind nicht strafbar, sind für die verantwortliche Politik, Verwaltung und Justiz äußerst unangenehm und zeigen wahrheitswidrige und **maßlose Verfassungswidrigkeit** nicht nur der Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung, sondern darüber hinaus der Alters- und Generationen-Diskriminierung (Art.3 und Art.1 Abs.1 GG. Dem Kostenfestsetzungsbeschluss sind folgende Schriftsätze vorausgegangen:

Schriftsatz vom 08.Dez.2021 an Landgericht Wuppertal gemäß

Anlage AG2022-01 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Beschluss 16 T

225/21 ohne Abhilfe von Opfer diskriminierender und entwürdigender

Bescheidung der sofortigen Beschwerde gegen Durchführung der manipulierten

Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 872/21 der Debeka Krankenversicherung

a.G. und geplanten Anschluss-Zwangmaßnahmen auf Pfändungsschutzkonto

ohne rechtliches Gehör zu termingerechten Einspruch vom 25.Aug.2021

Sieh Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 55)

Schriftsatz vom 24.Dez.2021 zur Fortsetzung der

Verfassungsbeschwerde vom 18.Okt.2021

gemäß Anlage AG2022-02

mit Gerichte übergreifenden Aktivitäten des

„Sozialversicherungsträgers“ wegen fortgesetzter Anhörungsresistenz gegen sofortige Beschwerde ohne Bescheidung zu Rechtsmittel der

Anhörungsrüge

gemäß §321a ZPO gegen Beschluss 16 T 225/21 am Landgericht

Wuppertal (15 M 1156/21 Amtsgericht Velbert) vom 12.11.2021

(eingegangen am 29.11.2021)

Kein grundrechtsfreier Raum am Amtsgericht/Landgericht durch

Abschiebung von Verantwortung an Rechtspfleger und

Justizbeschäftigte

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26f.pdf>

Scroll down after link (page 157)

Danach hat das Zerschlagungsoffer / Unterzeichner an Justizbeschäftigten Frank 2 Schriftsätze mit den Punkten a bis n zugesandt:

Sieh auch Anlage **Anlage LG2022-03** Seite 1-16

als Antwort zu Geschäftszeichen 11 C 89/19

1. Schreiben von Justizbeschäftigten Frank vom 09.12.2021 (eingegangen am 22.12.2021, beantwortet mit Schreiben vom 02.01.2022)

2. Schreiben von Herrn Frank / Justizbeschäftigte Barthel vom 16.03.2022 (eingegangen am 27.04.2022).

Hier Antwort vom 2.Mai 2022 mit den Punkten g bis n:

Sehr geehrter Herr Frank,

Der Unterzeichner wird von Ihnen aufgefordert, binnen 1 Woche (2 Wochen wären regulär) Stellung zu nehmen zu einer Rechnung (Aktenzeichen 70522499) der RAe Giebel und Kollegen: **Die Rechnung ist verfassungswidrig.**

Begründung: Sieh Stellungnahme vom 02.Jan.2022, Punkte a-f (Umfang 60 Seiten). Darüber hinaus:

g) Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998) mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz mit extremistischer Ausuferung

> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,

> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010

> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010

> zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende

[mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:](#)

Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks und des Sozialversicherungsträgers.

Der Sozialversicherungsträger bietet keine soziale Sicherheit mehr, sondern betreibt soziale Zerschlagung, ohne Krankenversicherungsleistungen seit 2010, mit einer verfassungswidrigen Krankenversicherung gemäß verfassungswidrigem „Teilversäumnisurteil“ vom 16.April 2015 (7 O 31412 LG Wuppertal), Verfassungswidrigkeit nachgewiesen mit Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 gegen **Verfahren 11 C 89/19 (hier am Amtsgericht Velbert) und im Landgericht Wuppertal (9 S 30/21).**

h) Politisch motivierte Zerschlagungen der Zerschlagungsoffer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und verklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

[Schröder/Steinmeier/Merkel](#) verantwortlich für

Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik bis zur

[Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende](#) mit Russland/Putin-Nähe.

Verfassungswidrige Auswüchse

zu Opfer-Kriminalisierung (Täter/Opfer-Umkehr), Opfer-Diskreditierung, Opfer-Diskriminierung, Alters-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung, zu Ungleichbehandlung vor dem Gesetz. (Sozialversicherungsträger mit Rechtsanwalt und Unterzeichner ohne Rechtsanwalt, den er sich seit 2010 nicht mehr leisten kann)

Der Kläger ist im 81.Lebensjahr und hat bereits einige Weggefährten und Zeugen zu seinem Lebenswerk verlieren müssen. Er beklagt die verfassungswidrigen Auswüchse, indem er Alters-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung ertragen muss. Offensichtlich ist Tierschutz stärker

(Art.20a GG) als Grundrechte ab einem bestimmten Alter, indem bei Tierschutz auf die Bedeutung für künftige Generationen abgehoben wird.

Auch im Alter gilt: Bürger sind keine Untertanen, schon gar nicht Sklaven. Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht

Grundrechte sind zu respektieren, sind weder verhandelbar noch strafbar,

Rechtsbeugung ist strafbar,

Rechtsanwendungen in Beschlüssen und Urteilen haben keine

Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden,

es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland, aber ein grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand! .

i) Politisch motivierte Zerschlagungen einer Sippenzerschlagung seit über 20 Jahren, unter persönlicher Verantwortung von Schröder, Steinmeier, Merkel und Söder,

bei der Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes (Kläger) am Wohnort und am Geburtsort (Zerschlagung seines Bruders):

Gerhard Schröder (1998-2005 Bundeskanzler, heute „Lobbyist“ (Krieg verursachender Profiteur mit Riesenschaden für Deutschland) eines Kriegsverbrechers mit Vorwurf des Völkermordes)

Schröder war als Ministerpräsident im Plenum der Europäischen Congressmesse ONLINE'91 in Hamburg, der Unterzeichner hat ihn persönlich eingeladen, in Abstimmung mit einem qualifizierten Congressleiter, und sein Thema vorgeschlagen:

> > > [ONLINE Congressbände 1976 - 2003](#)

Scroll down after link to ONLINE'91

Frank-Walter Steinmeier (1999-2005 Chef des Bundeskanzleramtes, Umsetzung der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik von Bundeskanzler Gerhard Schröder, heute Bundespräsident), direkt persönlich involviert mit Zerschlagung der Existenzgrundlage, wurde anlässlich der ONLINE'91 von Schröder als Medienreferent eingestellt, nach 2005 in herausgehobener Stellung mitverantwortlich für **Ukraine-Putin-Krieg mit Russland/Putin-Nähe und mit Unterstützung von Gerhard Schröder**

Dr. Angela Merkel (2005-2021 Bundeskanzlerin, Fortsetzung der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik bis 2021), direkt persönlich involviert, mit Enteignung des Digitalgipfels seit 2006 (Zerstörung der Existenz-Grundlage), in herausgehobener Stellung mitverantwortlich für **Ukraine-Putin-Krieg mit Russland/Putin-Nähe und mit Unterstützung von Gerhard Schröder** ,

Dr. Markus Söder, CSU, Ministerpräsident Bayerns seit 2019 und Schirmherr des neu ernannten 4.Volksstamms in Bayern, der Sudetendeutschen, mit bestem Kontakt zu Merkel, persönlich verantwortlich für eine

Treib-und Hetzjagd gegen seinen Bruder, bis in den wirtschaftlichen Ruin und bis in den Tod in 2012, mit Nachlass-Insolvenz am Geburtsort des Klägers, mit langjähriger Unterstützung durch das Verwaltungsgericht Regensburg, mit 2 ähnlichen Urteilen wie am Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 4325/18), daher erneute Klage vom 18.März 2022 am Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 2672/22) mit erdrückender Beweislage für Mittäterschaft des **Öffentlich-rechlichen Rundfunk**.

j) Der Kläger ist nicht verwundert, dass dieses Machtzentrum mit Immunitätsschutz, das für seine Zerschlagungen persönlich verantwortlich ist, auch am Ukraine-Krieg mitschuldig ist. Siehe extremistische Ausuferung

Schröder / Steinmeier haben „verbrannte Erde“ hinterlassen:

Verbrannte Erde: Digitale Zukunft Deutschlands mit Digitalisierungsnotstand, Benutzerfeindlichkeit digitaler Anwendungslösungen (mangelhafte Benutzer-Ergonomie), Chip-Abhängigkeit vom fernen Ausland (z.B. China), darüber hinaus Energieabhängigkeit von Russland, Krieg in Europa mit Völkermord. .

Steinmeier hat Schröder unterstützt, nicht nur als Kanzleramts-Chef (1999-2005), sondern auch als Bundesaußenminister und als Bundespräsident bis bis zum Ukraine/Putin-Krieg seit 24.Feb.2022

Siehe Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik bis zur

Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe.

k) Auch im Alter gilt: Bürger sind keine Untertanen, schon gar nicht Sklaven. Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht.

Grundrechte sind zu respektieren.

Siehe **extremistischer Ausuferung**

> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010

Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998). Darüber hinaus ist es Menschen verachtend verfassungswidrig, entgegen Art.34 GG, Gerichte übergreifend seit über 12 Jahren, Opferkriminalisierung mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter, nach politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer und mit totaler wirtschaftlicher Vernichtung, im hohen Alter mit politisch motivierter Sklavenhaltung nach sozialer Zerschlagung und am laufendem Bande, ohne Urlaubsrufe, ohne Weihnachtsruhe, ohne Osterruhe geschweige denn Ruhe am 1.Mai zu betreiben, unerträgliche Einbeziehung von Gerichte übergreifenden Aktivitäten der Justizbehörden mit orgienartiger Ausuferung vor einem Ladetermin, offensichtlich **in Abstimmung mit dem Bundesamt der Justiz**, ohne Rehabilitierung und Schadenersatz zuzulassen

l) Zerschlagung am Wohnort

nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution iVm professionellem Verlagsservice

Wahrheit ist, dass der Beschwerdeführer es geschafft hat, als

Unternehmensberater in den 1970er Jahren,

aus 5 Wochenseminaren (ONLINE-Seminarreihe, durchgeführt in D, A, CH)

die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

mit dem weltweit größten Congressangebot inkl. professionellem

Verlagsservice für digitales Innovationswachstum zu entwickeln und damit eine digitale Innovationselite (New Economy) in Deutschland aufzubauen.

Auf seinen Messen dominierte Congress-Qualität für digitales Innovationswachstum mit Unterstützung durch ebenso qualifizierte Beratungs-, Demo- und Informationsständen der begleitenden Fachausstellung rund um die Congress-Säle großer Congress-Centren und nicht die Ausstellungs-Masse in Messehallen. Diese Europäischen Congressmessen und mit ihnen die digitale Innovationselite wurden von Schröder/Steinmeier eliminiert, mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 wurde der weltweit größte Auktionsbetrag aller Zeiten zur Sanierung des Bundeshaushalts (etwa 1/4 des Bundeshaushalts) missbraucht und so in Abstimmung mit der IG Metall eine Umverteilung zu Gunsten der Automobil-Branche erzwungen. Die Aussperrung wurde unter Steinmeier/Merkel unüberwindbar betoniert.

Die Eliminierung der digitalen Innovationselite ist ein Friedensverbrechen, die Täter sind Friedensverbrecher. Täter sind der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005) und sein Kanzleramtschef Frank-Walter Steinmeier. Verheerende Folgewirkungen wirken bis heute nach. Der

Digitalisierungsnotstand in Deutschland ist hinreichend bekannt. Besonders nachteilhaft ist heute die Digitalisierungsabhängigkeit von China. Die Eliminierung der digitalen Innovationselite, New Economy oder auch Net Economy genannt, betraf die Hauptkunden, Referenten, Aussteller und Besucher der Europäischen Congressmessen des Opfers.

Die staatliche UMTS-Auktion 2000 hatte verheerende Folgewirkungen. Der Öffentlich-rechtliche Rundfunk ist und war direkt beteiligt, heute mit Rundfunksperrung und damals u.a. mit

Missbrauch des Presserechts für Erstellung multimedialer Raubkopien z.B. zu Management-Symposium I-1 der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 und Missbrauch für Planungskonferenzen einer gigantischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik, Aussperrung von Politmagazinen

Im Zuge der verheerenden Folgewirkungen war das Zerschlagungsopfer zur Einstellung seiner Congressmessen gezwungen (ausgehebelt), sein Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution ivm professionellem Verlagsservice musste abrupt eingestellt werden **Seit 2003 hat das Zerschlagungsopfer keine Einnahmen mehr** aus Beruf und Geschäft. Intensive Bemühungen um Fortsetzung und Wiederaufbau der Congressmessen wurden von der Bundeskanzlerin und dem Bundesaußenminister ihrer GROKO-Kabinette (Merkel I, III, IV) sowie im Kabinett Merkel II (CDU/CSU/FDP) auch von Guido Westerwelle, Rainer Brüderle und Philipp Rösler (alle FDP) einfach nicht beantwortet.

m) Zerschlagung am Geburtsort

mit einer Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder als Anerbe des elterlichen Unternehmens seit 1998, mit einer Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod unter Söder (Todesopfer 2012), mit Nachlassinsolvenz über Wohn-Immobilie, Geschäfts-Immobilie, Miethaus-Immobilie: Söder hat wie ein Trittbrettfahrer die Zerschlagung am Wohnort zur Zerschlagung am Geburtsort ausgenutzt. Die Zerschlagung zeigt die fatalen Auswirkungen einer kriminellen Zerschlagungspolitik über die Digitalbranche hinaus dank einer verfassungswidrigen Zerschlagungsjustiz in Deutschland am Beispiel des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens 27 K 4325/18, stets nach demselben Muster: Verfassungswidriges Urteil in der 1. Instanz und anschließend die Verweigerung der 2. Instanz. Entgegen Art. 34 GG verweigern auch ordentliche Gerichte rechtliches Gehör nach Art. 103 Abs. 1 GG (2. Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal).

Wahrheit ist, dass sein Bruder als Anerbe eines alten Müllergeschlechts einen qualifizierten Lebensmittelbetrieb aufgebaut hat, mit besten Auszeichnungen wie z.B. Goldmedaille auf der Grünen Woche in Berlin und mit Vertrieb über mehr als 40 Verkaufsstellen, überwiegend bei EDEKA, dass er eine wassergetriebene Turbine zur Erzeugung von grünem Strom betrieben hat, und ein Besucherattraktives Damwild-Gehege unterhalten hat. Zur Geschäftsabsicherung hatte er ein Wohnhaus, ein neueres Geschäftshaus und eine vermietete Wohn-Immobilie. Dieser Lebensmittelbetrieb stand einem CSU-Wahlkampf-Projekt unter sudetendeutscher Projektleitung entgegen. Söder ist Schirmherr des sudetendeutschen Volksstamms in Bayern (neu ernannter 4. Volksstamm in Bayern). Mit einer Menschen verachtenden Treib- und Hetzjagd seit 1998 wurde sein Bruder in den wirtschaftlichen Ruin und in den Tod (2012) getrieben. Nachlassinsolvenz für das Erbe seines Bruders und die Fortsetzung Opfer diskriminierender Gerichtsverfahren am Verwaltungsgericht Regensburg mit verfassungswidrigen Urteilen der 1. Instanz und Verweigerung von rechtl. Gehör in der 2. Instanz. Diese Rechtsanwendungen sind verfassungswidrig. Alle verwaltungsgerichtlichen Verfahren zu einer krimineller Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik wie am Verwaltungsgericht Düsseldorf laufen nach diesem Muster. Längst nachgewiesen und 1000 mal erklärt ist der kausale Zusammenhang mit der Zerschlagung am Wohnort unter Schröder/Steinmeier/Merkel

n) **Wahrheit ist**, dass die Europäischen Congressmessen und mit ihnen die **digitale Innovationselite in Deutschland von Schröder/Steinmeier eliminiert wurden**, mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 wurde der weltweit größte Auktionsbetrag aller Zeiten zur Sanierung des Bundeshaushalts missbraucht und in Abstimmung mit der IG Metall eine Umverteilung zu Gunsten der Automobil-Branche erzwungen. Schröder und Steinmeier kannten die Congressmessen: Schröder war selbst beteiligt auf der Congressmesse ONLINE'91 in Hamburg, Steinmeier wurde von Schröder zur ONLINE'91 als Medienreferent in der Staatskanzlei von Hannover eingestellt:

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?!=8&e=2&m=56>

Click auf 1988-1991 und auf weitere Sprecher

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Wahrheit ist, dass **Schröder und Steinmeier** mit Taten immer verbunden waren, aus heutiger Sicht in verwerflicher Kumpanei, gemeinsam von 1991 bis 2005 bei der Eliminierung der digitalen Innovationselite in Deutschland und parallel nach 2005: Schröder als Putin-Berater und Putin-Freund bei der Umsetzung deutscher Energie-Abhängigkeit von Russland, Steinmeier als Weggefährte und Büroleiter von Schröder, als Chef in dessen Bundeskanzleramt, nach 2005 als Bundesaußenminister in mehreren GROKO-Kabinetten von Merkel und seit 2017 als Bundespräsident auf Vorschlag von Merkel. Sieh

Anlage VB-22 an Bundesverfassungsgericht: Krieg in der Ukraine / Putin-Freund Schröder
Politischer Weg von Gerhard Schröder und Frank-Walter Steinmeier, gemeinsam und parallel mit gegenseitiger Unterstützung

Beide sind gemeinschaftlich hauptverantwortlich für eine gigantische Zerschlagungspolitik, die mit der Zerschlagung und Eliminierung der digitalen Innovationselite (New Economy, Net Economy) in Deutschland den Grundstein für den digitalen Niedergang, für die Umverteilung von der Digital-Branche an die Automobilbranche, den Digitalisierungsnotstand und die Chip-Abhängigkeit insbesondere von China gelegt haben. Mit den Merkel-Kabinetten wurde die Zerschlagung unumkehrbar gemacht („betoniert“).

Ukraine-Krieg-Zeitenwende: Aktuelle Faktenlage mit Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik unter

Schröder / Steinmeier (Bundesaußenminister bis 2017!) / Merkel

Der Ukraine-Krieg wird vorrangig mit deutscher Energie-Abhängigkeit vom russischen Aggressor finanziert. Verantwortlich für deutsche Energie-Abhängigkeit sind **Schröder / Steinmeier / Merkel**.

Mit dem Georgien / Kaukasus-Krieg 2008 längst vorhersehbar.

Mit der Maidan-Revolution in Kiew 2013/2014 längst vorhersehbar, weil unter russischem Druck das Assoziierungsabkommen mit der EU verweigert wird.

Mit der Krim-Annexion seit 2014 und dem anschließenden Donbass-Krieg längst vorhersehbar.

Mit der russischen Invasion am 24.Feb.2022 in der Ukraine zur

Ukraine-Krieg-Zeitenwende.

Dieses Schreiben und das Schreiben vom 02.Jan.2022 ohne Beantwortung gehören auf den > > > Tisch eines Richters.

Zurückweisung der verfassungswidrigen Krankenversicherung und der Kosten von Rechtsanwälten in Zusammenhang mit einer verfassungswidrigen Krankenversicherung gemäß Anlage VB-VGB06 und gemäß den Anlagen VB-YA und VB-YB im Schreiben vom 02.Jan.2022. Der Unterzeichner hat seit 2010 keine soziale Sicherheit mehr, ausschließlich wegen der Folgen politisch motivierten Zerschlagungen.

Er kann sich seit 2010 keine glaubwürdigen Rechtsanwälte mehr leisten, ausschließlich wegen der Folgen politisch motivierter Zerschlagungen.
Gleichheit vor dem Gesetz ist deutsches Grundrecht. Rechtsanwaltskosten sind nicht vom Opfer politisch motivierter Zerschlagungen einschließlich sozialer Zerschlagung zu tragen.
Siehe vorliegende Anlagen:

Anlage VB-YA: > Dr. Caspers, Mock Partner mbH (Anlage VB-YA) und zurückzuweisende Zwangsmaßnahmen des Opfer kriminalisierenden „Sozialversicherungsträgers“ ohne Versicherungsleistungen seit 2010: Verfassungswidrige Kontopfändungen auf Pfändungsschutzkonto seit 2013 mit Belegen vom 02.11.2021 und

und weiterer geplanten Kontopfändung in Höhe von
Anlage VB-YA01: Verfassungswidrige Pfändung vom 02.11.2021

Anlage VB-YA02: Verfassungswidrige Pfändung vom 02.12.2021 und weiterer Pfändungsbetrag bereits gesperrt

Anlage VB-YB: > Rechtsanwälte Giebel und Kollegen (Anlage VB-YB) und zurückzuweisende Rechnungen vom 7.12.2021

Anlage VB-YB01: Zurückzuweisende Rechnung für verfassungswidrige Krankenversicherung

Anlage VB-YB02: Zurückzuweisende Rechnung für Pflegeversicherung wegen Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz durch übergriffigen Staat

Darüber hinaus: Rehabilitierung und Schadenersatz haben endlich Vorrang! Sieh Art.34 GG. Rechtshängig am Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 2672/22), Verwaltungsgericht Berlin (VG 27 K 308.14).

Hier Antwort vom 2.Jan. 2022 mit den Punkten a bis f:

Sehr geehrter Herr Frank,

Der Unterzeichner wird von Ihnen aufgefordert, binnen 2 Wochen Stellung zu nehmen zu einer Rechnung (Aktenzeichen 70522499) der RAe Giebel und Kollegen:

a) Empfänger der beantragten Rechnung ist das Amtsgericht Velbert. Eine gerichtliche Verfügung vom 16.11.2021 ist dem Unterzeichner unbekannt. Trotzdem soll er Stellung nehmen. Stellungnahme:

Hintergrund der Rechnung ist eine
beispiellose verfassungswidrige Opferdiskriminierung, Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung gegen einen 80-jährigen Rentner wegen einem herausragendem Lebenswerk durch einen „Sozialversicherungsträger“, der seit 2010 keine Versicherungsleistungen erbringt, der unter Vortäuschung von sozialer Sicherheit nur soziale Zerschlagung will, zur Zeit mit Zwangsmaßnahmen auf einem Pfändungsschutzkonto, das vom Opfer seit 2013 benutzt werden muss,

Gegen das Verfahren 11 C 89/19 wurde vom Unterzeichner termingerecht Berufung und Verfassungsbeschwerde eingeleitet und die Verfassungswidrigkeit der Krankenversicherung nachgewiesen. Alle aus dem Verfahren abgeleiteten Zwangsmaßnahmen haben keine Rechtskraft, weil Grundrechte nicht respektiert werden, werden daher zurückgewiesen. Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland.

b) Ihr Schreiben mit dem beiliegenden Rechnungsantrag an das Amtsgericht ist mit Schriftsatz vom 24.Dez.2021 Teil der Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2171/21 (AR 8419/21)

Der Unterzeichner beklagt in der Verfassungsbeschwerde:

Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung

> **zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998 (mit**

Unterdrückung von Rehabilitierung und Schadenersatz),

> **zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010 und**

> **zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010**

mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:

nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

mit bundesweiten Zerschlagungen unter Verantwortung der regierenden Generation **seit 1998**

Gemäß Art.34 GG gilt: „Verletzt jemand in Ausübung eines ihm anvertrauten öffentlichen Amtes die ihm einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, so **trifft die Verantwortlichkeit grundsätzlich den Staat** oder die Körperschaft, in deren Dienst er steht. Bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit bleibt der Rückgriff vorbehalten. Für den Anspruch auf Schadensersatz und für den Rückgriff darf der ordentliche Rechtsweg nicht ausgeschlossen werden.“ Bis heute wird der ordentliche Rechtsweg am Landgericht Wuppertal ausgeschlossen.

c) Ihr Schreiben mit der beiliegenden Rechnungsantrag an das Amtsgericht ist Teil

politisch motivierter Sippenzerschlagung mit anschließender

Sklavenhaltung seit 2010 und damit Teil der sofortigen

Beschwerde 16 T 225/21 vom 08.Dez.2021 am Landgericht

Wuppertal (siehe Kapitel 14 in Anlage AG2022-01).

In der Verfassungsbeschwerde wird mit Kapitel BVERFG-64 Stellung genommen

Kapitel 14 der sofortigen Beschwerde 16 T 225/21 vom 08.Dez.2021:

Nach Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 nicht den Hauch einer Chance:

Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems! Seit 1998:

Im Alter von 80 Jahren: Verfassungswidrige Alters- und Generationen-Diskriminierung durch nachrückende Generationen

Ausgeholt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt:

Politisch motivierte Sklavenhaltung seit 2010, seit über 10 Jahren, **ohne Chance nach**

politisch motivierter Sippenzerschlagung am Wohnort und am Geburtsort

unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

mit extrem unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010

wegen verheerender Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen

mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Rehabilitierung,

Schadenersatz und zu kausalen Zusammenhängen

mit verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen

mit Benutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto seit 2013,

mit Gerichtsverfahren am laufendem Bande seit 2010, parallel und

hintereinander,

an Verwaltungsgerichten in Regensburg, Düsseldorf und Berlin,

an Amtsgerichten in Mettmann und Velbert,

am Landgericht Wuppertal, am Sozialgericht Düsseldorf,

durch mehrere Instanzen bis zum Bundesverfassungsgericht

ohne Wochenende-Ruhe, ohne Weihnachts-Ruhe, ohne Oster-Ruhe, ohne

Urlaubs-Ruhe,

mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin, in den Tod und in Nachlass-Insolvenz,
mit Treib- und Hetzjagd gegen klagendes Opfer mit Täter/Opfer-Umkehr (unverhältnismäßige Opferkriminalisierung)
> > > mit sozialer Zerschlagung durch einen Opfer kriminalisierenden „Sozialversicherungsträger“ ohne Versicherungsleistungen seit 2010, aber mit Zwangsmaßnahmen zu einer verfassungswidrigen Krankengrundversicherung, mit Rundfunksperre über den Unternehmens-Genozid der digitalen Innovationselite durch verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000,
mit direktem Schaden durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk durch Verstoß gegen das Presserecht und mit Zugangssperre zu Politmagazinen. . .
Es ist alles aufgeklärt mit erdrückender Beweislage über Sklavenjäger beim Bundesverfassungsgericht.

BVERFG-64 in Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2171/21 vom 18.Okt.2021 / 24.Dezember 2021.

Heute: Politisch motivierte Sklavenhaltung wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Justiz mit Opfer verhöhnenden und Opfer diskriminierenden Zwangsmaßnahmen gegen Zerschlagungsopfer am Amtsgericht Velbert und Landgericht Wuppertal parallel zu sozialgerichtlichen Verfahren mit Zwangsmaßnahmen-Chaos
parallel zu verwaltungsgerichtlichen Verfahren an den Verwaltungsgerichten Düsseldorf und Berlin,
ohne Weihnachts-Ruhe (**hier**), ohne Oster-Ruhe, ohne Urlaubsrufe seit 2010.
Eskalation sozialgerichtlicher Verfahren seit 2011
mit Zwangsmaßnahmen zu politisch motivierter Sklavenhaltung
mit mehreren Sklavenjägern gemäß Rubrum (sprachlos, taubstumm, mit Gerichte übergreifenden Verfolgungsstrategien der sozialen Zerschlagung).
Soziale Zerschlagung im Risiko-Rentenalter von 80 Jahren
als Fortsetzung politisch motivierter Sippenzerschlagung
vor und nach der mündlichen Anhörung (missbräuchlich „Verhandlung“)
am Landessozialgericht Essen
Verfassungsbeschwerde gegen Beschwerdegegner
mit verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010,
mit privater Pflegeversicherung ohne Perspektive auf Versicherungsleistungen,
mit Gerichte übergreifende Opferkriminalisierungs-Verfahren an den Amtsgerichten Mettmann / Velbert und Landgericht Wuppertal seit 2011 und
am Sozialgericht Düsseldorf seit 2012 und
mit parallelen Zwangsmaßnahmen der Opferkriminalisierung inkl. 2-maliger Freiheitsberaubung mit psychischer Folter,
gegen ehemaligen „Sozialversicherungsträger“, der soziale Zerschlagung anstatt soziale Sicherheit betreibt, der überhaupt keine Versicherungsleistungen erbringen will,
ohne jede Reputation, ohne jede Qualifikation für soziale Sicherheit,
taub, stumm und sprachlos vor Gericht, mit 2-zeiliger Klagebegründung gegen 33.000 Zeilen des Zerschlagungsopfers,
mit Eskalation zu politisch motivierter Sklavenhaltung
Hinzu kommen verfassungswidrige Opfer-Diskriminierung, Alters-Diskriminierung und Generationen-Diskriminierung. Deutsche Justiz ist der Meinung, dass dies alles mit dem Grundgesetz vereinbar sei. Dies alles nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

d) Der Unterzeichner hat im Berufungsantragsverfahren am Landgericht Wuppertal zum Gerichtsverfahren 11 C 89/19 am Amtsgericht Velbert mit Anrufung des Bundesverfassungsgerichts die Verfassungswidrigkeit der Krankenversicherung der DEBEKA nachgewiesen.

Dies ist in der vernetzten Internet-Doku zusätzlich nachlesbar:

> Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27.pdf>
Scroll down after link (page 155)

> Berufungsantragsverfahren 9 S 30/21
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-20.pdf>
Scroll down after link (page 336)

e) Der Unterzeichner hat im Berufungsantragsverfahren 9 S 30/21 am Landgericht Wuppertal zum Gerichtsverfahren 11 C 89/19 am Amtsgericht Velbert über das Gerichtsverfahren am Landgericht Wuppertal informiert, in dem die Verfassungswidrigkeit der Krankenversicherung überhaupt nicht beachtet wurde, ohne Beachtung politisch motivierter Zerschlagungen, ohne Beachtung eines Pfändungsschutzkonto:

Landgericht Wuppertal, 7.Zivilkammer (7 O 314/12) mit künstlichem „Teilversäumnisurteil“ vom 16.04.2015.

Auch gegen das „Teilversäumnisurteil“ wurde Berufung eingelegt und Verfassungsbeschwerde erhoben.

Vertreten wurde die klagende Debeka durch die RAe caspers-mock, heute RAe Dr. Caspers, Mock und Partner mbB, RAe, Rudolf-Virchow-Str.1, 56073 Koblenz

Diese Rechtsanwälte betreiben zur Zeit Kontopfändung auf dem Pfändungsschutzkonto des 80-jährigen Rentners (Benutzungszwang seit 2013) zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung aus dem künstlichem „Teilversäumnisurteil“, ohne Versicherungsleistungen seit 2010.

Der Unterzeichner fordert das Amtsgericht auf, alle Zwangsmaßnahmen unverzüglich einzustellen und alle gepfändeten Beträge zurückzuerstatten, weil diese Zwangsmaßnahmen verfassungswidrig und ein Produkt von strafbarer Rechtsbeugung ist.

Deutsche Justiz handelt ohne Respektierung des Grundgesetzes, ist hier somit nur noch verfassungswidrig, zusätzlich mit Opfer-Diskriminierung, mit Alters-Diskriminierung, mit Generationen-Diskriminierung.

f) Das Amtsgericht Velbert ist kein grundrechtsfreier Raum:

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht
Grundrechte sind zu respektieren, sind weder käuflich noch strafbar,
Rechtsbeugung ist strafbar in besonders schwer wiegenden Fällen,
Rechtsanwendungen in Beschlüssen und Urteilen haben keine
Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden,
es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland, aber ein grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand! .

„Bürger sind keine Untertanen“

Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier,
Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2002-2010)

„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Andreas Voßkuhle
Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2010-2020)

„Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland“

Prof. Dr. Stephan Harbarth, LL.M.,
Präsident des Bundesverfassungsgericht seit 2020.

Herausforderung an das Bundesverfassungsgericht

in besonders schwerwiegendem Fall:

Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
mit extremistischer Ausuferung

> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,

> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010

> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010

mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:

Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend

mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (2012 Todesopfer)

mit kapitalen Vermögensschäden bis zu Benutzungszwang zu

Pfändungsschutz-Konto ohne Kreditmöglichkeiten seit 2013,

mit Verstößen gegen fundamentale Menschenrechte mit

Freiheitsberaubung, mit psychischer Zerschlagung und

gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren,

nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in

Deutschland und Europa

Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen

Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem

Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und

weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen,

und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.

Diese Congressmessen sind das herausragende Lebenswerk ihres

Gründers, ihre Systemrelevanz für die digitale Evolution in

Deutschland ist längst erwiesen.

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,

sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und

EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26.pdf>

Scroll down after link (page 29) wie z.B

Die Verfassungswidrigkeit der staatlichen Übergriffe, der Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010 sowie der Vorrang für Rehabilitation und Schadenersatz ist mit umfangreichen Verfassungsbeschwerden längst nachgewiesen.

Daraus resultiert die Forderung nach unverzüglicher Einstellung aller Zwangsmaßnahmen durch das Amtsgericht Velbert, aktuell Einstellung der Zwangsmaßnahme auf Pfändungsschutzkonto mit Benutzungszwang seit 2013 gegen einen 80-jährigen Rentner gemäß Anlage VB-VGB03

Zurückweisung der verfassungswidrigen Krankenversicherung und der Kosten von Rechtsanwälten in Zusammenhang mit einer verfassungswidrigen Krankenversicherung gemäß Anlage VB-VGB06 und gemäß den Anlagen VB-YA und VB-YB.

Zu Punkt p) Kostenfestsetzungsbeschluss: Rechtswidrig und asozial verfassungswidrig

Asozial, Alter diskriminierend, rechtswidrig: Gerichtskosten werden bei einem Rentner in fortgeschrittenem Alter ein 2.Mal abkassiert. Mit Nachweis.

Missbrauch von Krankenversicherung für soziale Zerschlagung anstatt für soziale Sicherheit.

Verfassungswidrige Rechtsanwaltskosten, mehrfach diskriminierend für Zerschlagungsopfer: Von klagender Krankenversicherung zu übernehmen und nicht vom Opfer sozialer Zerschlagung, das seine Kosten bis heute selbst tragen muss und keine Rechtsanwälte nutzen kann.

Antrag auf sofortige Einstellung der Kontopfändung auf Pfändungsschutzkonto für Rechtsanwaltskosten zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung und Rückerstattung der monatlichen Pfändungen seit Nov.2021: Sieh Punkt d und e.

Unverzichtbar: Vorrang für Rehabilitation und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen und zur Verhinderung sozialer Zerschlagung.

Es ist Missbrauch von Staatsgewalt, nach politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Eskalation das Zerschlagungsopfer für alles verantwortlich zu machen und selbst im fortgeschrittenem Lebensalter eine würdevolle Beendigung seines Lebens zu verhindern.

Es ist asozial rechtswidrig mit Altersdiskriminierung, wenn

Gerichtskosten bei einem Rentner über 80 Jahren ein 2.Mal abkassiert werden: Sieh Anlage LG2022-04

Nachweis, dass die Gerichtskosten des Amtsgerichtes Velbert

Geschäftszeichen 11 C 89/19 durch Zahlungen anderer Verfahrensbeteiligter ausgeglichen sind

Art.3 Abs.1 GG bedeutet Gleichberechtigung ohne Diskriminierung bei einer Krankengrundversicherung, die vom Kläger bis heute verweigert wird.

Kontopfändung auf Pfändungsschutzkonto seit Nov.2021 für Rechtsanwaltskosten zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ist verfassungswidrig und kriminell gegenüber Rentnern, wenn sofortige Rückerstattung verweigert wird. Sofortige Einstellung und Rückerstattung wird beantragt. Sieh Punkt e.

Unverzichtbar ist der Vorrang für Rehabilitation und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen, um wie jeder Bürger wieder monatliche Versicherungskosten übernehmen zu können. Alles andere ist soziale Zerschlagung.

Bis zum 70.Lebensjahr (2010) hat das Zerschlagungsopfer alle Versicherungsbeiträge regelmäßig bezahlt. Zu diesem Zeitpunkt waren alle Altersrücklagen aufgebraucht. Seitdem kann er keine Versicherungsleistungen mehr nutzen. Er kann keine Rechtsanwälte mehr nutzen. Vertrauenswürdige Rechtsanwälte haben ihn verlassen, als sie erkennen mussten, dass das Bundesamt für Justiz seine Zerschlagung skrupellos überwacht hat und ihm auch noch mit angewiesenen Staatsanwälten Insolvenzverschleppung anhängen wollte, aber zurückgewiesen. Alles nachgewiesen und nachweisbar.

Daher: Rechtmäßig ist,

dass der Kläger die Kosten seiner Rechtsanwälte selbst übernimmt.

Der Beklagte im 81.Lebensjahr hat ein Recht, seinen Lebensabend in Würde zu begehen, ohne soziale Zerschlagung.

Zu Punkt q) Amtsgericht Velbert ist kein grundrechtsfreier Raum und nicht die Müllhalde für Versagen deutscher Justiz bei politisch motivierten Zerschlagungen

Die politisch motivierten Zerschlagungen werden vom Bundesamt für Justiz (BfJ) überwacht. Vom BfJ wird weisungsgebundene Staatsanwaltschaft angewiesen, direkt oder indirekt nach Bedarf. Ein Rechtspfleger ist nicht in der Lage, dem Druck weisungsgebundener Staatsanwälte zu widerstehen.

Zu Punkt r) Ablehnungsgesuch gemäß §10 Rechtspflegergesetz gegen Rechtspfleger Jacob wegen Besorgnis der Befangenheit, wegen fehlender Richterkompetenz und Missachtung des Antrags auf richterliche Zuständigkeit.

Rechtspfleger ist dem Druck von weisungsgebundenen Staatsanwälten nicht gewachsen. Dazu ist Richterkompetenz erforderlich. Zweifellos haben Grundrechte hier einen besonderen Stellenwert, in Anbetracht persönlicher Verantwortung eines politischen Machtzentrums mit Immunitätsschutz. Rechtsanwendungen ohne Respektierung der Grundrechte sind verfassungswidrig und haben keine Rechtskraft.

Besorgnis der Befangenheit ist offensichtlich verursacht wegen nicht alltäglicher, schwer vorstellbarer, extremistischer Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen

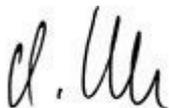
Zu Punkt s) Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde gemäß §793 ZPO gegen Kostenfestsetzungsbeschluss: Rechtsanwendungen der Sozialversicherung ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig, wenn sie ohne Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz wegen politisch motivierter Zerschlagungen soziale Zerschlagung anstatt soziale Sicherheit bewirken.

Unterzeichner, Beschwerdeführer, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, seit über 20 Jahren, wehrt sich

gegen Fortsetzung eines längst verfassungswidrigen Opferkriminalisierungswahnsinn mit extremistischer Ausuferung zu abqualifizierender, unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung und gegen Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters- und Generationen-Diskriminierung

Kriminell ist nicht das Opfer wegen ständiger Opfer-Kriminalisierung. Kriminell sind die Täter, die ständige Opfer-Kriminalisierung mit sozialer Zerschlagung betreiben.

Velbert, 24. Juli 2022



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 19)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und so ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congressse für Künstliche Intelligenz (KI) mit $3 \times 4 = 12$ ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf dem staatlichen Digital-Gipfel im Dezember 2018/2019, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung unserer Europäischen Congressmessen unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

> > > [ONLINE Congressbände 1976 - 2003](#)

Anlage LG2022-03 Seite 1-16

Schreiben vom 02.Jan.2022 an das Amtsgericht Velbert

Geschäftszeichen 11 C 89/19 als Antwort zu

Schreiben von Justizbeschäftigten Frank vom 09.12.2021 (eingegangen am 22.12.2021)

Schreiben vom 02.Mai 2022 an das Amtsgericht Velbert

Geschäftszeichen 11 C 89/19

Schreiben von Justizbeschäftigten Frank vom 16.03..2022 (eingegangen am 27.04.2022)

Anlage LG2022-04

Nachweis, dass die Gerichtskosten des Amtsgerichtes Velbert

Geschäftszeichen 11 C 89/19 durch Zahlungen anderer

Verfahrensbeteiligter ausgeglichen sind

Anlage LG2022-05

Kostenfestsetzungsbeschluss 11 C 89/19 des Amtsgerichtes Velbert vom

30.06.2022 **mit völlig unverständlicher Tabelle** (eingegangen am 15.07.2022)

zu verfassungswidriger Krankenversicherung gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 ohne Versicherungsleistungen seit 2010

Anlagen im Schriftsatz vom 02.Jan. 2022 an das Amtsgericht Velbert (11 C 89/19)

Anlage AG2022-01

Schriftsatz vom 08.Dez.2021 an Landgericht Wuppertal mit Rechtsmittel der

Anhörungsrüge gegen Beschluss 16 T 225/21 ohne Abhilfe von Opfer

diskriminierender und entwürdigender Bescheidung der sofortigen Beschwerde

gegen Durchführung der manipulierten Zwangsvollstreckungssache 1 DRII 872/21

der Debeka Krankenversicherung a.G. und geplanten Anschluss-

Zwangmaßnahmen auf Pfändungsschutzkonto ohne rechtliches Gehör zu

termingerechten Einspruch vom 25.Aug.2021

12. Relevante Argumente gegen abqualifizierende, unverhältnismäßige

Opferkriminalisierung und gegen

Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters- und

Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung

eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers

durch aktive Beteiligung führender Persönlichkeiten aus Wissenschaft,

Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Einspruch mit Hinweis auf Anerkennung und führende Beteiligung durch

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident von NRW und danach Bundespräsident

der Bundesrepublik Deutschland

auf der KOMMTECH'88 in Essen (Anlage VB-AA)

Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und

KOMMTECH: **1 Jahr vor dem Mauerfall**

Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung

auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen,

sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:

Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost

zur Vorbereitung der Wiedervereinigung

Hochqualifizierte Präsentation von Themenschwerpunkten wie **Künstlicher**

Intelligenz und Robotics mit professioneller Doku

für die Zukunft Deutschlands

Heute: Politisch motivierte Sklavenhaltung wegen Eskalation einer

verfassungswidrigen Justiz mit

Opfer verhöhnenden und diskriminierenden Zwangsmaßnahmen gegen

Zerschlagungsopfer am Amtsgericht Velbert und Landgericht Wuppertal

13. Gegen abqualifizierende, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung und

gegen Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters-

und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung

eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers

Fortsetzung der politisch motivierten, bundesweiten Sippenzerschlagung mit

Opferdiskriminierung, Opferkriminalisierung und Opferterrorisierung

nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa:

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, **sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie**

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister,
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

14. Nach Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 nicht den Hauch einer Chance:

Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems! Seit 1998:

Im Alter von 80 Jahren: Verfassungswidrige Alters- und Generationen-Diskriminierung durch nachrückende Generationen
Ausgehobelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt:

Politisch motivierte Sklavenhaltung seit 2010, seit über 10 Jahren, ohne Chance nach politisch motivierter Sippenzerschlagung am Wohnort und am Geburtsort unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998 mit extrem unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010 wegen verheerender Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Rehabilitierung, Schadenersatz und zu kausalen Zusammenhängen mit verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen mit Benutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto seit 2013, mit Gerichtsverfahren am laufendem Bande, parallel und hintereinander, an Verwaltungsgerichten in Regensburg, Düsseldorf und Berlin, an Amtsgerichten in Mettmann und Velbert, am Landgericht Wuppertal, am Sozialgericht Düsseldorf, durch mehrere Instanzen bis zum Bundesverfassungsgericht ohne Wochenende-Ruhe, ohne Weihnachts-Ruhe, ohne Oster-Ruhe, ohne Urlaubs-Ruhe, mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin, in den Tod und in Nachlass-Insolvenz, mit Treib- und Hetzjagd gegen klagendes Opfer mit Täter/Opfer-Umkehr (unverhältnismäßige Opferkriminalisierung)
> > > mit sozialer Zerschlagung durch einen Opfer kriminalisierenden „Sozialversicherungsträger“ ohne Versicherungsleistungen seit 2010, aber mit Zwangsmaßnahmen zu einer verfassungswidrigen Krankengrundversicherung,
mit Rundfunksperr über den Unternehmens-Genozid der digitalen Innovationselite durch verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000,
mit direktem Schaden durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk durch Verstoß gegen das Presserecht und mit Zugangssperre zu Politmagazinen. . .
Es ist alles aufgeklärt mit erdrückender Beweislage über Sklavenjäger beim Bundesverfassungsgericht.

15. Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen Beschluss 16 T 225/21 vom 12.Nov.2021 (eingegangen am 27.11.2021) der 16.Zivilkammer am Landgericht Wuppertal mit unverhältnismäßigem, verfassungswidrigem Versagen von rechtlichem Gehör und mit unverhältnismäßiger Opfer-, Alters- und Generationen-Diskriminierung mit Opfer, Alter und Generationen diskriminierender Rentenpfändung auf Pfändungsschutzkonto des 80-jährigen Rentners nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO vom 07.Okt.2021 an das Landgericht Wuppertal wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde mit Kopie an Amtsgericht Velbert nach sofortiger Beschwerde gemäß §567 ZPO vom 06.Sept.2021 an das Landgericht Wuppertal mit Kopie an Amtsgericht Velbert nach termingerechter Einspruch vom 25.Aug.2021 gegen manipulierte Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 872/21 auf Pfändungsschutzkonto zu verfassungswidriger Krankenversicherung inkl. Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch

GVin Franziska Ritzhaupt mit Einspruch an Amtsgericht Velbert
Mehr Einspruch geht nicht! Daher unverzügliche Einstellung aller
Zwangsmaßnahmen und Rückerstattung der Pfändungsbeträge
Daher: Übergabe und Zurückweisung weiterer Forderungen
rechtsanwaltlicher Vertretungen des „Sozialversicherungsträgers“ wegen
Vorrang für Rehabilitation und Schadenersatz des Zerschlagungsopfers
vor Finanzierung sozialer Zerschlagung
durch Sklavenjäger politisch motivierter Sklavenhaltung.
Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen Beschluss vom
12.11.2021 Aktenzeichen 16 T 225/21 (15 M 1156/21 Amtsgericht Velbert),
weil damit weitere Verzögerungen eingeleitet werden, um
Zwangsmaßnahmen fortsetzen zu können.
Amtsgericht wurde vom Beschwerdeführer zeitgleich über alle Eingaben am
Landgericht informiert, ohne Antwort an den Beschwerdeführer
Rechtsmittel der Anhörungsrüge wegen unverzüglichem Stopp der
Kontopfändung zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung und
wegen unverzüglicher Rückerstattung der durchgeführten Pfändungen
gemäß Anrufungen des Bundesverfassungsgerichts vom 18.Nov.2021 (2
BvR 2171/21, AR 8419/21) und früher.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>
Scroll down after link (page 55)

Anlage AG2022-02

**Schriftsatz vom 24.Dez.2021 zur Fortsetzung der
Verfassungsbeschwerde vom 18.Okt.2021 mit Gerichte übergreifenden
Aktivitäten des „Sozialversicherungsträgers“ wegen fortgesetzter
Anhörungsresistenz gegen sofortige Beschwerde ohne Bescheidung zu
Rechtsmittel der Anhörungsrüge
gemäß §321a ZPO gegen Beschluss 16 T 225/21 am Landgericht
Wuppertal (15 M 1156/21 Amtsgericht Velbert) vom 12.11.2021
(eingegangen am 29.11.2021)**

**BVERFG-62. Kausale Zusammenhänge mit politisch motivierten
Zerschlagungen**

**nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit
Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und
Europa**

mit Verweigerung von Rehabilitation und Schadenersatz durch
nachfolgende Generationen von Politik und Justiz.

Relevante Argumente gegen respektlose, abqualifizierende,
unverhältnismäßige Opferkriminalisierung und gegen
Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters- und
Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung

**eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers
durch aktive Beteiligung führender Persönlichkeiten aus Wissenschaft,
Wirtschaft, Politik und Verwaltung**

Einspruch mit Hinweis auf Anerkennung und führende Beteiligung durch

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident von NRW und danach

Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland

auf der KOMMTECH'88 in Essen (Anlage VB-AA)

Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und
KOMMTECH: **1 Jahr vor dem Mauerfall**

Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung

auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen,
sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:

Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost
zur Vorbereitung der Wiedervereinigung

Hochqualifizierte Präsentation von Themenschwerpunkten wie **Künstlicher
Intelligenz und Robotics** mit professioneller Doku

für die Zukunft Deutschlands

BVERFG-63. Gegen abqualifizierende, unverhältnismäßige,

Menschenrechte verachtende Opferkriminalisierung und

**gegen Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger
Alters- und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung**

eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers

Fortsetzung der politisch motivierten, bundesweiten Sippenzerschlagung mit
sozialer Zerschlagung im Risiko-Rentenalter, mit Opferdiskriminierung,
Opferkriminalisierung und Opferterrorisierung

nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des

Zerschlagungsopfers mit
Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und
Europa:

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
**sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an
seinem Lebenswerk nachgewiesen wie**

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und
EU-Generaldirektoren, Bundesminister,

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und
Verwaltung

Heute: Deutschland ist Digitalisierungs-Schlusslicht
mit größten IT-Sicherheitsmängeln und Datenschutz-Risiko in Europa,
mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit
**mit bundesweiten Zerschlagungen unter Verantwortung der regierenden
Generation seit 1998**

**nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit
Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und
Europa**

BVERFG-64. Heute: Politisch motivierte Sklavenhaltung
wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Justiz mit
Opfer verhöhnenden und Opfer diskriminierenden Zwangsmaßnahmen
gegen Zerschlagungsopfer
am Amtsgericht Velbert und Landgericht Wuppertal parallel zu
sozialgerichtlichen Verfahren mit Zwangsmaßnahmen-Chaos.
Eskalation sozialgerichtlicher Verfahren seit 2011
mit Zwangsmaßnahmen zu politisch motivierter Sklavenhaltung
mit mehreren Sklavenjägern gemäß Rubrum (sprachlos, taubstumm, mit
Gerichte übergreifenden Verfolgungsstrategien der sozialen Zerschlagung).
Soziale Zerschlagung im Risiko-Rentenalter von 80 Jahren
als Fortsetzung politisch motivierter Sippenzerschlagung
vor und nach der mündlichen Anhörung (missbräuchlich „Verhandlung“)
am Landessozialgericht Essen
Verfassungsbeschwerde gegen Beschwerdegegner
**mit verfassungswidriger Krankenversicherung ohne
Versicherungsleistungen seit 2010,
mit privater Pflegeversicherung ohne Perspektive auf
Versicherungsleistungen,**
mit Gerichte übergreifende Opferkriminalisierung-Verfahren an den
Amtsgerichten Mettmann / Velbert und Landgericht Wuppertal seit 2011 und
am Sozialgericht Düsseldorf seit 2012 und
mit parallelen Zwangsmaßnahmen der Opferkriminalisierung inkl. 2-maliger
Freiheitsberaubung mit psychischer Folter,
gegen ehemaligen „Sozialversicherungsträger“, der soziale Zerschlagung
anstatt soziale Sicherung betreibt, der überhaupt keine
Versicherungsleistungen erbringen will,
ohne jede Reputation, ohne jede Qualifikation für soziale Sicherheit,
taub, stumm und sprachlos vor Gericht, mit 2-zeiliger Klagebegründung
gegen 33.000 Zeilen des Zerschlagungsopfers,
mit Eskalation zu politisch motivierter Sklavenhaltung

BVERFG-65. Verfassungswidrig: Beschwerde-Instanz versagt Bescheidung
der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen Beschluss 16 T 225/21 am
Landgericht Wuppertal (15 M 1156/21 Amtsgericht Velbert) vom 12.11.2021
(eingegangen am 29.11.2021)

Anstatt Bescheidung der Anhörungsrüge: Neue Rechnung des sog.
„Sozialversicherungsträgers“ zu verfassungswidrigen Krankenversicherung
ohne Versicherungsleistungen seit über 10 Jahren
mit Schreiben vom 09.12.2021 (eingegangen am 22.12.2021) zu
Stellungnahme binnen 2 Wochen durch Justizbeschäftigten anstatt durch
Richter(in) gemäß Anlage VB-YC01
Zwangsmaßnahmen-Chaos am Amtsgericht Velbert, Richter werden durch
Rechtspfleger und Justizbeschäftigte ohne entsprechende Kenntnisse zu
Vorgängen seit 1998 vertreten und damit weiteren Repressalien im Zuge
politisch motivierter Sklavenhaltung unterworfen
Politisch motivierte Sklavenhaltung,
hier auch ohne Weihnachtstruhe seit 2010, mit nicht mehr vorstellbarer Alters-
und Generationen-Diskriminierung eines 80-jährigen Rentners
Amtsgericht Velbert ist kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland
Soziale Zerschlagung durch „Sozialversicherungsträger“ als Folgewirkung

politisch motivierter, bundesweiter Zerschlagungen
**nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und
Europa**
mit Zerschlagungen unter Verantwortung der regierenden Generation seit
1998.

BVERFG-66. Angegriffene Hoheitsakte, Gerichte übergreifend erzwungen
durch taubstummen „Sozialversicherungsträger“ des sozialgerichtlichen
Verfahrens, ohne Bescheidung der Anhörungsrüge vom 08.Dez.2021 gemäß
Anlage VB-YD

Gerichte übergreifende Begleitung und Fortsetzung des sozialgerichtlichen
Verfahrens

Angegriffene Hoheitsakte des sozialgerichtlichen Verfahrens in Kapitel
BVERFG-52:

Schriftsatz vom 08.Dez.2021 an Landgericht Wuppertal (Anlage VB-YD) mit
Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Beschluss 16 T 225/21 ohne Abhilfe
von Opfer diskriminierender und entwürdigender Bescheidung der sofortigen
Beschwerde gegen Durchführung der manipulierten
Zwangsvollstreckungssache 1 DRII 872/21 der Debeka Krankenversicherung
a.G. und geplanten Anschluss-Zwangmaßnahmen auf
Pfändungsschutzkonto ohne rechtliches Gehör zu termingerechten
Einspruch vom 25.Aug.2021

Kein grundrechtsfreier Raum am Amtsgericht/Landgericht durch
Abschiebung von Verantwortung an Rechtspfleger und Justizbeschäftigte
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26f.pdf>
Scroll down after link (page 157)

Anlage VB-AA: In direkter Nachbarschaft zum Gerichtsbezirk des
Landgerichtes Wuppertal, verantwortlich für eine Serie von
Gerichtsverhandlungen seit 2011, nach politisch motivierter,
bundesweiter Sippenzerschlagung und nachfolgend mit politisch
motivierter Sklavenhaltung

unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998,
bis heute mit juristischer Verweigerung von Rehabilitierung und
Schadenersatz (über 20 Jahre), vor über 30 Jahren:

Dr. Johannes Rau, geb. am 16. Januar 1931 in *Wuppertal,*
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen,
Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)
Schirmherr und Eröffnungsredner der KOMMTECH 1988
in der Messe Essen

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

und die Europäischen Kongressmessen KOMMTECH'86,
KOMMTECH'87 und KOMMTECH'88 in Essen

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_86.pdf

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_88.pdf

Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten ist nicht nur eine große
Auszeichnung, sondern ist Beweis für die Bedeutung in einem Land:

**3 Kongressmessen für technische Automation mit
18 hochqualifizierten Kongressen** (4 Tage je Kongress) inkl.
professionellem Verlagsservice (18 ISBN-nummerierte Kongressbände
mit hoher Auflage für Kongressteilnehmer und Nachmesse-Verkauf,
ohne Subventionen) mit Fachmesse und mit einer Vielzahl praxisnaher
Seminare

Diese Kongressmessen fanden zusätzlich statt zu seinen
Europäischen Congressmessen ONLINE mit dem
**weltweit größten Congressprogramm für digitale Evolution in
Deutschland und Europa,**

mit professionellem Verlagsservice (ISBN-nummerierter Congressband je Congress).
Beide Congressmessen, KOMMTECH und ONLINE, sind eine Weiterentwicklung seiner

ONLINE-Seminarreihe mit qualifizierter Dokumentation, die das Zerschlagungsoffer selbst entwickelt und in Deutschland, Österreich, Schweiz und auch in der Technischen Akademie in Wuppertal, in den 1970er Jahren als Unternehmensberater durchgeführt hat.

Seite 01: **Dr. Johannes Rau,**

Schirmherr der Europäischen Kongressmesse KOMMTECH'88, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen

Eröffnungsansprache mit Simultanübersetzung zu
„*Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chance für den Strukturwandel*“

„*New information and communication technologies: Chance of structural Change*“

Dr. Johannes Rau (1) und Peter Willi Reuschenbach (3),
Oberbürgermeister der Stadt Essen) beim Messe-Rundgang

Seite 02: Kongressmesse-Schirmherr **Dr. Johannes Rau (1)**
besucht den Messestand der ehemaligen DDR,

die mit einer hochrangigen Delegation angereist und mit dem Workshop-Zentrum IV „Software für Hochtechnologien der DDR“ vertreten war. Weitere Personen:

Prof. Dr. Dr. Helmut Koziolk (2), Leitendes Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (DDR) und Auswärtiges Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften, später Teilnehmer an den Zwei-plus-Vier-Gesprächen, mit denen der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands geebnet wurde (Zeuge:

Alt-Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble)

Albin L. Ockl (4), Gründer und geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Seite 03: **ONLINE-Seminarreihe an der Technischen Akademie in Wuppertal, später im Haus der Technik in Essen** (Kurzfassung der Seminarbeschreibung mit Nachweis über qualifizierte Kenntnisse von Datenschutz) als Vorläufer seiner Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution

Seite 04: Kongressband VI (ISBN 3-89077-035-5) der KOMMTECH'86 zu Kongress VI (KI/Künstliche Intelligenz und Expertensysteme, Software-Engineering und PC-Anwendungstechnik)

Seite 05: Kongressband VI (ISBN 3-89077-048-7) der KOMMTECH'87 zu Kongress VI (Wissensbasierte Systeme in der Praxis: Künstliche Intelligenz auf dem Prüfstand)

Seite 06: Kongressband III (ISBN 3-89077-057-6) der KOMMTECH'88 zu Kongress III (Expertensysteme in Planung und Produktion)

Seite 07: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'86
Programmübersicht

Seite 08: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'87
Programmübersicht

Seite 09: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'88
Programmübersicht

Seite 10: Plenarveranstaltung zur Eröffnung der Fachmesse KOMMTECH'86

Seite 11: KOMMTECH'88 Information Brochure (front) 5th Congress Fair for Technical Automation

Seite 12: KOMMTECH'88 Plenary Session Seminars

Seite 13: Plenarveranstaltung zur Eröffnung der Fachmesse KOMMTECH'88

Seite 14 a/b: **Dr. Johannes Rau**, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr mit Grußwort (a deutsch, b englisch) und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH'88, sieh auch im Internet
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>
> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

Anlage VB-208: Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor (Finanzsenator 1985-1989) auf dem Senatsempfang für Congressteilnehmer auf der ONLINE 1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :

„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend“ . . .

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation

einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Anlage VB-209: Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997) auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“

"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Schirmherrschaft des Ersten Bürgermeister ist nicht nur eine große Auszeichnung, sondern ist Beweis für die Bedeutung in Hamburg.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 7)

Anlage VB-210: Erkki Liikanen, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der EU-KOMMISSION: „Für eine Informationsgesellschaft für alle“

auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anlage VB-211z: Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anlage VB-212z: Highlights der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001:

eCommerce & mCommerce, eBusiness & eSecurity, Telekom-Markt 2001, Internet- und Netze-Evolution

Anlage VB-213z:

Plenum der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 unter Leitung von **Prof. Dr.-Ing. Dr.h.c.mult. Paul J. Kühn**, Direktor des Instituts für Kommunikationsnetze und Rechnersysteme an der Universität Stuttgart, Congressleiter und Moderator der Plenarveranstaltungen der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1995-2003

eCity Düsseldorf auf den Säulen eGovernment, eSchool &

eCommerce, Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf

eEurope: Eine Informationsgesellschaft für alle.

Aktionsplan eEurope 2002 , Erkki Liikanen, EU-Kommissar für

Anlage VB-214z: Management I-1 ONLINE 2001
Telekom-Markt Europa 2001: Quo vadis? Stand, Strategien und Visionen

Anlage VB-215z: Management I-2 ONLINE 2001
Internet- und Netze-Evolution: High Speed Services, Satelliten-Lösungen, Technologie-Trends

Anlage VB-216z: Congressmesse-Programm ONLINE 2001
Herausragende Congressse in Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den TK&IT-Innovationen in 12 Congressbänden

Anlage VB-YA: > Dr. Caspers, Mock Partner mbH (Anlage VB-YA) und zurückzuweisende Zwangsmaßnahmen des Opfer kriminalisierenden „Sozialversicherungsträgers“ ohne Versicherungsleistungen seit 2010: Verfassungswidrige Kontopfändungen auf Pfändungsschutzkonto seit 2013 mit Belegen vom 02.11.2021 und und weiterer geplanten Kontopfändung in Höhe von

Anlage VB-YA01: Verfassungswidrige Pfändung vom 02.11.2021

Anlage VB-YA02: Verfassungswidrige Pfändung vom 02.12.2021 und weiterer Pfändungsbetrag bereits gesperrt

Anlage VB-YB: > Rechtsanwälte Giebel und Kollegen (Anlage VB-YB) und zurückzuweisende Rechnungen vom 7.12.2021

Anlage VB-YB01: Zurückzuweisende Rechnung für verfassungswidrige Krankenversicherung

Anlage VB-YB02: Zurückzuweisende Rechnung für Pflegeversicherung wegen Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz durch übergreifigen Staat

Anlage VB-VGB06 (Anlage in Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1959/21 vom 4.Okt.2021:
Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung der politisch motivierten Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch **Sozialversicherungsträger Debeka ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbietung eines diskriminierenden Notlagentarifs einer verfassungswidrigen Krankenversicherung,** nachgewiesen in dem Verfahren am Landgericht Wuppertal 9 S 30/21 (ab 28.Jan.2021) unter Vorsitzenden Richter am Landgericht Istel, > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-20.pdf>
Scroll down after link (page 246), mit gleichzeitiger, paralleler Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 (AR 864/21) vom 05.Jan.2021 > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27.pdf>
Scroll down after link (page 155)
hier mit Antrag des Sozialversicherungsträgers an Amtsgericht Velbert (11 C 89/19) auf Erteilung einer vollstreckbaren Ausfertigung eines Kostenfestsetzungsbeschlusses und mit Einleitung einer Zwangsmaßnahme auf Pfändungsschutzkonto gemäß Anlage VB-VGB03 (zugesandt in Verfassungsbeschwerde 1 BvR1959/21 vom 18.Aug.2021):

Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung der politisch motivierten Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch **Sozialversicherungsträger Debeka ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbiederung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung, hier mit manipulierten Antrag** (Geburtsdatum des 80-jährigen Opfers geschwärzt) auf Erlass eines Pfändungsbeschlusses (eingegangen am 14.08.2021) auf Pfändungsschutzkonto ohne Kreditmöglichkeiten

Anlage LG2108-03: Nachweis der Verfassungswidrigkeit der Krankenversicherung durch Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 (AR 864/21) vom 05.Jan.2021 (1 BvR 2662/20 abgelegt als AR 864/21) in Kopie an Landgericht Wuppertal 9 S 30/21 (11 C 89/19 Amtsgericht Velbert)

Anlage LG2108-04:

Verfahren am Landgericht Wuppertal 9 S 30/21 (11 C 89/19 Amtsgericht Velbert) mit Schriftsatz vom 18.Jan.2021 mit Vorlage der Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 (AR 864/21) vom 05.Jan.2021 (1 BvR 2662/20 abgelegt als AR 864/21)

Anlage LG2108-01

Wahrheitswidrige, Beschluss-gleiche Mitteilung des Amtsgerichts Velbert vom 30.08.2021 (eingegangen am 03.09.2021), dass kein konkreter Antrag betreffend das vorliegende Vollstreckungsverfahren im Schriftsatz vom 25.Aug.2021 erkannt

Anlage LG2108-02

Einspruch vom 25.Aug.2021 gegen jeglichen Missbrauch von Staatsgewalt und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt mit Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 872/21 auf Pfändungsschutzkonto im Auftrag des Amtsgerichtes Velbert, Vollstreckungsgericht, 42549 Velbert Geschäftszeichen 15 M U76/21 gegen Unterzeichner (Opfer, Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung)

Anlage AG21/08: Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2021

(1 BvR 1959/21) mit Anlage VB-VGB03: Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung der politisch motivierten Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch Sozialversicherungsträger Debeka (**ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbiederung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs, hier mit manipulierten Antrag**)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>

Scroll down after link (page 18/25/69)

Legende der schriftlichen Eingaben am Amtsgericht Velbert zur Abwehr von Missbrauch von Staatsgewalt

Schriftsatz mit Einspruch vom 25.Aug.2021 (Ziffer 1-5) gegen Durchführung der Zwangsvollstreckungssache 1 DRll 872/21 auf Pfändungsschutzkonto inkl. Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt. In Kopie an das Amtsgericht Velbert (Vollstreckungsgericht)

Schriftsatz vom 06.Sept.2021 an Landgericht Wuppertal mit Sofortiger Beschwerde gemäß §567 ZPO mit Antrag auf Prozesskostenhilfe gegen Zwangsvollstreckungssache 1 DRll 872/21 auf Pfändungsschutzkonto im Auftrag des Amtsgerichtes Velbert In Kopie an das Amtsgericht Velbert (Vollstreckungsgericht)

06. Termingerechter Einspruch vom 25.Aug.2021 gegen Durchführung der Zwangsvollstreckungssache 1 DRll 872/21 auf Pfändungsschutzkonto inkl. Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt.

> Verfassungswidrig: Versagung von rechtlichem Gehör zur Antragstellung und zur Begründung des Einspruch ohne Beantwortung wegen Manipulation des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses durch Schwärzung des Geburtstages des Zerschlagungsopfers im 80.Lebensjahr (manipulative Verschleierung der skrupellosen Respektlosigkeit gegenüber der älteren Generation)

und wegen

> Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlichen Übergriffe, hier Zwangsmaßnahme durch einen Sozialversicherungsträger, der seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt, unter Anbietung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs der Krankenversicherung aus einem verfassungswidrigen „Teilversäumnis“-Urteil

mit Anlage AG21/08: Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2021

inkl. Anlage VB-VGB03: Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung einer politisch motivierten Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch Sozialversicherungsträger Debeka (ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbietung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs, hier mit manipulierten Antrag / manipulierte Verschleierung einer skrupellosen Respektlosigkeit gegen die ältere Generation)

Sieh Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1959/21 vom 18.Aug.2021 (beiliegend, Seite 18):

07. Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2021 (1 BvR 1959/21) mit Anlage VB-VGB03

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>

Scroll down after link (page 18/25)

Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz am Verwaltungsgericht Berlin wegen

Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

zu bundesweiter Sippenzerschlagung, zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung und zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 1998

mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:

Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend

mit Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer), Zerschlagung der deutschen Heimat, Rufmord, mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, kapitalen Vermögensschäden und mit Zwangsmaßnahmen aller Art

nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998, über 20 Jahre bitteres Unrecht

> unter Verantwortung der beklagten Bundesrepublik Deutschland

> unter Verantwortung des beklagten Freistaates Bayern

> unter Verantwortung des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR)

> unter Verantwortung des klagenden Sozialversicherungsträgers (Debeka)

08. Auffällig: Skrupellosigkeit des Vollstreckungsgerichtes
Missbrauch von Staatsgewalt mit manipulierter Zwangsmaßnahme einfacher als das Durchlesen von Verfassungsbeschwerden.
Rechtspfleger anstatt informierte Richter*in am Vollstreckungsgericht bemängelt Nicht-Erkennung eines konkreten Antrags
> Opfer verhöhnende Wahrheitsbeugung, weil Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt unmissverständlich gestellt.
> Vollstreckungs-Gericht will konkrete Erläuterung, obwohl Verfassungsbeschwerde mit fundierter Erläuterung in aktuellster Ausführung vom 18.Aug.2021 (1 BvR 1959/21) beigelegt
Offensichtlich: Rechtspfleger nicht in der Lage, die Informationen zu einem **Politik-, Verwaltungs- und Justizskandal in Deutschland zu erfassen und zu bewerten**
> Vollstreckungsgericht ist kein grundrechtsfreier Raum für signifikante Beteiligung an politisch motivierter Sklavenhaltung
> Vorwurf gegen das Vollstreckungsgericht: Schwere, jahrelange Opfer-Diskriminierung, skrupellose Alter-Diskriminierung mit manipulierter Zwangsmaßnahme, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung mit Täter/Opfer-Umkehr
> Wiederholung des Antrags auf Unterlassung jedweden Missbrauchs von skrupelloser Staatsgewalt
> Vorlage dieser sofortigen Beschwerde beim Verwaltungsgericht Berlin als Beispiel für politisch motivierte Sklavenhaltung mit Missbrauch von Staatsgewalt durch Amtsgericht Velbert
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>
Scroll down after link (page 03)

Schriftsatz vom 11.Okt.2021 an Landgericht Wuppertal mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde gemäß §567 ZPO vom 06.09.2021 gegen Durchführung der manipulierten Zwangsvollstreckungssache 1 DRII 872/21 der Debeka Krankenversicherung a.G. (eingegangen am 14.08. 2021 mit förmlicher Zustellung) und geplanten Anschluss-Zwangsmaßnahmen auf Pfändungsschutzkonto ohne rechtliches Gehör zu termingerechten Einspruch vom 25.Aug.2021 In Kopie an das Amtsgericht Velbert (Vollstreckungsgericht)

09. Termingerechter Einspruch vom 25.Aug.2021
gegen manipulierte Zwangsvollstreckungssache 1 DRII 872/21 auf Pfändungsschutzkonto inkl. Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt.
Manipulierter Antrag / manipulierte Verschleierung einer skrupellosen Respektlosigkeit gegen die ältere Generation)
Sieh Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1959/21 vom 18.Aug.2021 (Seite 18, Anlage VB-VGB03):
Zwangsmaßnahme durch einen Sozialversicherungsträger, der seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt, unter Anbietung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs der verfassungswidrigen Krankenversicherung aus einem verfassungswidrigen „Teilversäumnis“-Urteil 7 O 214/12 vom 16.04.2015
Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz am Verwaltungsgericht Berlin wegen
Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung und
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 1998
Vollstreckungsgericht ist kein grundrechtsfreier Raum für signifikante Beteiligung an politisch motivierter Sklavenhaltung, hier seit 2010
> Vorwurf gegen das Vollstreckungsgericht: Schwere, jahrelange Opfer-Diskriminierung, skrupellose Alter-Diskriminierung mit manipulierter Zwangsmaßnahme, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung mit Täter/Opfer-Umkehr
> Wiederholung des Antrags auf Unterlassung jedweden Missbrauchs von skrupelloser Staatsgewalt
> Vorlage dieser sofortigen Beschwerde zusätzlich beim Verwaltungsgericht Berlin als Beispiel für politisch motivierte Sklavenhaltung mit Missbrauch von Staatsgewalt durch Amtsgericht Velbert
10. Anhörungsrüge wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde.
Nicht hinnehmbar: Verfassungswidriges Unrechtssystem mit Zwangsmaßnahmen erpresst.

Amtsgericht will mit Zwangsmaßnahmen verfassungswidrige Krankenversicherung gegen 80-jährigen Rentner erzwingen,
gegen Opfer politisch motivierter Sippenerschlagung seit 1998 und
gegen Opfer politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010.
Zuständige, best informierte Richter*in verbirgt sich hinter Zwangsmaßnahmen von Rechtspfleger

Bescheidung der sofortigen Beschwerde durch Landgericht, weil:

> Zurückzuweisende Fortsetzung der Zwangsmaßnahme der Kontopfändung zu Rechtsanwaltskosten aus dem Urteil 7 O 214/12 am Landgericht Wuppertal mit verfassungswidriger Krankenversicherung
> Zurückzuweisendes Schreiben des Amtsgerichtes vom 23.09.2021 mit weiteren Rechnungen der Rechtsanwälte der Debeka Krankenversicherungsverein a.G. gemäß Anlage VB-VGB06
> Zurückzuweisende verfassungswidrige Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010, nachgewiesen mit Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 und Verfahren 9 S 30/21 Landgericht Wuppertal nach Verfahren 11 C 89/19 am Amtsgericht Velbert und Verfahren 3 O 61/19 Landgericht Wuppertal
> Zurückweisung: Verfassungswidrige Krankenversicherung und Kosten der Rechtsanwälte für eine verfassungswidrige Krankenversicherung
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>
Scroll down after link (page 29)

Schriftsatz vom 11.Okt.2021 an das Amtsgericht Velbert (Geschäftsstelle 11 C 89/19)

11. Zurückweisung aller Rechnungen der RAe Giebel und Kollegen vom 08.12.2020 (Re.Nr. 2002624) und der Rechnung vom 12.02.2021 (Aktenzeichen 70522499)
Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen des ehemaligen Sozialversicherungsträgers, der mit sozialer und psychischer Zerschlagung längst seine Reputation verloren hat
Aufforderung, alle Zwangsmaßnahmen unverzüglich einzustellen.

Alle Zwangsmaßnahmen und Rechnungen an das Bundesverfassungsgericht weitergeleitet, weil alle Zwangsmaßnahmen und Rechnungen als Teil politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010 zu verwerfen sind.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 29)

Schriftsatz vom 08.Dez.2021 an Landgericht Wuppertal mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Beschluss 16 T 225/21 ohne Abhilfe von Opfer diskriminierender und entwürdigender Bescheidung der sofortigen Beschwerde gegen Durchführung der manipulierten Zwangsvollstreckungssache 1 DRII 872/21 der Debeka Krankenversicherung a.G. und geplanten Anschluss-Zwangsmaßnahmen auf Pfändungsschutzkonto ohne rechtliches Gehör zu termingerechten Einspruch vom 25. Aug. 2021

12. Relevante Argumente gegen abqualifizierende, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung und gegen Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters- und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung **eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers** durch aktive Beteiligung führender Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung
Einspruch mit Hinweis auf Anerkennung und führende Beteiligung durch **Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident von NRW und danach Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland auf der KOMMTECH'88 in Essen** (Anlage VB-AA)
Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: **1 Jahr vor dem Mauerfall**
Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung
auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:
Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung
Hochqualifizierte Präsentation von Themenschwerpunkten wie **Künstlicher Intelligenz und Robotics** mit professioneller Doku
für die Zukunft Deutschlands
Heute: Politisch motivierte Sklavenhaltung wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Justiz mit

Opfer verhöhnen und diskriminierenden Zwangsmaßnahmen gegen Zerschlagungsoffer am Amtsgericht Velbert und Landgericht Wuppertal
13. Gegen abqualifizierende, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung und gegen Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters- und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung

eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsoffers

Fortsetzung der politisch motivierten, bundesweiten Sippenzerschlagung mit Opferdiskriminierung, Opferkriminalisierung und Opferterrorisierung nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsoffers mit

Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa:

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, **sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie**

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und

EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

14. Nach Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 nicht den Hauch einer Chance:

Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems! Seit 1998:

Im Alter von 80 Jahren: Verfassungswidrige Alters- und Generationen-Diskriminierung durch nachrückende Generationen

Ausgehobelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt:

Politisch motivierte Sklavenhaltung seit 2010, seit über 10 Jahren, ohne Chance nach

politisch motivierter Sippenzerschlagung am Wohnort und am Geburtsort unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

mit extrem unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010

wegen verheerender Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Rehabilitierung, Schadenersatz und zu kausalen Zusammenhängen

mit verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen

mit Benutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto seit 2013,

mit Gerichtsverfahren am laufendem Bande, parallel und hintereinander, an Verwaltungsgerichten in Regensburg, Düsseldorf und Berlin,

an Amtsgerichten in Mettmann und Velbert,

am Landgericht Wuppertal, am Sozialgericht Düsseldorf,

durch mehrere Instanzen bis zum Bundesverfassungsgericht

ohne Wochenende-Ruhe, ohne Weihnachts-Ruhe, ohne Oster-Ruhe, ohne Urlaubs-Ruhe,

mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin, in den Tod und in Nachlass-Insolvenz,

mit Treib- und Hetzjagd gegen klagendes Opfer mit Täter/Opfer-Umkehr (unverhältnismäßige Opferkriminalisierung)

> > > mit sozialer Zerschlagung durch einen Opfer kriminalisierenden

„Sozialversicherungsträger“ ohne Versicherungsleistungen seit 2010, aber mit Zwangsmaßnahmen zu einer verfassungswidrigen

Krankengrundversicherung.

mit Rundfunksperrung über den Unternehmens-Genozid der digitalen

Innovationselite durch verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000.

mit direktem Schaden durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk durch Verstoß gegen das Presserecht und

mit Zugangssperre zu Politmagazinen. . .

Es ist alles aufgeklärt mit erdrückender Beweislage über Sklavenjäger beim Bundesverfassungsgericht.

15. Rechtsmittel der Anhörungsfrage gemäß §321a ZPO

gegen Beschluss 16 T 225/21 vom 12.Nov.2021 (eingegangen am

27.11.2021) der 16.Zivilkammer am Landgericht Wuppertal

mit unverhältnismäßigem, verfassungswidrigem Versagen von rechtlichem Gehör und

mit unverhältnismäßiger Opfer-, Alters- und Generationen-Diskriminierung mit Opfer, Alter und Generationen diskriminierender Rentenpfändung auf

Pfändungsschutzkonto des 80-jährigen Rentners
nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO vom 07.Okt.2021
an das Landgericht Wuppertal wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen
Beschwerde mit Kopie an Amtsgericht Velbert
nach sofortiger Beschwerde gemäß §567 ZPO vom 06.Sept.2021 an das
Landgericht Wuppertal mit Kopie an Amtsgericht Velbert
nach termingerechter Einspruch vom 25.Aug.2021
gegen manipulierte Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 872/21 auf
Pfändungsschutzkonto zu verfassungswidriger Krankenversicherung inkl.
Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch
GVin Franziska Ritzhaupt mit Einspruch an Amtsgericht Velbert
Mehr Einspruch geht nicht! Daher unverzügliche Einstellung aller
Zwangsmaßnahmen und Rückerstattung der Pfändungsbeträge
Daher: Übergabe und Zurückweisung weiterer Forderungen
rechtsanwaltlicher Vertretungen des „Sozialversicherungsträgers“ wegen
Vorrang für Rehabilitation und Schadenersatz des Zerschlagungsopfers
vor Finanzierung sozialer Zerschlagung
durch Sklavenjäger politisch motivierter Sklavenhaltung.
Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen Beschluss vom
12.11.2021 Aktenzeichen 16 T 225/21 (15 M 1156/21 Amtsgericht Velbert),
weil damit weitere Verzögerungen eingeleitet werden, um
Zwangsmaßnahmen fortsetzen zu können.
Amtsgericht wurde vom Beschwerdeführer zeitgleich über alle Eingaben am
Landgericht informiert, ohne Antwort an den Beschwerdeführer
Rechtsmittel der Anhörungsrüge wegen unverzüglichem Stopp der
Kontopfändung zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung und
wegen unverzüglicher Rückerstattung der durchgeführten Pfändungen
gemäß Anrufungen des Bundesverfassungsgerichts vom 18.Nov.2021 (2
BvR 2171/21, AR 8419/21) und früher.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>
Scroll down after link (page 55)

Schreiben vom 02.Jan.2022 an das Amtsgericht Velbert

Geschäftszeichen 11 C 89/19 mit Antwort (Punkte a-f) zu
Schreiben von Justizbeschäftigten Frank vom 09.12.2021 (eingegangen am
22.12.2021)

Schreiben vom 02.Mai 2022 an das Amtsgericht Velbert

Geschäftszeichen 11 C 89/19 mit Antwort (Punkte g-n)) zu
Schreiben von Justizbeschäftigten Frank vom 16.03..2022 (eingegangen am
27.04.2022)

Schriftsatz vom 24.Juli 2022 an Landgericht Wuppertal mit Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde nach §793 ZPO

gegen Kostenfestsetzungsbeschluss 11 C 89/19 vom 30.06.2022
(eingegangen am 15.07.2022)

Punkt o) Rechtsanwendungen des verfassungswidrigen
Kostenfestsetzungsbeschlusses haben keine Rechtskraft, weil Grundrechte
nicht respektiert werden.

Im Kostenbetrag Gerichtskosten zum 2.Mal berechnet

Soziale Zerschlagung in einem Opferkriminalisierungswahnsinn:
Zerschlagungsopfer hat de facto keine Krankenversicherung mehr,
Versicherungsträger erbringt keine Versicherungsleistungen mehr seit 2010
(seit 12 Jahren)

Krankenversicherung ist verfassungswidrig. Nachweis längst und
ausführlich erbracht.

Nicht nur Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung, darüber hinaus
Alters- und Generationen-Diskriminierung: Kostenbeschluss richtet sich
gegen Rentner im 81. Lebensjahr mit einem herausragenden Lebenswerk:
Zerschlagungsopfer wird wie ein Staatsfeind behandelt, mit
Politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998, seit über 20 Jahren unter
persönlicher Verantwortung von

Schröder, Steinmeier, Merkel und Söder,

wegen seinem herausragenden Lebenswerk

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und
Europa

mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution und

professionellem Verlagsservice

Vorgang erfordert Richter-Kompetenz, weil Rechtspfleger nicht in der Lage sind, dem Druck von angewiesenen Staatsanwälten zu widerstehen.

Punkt p) Kostenfestsetzungsbeschluss: Rechtswidrig und asozial verfassungswidrig

Asozial, Alter diskriminierend, rechtswidrig: Gerichtskosten werden bei einem Rentner in fortgeschrittenem Alter ein 2.Mal abkassiert. Mit Nachweis.

Missbrauch von Krankenversicherung für soziale Zerschlagung anstatt für soziale Sicherheit.

Verfassungswidrige Rechtsanwaltskosten, mehrfach diskriminierend für Zerschlagungsoffer: Von klagender Krankenversicherung zu übernehmen und nicht vom Opfer sozialer Zerschlagung, das seine Kosten bis heute selbst tragen muss und keine Rechtsanwälte nutzen kann.

Antrag auf sofortige Einstellung der Kontopfändung auf Pfändungsschutzkonto für Rechtsanwaltskosten zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung und Rückerstattung der monatlichen Pfändungen seit Nov.2021: Sieh Punkt d und e.

Unverzichtbar: Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen und zur Verhinderung sozialer Zerschlagung.

Punkt q) Amtsgericht Velbert ist kein grundrechtsfreier Raum und nicht die Müllhalde für Versagen deutscher Justiz bei politisch motivierten Zerschlagungen

Punkt r) Ablehnungsgesuch gemäß §10 Rechtspflegergesetz gegen Rechtspfleger Jacob wegen Besorgnis der Befangenheit, wegen fehlender Richterkompetenz und Missachtung des Antrags auf richterliche Zuständigkeit.

Punkt s) Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde gemäß §793 ZPO gegen Kostenfestsetzungsbeschluss: Rechtsanwendungen der Sozialversicherung ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig, wenn sie ohne Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz wegen politisch motivierter Zerschlagungen soziale Zerschlagung anstatt soziale Sicherheit bewirken.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 92)

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und Geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Per Fax an 0202 498 3504

Landgericht Wuppertal
16. Zivilkammer
16 T 133/22

Eiland 1
42103 Wuppertal

Beschwerde 16 T 133/22

gegen Kostenfestsetzungsbeschluss 11 C 89/19 Amtsgericht Velbert

Velbert, 28.09.2022

Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO

wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom

24.07.2022 gemäß Schreiben vom 08.09.2022 (eingegangen am 15.09.2022)

gegen Kostenfestsetzungsbeschluss 11 C 89/19 vom 30.06.2022 (eingegangen
am 15.07.2022) gemäß Anlage LG2022-05

gegen Debeka Krankenversicherungsverein a.G., vertreten durch den
Vorstand, Ferdi-Sauerbruchstr.18, 56073 Koblenz (Versicherungsträger),
vertreten von RAe Giebel und Kollegen, Stresemannstr.60, 28207 Bremen

**Der Kostenfestsetzungsbeschluss 11 C 89/19 ist genauso
verfassungswidrig wie die Krankenversicherung.**

**Versicherungsträger ohne Versicherungsleistungen seit 2010,
betreibt ausschließlich soziale Zerschlagung und bietet keine soziale
Sicherheit mehr im Umfeld von
politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am
Geburtsort, seit über 20 Jahren (1998)**

**mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung**

- > zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
- > zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
- > zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
- > zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende

[mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für
Deutschland:](http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf)

Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer
übergreifend, Generationen übergreifend unter Beteiligung des
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks und des Sozialversicherungsträgers

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 124)

Begründung: (Fortsetzung der Punkte a bis n)

01. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .

- > weil schon die Rechtsanwendungen des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsbeschlusses keine Rechtskraft haben, indem Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden,
- > weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (siehe Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02),
- > weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter dem Versicherungsträger und dieser längst zum Mittäter geworden ist,
- > weil schon die Krankenversicherung verfassungswidrig und diese vom Landgericht Wuppertal mit Urteil 7 O 214/12 im April 2015 erzwungen wurde (Nachweis längst und ausführlich erbracht).
- > weil der Versicherungsträger nur die soziale Zerschlagung will, seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt und darüber hinaus die Rechtsanwaltskosten für die Durchsetzung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung seit August 2021 vom Pfändungsschutz-Konto pfänden lässt,
- > weil der Versicherungsträger nur die soziale Zerschlagung will, indem er sich seit 2011 als „Zeuge verkleidet“, um mit Unterstützung von skrupellosen Staatsanwälten mit Bußgeldverfahren gegen ihn vorzugehen und mit Eskalation Freiheitsberaubung mit psychischer Folter betreibt,
- > weil die verwaltungsgerichtlichen Verfahren für politisch motivierte Zerschlagungen wegen Rehabilitierung und Schadenersatz längst Vorrang haben müssen, ohne dass diese mit ständigen Attacken des Versicherungsträgers behindert und verhindert werden.
- > weil in diesem Umfeld eine Abhilfe gemäß §572 ZPO mit Respektierung der Grundrechte des Zerschlagungsopfers nicht entschieden werden kann. Daher Rechtsmittel der Anhörungsrüge wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde gegen verfassungswidrige Rechtskosten und wegen Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen.

Der Beschwerdeführer ist weder Täter noch Schuldner, er ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit über 20 Jahren, er muss im 81.Lebensjahr **Alters- und Generationen-Diskriminierung, Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung erleiden und soll dafür Verantwortung übernehmen. Das ist Politik-Versagen, soziales Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen:** Die sofortige Beschwerde erfordert eine Entscheidung, sie ist mit folgenden Punkten auf 45 Seiten ausführlich begründet:

Punkt o) Rechtsanwendungen des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsbeschlusses haben keine Rechtskraft, weil Grundrechte nicht respektiert werden.

Im Kostenbetrag Gerichtskosten zum 2.Mal berechnet

Soziale Zerschlagung in einem Opferkriminalisierungswahnsinn:

Zerschlagungsopfer hat de facto keine Krankenversicherung mehr,

Versicherungsträger erbringt keine Versicherungsleistungen mehr seit 2010 (seit 12 Jahren)

Krankenversicherung ist verfassungswidrig. Nachweis längst und ausführlich erbracht.

Nicht nur Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung, darüber hinaus Alters- und Generationen-Diskriminierung: Kostenbeschluss richtet sich gegen Rentner im 81. Lebensjahr mit einem herausragenden Lebenswerk: Zerschlagungsopfer wird wie ein Staatsfeind behandelt, mit

Politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998, seit über 20 Jahren unter persönlicher Verantwortung von Schröder, Steinmeier, Merkel und Söder, wegen seinem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution und professionellem Verlagsservice

Vorgang erfordert Richter-Kompetenz, weil Rechtspfleger nicht in der Lage sind, dem Druck von angewiesenen Staatsanwälten zu widerstehen

Punkt p) Kostenfestsetzungsbeschluss: Rechtswidrig und asozial verfassungswidrig

Asozial, Alter diskriminierend, rechtswidrig: Gerichtskosten werden bei einem Rentner in fortgeschrittenem Alter ein 2.Mal abkassiert. Mit Nachweis.

Missbrauch von Krankenversicherung für soziale Zerschlagung anstatt für soziale Sicherheit.

Verfassungswidrige Rechtsanwaltskosten, mehrfach diskriminierend für Zerschlagungsopfer: Von klagender Krankenversicherung zu übernehmen und nicht vom Opfer sozialer Zerschlagung, das seine Kosten bis heute selbst tragen muss und keine Rechtsanwälte nutzen kann.

Antrag auf sofortige Einstellung der Kontopfändung auf Pfändungsschutzkonto für Rechtsanwaltskosten zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung und Rückerstattung der monatlichen Pfändungen seit Nov.2021: Sieh Punkt d und e.

Unverzichtbar: Vorrang für Rehabilitation und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen und zur Verhinderung sozialer Zerschlagung.

Punkt q) Amtsgericht Velbert ist kein grundrechtsfreier Raum und nicht die Müllhalde für Versagen deutscher Justiz bei politisch motivierten Zerschlagungen

Punkt r) Ablehnungsgesuch gemäß §10 Rechtspflegergesetz gegen Rechtspfleger Jacob wegen Besorgnis der Befangenheit, wegen fehlender Richterkompetenz und Missachtung des Antrags auf richterliche Zuständigkeit.

Punkt s) Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde gemäß §793 ZPO gegen Kostenfestsetzungsbeschluss: Rechtsanwendungen der Sozialversicherung ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig, wenn sie ohne Vorrang für Rehabilitation und Schadenersatz wegen politisch motivierter Zerschlagungen soziale Zerschlagung anstatt soziale Sicherheit bewirken.

Detaillierte Ausführungen zu den Punkten zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 92)

02. Zerschlagungsopfer mit weltweit herausragenden Lebensleistungen und mit Anspruch auf ein humanes Lebensende

ohne Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre)

ohne einen verfassungswidrigen Versicherungsträger, der mit ständigen Attacken als Kläger, als Zeuge und als Verfasser jämmerlicher Erinnerungsschreiben die verwaltungsgerichtlichen Verfahren auf Rehabilitation und Schadenersatz behindert und verhindert und dafür auch noch Kosten berechnen will.

Brutal verfassungswidrig mit ekelhafter Opferverhöhnung entgegen Art.1 Abs.1 GG. Dieser Versicherungsträger ist längst zum Mittäter geworden, der aus der finalen Zerschlagung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 ohne Versicherungsleistungen maximalen Profit ziehen möchte.

Amtsgericht längst überfordert: Anstatt Opfer kriminalisierenden Versicherungsträger zu verurteilen, werden Opfer kriminalisierende Bußgeld-Verfahren mit einem „als Zeuge verkleideter“ Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen

Darüber hinaus: Amtsgericht Velbert, in denen sich inzwischen Richter verweigern und alles auf den Schreibtisch eines Rechtspflegers schieben, kann keine Abhilfe gemäß §572 ZPO schaffen, ist hoffnungslos überfordert im kausalen Umfeld von Politik-Versagen, sozialem Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen in direktem Zusammenhang mit den politisch motivierten Zerschlagungen seit über 20 Jahren

Sieh Punkte a) bis s) in den bisherigen Schriftsätzen.

Ungeheuerlich und unerträglich: Zerschlagungsopfer wird schrittweise am Amtsgericht niedergemacht

Der Kostenfestsetzungsbeschluss 11 C 89/19 ist genauso verfassungswidrig wie die Krankenversicherung und daher zurückzuweisen.

Zerschlagungsopfer fordert unverzügliche Einstellung aller Verfahren am Amtsgericht einschließlich Kontopfändungen und am Sozialgericht mit Vorrang für verwaltungsgerichtliche Verfahren wegen Rehabilitation und Schadenersatz

Viele Bürger wissen nicht, wie sie die steigenden Energiepreise und steigende Lebenshaltungskosten derzeit verkraften können. Das Zerschlagungsopfer auch, hat aber mit politisch motivierten Zerschlagungen seit über 20 Jahren den Tod seines Bruders, kapitale Vermögensschäden am Wohnort und am Geburtsort hinnehmen müssen, kann sich selbst seit 2010 keine Rechtsanwälte mehr leisten und soll Kosten für Rechtsanwälte eines Versicherungsträgers übernehmen, der selbst zum Mittäter geworden ist und mit ständigen Attacken der Rechtsanwälte die Gerichtsverfahren für Rehabilitation und Schadenersatz behindern und verhindern und der monatlich Pfändungen auf einem Pfändungsschutz-Konto des Zerschlagungsopfers für eine verfassungswidrige Krankenversicherung durchführen lässt.

Sieh **Anlage OWiV-01**

Zerschlagung 5 (Z5): Seit 2011 Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft jetzt am Amtsgericht Velbert

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

Anlage OWiV-02: Kausales Umfeld des Bußgeld-Verfahrens
Zerschlagung 3 (Z3): Opfer kriminalisierende Verfahren am
Verwaltungsgericht Düsseldorf mit ausführlicher Beschreibung
des Umfeldes politisch motivierter Zerschlagungen einschließlich
sozialer Zerschlagung (Z4, Z5)

wegen Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit erdrückender Beweislage zu skandalösen Praktiken (**Schlesinger-Skandal**) und der stellvertretenden WDR-Intendantin mit Sondervollmachten und mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

Erneut beantragt wird Vorrang für Rehabilitation und Schadenersatz mit Anspruch auf einen humanen Lebensabend im 81.Lebensjahr mit einem längst zu würdigendem Lebenswerk, nach über 20 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung, nach 2 Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag in 2010, danach anschließend politisch motivierte Sklavenhaltung mit Gerichtsverfahren in Berlin, in NRW und in Bayern, an Amtsgerichten, Landgerichten, Verwaltungsgerichten, Sozialgerichten mit zweimal Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erziehungshaft, mit Staats-Versagen und Politik-Versagen, ohne Urlaubsrufe, ohne Weihnachtsruhe, ohne Osterruhe u.v.a.m.

Beantragt ist erweiterte Bearbeitungszeit für neue Klageschriften:

1 Monat für neue Klageschrift zu Z1 (2 O 70/15 LG Wuppertal, heute VG 27 K 308.14 VG Berlin)

1 Monat für neue Klageschrift zu Z2 (2 O 163/16 LG Wuppertal, heute VG 27 K 308.14 VG Berlin)

03. Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Kostenfestsetzungsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.

Verfassungswidrige Opferverhöhnung, weil Versicherungsträger voll informiert ist, dass es hier nicht um soziale Sicherheit geht, sondern um soziale Zerschlagung. Versicherungsträger beteiligt sich seit 2011 nicht nur mit skrupellosen Bußgeldverfahren am Amtsgericht Mettmann, jetzt am Amtsgericht Velbert, an den politisch motivierten Zerschlagungen: Siehe **Anlage OWiV-01 Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft**

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

> **Missbrauch von Sozialgerichten für soziale Zerschlagung als Fortsetzung von politisch motivierter Zerschlagung ist längst abzustellen** mit Vorrang für Rehabilitation und Schadenersatz (Zerschlagung 4 und 5), um Beiträge bezahlen zu können und Versicherungsschutz im fortgeschrittenem Rentenalter zu erreichen.

> Längst war nachgewiesen, dass in einem solchen Umfeld Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft als extremistische Ausuferung von politisch motivierten Zerschlagungen keinen Platz haben darf. Der Sozialversicherungsträger hat dies zweimal getan. Alle waren informiert. Das Opfer hat zu diesem Sozialversicherungsträger kein Vertrauen mehr. Ihm wurde eine verfassungswidrige Krankenversicherung aufgezwungen, ohne Versicherungsleistungen seit 2010. Die Verfassungswidrigkeit der Krankenversicherung ist längst nachgewiesen. Bis dato wird ihm der **Vorrang von Rehabilitation und Schadenersatz** verweigert. Diese Art von Sozialversicherung ist verfassungswidrig. (Zerschlagung 4)

> **Seit 2013 muss das Zerschlagungsoffer ein Pfändungsschutz-Konto** verwenden wegen der Schadenshöhe politisch motivierter Zerschlagungen. Solche Konto-Inhaber haben eine SCHUFA-Eintragung, bekommen nicht einmal einen Dispo-Kredit, geschweige denn eine Kreditkarte.

Es ist makaber, wenn ein solcher Konto-Inhaber von deutscher Justiz motiviert wird, den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen ohne Schadenersatz in Angriff zu nehmen (so in 2020, im 80.Lebensjahr)

Es ist makaber, wenn eine Krankenversicherung so funktioniert, dass die Rückerstattung von Arzt-Rechnungen auf einem Pfändungsschutz-Konto vom Geldinstitut für Pfändung kassiert wird.

Es ist makaber, wenn an einen Rentner 300,- € oder mehr in einem wichtigen Entlastungspaket der Energiekrise 2022 erstattet werden sollte und dann vom Geldinstitut für Pfändung kassiert wird

Mehr makaber geht nicht, das ist pervers, wenn der Sozialversicherungsträger das Rechtsanwalts-honorar für eine verfassungswidrige Krankenversicherung auf dem Pfändungsschutz-Konto eines Rentners nach politisch motivierter Zerschlagung in Raten pfänden lässt. So seit Aug.2021 bis heute (mehrere 100 € monatlich (Zerschlagung 4)

> **Pervers:** Von politisch motivierter Zerschlagung zu sozialer Zerschlagung: Opfer wird für wirtschaftliche Folgen der politisch motivierten Zerschlagungen verantwortlich gemacht. Bis heute wird Rehabilitation und Schadenersatz verweigert.

04. Bewertung des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsverfahrens und aller anderen Verfahren anhand der

Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:

Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig

Politik-Versagen, soziales Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen:

Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern

wegen einem herausragenden Lebenswerk

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in

Deutschland und Europa, ohne Subventionen,

mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl.

professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)

Zerschlagungsopfer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt,

ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher

Verantwortung der Täter

Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für

Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher

Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher

Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur

Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit

21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen

Regierung,

jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-

finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen

Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche

Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“

wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz)

zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen

mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998

In diesem Umfeld Soziale Zerschlagung

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

zu mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel

von Erzwingungshaft, Hausfriedensbruch, Rufmord, Zerschlagung der Identität,

Zerschlagung der Heimat, massiven Verstößen gegen internationale

Menschenrechte, mit kapitalen Vermögensschäden und staatlich erzwungener

Altersarmut bis zu Benutzungszwang eines Pfändungsschutz-Konto im Alter über

80 Jahren.

Sieh Anlage OWiV-02: Kausales Umfeld aller Amtsgerichts-Verfahrens

Zerschlagung 3 (Z3): Opfer kriminalisierende Verfahren am

Verwaltungsgericht Düsseldorf mit ausführlicher Beschreibung

des Umfeldes politisch motivierter Zerschlagungen einschließlich

sozialer Zerschlagung (Z4, Z5)

hier wegen Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des

Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit erdrückender

Beweislage zu skandalösen Praktiken (Schlesinger-Skandal) und der

stellvertretenden WDR-Intendantin mit Sondervollmachten und mit

Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin

05. Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht

„Bürger sind keine Untertanen“

„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“

„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,

sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und

EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht

Grundrechte sind zu respektieren, sind weder käuflich noch strafbar,

Rechtsbeugung ist strafbar v.a. in besonders schwer wiegenden

Fällen,

Rechtsanwendungen in Beschlüssen und Urteilen haben keine

Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden,

es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland, aber ein

grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand! .

„Bürger sind keine Untertanen“

Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier,

Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2002-2010)

„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Andreas Voßkuhle

Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2010-2020)

„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“

Prof. Dr. Stephan Harbarth, LL.M.,

Präsident des Bundesverfassungsgericht seit 2020.

Herausforderung an das Bundesverfassungsgericht

in besonders schwerwiegendem Fall:

Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)

mit extremistischer Ausuferung

> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,

> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010

> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010

> zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende

mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:

Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend

mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (2012 Todesopfer)

mit kapitalen Vermögensschäden bis zu Benutzungszwang zu

Pfändungsschutz-Konto ohne Kreditmöglichkeiten seit 2013,

mit Verstößen gegen fundamentale Menschenrechte mit

Freiheitsberaubung, mit psychischer Zerschlagung und

gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren,

nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen

Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem

Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.

Diese Congressmessen sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für die digitale Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26.pdf>

Scroll down after link (page 29) wie z.B

Dr. Johannes Rau,

Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)
Schirmherr, Eröffnungsredner und Messebesucher auf der KOMMTECH 1988 in der Messe Essen

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Dr. Günter Rexrodt,

Begrüßungsredner als Senatsdirektor (Finanzsenator 1985-1989) auf dem Senatsempfang der ONLINE 1984 in Berlin,
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg:

„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend“ . . .

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation

einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Dr. Henning Voscherau,

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997) auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“

"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Scroll down to ONLINE'94

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 7)

Karel van Miert,

EU-Kommissar für Wettbewerb der EUROPÄISCHEN KOMMISSION, Brüssel, auf der ONLINE '97:

Maßnahmen der EU zur Öffnung des Telekommunikationsmarktes für neue Wettbewerber.

Entwicklung des deutschen Telekommunikationsmarktes aus der Sicht der Europäischen Kommission

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Scroll down to ONLINE'96

Erkki Liikanen,

EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission, Brüssel, auf der ONLINE 2001:

„Für eine Informationsgesellschaft für alle“

auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Scroll down to ONLINE 2001

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Detaillierte Ausführungen zu den Kapiteln zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 124)

Zu Punkt s) Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde gemäß §793 ZPO gegen Kostenfestsetzungsbeschluss: Rechtsanwendungen der Sozialversicherung ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig, wenn sie ohne Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz wegen politisch motivierter Zerschlagungen soziale Zerschlagung anstatt soziale Sicherheit bewirken.

Unterzeichner, Beschwerdeführer, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, seit über 20 Jahren, wehrt sich

gegen Fortsetzung eines längst verfassungswidrigen

Opferkriminalisierungswahnsinn mit extremistischer Ausuferung zu

abqualifizierender, unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung und

gegen Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger

Alters- und Generationen-Diskriminierung

Kriminell ist nicht das Opfer wegen ständiger Opfer-Kriminalisierung. Kriminell

sind die Täter, die ständige Opfer-Kriminalisierung mit sozialer Zerschlagung

betreiben.

Velbert, 28.Sept. 2022



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 19)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und so ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congressse für Künstliche Intelligenz (KI) mit $3 \times 4 = 12$ ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf dem staatlichen Digital-Gipfel im Dezember 2018/2019, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung unserer Europäischen Congressmessen unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

> > > [ONLINE Congressbände 1976 - 2003](#)

Anlage OWiV-01

Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

Anlage OWiV-02: Kausales Umfeld des Bußgeld-Verfahrens

Zerschlagung 3 (Z3): Opfer kriminalisierende Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit ausführlicher Beschreibung des Umfeldes politisch motivierter Zerschlagungen einschließlich sozialer Zerschlagung (Z4, Z5)

wegen Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit erdrückender Beweislage zu skandalösen Praktiken (Schlesinger-Skandal) und der stellvertretenden WDR-Intendantin mit Sondervollmachten und mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

Anlage LG2022-03 Seite 1-16

Schreiben vom 02.Jan.2022 an das Amtsgericht Velbert

Geschäftszeichen 11 C 89/19 als Antwort zu

Schreiben von Justizbeschäftigten Frank vom 09.12.2021 (eingegangen am 22.12.2021)

Schreiben vom 02.Mai 2022 an das Amtsgericht Velbert

Geschäftszeichen 11 C 89/19

Schreiben von Justizbeschäftigten Frank vom 16.03..2022 (eingegangen am 27.04.2022)

Anlage LG2022-04

Nachweis, dass die Gerichtskosten des Amtsgerichtes Velbert

Geschäftszeichen 11 C 89/19 durch Zahlungen anderer

Verfahrensbeteiligter ausgeglichen sind

Anlage LG2022-05

Kostenfestsetzungsbeschluss 11 C 89/19 des Amtsgerichtes Velbert vom

30.06.2022 **mit völlig unverständlicher Tabelle** (eingegangen am 15.07.2022)

zu verfassungswidriger Krankenversicherung gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 ohne Versicherungsleistungen seit 2010

Anlagen im Schriftsatz vom 02.Jan. 2022 an das Amtsgericht Velbert (11 C 89/19)

Anlage AG2022-01

Schriftsatz vom 08.Dez.2021 an Landgericht Wuppertal mit Rechtsmittel der

Anhörungsrüge gegen Beschluss 16 T 225/21 ohne Abhilfe von Opfer

diskriminierender und entwürdigender Bescheidung der sofortigen Beschwerde

gegen Durchführung der manipulierten Zwangsvollstreckungssache 1 DRII 872/21

der Debeka Krankenversicherung a.G. und geplanten Anschluss-

Zwangmaßnahmen auf Pfändungsschutzkonto ohne rechtliches Gehör zu

termingerechten Einspruch vom 25.Aug.2021

12. Relevante Argumente gegen abqualifizierende, unverhältnismäßige

Opferkriminalisierung und gegen

Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters- und

Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung

eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers

durch aktive Beteiligung führender Persönlichkeiten aus Wissenschaft,

Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Einspruch mit Hinweis auf Anerkennung und führende Beteiligung durch

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident von NRW und danach Bundespräsident

der Bundesrepublik Deutschland

auf der KOMMTECH'88 in Essen (Anlage VB-AA)

Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und

KOMMTECH: **1 Jahr vor dem Mauerfall**

Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung

auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen,

sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:

Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost

zur Vorbereitung der Wiedervereinigung

Hochqualifizierte Präsentation von Themenschwerpunkten wie **Künstlicher**

Intelligenz und Robotics mit professioneller Doku

für die Zukunft Deutschlands

Heute: Politisch motivierte Sklavenhaltung wegen Eskalation einer

verfassungswidrigen Justiz mit

Opfer verhöhnenden und diskriminierenden Zwangsmaßnahmen gegen

Zerschlagungsopfer am Amtsgericht Velbert und Landgericht Wuppertal

13. Gegen abqualifizierende, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung und

gegen Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters-

und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung

eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers

Fortsetzung der politisch motivierten, bundesweiten Sippenzerschlagung mit

Opferdiskriminierung, Opferkriminalisierung und Opferterrorisierung

nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa:

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, **sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie**

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

14. Nach Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 nicht den Hauch einer Chance:

Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems! Seit 1998:

Im Alter von 80 Jahren: Verfassungswidrige Alters- und Generationen-Diskriminierung durch nachrückende Generationen
Ausgehobelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt:

Politisch motivierte Sklavenhaltung seit 2010, seit über 10 Jahren, ohne Chance nach politisch motivierter Sippenzerschlagung am Wohnort und am Geburtsort unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998 mit extrem unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010 wegen verheerender Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Rehabilitierung, Schadenersatz und zu kausalen Zusammenhängen mit verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen mit Benutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto seit 2013, mit Gerichtsverfahren am laufendem Bande, parallel und hintereinander, an Verwaltungsgerichten in Regensburg, Düsseldorf und Berlin, an Amtsgerichten in Mettmann und Velbert, am Landgericht Wuppertal, am Sozialgericht Düsseldorf, durch mehrere Instanzen bis zum Bundesverfassungsgericht ohne Wochenende-Ruhe, ohne Weihnachts-Ruhe, ohne Oster-Ruhe, ohne Urlaubs-Ruhe,

mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin, in den Tod und in Nachlass-Insolvenz, mit Treib- und Hetzjagd gegen klagendes Opfer mit Täter/Opfer-Umkehr (unverhältnismäßige Opferkriminalisierung)

> > > mit sozialer Zerschlagung durch einen Opfer kriminalisierenden „Sozialversicherungsträger“ ohne Versicherungsleistungen seit 2010, aber mit Zwangsmaßnahmen zu einer verfassungswidrigen Krankengrundversicherung.

mit Rundfunksperr über den Unternehmens-Genozid der digitalen Innovationselite durch verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000,

mit direktem Schaden durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk durch Verstoß gegen das Presserecht und

mit Zugangssperre zu Politmagazinen. . .

Es ist alles aufgeklärt mit erdrückender Beweislage über Sklavenjäger beim Bundesverfassungsgericht.

15. Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen Beschluss 16 T 225/21 vom 12.Nov.2021 (eingegangen am 27.11.2021) der 16.Zivilkammer am Landgericht Wuppertal mit unverhältnismäßigem, verfassungswidrigem Versagen von rechtlichem Gehör und

mit unverhältnismäßiger Opfer-, Alters- und Generationen-Diskriminierung mit Opfer, Alter und Generationen diskriminierender Rentenpfändung auf Pfändungsschutzkonto des 80-jährigen Rentners

nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO vom 07.Okt.2021 an das Landgericht Wuppertal wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde mit Kopie an Amtsgericht Velbert

nach sofortiger Beschwerde gemäß §567 ZPO vom 06.Sept.2021 an das Landgericht Wuppertal mit Kopie an Amtsgericht Velbert

nach termingerechter Einspruch vom 25.Aug.2021

gegen manipulierte Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 872/21 auf Pfändungsschutzkonto zu verfassungswidriger Krankenversicherung inkl. Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch

GVin Franziska Ritzhaupt mit Einspruch an Amtsgericht Velbert
Mehr Einspruch geht nicht! Daher unverzügliche Einstellung aller
Zwangsmaßnahmen und Rückerstattung der Pfändungsbeträge
Daher: Übergabe und Zurückweisung weiterer Forderungen
rechtsanwaltlicher Vertretungen des „Sozialversicherungsträgers“ wegen
Vorrang für Rehabilitation und Schadenersatz des Zerschlagungsopfers
vor Finanzierung sozialer Zerschlagung
durch Sklavenjäger politisch motivierter Sklavenhaltung.
Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen Beschluss vom
12.11.2021 Aktenzeichen 16 T 225/21 (15 M 1156/21 Amtsgericht Velbert),
weil damit weitere Verzögerungen eingeleitet werden, um
Zwangsmaßnahmen fortsetzen zu können.
Amtsgericht wurde vom Beschwerdeführer zeitgleich über alle Eingaben am
Landgericht informiert, ohne Antwort an den Beschwerdeführer
Rechtsmittel der Anhörungsrüge wegen unverzüglichem Stopp der
Kontopfändung zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung und
wegen unverzüglicher Rückerstattung der durchgeführten Pfändungen
gemäß Anrufungen des Bundesverfassungsgerichts vom 18.Nov.2021 (2
BvR 2171/21, AR 8419/21) und früher.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>
Scroll down after link (page 55)

Anlage AG2022-02

**Schriftsatz vom 24.Dez.2021 zur Fortsetzung der
Verfassungsbeschwerde vom 18.Okt.2021 mit Gerichte übergreifenden
Aktivitäten des „Sozialversicherungsträgers“ wegen fortgesetzter
Anhörungsresistenz gegen sofortige Beschwerde ohne Bescheidung zu
Rechtsmittel der Anhörungsrüge
gemäß §321a ZPO gegen Beschluss 16 T 225/21 am Landgericht
Wuppertal (15 M 1156/21 Amtsgericht Velbert) vom 12.11.2021
(eingegangen am 29.11.2021)**

**BVERFG-62. Kausale Zusammenhänge mit politisch motivierten
Zerschlagungen**

**nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit
Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und
Europa**

mit Verweigerung von Rehabilitation und Schadenersatz durch
nachfolgende Generationen von Politik und Justiz.

Relevante Argumente gegen respektlose, abqualifizierende,
unverhältnismäßige Opferkriminalisierung und gegen
Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters- und
Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung

**eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers
durch aktive Beteiligung führender Persönlichkeiten aus Wissenschaft,
Wirtschaft, Politik und Verwaltung**

Einspruch mit Hinweis auf Anerkennung und führende Beteiligung durch

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident von NRW und danach

Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland

auf der KOMMTECH'88 in Essen (Anlage VB-AA)

Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und
KOMMTECH: **1 Jahr vor dem Mauerfall**

Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung

auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen,
sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:

Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost
zur Vorbereitung der Wiedervereinigung

Hochqualifizierte Präsentation von Themenschwerpunkten wie **Künstlicher
Intelligenz und Robotics** mit professioneller Doku

für die Zukunft Deutschlands

BVERFG-63. Gegen abqualifizierende, unverhältnismäßige,

Menschenrechte verachtende Opferkriminalisierung und

**gegen Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger
Alters- und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung**

eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers

Fortsetzung der politisch motivierten, bundesweiten Sippenzerschlagung mit
sozialer Zerschlagung im Risiko-Rentenalter, mit Opferdiskriminierung,
Opferkriminalisierung und Opferterrorisierung

nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des

Zerschlagungsopfers mit
Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und
Europa:

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
**sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an
seinem Lebenswerk nachgewiesen wie**

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und
EU-Generaldirektoren, Bundesminister,

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und
Verwaltung

Heute: Deutschland ist Digitalisierungs-Schlusslicht
mit größten IT-Sicherheitsmängeln und Datenschutz-Risiko in Europa,
mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit
**mit bundesweiten Zerschlagungen unter Verantwortung der regierenden
Generation seit 1998**

**nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit
Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und
Europa**

BVERFG-64. Heute: Politisch motivierte Sklavenhaltung
wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Justiz mit
Opfer verhöhnenden und Opfer diskriminierenden Zwangsmaßnahmen
gegen Zerschlagungsopfer
am Amtsgericht Velbert und Landgericht Wuppertal parallel zu
sozialgerichtlichen Verfahren mit Zwangsmaßnahmen-Chaos.
Eskalation sozialgerichtlicher Verfahren seit 2011
mit Zwangsmaßnahmen zu politisch motivierter Sklavenhaltung
mit mehreren Sklavenjägern gemäß Rubrum (sprachlos, taubstumm, mit
Gerichte übergreifenden Verfolgungsstrategien der sozialen Zerschlagung).
Soziale Zerschlagung im Risiko-Rentenalter von 80 Jahren
als Fortsetzung politisch motivierter Sippenzerschlagung
vor und nach der mündlichen Anhörung (missbräuchlich „Verhandlung“)
am Landessozialgericht Essen
Verfassungsbeschwerde gegen Beschwerdegegner
**mit verfassungswidriger Krankenversicherung ohne
Versicherungsleistungen seit 2010,
mit privater Pflegeversicherung ohne Perspektive auf
Versicherungsleistungen,**
mit Gerichte übergreifende Opferkriminalisierung-Verfahren an den
Amtsgerichten Mettmann / Velbert und Landgericht Wuppertal seit 2011 und
am Sozialgericht Düsseldorf seit 2012 und
mit parallelen Zwangsmaßnahmen der Opferkriminalisierung inkl. 2-maliger
Freiheitsberaubung mit psychischer Folter,
gegen ehemaligen „Sozialversicherungsträger“, der soziale Zerschlagung
anstatt soziale Sicherheit betreibt, der überhaupt keine
Versicherungsleistungen erbringen will,
ohne jede Reputation, ohne jede Qualifikation für soziale Sicherheit,
taub, stumm und sprachlos vor Gericht, mit 2-zeiliger Klagebegründung
gegen 33.000 Zeilen des Zerschlagungsopfers,
mit Eskalation zu politisch motivierter Sklavenhaltung

BVERFG-65. Verfassungswidrig: Beschwerde-Instanz versagt Bescheidung
der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen Beschluss 16 T 225/21 am
Landgericht Wuppertal (15 M 1156/21 Amtsgericht Velbert) vom 12.11.2021
(eingegangen am 29.11.2021)

Anstatt Bescheidung der Anhörungsrüge: Neue Rechnung des sog.
„Sozialversicherungsträgers“ zu verfassungswidrigen Krankenversicherung
ohne Versicherungsleistungen seit über 10 Jahren
mit Schreiben vom 09.12.2021 (eingegangen am 22.12.2021) zu
Stellungnahme binnen 2 Wochen durch Justizbeschäftigten anstatt durch
Richter(in) gemäß Anlage VB-YC01
Zwangsmaßnahmen-Chaos am Amtsgericht Velbert, Richter werden durch
Rechtspfleger und Justizbeschäftigte ohne entsprechende Kenntnisse zu
Vorgängen seit 1998 vertreten und damit weiteren Repressalien im Zuge
politisch motivierter Sklavenhaltung unterworfen
Politisch motivierte Sklavenhaltung,
hier auch ohne Weihnachtstruhe seit 2010, mit nicht mehr vorstellbarer Alters-
und Generationen-Diskriminierung eines 80-jährigen Rentners
Amtsgericht Velbert ist kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland
Soziale Zerschlagung durch „Sozialversicherungsträger“ als Folgewirkung

politisch motivierter, bundesweiter Zerschlagungen
**nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und
Europa**
mit Zerschlagungen unter Verantwortung der regierenden Generation seit
1998.

BVERFG-66. Angegriffene Hoheitsakte, Gerichte übergreifend erzwungen
durch taubstummen „Sozialversicherungsträger“ des sozialgerichtlichen
Verfahrens, ohne Bescheidung der Anhörungsrüge vom 08.Dez.2021 gemäß
Anlage VB-YD

Gerichte übergreifende Begleitung und Fortsetzung des sozialgerichtlichen
Verfahrens

Angegriffene Hoheitsakte des sozialgerichtlichen Verfahrens in Kapitel
BVERFG-52:

Schriftsatz vom 08.Dez.2021 an Landgericht Wuppertal (Anlage VB-YD) mit
Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Beschluss 16 T 225/21 ohne Abhilfe
von Opfer diskriminierender und entwürdigender Bescheidung der sofortigen
Beschwerde gegen Durchführung der manipulierten
Zwangsvollstreckungssache 1 DRII 872/21 der Debeka Krankenversicherung
a.G. und geplanten Anschluss-Zwangmaßnahmen auf
Pfändungsschutzkonto ohne rechtliches Gehör zu termingerechten
Einspruch vom 25.Aug.2021

Kein grundrechtsfreier Raum am Amtsgericht/Landgericht durch
Abschiebung von Verantwortung an Rechtspfleger und Justizbeschäftigte
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26f.pdf>
Scroll down after link (page 157)

Anlage VB-AA: In direkter Nachbarschaft zum Gerichtsbezirk des
Landgerichtes Wuppertal, verantwortlich für eine Serie von
Gerichtsverhandlungen seit 2011, nach politisch motivierter,
bundesweiter Sippenzerschlagung und nachfolgend mit politisch
motivierter Sklavenhaltung

unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998,
bis heute mit juristischer Verweigerung von Rehabilitierung und
Schadenersatz (über 20 Jahre), vor über 30 Jahren:

Dr. Johannes Rau, geb. am 16. Januar 1931 in *Wuppertal*,
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen,
Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)
Schirmherr und Eröffnungsredner der KOMMTECH 1988
in der Messe Essen

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

und die Europäischen Kongressmessen KOMMTECH'86,
KOMMTECH'87 und KOMMTECH'88 in Essen

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_86.pdf

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_88.pdf

Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten ist nicht nur eine große
Auszeichnung, sondern ist Beweis für die Bedeutung in einem Land:

**3 Kongressmessen für technische Automation mit
18 hochqualifizierten Kongressen** (4 Tage je Kongress) inkl.
professionellem Verlagsservice (18 ISBN-nummerierte Kongressbände
mit hoher Auflage für Kongressteilnehmer und Nachmesse-Verkauf,
ohne Subventionen) mit Fachmesse und mit einer Vielzahl praxisnaher
Seminare

Diese Kongressmessen fanden zusätzlich statt zu seinen
Europäischen Congressmessen ONLINE mit dem
**weltweit größten Congressprogramm für digitale Evolution in
Deutschland und Europa,**

mit professionellem Verlagsservice (ISBN-nummerierter Congressband je Congress).
Beide Congressmessen, KOMMTECH und ONLINE, sind eine Weiterentwicklung seiner

ONLINE-Seminarreihe mit qualifizierter Dokumentation, die das Zerschlagungsoffer selbst entwickelt und in Deutschland, Österreich, Schweiz und auch in der Technischen Akademie in Wuppertal, in den 1970er Jahren als Unternehmensberater durchgeführt hat.

Seite 01: **Dr. Johannes Rau,**

Schirmherr der Europäischen Kongressmesse KOMMTECH'88, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen

Eröffnungsansprache mit Simultanübersetzung zu
„*Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chance für den Strukturwandel*“

„*New information and communication technologies: Chance of structural Change*“

Dr. Johannes Rau (1) und Peter Willi Reuschenbach (3),
Oberbürgermeister der Stadt Essen) beim Messe-Rundgang

Seite 02: Kongressmesse-Schirmherr **Dr. Johannes Rau (1)**
besucht den Messestand der ehemaligen DDR,

die mit einer hochrangigen Delegation angereist und mit dem Workshop-Zentrum IV „Software für Hochtechnologien der DDR“ vertreten war. Weitere Personen:

Prof. Dr. Dr. Helmut Koziolk (2), Leitendes Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (DDR) und Auswärtiges Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften, später Teilnehmer an den Zwei-plus-Vier-Gesprächen, mit denen der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands geebnet wurde (Zeuge:

Alt-Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble)

Albin L. Ockl (4), Gründer und geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Seite 03: **ONLINE-Seminarreihe an der Technischen Akademie in Wuppertal, später im Haus der Technik in Essen** (Kurzfassung der Seminarbeschreibung mit Nachweis über qualifizierte Kenntnisse von Datenschutz) als Vorläufer seiner Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution

Seite 04: Kongressband VI (ISBN 3-89077-035-5) der KOMMTECH'86 zu Kongress VI (KI/Künstliche Intelligenz und Expertensysteme, Software-Engineering und PC-Anwendungstechnik)

Seite 05: Kongressband VI (ISBN 3-89077-048-7) der KOMMTECH'87 zu Kongress VI (Wissensbasierte Systeme in der Praxis: Künstliche Intelligenz auf dem Prüfstand)

Seite 06: Kongressband III (ISBN 3-89077-057-6) der KOMMTECH'88 zu Kongress III (Expertensysteme in Planung und Produktion)

Seite 07: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'86
Programmübersicht

Seite 08: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'87
Programmübersicht

Seite 09: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'88
Programmübersicht

Seite 10: Plenarveranstaltung zur Eröffnung der Fachmesse KOMMTECH'86

Seite 11: KOMMTECH'88 Information Brochure (front) 5th Congress Fair for Technical Automation

Seite 12: KOMMTECH'88 Plenary Session Seminars

Seite 13: Plenarveranstaltung zur Eröffnung der Fachmesse KOMMTECH'88

Seite 14 a/b: **Dr. Johannes Rau**, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr mit Grußwort (a deutsch, b englisch) und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH'88, sieh auch im Internet
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>
> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

Anlage VB-208: Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor (Finanzsenator 1985-1989) auf dem Senatsempfang für Congressteilnehmer auf der ONLINE 1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :

„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend“ . . .

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation

einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Anlage VB-209: Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997) auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“

"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Schirmherrschaft des Ersten Bürgermeister ist nicht nur eine große Auszeichnung, sondern ist Beweis für die Bedeutung in Hamburg.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 7)

Anlage VB-210: Erkki Liikanen, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der EU-KOMMISSION: „Für eine Informationsgesellschaft für alle“

auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anlage VB-211z: Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anlage VB-212z: Highlights der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001:

eCommerce & mCommerce, eBusiness & eSecurity, Telekom-Markt 2001, Internet- und Netze-Evolution

Anlage VB-213z:

Plenum der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 unter Leitung von **Prof. Dr.-Ing. Dr.h.c.mult. Paul J. Kühn**, Direktor des Instituts für Kommunikationsnetze und Rechnersysteme an der Universität Stuttgart, Congressleiter und Moderator der Plenarveranstaltungen der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1995-2003

eCity Düsseldorf auf den Säulen eGovernment, eSchool &

eCommerce, Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf

eEurope: Eine Informationsgesellschaft für alle.

Aktionsplan eEurope 2002 , Erkki Liikanen, EU-Kommissar für

Anlage VB-214z: Management I-1 ONLINE 2001
Telekom-Markt Europa 2001: Quo vadis? Stand, Strategien und Visionen

Anlage VB-215z: Management I-2 ONLINE 2001
Internet- und Netze-Evolution: High Speed Services, Satelliten-Lösungen, Technologie-Trends

Anlage VB-216z: Congressmesse-Programm ONLINE 2001
Herausragende Congressse in Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den TK&IT-Innovationen in 12 Congressbänden

Anlage VB-YA: > Dr. Caspers, Mock Partner mbH (Anlage VB-YA) und zurückzuweisende Zwangsmaßnahmen des Opfer kriminalisierenden „Sozialversicherungsträgers“ ohne Versicherungsleistungen seit 2010: Verfassungswidrige Kontopfändungen auf Pfändungsschutzkonto seit 2013 mit Belegen vom 02.11.2021 und und weiterer geplanten Kontopfändung in Höhe von
Anlage VB-YA01: Verfassungswidrige Pfändung vom 02.11.2021
Anlage VB-YA02: Verfassungswidrige Pfändung vom 02.12.2021 und weiterer Pfändungsbetrag bereits gesperrt

Anlage VB-YB: > Rechtsanwälte Giebel und Kollegen (Anlage VB-YB) und zurückzuweisende Rechnungen vom 7.12.2021
Anlage VB-YB01: Zurückzuweisende Rechnung für verfassungswidrige Krankenversicherung
Anlage VB-YB02: Zurückzuweisende Rechnung für Pflegeversicherung wegen Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz durch übergriffigen Staat

Anlage VB-VGB06 (Anlage in Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1959/21 vom 4.Okt.2021:
Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung der politisch motivierten Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch **Sozialversicherungsträger Debeka ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbietung eines diskriminierenden Notlagentarifs einer verfassungswidrigen Krankenversicherung,** nachgewiesen in dem Verfahren am Landgericht Wuppertal 9 S 30/21 (ab 28.Jan.2021) unter Vorsitzenden Richter am Landgericht Istel,
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-20.pdf>
Scroll down after link (page 246), mit gleichzeitiger, paralleler Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 (AR 864/21) vom 05.Jan.2021
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27.pdf>
Scroll down after link (page 155)
hier mit Antrag des Sozialversicherungsträgers an Amtsgericht Velbert (11 C 89/19) auf Erteilung einer vollstreckbaren Ausfertigung eines Kostenfestsetzungsbeschlusses und mit Einleitung einer Zwangsmaßnahme auf Pfändungsschutzkonto gemäß Anlage VB-VGB03 (zugesandt in Verfassungsbeschwerde 1 BvR1959/21 vom 18.Aug.2021):

Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung der politisch motivierten Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch **Sozialversicherungsträger Debeka ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbiederung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung, hier mit manipulierten Antrag** (Geburtsdatum des 80-jährigen Opfers geschwärzt) auf Erlass eines Pfändungsbeschlusses (eingegangen am 14.08.2021) auf Pfändungsschutzkonto ohne Kreditmöglichkeiten

Anlage LG2108-03: Nachweis der Verfassungswidrigkeit der Krankenversicherung durch Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 (AR 864/21) vom 05.Jan.2021 (1 BvR 2662/20 abgelegt als AR 864/21) in Kopie an Landgericht Wuppertal 9 S 30/21 (11 C 89/19 Amtsgericht Velbert)

Anlage LG2108-04:

Verfahren am Landgericht Wuppertal 9 S 30/21 (11 C 89/19 Amtsgericht Velbert) mit Schriftsatz vom 18.Jan.2021 mit Vorlage der Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 (AR 864/21) vom 05.Jan.2021 (1 BvR 2662/20 abgelegt als AR 864/21)

Anlage LG2108-01

Wahrheitswidrige, Beschluss-gleiche Mitteilung des Amtsgerichts Velbert vom 30.08.2021 (eingegangen am 03.09.2021), dass kein konkreter Antrag betreffend das vorliegende Vollstreckungsverfahren im Schriftsatz vom 25.Aug.2021 erkannt

Anlage LG2108-02

Einspruch vom 25.Aug.2021 gegen jeglichen Missbrauch von Staatsgewalt und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt mit Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 872/21 auf Pfändungsschutzkonto im Auftrag des Amtsgerichtes Velbert, Vollstreckungsgericht, 42549 Velbert Geschäftszeichen 15 M U76/21 gegen Unterzeichner (Opfer, Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung)

Anlage AG21/08: Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2021

(1 BvR 1959/21) mit Anlage VB-VGB03: Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung der politisch motivierten Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch Sozialversicherungsträger Debeka **(ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbiederung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs, hier mit manipulierten Antrag)**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>

Scroll down after link (page 18/25/69)

Legende der schriftlichen Eingaben am Amtsgericht Velbert zur Abwehr von Missbrauch von Staatsgewalt

Schriftsatz mit Einspruch vom 25.Aug.2021 (Ziffer 1-5) gegen Durchführung der Zwangsvollstreckungssache 1 DRll 872/21 auf Pfändungsschutzkonto inkl. Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt. In Kopie an das Amtsgericht Velbert (Vollstreckungsgericht)

Schriftsatz vom 06.Sept.2021an Landgericht Wuppertal mit Sofortiger Beschwerde gemäß §567 ZPO mit Antrag auf Prozesskostenhilfe gegen Zwangsvollstreckungssache 1 DRll 872/21 auf Pfändungsschutzkonto im Auftrag des Amtsgerichtes Velbert In Kopie an das Amtsgericht Velbert (Vollstreckungsgericht)

06. Termingerechter Einspruch vom 25.Aug.2021 gegen Durchführung der Zwangsvollstreckungssache 1 DRll 872/21 auf Pfändungsschutzkonto inkl. Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt.

> Verfassungswidrig: Versagung von rechtlichem Gehör zur Antragstellung und zur Begründung des Einspruch ohne Beantwortung wegen Manipulation des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses durch Schwärzung des Geburtstages des Zerschlagungsopfers im 80.Lebensjahr (manipulative Verschleierung der skrupellosen Respektlosigkeit gegenüber der älteren Generation)

und wegen

> Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlichen Übergriffe, hier Zwangsmaßnahme durch einen Sozialversicherungsträger, der seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt, unter Anbietung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs der Krankenversicherung aus einem verfassungswidrigen „Teilversäumnis“-Urteil

mit Anlage AG21/08: Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2021

inkl. Anlage VB-VGB03: Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung einer politisch motivierten Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch Sozialversicherungsträger Debeka (ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbietung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs, hier mit manipulierten Antrag / manipulierte Verschleierung einer skrupellosen Respektlosigkeit gegen die ältere Generation)

Sieh Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1959/21 vom 18.Aug.2021 (beiliegend, Seite 18):

07. Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2021 (1 BvR 1959/21) mit Anlage VB-VGB03

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>

Scroll down after link (page 18/25)

Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz am Verwaltungsgericht Berlin wegen

Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

zu bundesweiter Sippenzerschlagung,

zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung und

zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 1998

mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:

Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend

mit Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer), Zerschlagung der deutschen Heimat, Rufmord, mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, kapitalen Vermögensschäden und mit Zwangsmaßnahmen aller Art

nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998, über 20 Jahre bitteres Unrecht

> unter Verantwortung der beklagten Bundesrepublik Deutschland

> unter Verantwortung des beklagten Freistaates Bayern

> unter Verantwortung des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR)

> unter Verantwortung des klagenden Sozialversicherungsträgers (Debeka)

08. Auffällig: Skrupellosigkeit des Vollstreckungsgerichtes
Missbrauch von Staatsgewalt mit manipulierter Zwangsmaßnahme einfacher als das Durchlesen von Verfassungsbeschwerden.
Rechtspfleger anstatt informierte Richter*in am Vollstreckungsgericht bemängelt Nicht-Erkennung eines konkreten Antrags
> Opfer verhöhnende Wahrheitsbeugung, weil Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt unmissverständlich gestellt.
> Vollstreckungs-Gericht will konkrete Erläuterung, obwohl Verfassungsbeschwerde mit fundierter Erläuterung in aktuellster Ausführung vom 18.Aug.2021 (1 BvR 1959/21) beigelegt
Offensichtlich: Rechtspfleger nicht in der Lage, die Informationen zu einem **Politik-, Verwaltungs- und Justizskandal in Deutschland zu erfassen und zu bewerten**
> Vollstreckungsgericht ist kein grundrechtsfreier Raum für signifikante Beteiligung an politisch motivierter Sklavenhaltung
> Vorwurf gegen das Vollstreckungsgericht: Schwere, jahrelange Opfer-Diskriminierung, skrupellose Alter-Diskriminierung mit manipulierter Zwangsmaßnahme, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung mit Täter/Opfer-Umkehr
> Wiederholung des Antrags auf Unterlassung jedweden Missbrauchs von skrupelloser Staatsgewalt
> Vorlage dieser sofortigen Beschwerde beim Verwaltungsgericht Berlin als Beispiel für politisch motivierte Sklavenhaltung mit Missbrauch von Staatsgewalt durch Amtsgericht Velbert
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>
Scroll down after link (page 03)

Schriftsatz vom 11.Okt.2021 an Landgericht Wuppertal mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde gemäß §567 ZPO vom 06.09.2021 gegen Durchführung der manipulierten Zwangsvollstreckungssache 1 DRII 872/21 der Debeka Krankenversicherung a.G. (eingegangen am 14.08. 2021 mit förmlicher Zustellung) und geplanten Anschluss-Zwangsmaßnahmen auf Pfändungsschutzkonto ohne rechtliches Gehör zu termingerechten Einspruch vom 25.Aug.2021 In Kopie an das Amtsgericht Velbert (Vollstreckungsgericht)

09. Termingerechter Einspruch vom 25.Aug.2021
gegen manipulierte Zwangsvollstreckungssache 1 DRII 872/21 auf Pfändungsschutzkonto inkl. Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt.
Manipulierter Antrag / manipulierte Verschleierung einer skrupellosen Respektlosigkeit gegen die ältere Generation)
Sieh Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1959/21 vom 18.Aug.2021 (Seite 18, Anlage VB-VGB03):
Zwangsmaßnahme durch einen Sozialversicherungsträger, der seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt, unter Anbietung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs der verfassungswidrigen Krankenversicherung aus einem verfassungswidrigen „Teilversäumnis“-Urteil 7 O 214/12 vom 16.04.2015
Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz am Verwaltungsgericht Berlin wegen
Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung und
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 1998
Vollstreckungsgericht ist kein grundrechtsfreier Raum für signifikante Beteiligung an politisch motivierter Sklavenhaltung, hier seit 2010
> Vorwurf gegen das Vollstreckungsgericht: Schwere, jahrelange Opfer-Diskriminierung, skrupellose Alter-Diskriminierung mit manipulierter Zwangsmaßnahme, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung mit Täter/Opfer-Umkehr
> Wiederholung des Antrags auf Unterlassung jedweden Missbrauchs von skrupelloser Staatsgewalt
> Vorlage dieser sofortigen Beschwerde zusätzlich beim Verwaltungsgericht Berlin als Beispiel für politisch motivierte Sklavenhaltung mit Missbrauch von Staatsgewalt durch Amtsgericht Velbert
10. Anhörungsrüge wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde.
Nicht hinnehmbar: Verfassungswidriges Unrechtssystem mit Zwangsmaßnahmen erpresst.

Amtsgericht will mit Zwangsmaßnahmen verfassungswidrige Krankenversicherung gegen 80-jährigen Rentner erzwingen,
gegen Opfer politisch motivierter Sippenerschlagung seit 1998 und
gegen Opfer politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010.
Zuständige, best informierte Richter*in verbirgt sich hinter Zwangsmaßnahmen von Rechtspfleger

Bescheidung der sofortigen Beschwerde durch Landgericht, weil:

> Zurückzuweisende Fortsetzung der Zwangsmaßnahme der Kontopfändung zu Rechtsanwaltskosten aus dem Urteil 7 O 214/12 am Landgericht Wuppertal mit verfassungswidriger Krankenversicherung
> Zurückzuweisendes Schreiben des Amtsgerichtes vom 23.09.2021 mit weiteren Rechnungen der Rechtsanwälte der Debeka Krankenversicherungsverein a.G. gemäß Anlage VB-VGB06
> Zurückzuweisende verfassungswidrige Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010, nachgewiesen mit Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 und Verfahren 9 S 30/21 Landgericht Wuppertal nach Verfahren 11 C 89/19 am Amtsgericht Velbert und Verfahren 3 O 61/19 Landgericht Wuppertal
> Zurückweisung: Verfassungswidrige Krankenversicherung und Kosten der Rechtsanwälte für eine verfassungswidrige Krankenversicherung
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>
Scroll down after link (page 29)

Schriftsatz vom 11.Okt.2021 an das Amtsgericht Velbert (Geschäftsstelle 11 C 89/19)

11. Zurückweisung aller Rechnungen der RAe Giebel und Kollegen vom 08.12.2020 (Re.Nr. 2002624) und der Rechnung vom 12.02.2021 (Aktenzeichen 70522499)
Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen des ehemaligen Sozialversicherungsträgers, der mit sozialer und psychischer Zerschlagung längst seine Reputation verloren hat
Aufforderung, alle Zwangsmaßnahmen unverzüglich einzustellen.

Alle Zwangsmaßnahmen und Rechnungen an das Bundesverfassungsgericht weitergeleitet, weil alle Zwangsmaßnahmen und Rechnungen als Teil politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010 zu verwerfen sind.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 29)

Schriftsatz vom 08.Dez.2021 an Landgericht Wuppertal mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Beschluss 16 T 225/21 ohne Abhilfe von Opfer diskriminierender und entwürdigender Bescheidung der sofortigen Beschwerde gegen Durchführung der manipulierten Zwangsvollstreckungssache 1 DRII 872/21 der Debeka Krankenversicherung a.G. und geplanten Anschluss-Zwangsmaßnahmen auf Pfändungsschutzkonto ohne rechtliches Gehör zu termingerechten Einspruch vom 25. Aug. 2021

12. Relevante Argumente gegen abqualifizierende, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung und gegen Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters- und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung **eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers** durch aktive Beteiligung führender Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung
Einspruch mit Hinweis auf Anerkennung und führende Beteiligung durch **Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident von NRW und danach Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland auf der KOMMTECH'88 in Essen** (Anlage VB-AA)
Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: **1 Jahr vor dem Mauerfall**
Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung
auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:
Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung
Hochqualifizierte Präsentation von Themenschwerpunkten wie **Künstlicher Intelligenz und Robotics** mit professioneller Doku
für die Zukunft Deutschlands
Heute: Politisch motivierte Sklavenhaltung wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Justiz mit

Opfer verhöhnen und diskriminierenden Zwangsmaßnahmen gegen Zerschlagungsoffer am Amtsgericht Velbert und Landgericht Wuppertal
13. Gegen abqualifizierende, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung und gegen Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters- und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung

eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsoffers

Fortsetzung der politisch motivierten, bundesweiten Sippenzerschlagung mit Opferdiskriminierung, Opferkriminalisierung und Opferterrorisierung nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsoffers mit

Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa:

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, **sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie**

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und

EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

14. Nach Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 nicht den Hauch einer Chance:

Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems! Seit 1998:

Im Alter von 80 Jahren: Verfassungswidrige Alters- und Generationen-Diskriminierung durch nachrückende Generationen

Ausgeholt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt:

Politisch motivierte Sklavenhaltung seit 2010, seit über 10 Jahren, ohne Chance nach

politisch motivierter Sippenzerschlagung am Wohnort und am Geburtsort unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

mit extrem unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010

wegen verheerender Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Rehabilitierung, Schadenersatz und zu kausalen Zusammenhängen

mit verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen

mit Benutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto seit 2013,

mit Gerichtsverfahren am laufendem Bande, parallel und hintereinander,

an Verwaltungsgerichten in Regensburg, Düsseldorf und Berlin,

an Amtsgerichten in Mettmann und Velbert,

am Landgericht Wuppertal, am Sozialgericht Düsseldorf,

durch mehrere Instanzen bis zum Bundesverfassungsgericht

ohne Wochenende-Ruhe, ohne Weihnachts-Ruhe, ohne Oster-Ruhe, ohne Urlaubs-Ruhe,

mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin, in den Tod und in Nachlass-Insolvenz,

mit Treib- und Hetzjagd gegen klagendes Opfer mit Täter/Opfer-Umkehr (unverhältnismäßige Opferkriminalisierung)

> > > mit sozialer Zerschlagung durch einen Opfer kriminalisierenden

„Sozialversicherungsträger“ ohne Versicherungsleistungen seit 2010, aber mit Zwangsmaßnahmen zu einer verfassungswidrigen

Krankengrundversicherung.

mit Rundfunksperrung über den Unternehmens-Genozid der digitalen

Innovationselite durch verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000.

mit direktem Schaden durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk durch Verstoß gegen das Presserecht und

mit Zugangssperre zu Politmagazinen. . .

Es ist alles aufgeklärt mit erdrückender Beweislage über Sklavenjäger beim Bundesverfassungsgericht.

15. Rechtsmittel der Anhörsungsrüge gemäß §321a ZPO

gegen Beschluss 16 T 225/21 vom 12.Nov.2021 (eingegangen am

27.11.2021) der 16.Zivilkammer am Landgericht Wuppertal

mit unverhältnismäßigem, verfassungswidrigem Versagen von rechtlichem Gehör und

mit unverhältnismäßiger Opfer-, Alters- und Generationen-Diskriminierung mit Opfer, Alter und Generationen diskriminierender Rentenpfändung auf

Pfändungsschutzkonto des 80-jährigen Rentners
nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO vom 07.Okt.2021
an das Landgericht Wuppertal wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen
Beschwerde mit Kopie an Amtsgericht Velbert
nach sofortiger Beschwerde gemäß §567 ZPO vom 06.Sept.2021 an das
Landgericht Wuppertal mit Kopie an Amtsgericht Velbert
nach termingerechter Einspruch vom 25.Aug.2021
gegen manipulierte Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 872/21 auf
Pfändungsschutzkonto zu verfassungswidriger Krankenversicherung inkl.
Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch
GVin Franziska Ritzhaupt mit Einspruch an Amtsgericht Velbert
Mehr Einspruch geht nicht! Daher unverzügliche Einstellung aller
Zwangsmaßnahmen und Rückerstattung der Pfändungsbeträge
Daher: Übergabe und Zurückweisung weiterer Forderungen
rechtsanwaltlicher Vertretungen des „Sozialversicherungsträgers“ wegen
Vorrang für Rehabilitation und Schadenersatz des Zerschlagungsopfers
vor Finanzierung sozialer Zerschlagung
durch Sklavenjäger politisch motivierter Sklavenhaltung.
Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen Beschluss vom
12.11.2021 Aktenzeichen 16 T 225/21 (15 M 1156/21 Amtsgericht Velbert),
weil damit weitere Verzögerungen eingeleitet werden, um
Zwangsmaßnahmen fortsetzen zu können.
Amtsgericht wurde vom Beschwerdeführer zeitgleich über alle Eingaben am
Landgericht informiert, ohne Antwort an den Beschwerdeführer
Rechtsmittel der Anhörungsrüge wegen unverzüglichem Stopp der
Kontopfändung zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung und
wegen unverzüglicher Rückerstattung der durchgeführten Pfändungen
gemäß Anrufungen des Bundesverfassungsgerichts vom 18.Nov.2021 (2
BvR 2171/21, AR 8419/21) und früher.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>
Scroll down after link (page 55)

Schreiben vom 02.Jan.2022 an das Amtsgericht Velbert

Geschäftszeichen 11 C 89/19 mit Antwort (Punkte a-f) zu
Schreiben von Justizbeschäftigten Frank vom 09.12.2021 (eingegangen am
22.12.2021)

Schreiben vom 02.Mai 2022 an das Amtsgericht Velbert

Geschäftszeichen 11 C 89/19 mit Antwort (Punkte g-n)) zu
Schreiben von Justizbeschäftigten Frank vom 16.03..2022 (eingegangen am
27.04.2022)

Schriftsatz vom 24.Juli 2022 an Landgericht Wuppertal mit Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde nach §793 ZPO

gegen Kostenfestsetzungsbeschluss 11 C 89/19 vom 30.06.2022
(eingegangen am 15.07.2022)

Punkt o) Rechtsanwendungen des verfassungswidrigen
Kostenfestsetzungsbeschlusses haben keine Rechtskraft, weil Grundrechte
nicht respektiert werden.

Im Kostenbetrag Gerichtskosten zum 2.Mal berechnet

Soziale Zerschlagung in einem Opferkriminalisierungswahnsinn:
Zerschlagungsopfer hat de facto keine Krankenversicherung mehr,
Versicherungsträger erbringt keine Versicherungsleistungen mehr seit 2010
(seit 12 Jahren)

Krankenversicherung ist verfassungswidrig. Nachweis längst und
ausführlich erbracht.

Nicht nur Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung, darüber hinaus
Alters- und Generationen-Diskriminierung: Kostenbeschluss richtet sich
gegen Rentner im 81. Lebensjahr mit einem herausragenden Lebenswerk:
Zerschlagungsopfer wird wie ein Staatsfeind behandelt, mit
Politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998, seit über 20 Jahren unter
persönlicher Verantwortung von

Schröder, Steinmeier, Merkel und Söder,

wegen seinem herausragenden Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und
Europa

mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution und

professionellem Verlagsservice

Vorgang erfordert Richter-Kompetenz, weil Rechtspfleger nicht in der Lage sind, dem Druck von angewiesenen Staatsanwälten zu widerstehen.

Punkt p) Kostenfestsetzungsbeschluss: Rechtswidrig und asozial verfassungswidrig

Asozial, Alter diskriminierend, rechtswidrig: Gerichtskosten werden bei einem Rentner in fortgeschrittenem Alter ein 2.Mal abkassiert. Mit Nachweis.

Missbrauch von Krankenversicherung für soziale Zerschlagung anstatt für soziale Sicherheit.

Verfassungswidrige Rechtsanwaltskosten, mehrfach diskriminierend für Zerschlagungsoffer: Von klagender Krankenversicherung zu übernehmen und nicht vom Opfer sozialer Zerschlagung, das seine Kosten bis heute selbst tragen muss und keine Rechtsanwälte nutzen kann.

Antrag auf sofortige Einstellung der Kontopfändung auf Pfändungsschutzkonto für Rechtsanwaltskosten zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung und Rückerstattung der monatlichen Pfändungen seit Nov.2021: Sieh Punkt d und e.

Unverzichtbar: Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen und zur Verhinderung sozialer Zerschlagung.

Punkt q) Amtsgericht Velbert ist kein grundrechtsfreier Raum und nicht die Müllhalde für Versagen deutscher Justiz bei politisch motivierten Zerschlagungen

Punkt r) Ablehnungsgesuch gemäß §10 Rechtspflegergesetz gegen Rechtspfleger Jacob wegen Besorgnis der Befangenheit, wegen fehlender Richterkompetenz und Missachtung des Antrags auf richterliche Zuständigkeit.

Punkt s) Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde gemäß §793 ZPO gegen Kostenfestsetzungsbeschluss: Rechtsanwendungen der Sozialversicherung ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig, wenn sie ohne Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz wegen politisch motivierter Zerschlagungen soziale Zerschlagung anstatt soziale Sicherheit bewirken.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 92)

Schriftsatz vom 26.Sept. 2022 an Landgericht Wuppertal mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022

01. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .

> weil schon die Rechtsanwendungen des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsbeschlusses keine Rechtskraft haben, indem Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden,

> weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (sieh Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02),

> weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter dem Versicherungsträger und dieser längst zum Mittäter geworden ist,

> weil schon die Krankenversicherung verfassungswidrig und diese vom Landgericht Wuppertal mit Urteil 7 O 214/12 im April 2015 erzwungen wurde (Nachweis längst und ausführlich erbracht).

> weil der Versicherungsträger nur die soziale Zerschlagung will, seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt und darüber hinaus die Rechtsanwaltskosten für die Durchsetzung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung seit August 2021 vom Pfändungsschutz-Konto pfänden lässt,

> weil der Versicherungsträger nur die soziale Zerschlagung will, indem er sich seit 2011 als „Zeuge verkleidet“, um mit Unterstützung von skrupellosen Staatsanwälten mit Bußgeldverfahren gegen ihn vorzugehen und mit Eskalation Freiheitsberaubung mit psychischer Folter betreibt,

> weil die verwaltungsgerichtlichen Verfahren für politisch motivierte Zerschlagungen wegen Rehabilitierung und Schadenersatz längst Vorrang

haben müssen, ohne dass diese mit ständigen Attacken des Versicherungsträgers behindert und verhindert werden.

> weil in diesem Umfeld eine Abhilfe gemäß §572 ZPO mit Respektierung der Grundrechte des Zerschlagungsopfers nicht entschieden werden kann. Daher Rechtsmittel der Anhörsungsrüge wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde gegen verfassungswidrige Rechtskosten und wegen Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen.

02. Zerschlagungsopfer mit weltweit herausragenden Lebensleistungen und mit Anspruch auf ein humanes Lebensende ohne Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre)

ohne einen verfassungswidrigen Versicherungsträger, der mit ständigen Attacken als Kläger, als Zeuge und als Verfasser jämmerlicher Erinnerungsschreiben die verwaltungsgerichtlichen Verfahren auf Rehabilitierung und Schadenersatz behindert und verhindert und dafür auch noch Kosten berechnen will.

Brutal verfassungswidrig mit ekelhafter Opferverhöhnung entgegen Art.1 Abs.1 GG. Dieser Versicherungsträger ist längst zum Mittäter geworden, der aus der finalen Zerschlagung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 ohne Versicherungsleistungen maximalen Profit ziehen möchte.

Amtsgericht längst überfordert: Anstatt Opfer kriminalisierenden Versicherungsträger zu verurteilen, werden Opfer kriminalisierende Bußgeld-Verfahren mit einem „als Zeuge verkleideter“ Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen

Darüber hinaus: Amtsgericht Velbert, in denen sich inzwischen Richter verweigern und alles auf den Schreibtisch eines Rechtspflegers schieben, kann keine Abhilfe gemäß §572 ZPO schaffen, ist hoffnungslos überfordert im kausalen Umfeld von Politik-Versagen, sozialem Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen in direktem Zusammenhang mit den politisch motivierten Zerschlagungen seit über 20 Jahren

03. Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Kostenfestsetzungsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.

04. Bewertung des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsverfahren und aller anderen Verfahren anhand der

Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:

Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig

Politik-Versagen, soziales Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen:

Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern

wegen einem herausragenden Lebenswerk

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen,

mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl.

professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)

Zerschlagungsopfer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und verklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für

Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur

Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022

Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,

jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten

Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz)

zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit

Rückendeckung durch Berlin seit 1998

05. Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht

„Bürger sind keine Untertanen“
„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“
„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
**sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem
Lebenswerk nachgewiesen wie**
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und
EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und
Verwaltung
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>
Scroll down after link (page 124)

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und Geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Per Fax an 0202 498 3504

Landgericht Wuppertal
16. Zivilkammer
16 T 133/22

Eiland 1
42103 Wuppertal

Velbert, 24.12.2022

16 T 133/22

Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO vom 28.09.2022 wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022

gegen Beschluss des Rechtspflegers am Amtsgericht Velbert Jacob vom 17.10.2022 (erneut zugesandt am 13.12.2022)

gegen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 01.12.2022 der Debeka Krankenversicherungsverein (Geschäftszeichen 15 M 1627/22, abgestempelt mit „Jacob Rechtspfleger“,

gegen Rechtspfleger Jacob mit Ablehnungsgesuch vom 28.09.2022 gemäß Punkt r) auf Seite 3 in Anlage LG-04(KV)

Begründung: mit fortlaufender Nummerierung

06. Information über neue Verfassungsbeschwerde gemäß

Anlage LG-03 (KV)

Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022

wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung

wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf

wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen

am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf

mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr

Daher: Antrag auf Opferschutz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Begründung der Verfassungsbeschwerde

wegen Verletzung des grundrechtsgleichen Rechts auf rechtliches Gehör (Art.103 Abs.1 GG) und wegen grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand, weil andere Abhilfe nicht mehr möglich (Art.20 Abs.4 GG) und wegen Verstoß gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren (Art.6 EMRK) iVm Art.1 Abs.1 GG und weiteren Grundrechten

BVERFG-2301. Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer Folge.

Totales Justiz-Versagen: Gerichte übergreifend

mit Sozialversicherungsträger, der von Rechtsanwälten vertreten und von weisungsgebundenen Staatsanwälten unterstützt wird, der als Kläger und als Zeuge nur noch soziale Zerschlagung mit asozialen Attacken betreibt, mit Klage zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 und mit Pfändung auf Pfändungsschutzkonto,

mit Fortsetzung einer unverhältnismäßigen OWi-Hetze am Amtsgericht Mettmann seit 2011, jetzt am Amtsgericht Velbert, zweimal mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter mit Überfall durch 4-Mann-Polizeitrupp,

mit Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2011 zu politisch motivierten Zerschlagungen,

mit Klage am Verwaltungsgericht Köln, von da an Verwaltungsgericht Berlin, von da an am Landgericht Wuppertal, dort mit Klage-Aufteilung wegen politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, von dort zurück an Verwaltungsgericht Berlin

Klage-Erweiterung wegen Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF seit 1998, seit über 20 Jahren, am Verwaltungsgericht Düsseldorf,

gegen Kläger / Beklagten, heute im 82.Lebensjahr mit Anspruch auf ein humanes Lebensende anstatt entwürdigende Altersdiskriminierung ohne Respekt vor Lebensleistung und Generationendiskriminierung:

> Politisch motivierte Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder

Politik-Versagen, heute mit Digitalisierungsnotstand in Deutschland, mit politisch motivierten Zerschlagungen

nicht trotz, sondern wegen: _

Herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),

> > > [ONLINE Congressbände 1976 - 2003](#)

> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers mit unverhältnismäßiger Be-/Verhinderung/Sabotage von Rehabilitation und Schadenersatz im laufenden Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin ohne die Chance, in 2021 und 2022 nach einer umfassenden Verfassungsbeschwerde das laufende Verfahren fortsetzen zu können wegen ständiger asozialen Attacken des Klägers bis heute (soziale Zerschlagung unter Verantwortung des Sozialversicherungsträgers)

nach exotischem Gerichtsverfahren am Landgericht Wuppertal mit 3 O 61/19 und jetzt mit 3 O 228/22, mit Fortsetzung der OWi-Verfahren des Amtsgerichts Mettmann am Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22, OWi-Kostenhetzjagd seit 2011)

jetzt mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2121/22 gegen Amtsgericht Velbert / Landgericht Wuppertal 16 M 188/22

jetzt mit Beschwerdeverfahren am Oberlandesgericht Düsseldorf zu Gerichtsverfahren 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal und

Rechtsbeschwerde zu 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 Amtsgericht Velbert

Kapitale Vermögensschäden wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998: Ausschließliche Ursache für Probleme der Krankenversicherung und Pflegeversicherung.

Daher: Beklagter fordert die Respektierung von Menschenrechten, den Vorrang für Schadenersatzverfahren, die in unverhältnismäßiger Weise durch ständige Attacken des Sozialversicherungsträgers mit Unterstützung durch weisungsgebundene Staatsanwälte verhindert und sabotiert werden.

BVERFG-2302. Vorrang für Rehabilitation und Schadenersatz, weil Probleme der Sozialversicherungen ausschließlich durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 verursacht

Brutal verfassungswidrig: Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitation durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten

Brutal verfassungswidrig: Exzesse der Altersdiskriminierung ohne Respektierung der herausragenden Lebensleistung des Beschwerdeführers:

Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum

durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),

> > > [ONLINE Congressbände 1976 - 2003](#)

Zerschlagungsopfer: Ausgehelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

Ausgehelt mit der staatlichen UMTS-Auktion2000 unter persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier

Politisch motivierte Zerschlagung am Wohnort und am Geburtsort in Bayern unter persönlicher Verantwortung von [Merkel / Söder / Michel](#).
Erdrückende Beweislage mit Schriftsatz vom 20.Sept. 2022 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf (Anlage VB-2304)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>
Scroll down after link (page 253)
mit Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz
mit Mehrrichter-Entscheidung
nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 und [ARD/ÖRR-Krise mit Schlesinger-Skandal](#)
Fortsetzung der Klage mit Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 wegen Anerkennung und Vorrang des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 unter Mittäterschaft des ÖRR mit persönlicher Beteiligung von [Eva-Maria Michel](#), WDR-Justiziarin seit Okt.1997 und Stellv. Intendantin des WDR seit Jan.2008 bis Okt. 2022
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO vom 28.09.2022 wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022
gegen Beschluss des Rechtspflegers am Amtsgericht Velbert Jacob vom 17.10.2022 (erneut zugesandt am 13.12.2022)
gegen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 01.12.2022 der Debeka Krankenversicherungsverein (Geschäftszeichen 15 M 1627/22, abgestempelt mit Jacob Rechtspfleger trotz laufendem Ablehnungsgesuch
gegen Rechtspfleger Jacob mit Ablehnungsgesuch vom 28.09.2022 gemäß Punkt r) auf Seite 3 in Anlage LG-04(KV)

Sieh **Punkt r) Ablehnungsgesuch gemäß §10 Rechtspflegergesetz gegen Rechtspfleger Jacob wegen Besorgnis der Befangenheit, wegen fehlender Richterkompetenz und Missachtung des Antrags auf richterliche Zuständigkeit.**

Gemäß §47 Abs.1 ZPO sind die vom Rechtspfleger Jacob veranlassten Rechtsanwendungen rechtswidrig.

Anlage LG-04 (KV)

Schriftsatz vom 26.Sept. 2022 an Landgericht Wuppertal mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022

01. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .

> weil schon die Rechtsanwendungen des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsbeschlusses keine Rechtskraft haben, indem Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden,
> weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter **[Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder](#)** unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (siehe Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02),
> weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter dem Versicherungsträger und dieser längst zum Mittäter geworden ist,
> weil schon die Krankenversicherung verfassungswidrig und diese vom Landgericht Wuppertal mit Urteil 7 O 214/12 im April 2015 erzwungen wurde (Nachweis längst und ausführlich erbracht).

> weil der Versicherungsträger nur die soziale Zerschlagung will, seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt und darüber hinaus die Rechtsanwaltskosten für die Durchsetzung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung seit August 2021 vom Pfändungsschutz-Konto pfänden lässt,

> weil der Versicherungsträger nur die soziale Zerschlagung will, indem er sich seit 2011 als „Zeuge verkleidet“, um mit Unterstützung von skrupellosen Staatsanwälten mit Bußgeldverfahren gegen ihn vorzugehen und mit Eskalation Freiheitsberaubung mit psychischer Folter betreibt,

> weil die verwaltungsgerichtlichen Verfahren für politisch motivierte Zerschlagungen wegen Rehabilitation und Schadenersatz längst Vorrang

haben müssen, ohne dass diese mit ständigen Attacken des Versicherungsträgers behindert und verhindert werden.

> weil in diesem Umfeld eine Abhilfe gemäß §572 ZPO mit Respektierung der Grundrechte des Zerschlagungsopfers nicht entschieden werden kann.

Daher Rechtsmittel der Anhörungsrüge wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde gegen verfassungswidrige Rechtskosten und wegen Vorrang von Rehabilitation und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen.

02. Zerschlagungsopfer mit weltweit herausragenden Lebensleistungen und mit Anspruch auf ein humanes Lebensende

ohne Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre)

ohne einen verfassungswidrigen Versicherungsträger, der mit ständigen Attacken als Kläger, als Zeuge und als Verfasser jämmerlicher Erinnerungsschreiben die verwaltungsgerichtlichen Verfahren auf Rehabilitation und Schadenersatz behindert und verhindert und

dafür auch noch Kosten berechnen will.

Brutal verfassungswidrig mit ekelhafter Opferverhöhnung entgegen Art.1 Abs.1 GG. Dieser Versicherungsträger ist längst zum Mittäter geworden, der aus der finalen Zerschlagung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 ohne Versicherungsleistungen maximalen Profit ziehen möchte.

Amtsgericht längst überfordert: Anstatt Opfer kriminalisierenden Versicherungsträger zu verurteilen, werden Opfer kriminalisierende Bußgeld-Verfahren mit einem „als Zeuge verkleideter“ Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen

Darüber hinaus: Amtsgericht Velbert, in denen sich inzwischen Richter verweigern und alles auf den Schreibtisch eines Rechtspflegers schieben, kann keine Abhilfe gemäß §572 ZPO schaffen, ist hoffnungslos überfordert im kausalen Umfeld von Politik-Versagen, sozialem Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen in direktem Zusammenhang mit den politisch motivierten Zerschlagungen seit über 20 Jahren

03. Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Kostenfestsetzungsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.

04. Bewertung des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsverfahren und aller anderen Verfahren anhand der

Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:

Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig

Politik-Versagen, soziales Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen:

Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern **wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen, mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)**

Zerschlagungsoffer: Ausgehobelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur

Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,

jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz) zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998

05. Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht

„Bürger sind keine Untertanen“

„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“

„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,

sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, . . . :

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 124)

Mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand (Art.20 Abs.4 GG) zurückzuweisen:

Anlage LG-05 (KV)

Beschluss 11 C 89/19 des Amtsgerichtes Velbert (Rechtspfleger Jacob) vom 17.10.2022 (erneut eingegangen am 13.12.2022)

Anlage LG-06 (KV)

Brutal verfassungswidrig, weil Opfer verhöhrend, Opfer diskriminierend, Opfer kriminalisierend: Missbräuchliche Anwendung einer Förmlichen Zustellung einer Zustellungssendung mit Jacob Rechtspfleger Stempel durch Obergerichtsvollzieher Thomas Oppermann mit Unterdrückung von Seiten, die dem Opfer bewusst vorenthalten werden

Brutal verfassungswidrig sind die von Rechtspfleger Jacob veranlassten Zwangsmaßnahmen auf dem Pfändungsschutzkonto des Opfers.

Verfassungswidrig ist die Krankenversicherung des Sozialversicherungsträgers, Gerichtsverfahren in 2021 am Landgericht Wuppertal wegen fehlender rechtsanwaltlicher Vertretung abgelehnt: Aktenzeichen 9 S 30/21, 11 C 89/19 Amtsgericht Velbert, 3 O 61/19 Landgericht Wuppertal

Verfassungswidrig: Pfändungsschutz-Konto (seit 2013) vom Kläger missbraucht für laufende Pfändung von Rechtsanwaltskosten einer verfassungswidrigen Krankenversicherung aus künstlichem Teilversäumnisurteil am Landgericht Wuppertal (7 O 214/12)

Anlage VB-2305 in neuer Verfassungsbeschwerde:

Brutal verfassungswidrige Ausgrenzung aus Solidargemeinschaft

durch Pfändung der Energiepreispauschale der Bundesregierung wegen Rechtsanwaltskosten des Sozialversicherungsträgers für verfassungswidrige Krankenversicherung am 08.12.2022

Ein Sozialversicherungsträger,

der für derartige asoziale Pfändungen verantwortlich ist und der

Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitierung durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung betreibt,

der hat seine Berechtigung als Sozialversicherungsträger definitiv verloren, weil er nur noch soziale Zerschlagung mit asozialen Attacken betreibt, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010.

Jeder Bundesbürger hat Anspruch auf Weihnachtsruhe, Rentner im 82. Lebensjahr auch. Daher Antrag auf nachzuholende Weihnachtsruhe bis 31. Januar 2023.

Velbert, 24.12.2022



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 19)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und so ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congressse für Künstliche Intelligenz (KI) mit $3 \times 4 = 12$ ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf dem staatlichen Digital-Gipfel im Dezember 2018/2019, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung unserer Europäischen Congressmessen unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

> > > [ONLINE Congressbände 1976 - 2003](#)

Anlage LG-03 (KV)

Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022

wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung

wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf

wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen

am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf

mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr

Daher: Antrag auf Opferschutz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Anlage LG-04 (KV)

Schriftsatz vom 26.Sept. 2022 an Landgericht Wuppertal mit

Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO

wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022

01. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .

> weil schon die Rechtsanwendungen des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsbeschlusses keine Rechtskraft haben, indem Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden,

> weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (siehe Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02),

> weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter dem Versicherungsträger und dieser längst zum Mittäter geworden ist,

> weil schon die Krankenversicherung verfassungswidrig und diese vom Landgericht Wuppertal mit Urteil 7 O 214/12 im April 2015 erzwungen wurde (Nachweis längst und ausführlich erbracht).

> weil der Versicherungsträger nur die soziale Zerschlagung will, seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt und darüber hinaus die Rechtsanwaltskosten für die Durchsetzung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung seit August 2021 vom Pfändungsschutz-Konto pfänden lässt,

> weil der Versicherungsträger nur die soziale Zerschlagung will, indem er sich seit 2011 als „Zeuge verkleidet“, um mit Unterstützung von skrupellosen Staatsanwälten mit Bußgeldverfahren gegen ihn vorzugehen und mit Eskalation Freiheitsberaubung mit psychischer Folter betreibt,

> weil die verwaltungsgerichtlichen Verfahren für politisch motivierte Zerschlagungen wegen Rehabilitierung und Schadenersatz längst Vorrang

haben müssen, ohne dass diese mit ständigen Attacken des Versicherungsträgers behindert und verhindert werden.

> weil in diesem Umfeld eine Abhilfe gemäß §572 ZPO mit Respektierung der Grundrechte des Zerschlagungsopfers nicht entschieden werden kann.

Daher Rechtsmittel der Anhörungsrüge wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde gegen verfassungswidrige Rechtskosten und wegen Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen.

02. Zerschlagungsoffer mit weltweit herausragenden Lebensleistungen und mit Anspruch auf ein humanes Lebensende

ohne Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre)

ohne einen verfassungswidrigen Versicherungsträger, der mit ständigen Attacken als Kläger, als Zeuge und als Verfasser jämmerlicher Erinnerungsschreiben die verwaltungsgerichtlichen Verfahren auf Rehabilitierung und Schadenersatz behindert und verhindert und

dafür auch noch Kosten berechnen will.

Brutal verfassungswidrig mit ekelhafter Opferverhöhnung entgegen Art.1 Abs.1 GG. Dieser Versicherungsträger ist längst zum Mittäter geworden, der aus der finalen Zerschlagung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 ohne Versicherungsleistungen maximalen Profit ziehen möchte.

Amtsgericht längst überfordert: Anstatt Opfer kriminalisierenden Versicherungsträger zu verurteilen, werden Opfer kriminalisierende Bußgeld-Verfahren mit einem „als Zeuge verkleideter“ Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen

Darüber hinaus: Amtsgericht Velbert, in denen sich inzwischen Richter verweigern und alles auf den Schreibtisch eines Rechtspflegers schieben, kann keine Abhilfe gemäß §572 ZPO schaffen, ist hoffnungslos überfordert im kausalen Umfeld von Politik-Versagen, sozialem Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen in direktem Zusammenhang mit den politisch motivierten Zerschlagungen seit über 20 Jahren

03. Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Kostenfestsetzungsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.

04. Bewertung des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsverfahrens und aller anderen Verfahren anhand der

Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:

Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig
Politik-Versagen, soziales Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen:

Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen, mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)

Zerschlagungsoffer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für

Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur

Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,

jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz)
zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)
bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998

05. Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht

„Bürger sind keine Untertanen“

„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“

„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,

sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und

EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 124)

Anlage LG-05 (KV)

Beschluss 11 C 89/19 des Amtsgerichtes Velbert (Rechtspfleger Jacob) vom 17.10.2022 (erneut eingegangen am 13.12.2022)

Anlage LG-06 (KV)

Brutal verfassungswidrig, weil Opfer verhöhrend, Opfer diskriminierend, Opfer kriminalisierend: Rechtsmissbräuchliche Anwendung einer Förmlichen Zustellung einer Zustellungssendung mit Jacob Rechtspfleger Stempel durch Obergerichtsvollzieher Thomas Oppermann vom 12.Dez.2022 mit Unterdrückung von Seiten, die dem Opfer bewußt vorenthalten werden.
(15 M 1627/22)

Anlagen im Schriftsatz vom 28. Sept. 2022

Anlage OWiV-01

**Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende
Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit
zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter
dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft**

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf
vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der
vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

Anlage OWiV-02: Kausales Umfeld des Bußgeld-Verfahrens

**Zerschlagung 3 (Z3): Opfer kriminalisierende Verfahren am
Verwaltungsgericht Düsseldorf mit ausführlicher Beschreibung
des Umfeldes politisch motivierter Zerschlagungen einschließlich
sozialer Zerschlagung (Z4, Z5)**

wegen Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des Öffentlich-
rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit erdrückender Beweislage zu
skandalösen Praktiken (Schlesinger-Skandal) und der
stellvertretenden WDR-Intendantin mit Sondervollmachten und mit
Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

Anlage LG2022-03 Seite 1-16

Schreiben vom 02.Jan.2022 an das Amtsgericht Velbert

Geschäftszeichen 11 C 89/19 als Antwort zu

Schreiben von Justizbeschäftigten Frank vom 09.12.2021 (eingegangen am 22.12.2021)

Schreiben vom 02.Mai 2022 an das Amtsgericht Velbert

Geschäftszeichen 11 C 89/19

Schreiben von Justizbeschäftigten Frank vom 16.03..2022 (eingegangen am 27.04.2022)

Anlage LG2022-04

Nachweis, dass die Gerichtskosten des Amtsgerichtes Velbert

Geschäftszeichen 11 C 89/19 durch Zahlungen anderer

Verfahrensbeteiligter ausgeglichen sind

Anlage LG2022-05

Kostenfestsetzungsbeschluss 11 C 89/19 des Amtsgerichtes Velbert vom

30.06.2022 **mit völlig unverständlicher Tabelle** (eingegangen am 15.07.2022)

zu verfassungswidriger Krankenversicherung gegen Opfer politisch motivierter

Zerschlagungen seit 1998 ohne Versicherungsleistungen seit 2010

Anlagen im Schriftsatz vom 02.Jan. 2022 an das Amtsgericht Velbert (11 C 89/19)

Anlage AG2022-01

Schriftsatz vom 08.Dez.2021 an Landgericht Wuppertal mit Rechtsmittel der

Anhörungsrüge gegen Beschluss 16 T 225/21 ohne Abhilfe von Opfer

diskriminierender und entwürdigender Bescheidung der sofortigen Beschwerde

gegen Durchführung der manipulierten Zwangsvollstreckungssache 1 DRII 872/21

der Debeka Krankenversicherung a.G. und geplanten Anschluss-

Zwangsmaßnahmen auf Pfändungsschutzkonto ohne rechtliches Gehör zu

termingerechten Einspruch vom 25.Aug.2021

12. Relevante Argumente gegen abqualifizierende, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung und gegen

Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters- und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung

eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers

durch aktive Beteiligung führender Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Einspruch mit Hinweis auf Anerkennung und führende Beteiligung durch

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident von NRW und danach Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland

auf der KOMMTECH'88 in Essen (Anlage VB-AA)

Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: **1 Jahr vor dem Mauerfall**

Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung

auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:

Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung

Hochqualifizierte Präsentation von Themenschwerpunkten wie **Künstlicher Intelligenz und Robotics** mit professioneller Doku

für die Zukunft Deutschlands

Heute: Politisch motivierte Sklavenhaltung wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Justiz mit

Opfer verhöhnenden und diskriminierenden Zwangsmaßnahmen gegen Zerschlagungsopfer am Amtsgericht Velbert und Landgericht Wuppertal

13. Gegen abqualifizierende, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung und gegen Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters- und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung

eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers

Fortsetzung der politisch motivierten, bundesweiten Sippenzerschlagung mit Opferdiskriminierung, Opferkriminalisierung und Opferterrorisierung nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa:

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, **sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie**

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

14. Nach Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 nicht den Hauch einer Chance:

Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems! Seit 1998:

Im Alter von 80 Jahren: Verfassungswidrige Alters- und Generationen-Diskriminierung durch nachrückende Generationen
Ausgehobelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt:

Politisch motivierte Sklavenhaltung seit 2010, seit über 10 Jahren, ohne Chance nach

politisch motivierter Sippenzerschlagung am Wohnort und am Geburtsort unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

mit extrem unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010

wegen verheerender Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Rehabilitierung, Schadenersatz und zu kausalen Zusammenhängen

mit verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen

mit Benutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto seit 2013,

mit Gerichtsverfahren am laufendem Bande, parallel und hintereinander,

an Verwaltungsgerichten in Regensburg, Düsseldorf und Berlin,

an Amtsgerichten in Mettmann und Velbert,

am Landgericht Wuppertal, am Sozialgericht Düsseldorf,

durch mehrere Instanzen bis zum Bundesverfassungsgericht

ohne Wochenende-Ruhe, ohne Weihnachts-Ruhe, ohne Oster-Ruhe, ohne Urlaubs-Ruhe,

mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin, in den Tod und in Nachlass-Insolvenz,

mit Treib- und Hetzjagd gegen klagendes Opfer mit Täter/Opfer-Umkehr (unverhältnismäßige Opferkriminalisierung)

> > > mit sozialer Zerschlagung durch einen Opfer kriminalisierenden

„Sozialversicherungsträger“ ohne Versicherungsleistungen seit 2010, aber mit Zwangsmaßnahmen zu einer verfassungswidrigen

Krankengrundversicherung.

mit Rundfunksperre über den Unternehmens-Genozid der digitalen

Innovationselite durch verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000.

mit direktem Schaden durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk durch Verstoß gegen das Presserecht und

mit Zugangssperre zu Politmagazinen. . .

Es ist alles aufgeklärt mit erdrückender Beweislage über Sklavenjäger beim Bundesverfassungsgericht.

15. Rechtsmittel der Anhöhrungsrüge gemäß §321a ZPO

gegen Beschluss 16 T 225/21 vom 12.Nov.2021 (eingegangen am

27.11.2021) der 16.Zivilkammer am Landgericht Wuppertal

mit unverhältnismäßigem, verfassungswidrigem Versagen von rechtlichem Gehör und

mit unverhältnismäßiger Opfer-, Alters- und Generationen-Diskriminierung mit Opfer, Alter und Generationen diskriminierender Rentenpfändung auf Pfändungsschutzkonto des 80-jährigen Rentners

nach Rechtsmittel der Anhöhrungsrüge gemäß §321a ZPO vom 07.Okt.2021

an das Landgericht Wuppertal wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde mit Kopie an Amtsgericht Velbert

nach sofortiger Beschwerde gemäß §567 ZPO vom 06.Sept.2021 an das Landgericht Wuppertal mit Kopie an Amtsgericht Velbert

nach termingerechter Einspruch vom 25.Aug.2021

gegen manipulierte Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 872/21 auf

Pfändungsschutzkonto zu verfassungswidriger Krankenversicherung inkl. Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt mit Einspruch an Amtsgericht Velbert Mehr Einspruch geht nicht! Daher unverzügliche Einstellung aller Zwangsmaßnahmen und Rückerstattung der Pfändungsbeträge Daher: Übergabe und Zurückweisung weiterer Forderungen rechtsanwaltlicher Vertretungen des „Sozialversicherungsträgers“ wegen Vorrang für Rehabilitation und Schadenersatz des Zerschlagungsopfers vor Finanzierung sozialer Zerschlagung durch Sklavenjäger politisch motivierter Sklavenhaltung. Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen Beschluss vom 12.11.2021 Aktenzeichen 16 T 225/21 (15 M 1156/21 Amtsgericht Velbert), weil damit weitere Verzögerungen eingeleitet werden, um Zwangsmaßnahmen fortsetzen zu können. Amtsgericht wurde vom Beschwerdeführer zeitgleich über alle Eingaben am Landgericht informiert, ohne Antwort an den Beschwerdeführer Rechtsmittel der Anhörungsrüge wegen unverzüglichem Stopp der Kontopfändung zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung und wegen unverzüglicher Rückerstattung der durchgeführten Pfändungen gemäß Anrufungen des Bundesverfassungsgerichts vom 18.Nov.2021 (2 BvR 2171/21, AR 8419/21) und früher.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>
Scroll down after link (page 55)

Anlage AG2022-02

Schriftsatz vom 24.Dez.2021 zur Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde vom 18.Okt.2021 mit Gerichte übergreifenden Aktivitäten des „Sozialversicherungsträgers“ wegen fortgesetzter Anhörungsrücksturz gegen sofortige Beschwerde ohne Bescheidung zu Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen Beschluss 16 T 225/21 am Landgericht Wuppertal (15 M 1156/21 Amtsgericht Velbert) vom 12.11.2021 (eingegangen am 29.11.2021)

BVERFG-62. Kausale Zusammenhänge mit politisch motivierten Zerschlagungen

nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

mit Verweigerung von Rehabilitation und Schadenersatz durch nachfolgende Generationen von Politik und Justiz.

Relevante Argumente gegen respektlose, abqualifizierende, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung und gegen Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters- und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung

eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers durch aktive Beteiligung führender Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Einspruch mit Hinweis auf Anerkennung und führende Beteiligung durch **Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident von NRW und danach Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland**

auf der KOMMTECH'88 in Essen (Anlage VB-AA)
Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: **1 Jahr vor dem Mauerfall**

Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:

Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung

Hochqualifizierte Präsentation von Themenschwerpunkten wie **Künstlicher Intelligenz und Robotics** mit professioneller Doku **für die Zukunft Deutschlands**

BVERFG-63. Gegen abqualifizierende, unverhältnismäßige, Menschenrechte verachtende Opferkriminalisierung und gegen Eskalation verfassungswidriger Justiz mit **unverhältnismäßiger Alters- und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung**

eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers
Fortsetzung der politisch motivierten, bundesweiten Sippenzerschlagung mit sozialer Zerschlagung im Risiko-Rentenalter, mit Opferdiskriminierung,

Opferkriminalisierung und Opferterrorisierung
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des
Zerschlagungsopfers mit
Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und
Europa:

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
**sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an
seinem Lebenswerk nachgewiesen wie**

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und
EU-Generaldirektoren, Bundesminister,

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und
Verwaltung

Heute: Deutschland ist Digitalisierungs-Schlusslicht
mit größten IT-Sicherheitsmängeln und Datenschutz-Risiko in Europa,
mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit
mit bundesweiten Zerschlagungen unter Verantwortung der regierenden
Generation seit 1998

**nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit
Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und
Europa**

BVERFG-64. Heute: Politisch motivierte Sklavenhaltung
wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Justiz mit
Opfer verhöhnenden und Opfer diskriminierenden Zwangsmaßnahmen
gegen Zerschlagungsopfer
am Amtsgericht Velbert und Landgericht Wuppertal parallel zu
sozialgerichtlichen Verfahren mit Zwangsmaßnahmen-Chaos.
Eskalation sozialgerichtlicher Verfahren seit 2011
mit Zwangsmaßnahmen zu politisch motivierter Sklavenhaltung
mit mehreren Sklavenjägern gemäß Rubrum (sprachlos, taubstumm, mit
Gerichte übergreifenden Verfolgungsstrategien der sozialen Zerschlagung).
Soziale Zerschlagung im Risiko-Rentalter von 80 Jahren
als Fortsetzung politisch motivierter Sippenzerschlagung
vor und nach der mündlichen Anhörung (missbräuchlich „Verhandlung“)
am Landessozialgericht Essen

Verfassungsbeschwerde gegen Beschwerdegegner

mit verfassungswidriger Krankenversicherung ohne

Versicherungsleistungen seit 2010,

**mit privater Pflegeversicherung ohne Perspektive auf
Versicherungsleistungen,**

mit Gerichte übergreifende Opferkriminalisierung-Verfahren an den
Amtsgerichten Mettmann / Velbert und Landgericht Wuppertal seit 2011 und
am Sozialgericht Düsseldorf seit 2012 und
mit parallelen Zwangsmaßnahmen der Opferkriminalisierung inkl. 2-maliger
Freiheitsberaubung mit psychischer Folter,
gegen ehemaligen „Sozialversicherungsträger“, der soziale Zerschlagung
anstatt soziale Sicherung betreibt, der überhaupt keine
Versicherungsleistungen erbringen will,
ohne jede Reputation, ohne jede Qualifikation für soziale Sicherheit,
taub, stumm und sprachlos vor Gericht, mit 2-zeiliger Klagebegründung
gegen 33.000 Zeilen des Zerschlagungsopfers,
mit Eskalation zu politisch motivierter Sklavenhaltung

BVERFG-65. Verfassungswidrig: Beschwerde-Instanz versagt Bescheidung
der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen Beschluss 16 T 225/21 am
Landgericht Wuppertal (15 M 1156/21 Amtsgericht Velbert) vom 12.11.2021
(eingegangen am 29.11.2021)

Anstatt Bescheidung der Anhörungsrüge: Neue Rechnung des sog.
„Sozialversicherungsträgers“ zu verfassungswidrigen Krankenversicherung
ohne Versicherungsleistungen seit über 10 Jahren
mit Schreiben vom 09.12.2021 (eingegangen am 22.12.2021) zu
Stellungnahme binnen 2 Wochen durch Justizbeschäftigten anstatt durch
Richter(in) gemäß Anlage VB-YC01

Zwangsmaßnahmen-Chaos am Amtsgericht Velbert, Richter werden durch
Rechtspfleger und Justizbeschäftigte ohne entsprechende Kenntnisse zu
Vorgängen seit 1998 vertreten und damit weiteren Repressalien im Zuge
politisch motivierter Sklavenhaltung unterworfen

Politisch motivierte Sklavenhaltung,
hier auch ohne Weihnachtstruhe seit 2010, mit nicht mehr vorstellbarer Alters-
und Generationen-Diskriminierung eines 80-jährigen Rentners

Amtsgericht Velbert ist kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland
Soziale Zerschlagung durch „Sozialversicherungsträger“ als Folgewirkung
politisch motivierter, bundesweiter Zerschlagungen
**nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und
Europa**
mit Zerschlagungen unter Verantwortung der regierenden Generation seit
1998.

BVERFG-66. Angegriffene Hoheitsakte, Gerichte übergreifend erzwungen
durch taubstummen „Sozialversicherungsträger“ des sozialgerichtlichen
Verfahrens, ohne Bescheidung der Anhörungsrüge vom 08.Dez.2021 gemäß
Anlage VB-YD

Gerichte übergreifende Begleitung und Fortsetzung des sozialgerichtlichen
Verfahrens

Angegriffene Hoheitsakte des sozialgerichtlichen Verfahrens in Kapitel
BVERFG-52:

Schriftsatz vom 08.Dez.2021 an Landgericht Wuppertal (Anlage VB-YD) mit
Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Beschluss 16 T 225/21 ohne Abhilfe
von Opfer diskriminierender und entwürdigender Bescheidung der sofortigen
Beschwerde gegen Durchführung der manipulierten
Zwangsvollstreckungssache 1 DR11 872/21 der Debeka Krankenversicherung
a.G. und geplanten Anschluss-Zwangsmaßnahmen auf
Pfändungsschutzkonto ohne rechtliches Gehör zu termingerechten
Einspruch vom 25.Aug.2021

Kein grundrechtsfreier Raum am Amtsgericht/Landgericht durch
Abschiebung von Verantwortung an Rechtspfleger und Justizbeschäftigte

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26f.pdf>

Scroll down after link (page 157)

Anlage VB-AA: In direkter Nachbarschaft zum Gerichtsbezirk des
Landgerichtes Wuppertal, verantwortlich für eine Serie von
Gerichtsverhandlungen seit 2011, nach politisch motivierter,
bundesweiter Sippenzerschlagung und nachfolgend mit politisch
motivierter Sklavenhaltung

unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998,
bis heute mit juristischer Verweigerung von Rehabilitation und
Schadenersatz (über 20 Jahre), vor über 30 Jahren:

Dr. Johannes Rau, geb. am 16. Januar 1931 in *Wuppertal*,
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen,
Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)
Schirmherr und Eröffnungsredner der KOMMTECH 1988
in der Messe Essen

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

und die Europäischen Kongressmessen KOMMTECH'86,
KOMMTECH'87 und KOMMTECH'88 in Essen

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_86.pdf

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_88.pdf

Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten ist nicht nur eine große
Auszeichnung, sondern ist Beweis für die Bedeutung in einem Land:

**3 Kongressmessen für technische Automation mit
18 hochqualifizierten Kongressen** (4 Tage je Kongress) inkl.
professionellem Verlagsservice (18 ISBN-nummerierte Kongressbände
mit hoher Auflage für Kongressteilnehmer und Nachmesse-Verkauf,
ohne Subventionen) mit Fachmesse und mit einer Vielzahl praxisnaher
Seminare

Diese Kongressmessen fanden zusätzlich statt zu seinen
Europäischen Congressmessen ONLINE mit dem

weltweit größten Congressprogramm für digitale Evolution in

Deutschland und Europa,

mit professionellem Verlagsservice (ISBN-nummerierter Congressband je Congress).

Beide Congressmessen, KOMMTECH und ONLINE, sind eine Weiterentwicklung seiner

ONLINE-Seminarreihe mit qualifizierter Dokumentation, die das Zerschlagungsoffer selbst entwickelt und in Deutschland, Österreich, Schweiz und auch in der Technischen Akademie in Wuppertal, in den 1970er Jahren als Unternehmensberater durchgeführt hat.

Seite 01: **Dr. Johannes Rau,**

Schirmherr der Europäischen Kongressmesse KOMMTECH'88, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen

Eröffnungsansprache mit Simultanübersetzung zu

„*Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chance für den Strukturwandel*“

„*New information and communication technologies: Chance of structural Change*“

Dr. Johannes Rau (1) und Peter Willi Reuschenbach (3), Oberbürgermeister der Stadt Essen) beim Messe-Rundgang

Seite 02: Kongressmesse-Schirmherr **Dr. Johannes Rau (1)**

besucht den Messestand der ehemaligen DDR,

die mit einer hochrangigen Delegation angereist und mit dem Workshop-Zentrum IV „Software für Hochtechnologien der DDR“ vertreten war. Weitere Personen:

Prof. Dr. Dr. Helmut Koziolk (2), Leitendes Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (DDR) und Auswärtiges Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften, später Teilnehmer an den Zwei-plus-Vier-Gesprächen, mit denen der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands geebnet wurde (Zeuge:

Alt-Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble)

Albin L. Ockl (4), Gründer und geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Seite 03: **ONLINE-Seminarreihe an der Technischen Akademie in Wuppertal, später im Haus der Technik in Essen** (Kurzfassung der Seminarbeschreibung mit Nachweis über qualifizierte Kenntnisse von Datenschutz) als Vorläufer seiner Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution

Seite 04: Kongressband VI (ISBN 3-89077-035-5) der KOMMTECH'86 zu Kongress VI (KI/Künstliche Intelligenz und Expertensysteme, Software-Engineering und PC-Anwendungstechnik)

Seite 05: Kongressband VI (ISBN 3-89077-048-7) der KOMMTECH'87 zu Kongress VI (Wissensbasierte Systeme in der Praxis: Künstliche Intelligenz auf dem Prüfstand)

Seite 06: Kongressband III (ISBN 3-89077-057-6) der KOMMTECH'88 zu Kongress III (Expertensysteme in Planung und Produktion)

Seite 07: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'86
Programmübersicht

Seite 08: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'87
Programmübersicht

Seite 09: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'88
Programmübersicht

Seite 10: Plenarveranstaltung zur Eröffnung der Fachmesse KOMMTECH'86

Seite 11: KOMMTECH'88 Information Brochure (front) 5th Congress Fair for Technical Automation

Seite 12: KOMMTECH'88 Plenary Session Seminars

Seite 13: Plenarveranstaltung zur Eröffnung der Fachmesse

KOMMTECH'88

Seite 14 a/b: **Dr. Johannes Rau**, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr mit Grußwort (a deutsch, b englisch) und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH'88, sieh auch im Internet

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

Anlage VB-208: Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor (Finanzsenator 1985-1989) auf dem Senatsempfang für Congressteilnehmer auf der ONLINE 1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :

„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend“ . . .

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation

einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Anlage VB-209: Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997) auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“

"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Schirmherrschaft des Ersten Bürgermeister ist nicht nur eine große Auszeichnung, sondern ist Beweis für die Bedeutung in Hamburg.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 7)

Anlage VB-210: Erkki Liikanen, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der EU-KOMMISSION: „Für eine Informationsgesellschaft für alle“

auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anlage VB-211z: Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anlage VB-212z: Highlights der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001:

eCommerce & mCommerce, eBusiness & eSecurity, Telekom-Markt 2001, Internet- und Netze-Evolution

Anlage VB-213z:

Plenum der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 unter Leitung von **Prof. Dr.-Ing. Dr.h.c.mult. Paul J. Kühn**, Direktor des Instituts für Kommunikationsnetze und Rechnersysteme an der Universität Stuttgart, Congressleiter und Moderator der Plenarveranstaltungen der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1995-2003

eCity Düsseldorf auf den Säulen eGovernment, eSchool & eCommerce, Joachim Erwin, Oberbürgermeister der

Landeshauptstadt Düsseldorf

eEurope: Eine Informationsgesellschaft für alle.

Aktionsplan eEurope 2002 , **Erkki Liikanen**, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der EU-KOMMISSION

Anlage VB-214z: Management I-1 ONLINE 2001
Telekom-Markt Europa 2001: Quo vadis? Stand, Strategien und Visionen

Anlage VB-215z: Management I-2 ONLINE 2001
Internet- und Netze-Evolution: High Speed Services, Satelliten-Lösungen, Technologie-Trends

Anlage VB-216z: Congressmesse-Programm ONLINE 2001
Herausragende Congressse in Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den TK&IT-Innovationen in 12 Congressbänden

Anlage VB-YA: > Dr. Caspers, Mock Partner mbH (Anlage VB-YA) und zurückzuweisende Zwangsmaßnahmen des Opfer kriminalisierenden „Sozialversicherungsträgers“ ohne Versicherungsleistungen seit 2010: Verfassungswidrige Kontopfändungen auf Pfändungsschutzkonto seit 2013 mit Belegen vom 02.11.2021 und

und weiterer geplanten Kontopfändung in Höhe von

Anlage VB-YA01: Verfassungswidrige Pfändung vom 02.11.2021

Anlage VB-YA02: Verfassungswidrige Pfändung vom 02.12.2021 und weiterer Pfändungsbetrag bereits gesperrt

Anlage VB-YB: > Rechtsanwälte Giebel und Kollegen (Anlage VB-YB) und zurückzuweisende Rechnungen vom 7.12.2021

Anlage VB-YB01: Zurückzuweisende Rechnung für verfassungswidrige Krankenversicherung

Anlage VB-YB02: Zurückzuweisende Rechnung für Pflegeversicherung wegen Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz durch übergriffigen Staat

Anlage VB-VGB06 (Anlage in Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1959/21 vom 4.Okt.2021:
Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung der politisch motivierten Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch **Sozialversicherungsträger Debeka ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbietung eines diskriminierenden Notlagentarifs einer verfassungswidrigen Krankenversicherung,**

nachgewiesen in dem Verfahren am Landgericht Wuppertal 9 S 30/21 (ab 28.Jan.2021) unter Vorsitzenden Richter am Landgericht Istel,

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-20.pdf>

Scroll down after link (page 246), mit gleichzeitiger, paralleler Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 (AR 864/21) vom 05.Jan.2021

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27.pdf>

Scroll down after link (page 155)

hier mit Antrag des Sozialversicherungsträgers an Amtsgericht Velbert (11 C 89/19) auf Erteilung einer vollstreckbaren Ausfertigung eines Kostenfestsetzungsbeschlusses und mit

Einleitung einer Zwangsmaßnahme auf Pfändungsschutzkonto gemäß Anlage VB-VGB03 (zugesandt in

Verfassungsbeschwerde 1 BvR1959/21 vom 18.Aug.2021):
Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger
Opferkriminalisierung der politisch motivierten Sklavenhaltung mit
orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch
Sozialversicherungsträger Debeka
ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbiederung einer
verfassungswidrigen Krankenversicherung, hier mit manipulierten
Antrag (Geburtsdatum des 80-jährigen Opfers geschwärzt) auf Erlass
eines Pfändungsbeschlusses (eingegangen am 14.08.2021) auf
Pfändungsschutzkonto ohne Kreditmöglichkeiten

Anlage LG2108-03: Nachweis der Verfassungswidrigkeit der
Krankenversicherung durch Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 (AR 864/21)
vom 05.Jan.2021 (1 BvR 2662/20 abgelegt als AR 864/21)
in Kopie an Landgericht Wuppertal 9 S 30/21 (11 C 89/19 Amtsgericht Velbert)

Anlage LG2108-04:
Verfahren am Landgericht Wuppertal 9 S 30/21 (11 C 89/19 Amtsgericht Velbert)
mit Schriftsatz vom 18.Jan.2021 mit Vorlage der Verfassungsbeschwerde 2 BvR
880/21 (AR 864/21) vom 05.Jan.2021 (1 BvR 2662/20 abgelegt als AR 864/21)

Anlage LG2108-01
Wahrheitswidrige, Beschluss-gleiche Mitteilung des Amtsgerichts Velbert
vom 30.08.2021 (eingegangen am 03.09.2021), dass kein konkreter Antrag
betreffend das vorliegende Vollstreckungsverfahren im Schriftsatz vom
25.Aug.2021 erkannt

Anlage LG2108-02
Einspruch vom 25.Aug.2021 gegen jeglichen Missbrauch von Staatsgewalt
und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt
durch GVin Franziska Ritzhaupt mit
Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 872/21 auf Pfändungsschutzkonto
im Auftrag des Amtsgerichtes Velbert, Vollstreckungsgericht, 42549 Velbert
Geschäftszeichen 15 M U76/21
gegen Unterzeichner (Opfer, Opfer politisch motivierter Sippenerschlagung)

Anlage AG21/08: Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2021
(1 BvR 1959/21) mit Anlage VB-VGB03: Fortsetzung unverhältnismäßiger,
verfassungswidriger Opferkriminalisierung der politisch motivierten
Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch
Sozialversicherungsträger Debeka (**ohne Versicherungsleistungen seit 2010**
mit Anbiederung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs, hier mit
manipulierten Antrag)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>
Scroll down after link (page 18/25/69)

Legende der schriftlichen Eingaben am Amtsgericht Velbert zur Abwehr von Missbrauch von Staatsgewalt

Schriftsatz mit Einspruch vom 25.Aug.2021 (Ziffer 1-5) gegen Durchführung der Zwangsvollstreckungssache 1 DRll 872/21 auf Pfändungsschutzkonto inkl. Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt. In Kopie an das Amtsgericht Velbert (Vollstreckungsgericht)

Schriftsatz vom 06.Sept.2021 an Landgericht Wuppertal mit Sofortiger Beschwerde gemäß §567 ZPO mit Antrag auf Prozesskostenhilfe gegen Zwangsvollstreckungssache 1 DRll 872/21 auf Pfändungsschutzkonto im Auftrag des Amtsgerichtes Velbert In Kopie an das Amtsgericht Velbert (Vollstreckungsgericht)

06. Termingerechter Einspruch vom 25.Aug.2021 gegen Durchführung der Zwangsvollstreckungssache 1 DRll 872/21 auf Pfändungsschutzkonto inkl. Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt.

> Verfassungswidrig: Versagung von rechtlichem Gehör zur Antragstellung und zur Begründung des Einspruch ohne Beantwortung wegen Manipulation des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses durch Schwärzung des Geburtstages des Zerschlagungsopfers im 80.Lebensjahr (manipulative Verschleierung der skrupellosen Respektlosigkeit gegenüber der älteren Generation)

und wegen

> Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlichen Übergriffe, hier Zwangsmaßnahme durch einen Sozialversicherungsträger, der seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt, unter Anbietung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs der Krankenversicherung aus einem verfassungswidrigen „Teilversäumnis“-Urteil

mit Anlage AG21/08: Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2021

inkl. Anlage VB-VGB03: Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung einer politisch motivierten Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch Sozialversicherungsträger Debeka (ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbietung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs, hier mit manipulierten Antrag / manipulierte Verschleierung einer skrupellosen Respektlosigkeit gegen die ältere Generation)

Sieh Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1959/21 vom 18.Aug.2021 (beiliegend, Seite 18):

07. Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2021 (1 BvR 1959/21) mit Anlage VB-VGB03

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>

Scroll down after link (page 18/25)

Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz am Verwaltungsgericht Berlin wegen

Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

zu bundesweiter Sippenzerschlagung,

zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung und

zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 1998

mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:

Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend

mit Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer), Zerschlagung der deutschen Heimat, Rufmord, mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, kapitalen Vermögensschäden und mit Zwangsmaßnahmen aller Art

nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998, über 20 Jahre bitteres Unrecht

> unter Verantwortung der beklagten Bundesrepublik Deutschland

> unter Verantwortung des beklagten Freistaates Bayern

> unter Verantwortung des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR)

> unter Verantwortung des klagenden Sozialversicherungsträgers (Debeka)

08. Auffällig: Skrupellosigkeit des Vollstreckungsgerichtes
Missbrauch von Staatsgewalt mit manipulierter Zwangsmaßnahme einfacher als das Durchlesen von Verfassungsbeschwerden.
Rechtspfleger anstatt informierte Richter*in am Vollstreckungsgericht bemängelt Nicht-Erkennung eines konkreten Antrags
> Opfer verhöhnende Wahrheitsbeugung, weil Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt unmissverständlich gestellt.
> Vollstreckungs-Gericht will konkrete Erläuterung, obwohl Verfassungsbeschwerde mit fundierter Erläuterung in aktuellster Ausführung vom 18.Aug.2021 (1 BvR 1959/21) beigelegt
Offensichtlich: Rechtspfleger nicht in der Lage, die Informationen zu einem **Politik-, Verwaltungs- und Justizskandal in Deutschland zu erfassen und zu bewerten**
> Vollstreckungsgericht ist kein grundrechtsfreier Raum für signifikante Beteiligung an politisch motivierter Sklavenhaltung
> Vorwurf gegen das Vollstreckungsgericht: Schwere, jahrelange Opfer-Diskriminierung, skrupellose Alter-Diskriminierung mit manipulierter Zwangsmaßnahme, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung mit Täter/Opfer-Umkehr
> Wiederholung des Antrags auf Unterlassung jedweden Missbrauchs von skrupelloser Staatsgewalt
> Vorlage dieser sofortigen Beschwerde beim Verwaltungsgericht Berlin als Beispiel für politisch motivierte Sklavenhaltung mit Missbrauch von Staatsgewalt durch Amtsgericht Velbert
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>
Scroll down after link (page 03)

Schriftsatz vom 11.Okt.2021 an Landgericht Wuppertal mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde gemäß §567 ZPO vom 06.09.2021 gegen Durchführung der manipulierten Zwangsvollstreckungssache 1 DRII 872/21 der Debeka Krankenversicherung a.G. (eingegangen am 14.08. 2021 mit förmlicher Zustellung) und geplanten Anschluss-Zwangsmaßnahmen auf Pfändungsschutzkonto ohne rechtliches Gehör zu termingerechten Einspruch vom 25.Aug.2021 In Kopie an das Amtsgericht Velbert (Vollstreckungsgericht)

09. Termingerechter Einspruch vom 25.Aug.2021
gegen manipulierte Zwangsvollstreckungssache 1 DRII 872/21 auf Pfändungsschutzkonto inkl. Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt.
Manipulierter Antrag / manipulierte Verschleierung einer skrupellosen Respektlosigkeit gegen die ältere Generation)
Sieh Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1959/21 vom 18.Aug.2021 (Seite 18, Anlage VB-VGB03):
Zwangsmaßnahme durch einen Sozialversicherungsträger, der seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt, unter Anbietung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs der verfassungswidrigen Krankenversicherung aus einem verfassungswidrigen „Teilversäumnis“-Urteil 7 O 214/12 vom 16.04.2015
Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz am Verwaltungsgericht Berlin wegen
Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung und
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 1998
Vollstreckungsgericht ist kein grundrechtsfreier Raum für signifikante Beteiligung an politisch motivierter Sklavenhaltung, hier seit 2010
> Vorwurf gegen das Vollstreckungsgericht: Schwere, jahrelange Opfer-Diskriminierung, skrupellose Alter-Diskriminierung mit manipulierter Zwangsmaßnahme, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung mit Täter/Opfer-Umkehr
> Wiederholung des Antrags auf Unterlassung jedweden Missbrauchs von skrupelloser Staatsgewalt
> Vorlage dieser sofortigen Beschwerde zusätzlich beim Verwaltungsgericht Berlin als Beispiel für politisch motivierte Sklavenhaltung mit Missbrauch von Staatsgewalt durch Amtsgericht Velbert
10. Anhörungsrüge wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde.
Nicht hinnehmbar: Verfassungswidriges Unrechtssystem mit Zwangsmaßnahmen erpresst.

Amtsgericht will mit Zwangsmaßnahmen verfassungswidrige Krankenversicherung gegen 80-jährigen Rentner erzwingen,
gegen Opfer politisch motivierter Sippenerschlagung seit 1998 und
gegen Opfer politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010.
Zuständige, best informierte Richter*in verbirgt sich hinter Zwangsmaßnahmen von Rechtspfleger

Bescheidung der sofortigen Beschwerde durch Landgericht, weil:

> Zurückzuweisende Fortsetzung der Zwangsmaßnahme der Kontopfändung zu Rechtsanwaltskosten aus dem Urteil 7 O 214/12 am Landgericht Wuppertal mit verfassungswidriger Krankenversicherung
> Zurückzuweisendes Schreiben des Amtsgerichtes vom 23.09.2021 mit weiteren Rechnungen der Rechtsanwälte der Debeka Krankenversicherungsverein a.G. gemäß Anlage VB-VGB06
> Zurückzuweisende verfassungswidrige Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010, nachgewiesen mit Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 und Verfahren 9 S 30/21 Landgericht Wuppertal nach Verfahren 11 C 89/19 am Amtsgericht Velbert und Verfahren 3 O 61/19 Landgericht Wuppertal
> Zurückweisung: Verfassungswidrige Krankenversicherung und Kosten der Rechtsanwälte für eine verfassungswidrige Krankenversicherung
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>
Scroll down after link (page 29)

Schriftsatz vom 11.Okt.2021 an das Amtsgericht Velbert (Geschäftsstelle 11 C 89/19)

11. Zurückweisung aller Rechnungen der RAe Giebel und Kollegen vom 08.12.2020 (Re.Nr. 2002624) und der Rechnung vom 12.02.2021 (Aktenzeichen 70522499)
Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen des ehemaligen Sozialversicherungsträgers, der mit sozialer und psychischer Zerschlagung längst seine Reputation verloren hat
Aufforderung, alle Zwangsmaßnahmen unverzüglich einzustellen.

Alle Zwangsmaßnahmen und Rechnungen an das Bundesverfassungsgericht weitergeleitet, weil alle Zwangsmaßnahmen und Rechnungen als Teil politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010 zu verwerfen sind.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 29)

Schriftsatz vom 08.Dez.2021 an Landgericht Wuppertal mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Beschluss 16 T 225/21 ohne Abhilfe von Opfer diskriminierender und entwürdigender Bescheidung der sofortigen Beschwerde gegen Durchführung der manipulierten Zwangsvollstreckungssache 1 DRII 872/21 der Debeka Krankenversicherung a.G. und geplanten Anschluss-Zwangsmaßnahmen auf Pfändungsschutzkonto ohne rechtliches Gehör zu termingerechten Einspruch vom 25. Aug. 2021

12. Relevante Argumente gegen abqualifizierende, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung und gegen Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters- und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung **eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers** durch aktive Beteiligung führender Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung
Einspruch mit Hinweis auf Anerkennung und führende Beteiligung durch **Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident von NRW und danach Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland auf der KOMMTECH'88 in Essen** (Anlage VB-AA)
Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: **1 Jahr vor dem Mauerfall**
Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung
auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:
Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung
Hochqualifizierte Präsentation von Themenschwerpunkten wie **Künstlicher Intelligenz und Robotics** mit professioneller Doku
für die Zukunft Deutschlands
Heute: Politisch motivierte Sklavenhaltung wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Justiz mit

Opfer verhöhnen und diskriminierenden Zwangsmaßnahmen gegen Zerschlagungsoffer am Amtsgericht Velbert und Landgericht Wuppertal
13. Gegen abqualifizierende, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung und gegen Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters- und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung

eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsoffers

Fortsetzung der politisch motivierten, bundesweiten Sippenzerschlagung mit Opferdiskriminierung, Opferkriminalisierung und Opferterrorisierung nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsoffers mit

Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa:

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, **sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie**

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und

EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und

Verwaltung

14. Nach Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 nicht den Hauch einer Chance:

Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems! Seit 1998:

Im Alter von 80 Jahren: Verfassungswidrige Alters- und Generationen-Diskriminierung durch nachrückende Generationen

Ausgeholt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt:

Politisch motivierte Sklavenhaltung seit 2010, seit über 10 Jahren, ohne Chance nach

politisch motivierter Sippenzerschlagung am Wohnort und am Geburtsort unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

mit extrem unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010

wegen verheerender Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Rehabilitierung,

Schadenersatz und zu kausalen Zusammenhängen

mit verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen

mit Benutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto seit 2013,

mit Gerichtsverfahren am laufendem Bande, parallel und hintereinander,

an Verwaltungsgerichten in Regensburg, Düsseldorf und Berlin,

an Amtsgerichten in Mettmann und Velbert,

am Landgericht Wuppertal, am Sozialgericht Düsseldorf,

durch mehrere Instanzen bis zum Bundesverfassungsgericht

ohne Wochenende-Ruhe, ohne Weihnachts-Ruhe, ohne Oster-Ruhe, ohne Urlaubs-Ruhe,

mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin, in den Tod und in Nachlass-Insolvenz,

mit Treib- und Hetzjagd gegen klagendes Opfer mit Täter/Opfer-Umkehr (unverhältnismäßige Opferkriminalisierung)

> > > mit sozialer Zerschlagung durch einen Opfer kriminalisierenden

„Sozialversicherungsträger“ ohne Versicherungsleistungen seit 2010, aber mit Zwangsmaßnahmen zu einer verfassungswidrigen

Krankengrundversicherung.

mit Rundfunksperrung über den Unternehmens-Genozid der digitalen

Innovationselite durch verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000.

mit direktem Schaden durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk durch Verstoß gegen das Presserecht und

mit Zugangssperre zu Politmagazinen. . .

Es ist alles aufgeklärt mit erdrückender Beweislage über Sklavenjäger beim Bundesverfassungsgericht.

15. Rechtsmittel der Anhörungsfrage gemäß §321a ZPO

gegen Beschluss 16 T 225/21 vom 12.Nov.2021 (eingegangen am

27.11.2021) der 16.Zivilkammer am Landgericht Wuppertal

mit unverhältnismäßigem, verfassungswidrigem Versagen von rechtlichem Gehör und

mit unverhältnismäßiger Opfer-, Alters- und Generationen-Diskriminierung mit Opfer, Alter und Generationen diskriminierender Rentenpfändung auf

Pfändungsschutzkonto des 80-jährigen Rentners
nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO vom 07.Okt.2021
an das Landgericht Wuppertal wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen
Beschwerde mit Kopie an Amtsgericht Velbert
nach sofortiger Beschwerde gemäß §567 ZPO vom 06.Sept.2021 an das
Landgericht Wuppertal mit Kopie an Amtsgericht Velbert
nach termingerechter Einspruch vom 25.Aug.2021
gegen manipulierte Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 872/21 auf
Pfändungsschutzkonto zu verfassungswidriger Krankenversicherung inkl.
Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch
GVin Franziska Ritzhaupt mit Einspruch an Amtsgericht Velbert
Mehr Einspruch geht nicht! Daher unverzügliche Einstellung aller
Zwangsmaßnahmen und Rückerstattung der Pfändungsbeträge
Daher: Übergabe und Zurückweisung weiterer Forderungen
rechtsanwaltlicher Vertretungen des „Sozialversicherungsträgers“ wegen
Vorrang für Rehabilitation und Schadenersatz des Zerschlagungsopfers
vor Finanzierung sozialer Zerschlagung
durch Sklavenjäger politisch motivierter Sklavenhaltung.
Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen Beschluss vom
12.11.2021 Aktenzeichen 16 T 225/21 (15 M 1156/21 Amtsgericht Velbert),
weil damit weitere Verzögerungen eingeleitet werden, um
Zwangsmaßnahmen fortsetzen zu können.
Amtsgericht wurde vom Beschwerdeführer zeitgleich über alle Eingaben am
Landgericht informiert, ohne Antwort an den Beschwerdeführer
Rechtsmittel der Anhörungsrüge wegen unverzüglichem Stopp der
Kontopfändung zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung und
wegen unverzüglicher Rückerstattung der durchgeführten Pfändungen
gemäß Anrufungen des Bundesverfassungsgerichts vom 18.Nov.2021 (2
BvR 2171/21, AR 8419/21) und früher.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>
Scroll down after link (page 55)

Schreiben vom 02.Jan.2022 an das Amtsgericht Velbert

Geschäftszeichen 11 C 89/19 mit Antwort (Punkte a-f) zu
Schreiben von Justizbeschäftigten Frank vom 09.12.2021 (eingegangen am
22.12.2021)

Schreiben vom 02.Mai 2022 an das Amtsgericht Velbert

Geschäftszeichen 11 C 89/19 mit Antwort (Punkte g-n)) zu
Schreiben von Justizbeschäftigten Frank vom 16.03..2022 (eingegangen am
27.04.2022)

Schriftsatz vom 24.Juli 2022 an Landgericht Wuppertal mit Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde nach §793 ZPO

gegen Kostenfestsetzungsbeschluss 11 C 89/19 vom 30.06.2022
(eingegangen am 15.07.2022)

Punkt o) Rechtsanwendungen des verfassungswidrigen
Kostenfestsetzungsbeschlusses haben keine Rechtskraft, weil Grundrechte
nicht respektiert werden.

Im Kostenbetrag Gerichtskosten zum 2.Mal berechnet

Soziale Zerschlagung in einem Opferkriminalisierungswahnsinn:
Zerschlagungsopfer hat de facto keine Krankenversicherung mehr,
Versicherungsträger erbringt keine Versicherungsleistungen mehr seit 2010
(seit 12 Jahren)

Krankenversicherung ist verfassungswidrig. Nachweis längst und
ausführlich erbracht.

Nicht nur Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung, darüber hinaus
Alters- und Generationen-Diskriminierung: Kostenbeschluss richtet sich
gegen Rentner im 81. Lebensjahr mit einem herausragenden Lebenswerk:
Zerschlagungsopfer wird wie ein Staatsfeind behandelt, mit
Politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998, seit über 20 Jahren unter
persönlicher Verantwortung von

Schröder, Steinmeier, Merkel und Söder,

wegen seinem herausragenden Lebenswerk

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und
Europa

mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution und

professionellem Verlagsservice

Vorgang erfordert Richter-Kompetenz, weil Rechtspfleger nicht in der Lage sind, dem Druck von angewiesenen Staatsanwälten zu widerstehen.

Punkt p) Kostenfestsetzungsbeschluss: Rechtswidrig und asozial verfassungswidrig

Asozial, Alter diskriminierend, rechtswidrig: Gerichtskosten werden bei einem Rentner in fortgeschrittenem Alter ein 2.Mal abkassiert. Mit Nachweis.

Missbrauch von Krankenversicherung für soziale Zerschlagung anstatt für soziale Sicherheit.

Verfassungswidrige Rechtsanwaltskosten, mehrfach diskriminierend für Zerschlagungsoffer: Von klagender Krankenversicherung zu übernehmen und nicht vom Opfer sozialer Zerschlagung, das seine Kosten bis heute selbst tragen muss und keine Rechtsanwältin nutzen kann.

Antrag auf sofortige Einstellung der Kontopfändung auf Pfändungsschutzkonto für Rechtsanwaltskosten zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung und Rückerstattung der monatlichen Pfändungen seit Nov.2021: Sieh Punkt d und e.

Unverzichtbar: Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen und zur Verhinderung sozialer Zerschlagung.

Punkt q) Amtsgericht Velbert ist kein grundrechtsfreier Raum und nicht die Müllhalde für Versagen deutscher Justiz bei politisch motivierten Zerschlagungen

Punkt r) Ablehnungsgesuch gemäß §10 Rechtspflegergesetz gegen Rechtspfleger Jacob wegen Besorgnis der Befangenheit, wegen fehlender Richterkompetenz und Missachtung des Antrags auf richterliche Zuständigkeit.

Punkt s) Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde gemäß §793 ZPO gegen Kostenfestsetzungsbeschluss: Rechtsanwendungen der Sozialversicherung ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig, wenn sie ohne Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz wegen politisch motivierter Zerschlagungen soziale Zerschlagung anstatt soziale Sicherheit bewirken.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 92)

Schriftsatz vom 26.Sept. 2022 an Landgericht Wuppertal mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022

01. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .

> weil schon die Rechtsanwendungen des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsbeschlusses keine Rechtskraft haben, indem Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden,

> weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (sieh Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02),

> weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter dem Versicherungsträger und dieser längst zum Mittäter geworden ist,

> weil schon die Krankenversicherung verfassungswidrig und diese vom Landgericht Wuppertal mit Urteil 7 O 214/12 im April 2015 erzwungen wurde (Nachweis längst und ausführlich erbracht).

> weil der Versicherungsträger nur die soziale Zerschlagung will, seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt und darüber hinaus die Rechtsanwaltskosten für die Durchsetzung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung seit August 2021 vom Pfändungsschutz-Konto pfänden lässt,

> weil der Versicherungsträger nur die soziale Zerschlagung will, indem er sich seit 2011 als „Zeuge verkleidet“, um mit Unterstützung von skrupellosen Staatsanwälten mit Bußgeldverfahren gegen ihn vorzugehen und mit Eskalation Freiheitsberaubung mit psychischer Folter betreibt,

> weil die verwaltungsgerichtlichen Verfahren für politisch motivierte Zerschlagungen wegen Rehabilitierung und Schadenersatz längst Vorrang

haben müssen, ohne dass diese mit ständigen Attacken des Versicherungsträgers behindert und verhindert werden.

> weil in diesem Umfeld eine Abhilfe gemäß §572 ZPO mit Respektierung der Grundrechte des Zerschlagungsopfers nicht entschieden werden kann. Daher Rechtsmittel der Anhöhrungsrüge wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde gegen verfassungswidrige Rechtskosten und wegen Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen.

02. Zerschlagungsopfer mit weltweit herausragenden Lebensleistungen und mit Anspruch auf ein humanes Lebensende

ohne Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre)

ohne einen verfassungswidrigen Versicherungsträger, der mit ständigen Attacken als Kläger, als Zeuge und als Verfasser jämmerlicher Erinnerungsschreiben die verwaltungsgerichtlichen Verfahren auf Rehabilitierung und Schadenersatz behindert und verhindert und dafür auch noch Kosten berechnen will.

Brutal verfassungswidrig mit ekelhafter Opferverhöhnung entgegen Art.1 Abs.1 GG. Dieser Versicherungsträger ist längst zum Mittäter geworden, der aus der finalen Zerschlagung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 ohne Versicherungsleistungen maximalen Profit ziehen möchte.

Amtsgericht längst überfordert: Anstatt Opfer kriminalisierenden Versicherungsträger zu verurteilen, werden Opfer kriminalisierende Bußgeld-Verfahren mit einem „als Zeuge verkleideter“ Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen

Darüber hinaus: Amtsgericht Velbert, in denen sich inzwischen Richter verweigern und alles auf den Schreibtisch eines Rechtspflegers schieben, kann keine Abhilfe gemäß §572 ZPO schaffen, ist hoffnungslos überfordert im kausalen Umfeld von Politik-Versagen, sozialem Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen in direktem Zusammenhang mit den politisch motivierten Zerschlagungen seit über 20 Jahren

03. Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Kostenfestsetzungsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.

04. Bewertung des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsverfahren und aller anderen Verfahren anhand der

Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:

Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig

Politik-Versagen, soziales Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen:

Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern

wegen einem herausragenden Lebenswerk

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen,

mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl.

professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)

Zerschlagungsopfer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und verklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für

Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur

Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022

Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,

jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten

Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern

und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche

Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz)

zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit

Rückendeckung durch Berlin seit 1998

05. Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht

„Bürger sind keine Untertanen“
„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“
„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
**sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem
Lebenswerk nachgewiesen wie**
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und
EU-Generaldirektoren, Bundesminister,
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und
Verwaltung
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>
Scroll down after link (page 124)

**Schriftsatz vom 24.Dez. 2022 an Landgericht Wuppertal mit Erinnerung
an Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO vom 28.09.2022
wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom
24.07.2022**

gegen Beschluss des Rechtspflegers am Amtsgericht Velbert Jacob vom
17.10.2022 (erneut zugesandt am 13.12.2022)
gegen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 01.12.2022 der Debeka
Krankenversicherungsverein (Geschäftszeichen 15 M 1627/22,
abgestempelt mit „Jacob Rechtspfleger“,
gegen Rechtspfleger Jacob mit Ablehnungsgesuch vom 28.09.2022 gemäß
Punkt r) auf Seite 3 in Anlage LG-04(KV)

**06. Information über neue Verfassungsbeschwerde gemäß
Anlage LG-03 (KV)**

Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den
Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung
wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher
Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten
Berlin und Düsseldorf

**wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch
Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen**

am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am
Sozialgericht Düsseldorf

mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung /
Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr

Daher: Antrag auf Opferschutz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 153)

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und Geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Per Fax an 0202 498 3504

Landgericht Wuppertal
16. Zivilkammer
16 T 133/22

Eiland 1
42103 Wuppertal

Velbert, 20.02.2023

16 T 133/22

Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO
gegen Beschluss 16 T 133/22 (11C 89/19 Amtsgericht Wuppertal)
der 16.Zivilkammer des Landgerichts vom 01.Feb.2023
(eingegangen am 09.02.2023)

nach Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a
ZPO vom 28.09.2022 wegen Versagung einer Bescheidung der
sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022

gegen Beschluss des Rechtspflegers am Amtsgericht Velbert Jacob vom
17.10.2022 (erneut zugesandt am 13.12.2022)

gegen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 01.12.2022 der Debeka
Krankenversicherungsverein (Geschäftszeichen 15 M 1627/22, abgestempelt mit
„Jacob Rechtspfleger“,

gegen Rechtspfleger Jacob mit Ablehnungsgesuch vom 28.09.2022 gemäß
Punkt r) auf Seite 3 in Anlage LG-04(KV)

nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.2023 / 31.01.2023

Begründung: mit fortlaufender Nummerierung

07. Totales Justiz-Versagen mit Opfer-Kriminalisierung, Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung, wenn von Staatsanwälten und Rechtspflegern die Judikative ausgeschaltet wird und letztere den untauglichen Versuch unternimmt, sich vor dem Opfer auch noch zu rechtfertigen, anstatt Staatsanwälte und Rechtspfleger in die Schranken zu weisen

Beschlüsse sind verfassungswidrig, wenn Grundrechte nicht respektiert werden. Wer Grundrechte nicht respektiert, hat auch keinen Respekt vor der älteren Generation und ihren Leistungen.

Brutal verfassungswidrig: Je älter das Opfer (82.Lebensjahr), umso weniger judikative Bereitschaft, Grundrechte zu respektieren.

2 Verfassungsbeschwerden und eine Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge waren notwendig, um überhaupt Bescheidung einer sofortigen Beschwerde zu erreichen, diese auch noch ohne Respektierung von Grundrechten. Mit 2 Verfassungsbeschwerden kriminelle Grundrechtsverletzungen nachgewiesen.

> > > nach Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2262/22 vom 10.12.2022 wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitation und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung

> > > nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.2023 / 31.01.2023 (mit Anlage LG-03 (KV) vorgelegt: Schriftsatz vom 24.12.2022) wegen 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

> > > nach Schriftsatz vom 24.12.2022 an die 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal

mit Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO vom 28.09.2022 wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022

gegen Beschluss des Rechtspflegers am Amtsgericht Velbert Jacob vom 17.10.2022 (erneut zugesandt am 13.12.2022)

gegen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 01.12.2022 der Debeka Krankenversicherungsverein (Geschäftszeichen 15 M 1627/22, abgestempelt mit „Jacob Rechtspfleger“,

gegen Rechtspfleger Jacob mit Ablehnungsgesuch vom 28.09.2022 gemäß Punkt r) auf Seite 3 in Anlage LG-04(KV)

Erschwerend: Vorsitzende Richterin am Landgericht Voßwinkel ist auch in OWi-Bussgeld-Hexenjagd über 12 Jahre seit 2011 verwickelt (Sieh Kapitel 08)

08. Brutal unverhältnismäßig und verfassungswidrig:

Nach über 25 Jahren Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH bis 2003

mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum

durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).

Jetzt 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen in 2023:

Skrupellose Staatsanwälte manipulieren und sabotieren die Justiz für Rehabilitation und Schadenersatz politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit einer Überflutung von Gerichtsverfahren gegen einen Rentner im 82.Lebensjahr, Schadenersatz für eine Treib- und Hetzjagd gegen ihn und seinen Bruder in den

wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012 erzwungener Tod seines Bruders)

Skandalös: 2 Verfassungsbeschwerden und eine Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge waren notwendig, um überhaupt Bescheidung einer sofortigen Beschwerde zu erreichen, diese auch noch ohne Respektierung von Grundrechten.

Brutal verfassungswidrig: Verwerflicher Kostenfestsetzungsbeschluss zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010,

mit laufender Kontopfändung zu horrenden Kosten eines Rechtsanwalts, der für diese verfassungswidrige Krankenversicherung verantwortlich ist, mit Kontopfändung der Rente, mit Kontopfändung der Energiepauschale, die alle deutschen Bundesbürger mit einem „Doppel-WUMS“ der Deutschen Bundesregierung erhalten haben.

Daher zurückzuweisen mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO: Verwerflicher Beschluss 16 T 133/22 (11C 89/19 Amtsgericht Wuppertal) der 16.Zivilkammer des Landgerichts vom 01.Feb.2023 (eingegangen am 09.02.2023) einschließlich aller Kosten

der nur Missbrauch sozialer Sicherheit für soziale Zerschlagung bedeutet.

Beschluss der Einzelrichterin ist ein Skandal,

weil Menschenrechte mit Füßen getreten werden, Europäisches Menschenrecht auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK rücksichtslos ohne Beachtung,

weil Richterin nicht den Mut hat, skrupellosen Staatsanwälten ihre Grenzen aufzuzeigen.

Staatsanwälte unterstützen nicht nur den klagenden

„Sozialversicherungsträger“, sondern sind auch maßgeblich an den politisch motivierten Zerschlagungen beteiligt, gegen das beklagte Opfer, das sich seit 2010 keinen vertrauenswürdigen Rechtsanwalt mehr leisten kann.

Daher Antrag auf Opferschutz in den Verfassungsbeschwerden.

Grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG ist längst Rechtsanspruch, weil keine Abhilfe seit 1998 (25 Jahre).

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 182)

Zu 07. Totales Justiz-Versagen mit Opfer-Kriminalisierung, Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung, wenn von Staatsanwälten und Rechtspflegern die Judikative ausgeschaltet wird und letztere den untauglichen Versuch unternimmt, sich vor dem Opfer auch noch zu rechtfertigen, anstatt Staatsanwälte und Rechtspfleger in die Schranken zu weisen

Beschlüsse sind verfassungswidrig, wenn Grundrechte nicht respektiert werden. Wer Grundrechte nicht respektiert, hat auch keinen Respekt vor der älteren Generation und ihren Leistungen.

Brutal verfassungswidrig: Je älter das Opfer (82.Lebensjahr), umso weniger judikative Bereitschaft, Grundrechte zu respektieren.

2 Verfassungsbeschwerden und eine Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge waren notwendig, um überhaupt Bescheidung einer sofortigen Beschwerde zu erreichen, diese auch noch ohne Respektierung von Grundrechten. Mit 2 Verfassungsbeschwerden kriminelle Grundrechtsverletzungen nachgewiesen.

> > > nach Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2262/22 vom 10.12.2022 wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitation und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung

> > > nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.2023 / 31.01.2023 (mit Anlage LG-03 (KV) vorgelegt: Schriftsatz vom 24.12.2022) wegen 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

> > > nach Schriftsatz vom 24.12.2022 an die 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal

mit Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO vom 28.09.2022 wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022

gegen Beschluss des Rechtspflegers am Amtsgericht Velbert Jacob vom 17.10.2022 (erneut zugesandt am 13.12.2022)

gegen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 01.12.2022 der Debeka Krankenversicherungsverein (Geschäftszeichen 15 M 1627/22, abgestempelt mit „Jacob Rechtspfleger“,

gegen Rechtspfleger Jacob mit Ablehnungsgesuch vom 28.09.2022 gemäß Punkt r) auf Seite 3 in Anlage LG-04(KV)

Erschwerend: Richterin am Landgericht Voßwinkel ist auch in OWi-Bussgeld-Hexenjagd über 12 Jahre seit 2011 verwickelt (Sieh Kapitel 08)

Sieh Schriftsatz vom 24.12.2022

Kapitel 06. Information über neue Verfassungsbeschwerde gemäß Anlage LG-03 (KV)

Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022

wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitation und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung

wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf

wegen Sabotieren von Rehabilitation und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen

am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf

mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung /

Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr

Daher: Antrag auf Opferschutz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 153)

Begründung der Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2262/22 vom 10.12.2022

wegen Verletzung des grundrechtsgleichen Rechts auf rechtliches Gehör (Art.103 Abs.1 GG) und wegen grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand, weil andere Abhilfe nicht mehr möglich (Art.20 Abs.4 GG) und wegen Verstoß gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren (Art.6 EMRK) iVm Art.1 Abs.1 GG und weiteren Grundrechten

BVERFG-2301. Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer Folge.

Totales Justiz-Versagen: Gerichte übergreifend

mit Sozialversicherungsträger, der von Rechtsanwälten vertreten und von weisungsgebundenen Staatsanwälten unterstützt wird, der als Kläger und als Zeuge nur noch soziale Zerschlagung mit asozialen Attacken betreibt, mit Klage zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 und mit Pfändung auf Pfändungsschutzkonto,

mit Fortsetzung einer unverhältnismäßigen OWi-Hetze am Amtsgericht Mettmann seit 2011, jetzt am Amtsgericht Velbert, zweimal mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter mit Überfall durch 4-Mann-Polizeitruup, mit Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2011 zu politisch motivierten Zerschlagungen,

mit Klage am Verwaltungsgericht Köln, von da an Verwaltungsgericht Berlin, von da an am Landgericht Wuppertal, dort mit Klage-Aufteilung wegen politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, von dort zurück an Verwaltungsgericht Berlin

Klage-Erweiterung wegen Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF seit 1998, seit über 20 Jahren, am Verwaltungsgericht Düsseldorf,

gegen Kläger / Beklagten, heute im 82.Lebensjahr mit Anspruch auf ein humanes Lebensende anstatt entwürdigende Altersdiskriminierung ohne Respekt vor Lebensleistung und Generationendiskriminierung:

> Politisch motivierte Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder

Politik-Versagen, heute mit Digitalisierungsnotstand in Deutschland, mit politisch motivierten Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen: _

Herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum

durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),

> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers mit unverhältnismäßiger Be-/Verhinderung/Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz im laufenden Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin ohne die Chance, in 2021 und 2022 nach einer umfassenden Verfassungsbeschwerde das laufende Verfahren fortsetzen zu können wegen ständiger asozialen Attacken des Klägers bis heute (soziale Zerschlagung unter Verantwortung des Sozialversicherungsträgers)

nach exotischem Gerichtsverfahren am Landgericht Wuppertal mit 3 O 61/19 und jetzt mit 3 O 228/22, mit Fortsetzung der OWi-Verfahren des Amtsgerichts Mettmann am Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22, OWi-Kostenhetzjagd seit 2011)

jetzt mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2121/22 gegen Amtsgericht Velbert / Landgericht Wuppertal 16 M 188/22

jetzt mit Beschwerdeverfahren am Oberlandesgericht Düsseldorf zu
Gerichtsverfahren 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal und
Rechtsbeschwerde zu 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 Amtsgericht Velbert

**Kapitale Vermögensschäden wegen politisch motivierter Zerschlagungen
seit 1998: Ausschließliche Ursache für Probleme der Krankenversicherung
und Pflegeversicherung.**

**Daher: Beklagter fordert die Respektierung von Menschenrechten, den
Vorrang für Schadenersatzverfahren, die in unverhältnismäßiger Weise
durch ständige Attacken des Sozialversicherungsträgers mit Unterstützung
durch weisungsgebundene Staatsanwälte verhindert und sabotiert werden.**

**BVERFG-2302. Vorrang für Rehabilitation und Schadenersatz, weil
Probleme der Sozialversicherungen ausschließlich durch politisch
motivierte Zerschlagungen seit 1998 verursacht**

**Brutal verfassungswidrig: Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und
Rehabilitation durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der
sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im
82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten**

**Brutal verfassungswidrig: Exzesse der Altersdiskriminierung ohne
Respektierung der herausragenden Lebensleistung des
Beschwerdeführers:**

**Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen
ONLINE und KOMMTECH**

**mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution
in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-
Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.**

**mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales
Innovationswachstum**

**durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte
Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der
Digitalbranche),**

> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

**Zerschlagungsopfer: Ausgehelt, zerschlagen, abgehängt,
ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher
Verantwortung der Täter**

**Ausgehelt mit der staatlichen UMTS-Auktion2000 unter persönlicher
Verantwortung von Schröder / Steinmeier**

**Politisch motivierte Zerschlagung am Wohnort und am Geburtsort in
Bayern unter persönlicher**

Verantwortung von Merkel / Söder / Michel.

**Erdrückende Beweislage mit Schriftsatz vom 20.Sept. 2022 an das
Verwaltungsgericht Düsseldorf (Anlage VB-2304)**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

**mit Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitation
und Schadenersatz**

mit Mehrrichter-Entscheidung

**nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022
und ARD/ÖRR-Krise mit Schlesinger-Skandal**

**Fortsetzung der Klage mit Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22
vom 20.Juni 2022 wegen Anerkennung und Vorrang des
Anspruchs auf Rehabilitation und Schadenersatz für politisch
motivierte Zerschlagungen seit 1998 unter Mittäterschaft des ÖRR
mit persönlicher Beteiligung von**

Eva-Maria Michel, WDR-Justiziarin seit Okt.1997 und Stellv.

Intendantin des WDR seit Jan.2008 bis Okt. 2022

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Erneute Vorlage in Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom
01.01.2023/31.01.2023 mit den Kapiteln:

BVERFG-375. Anzufechtender Hoheitsakt im verwaltungsgerichtlichen Verfahren 27 K 2672/22 nach Verfassungsbeschwerde 2121/22 vom 20.10.2022 gegen 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal zur Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 2672/22 und Gerichte übergreifend aus 27 K 4325/18 am Amtsgericht Velbert. Totales Justiz-Versagen in Fortsetzung: Verurteilung brutal verfassungswidrig mit Beugung von Wahrheit und Recht, weil

- > weil Verurteilung nach Rundfunk- und Fernseh-Recht, das überhaupt nicht bestritten und nicht beklagt, mit Opfer verhöhnender Begründung, mit respektloser Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung, gegen ein Opfer im 82.Lebensjahr, abartige Ausuferung darstellt,
- > weil die gesamte Intendantenschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunk beteiligt war seit 25 Jahren, unter Federführung von **Eva-Maria Michel**, WDR-Justiziarin seit 1997 und stellvertretende WDR-Intendantin seit 2008, **mit Rückendeckung durch die Alt-Bundeskanzlerin**,
- > weil Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, seit 25 Jahren, nicht nur unterdrückt, sondern zusätzlich sabotiert wird, mit Vorrang vorgetragen einfach unterdrückt wird
- > weil nicht nur umfangreiche Beweise und respektable Zeugen, sondern die gesamte Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz unterdrückt wird, zusätzlich die Zusammenhänge zu Ukraine-Krieg-Zeitenwende und Schlesinger-Skandal des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks aufgezeigt werden, ohne Beachtung zu finden
- > weil das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen aus Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Sozial-Versagen, ÖRR-Versagen, Justiz-Versagen sich verantworten muss **wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a. mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).**
- > weil mit sozialer Zerschlagung Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz sabotiert werden
- > weil mit seiner Zerschlagung nicht nur der Digitalisierungsnotstand in Deutschland zu beklagen ist, sondern darüber hinaus Energienotstand, Sicherheitsnotstand, Friedensnotstand: Totales Politik-Versagen und kein Ende in Sicht

BVERFG-376. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen und kein Ende in Sicht (Überblick letztes Quartal in 2022)

>>> Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.Dez.2022

wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung

wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf

wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf

mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung /
Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr
Versagen richterlicher Bescheidung am Oberlandesgericht Düsseldorf,
Beschwerdegericht zu einer sofortigen Beschwerde am Landgericht
Wuppertal und zu einer Rechtsbeschwerde am Amtsgericht in Verfahren
des Sozialversicherungsträgers als Kläger und als Zeuge, verursacht durch
politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 und Rechtsmissbrauch
orgienartiger Überflutung mit Gerichtsverfahren gegen das Opfer politisch
motivierter Zerschlagungen im 82.Lebensjahr
Daher: Antrag auf Opferschutz
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

> > > **Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2121/22 vom 20.Okt.2022**
wegen einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
mit Instanzen, Gerichte und Verfahren übergreifender Eskalation
mit Fortsetzung am Amtsgericht Velbert / Landgericht Wuppertal
mit systematischer, Rechte beugender und Justiz belastender
Verweigerung des längst fälligen
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz für
Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998
mit Todesopfer (2012) und Nachlass-Insolvenz am Geburtsort,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung bis
Alters-Diskriminierung und
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010 mit
sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit im
81.Lebensjahr
> zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende und
öffentlich-rechtlicher Rundfunk-Krise nach Schlesinger-Skandal
gegen 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal wegen
Versagen einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 19.Juli 2022
zu Beschlüssen des Amtsgerichtes Velbert 16 M 188/22 zur Gerichte
übergreifender Verwaltungsjustiz
Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 2672/22 und
Gerichte übergreifend aus 27 K 4325/18 am Amtsgericht Velbert
gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk wegen Verweigerung von und mit
Vorrang von Rehabilitierung mit Schadenersatz
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>
Scroll down after link (page 251)

BVERFG-377. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz,
weil Probleme der Sozialversicherung und Krankenversicherung
ausschließlich durch politisch motivierte Zerschlagungen seit
1998 verursacht
Brutal verfassungswidrig: Sabotierung der Klagen auf
Rehabilitierung und Schadenersatz durch orgienartige
Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung,
deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht
mehr zu verarbeiten
Brutal verfassungswidrig: Exzesse der Altersdiskriminierung
ohne Respektierung der herausragenden Lebensleistung des
Beschwerdeführers:
Opfer mit einem herausragenden Lebenswerk hat Anspruch auf
einen humanen Lebensabend
Beschwerdeführer hat Weihnachtsruhe bis 15.Jan.2023
einschließlich Notfristen angemahnt. Statt dessen wurde er mit
Gerichtsverfahren überschüttet. Ein Anspruch auf einen humanen

Lebensabend wird ihm aberkannt. Wer Grundrechte nicht respektiert, hat auch keinen Respekt vor der älteren Generation und ihren Leistungen.
Opfer erhebt Anspruch auf eine Nachholung der Weihnachtsruhe aufgrund seines Alters bis 15.Feb.2023.

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

Scroll down after link (page 286)

Begründung (Fortsetzung vom 31.01.2023) mit laufender Nummerierung)

**BVERFG-378. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz:**

Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.1023,

weil Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz nicht nur im verwaltungsgerichtlichen Verfahren 27 K 2672/22 des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf sabotiert werden, sondern auch im (ober)verwaltungsgerichtlichen Verfahren OVG 11 M 21/21 (VG 27 K 308.14 Verwaltungsgericht Berlin)

weil mit Gerichte übergreifenden Verfahren (vom Verwaltungsgericht / Sozialgericht zum Amtsgericht) nur noch Justiz-Versagen erzwungen wird

weil weisungsgebundene Staatsanwälte mit sozialer Zerschlagung politisch motivierte Zerschlagung fortsetzen, jede Kausalität leugnen und selbst „Güteverhandlungen“ am (Ober)Verwaltungsgericht Berlin verhindern durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten, selbst nach Antrag auf Opferschutz und Nachholung der Weihnachtsruhe Neue Dimension der Opferkriminalisierung: Anspruch auf Rehabilitierung wird mit „Güteverhandlungen“ geleugnet.

Wofür muss der Beschwerdeführer eigentlich Verantwortung übernehmen?

Weil er etwa Digitalisierungsnotlage nicht verhindert hat?

Weil er etwa wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum

durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche) zu wenig geleistet hat?

Weil er etwa die politisch motivierten Zerschlagungen nicht abwehren konnte?

**BVERFG-379. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz:**

Erzwingung von Justizversagen

mit Gerichte übergreifenden Verfahren (vom Verwaltungsgericht Düsseldorf zum Amtsgericht Velbert / Landgericht Wuppertal)

nach Verfassungsbeschwerde vom 20.Okt.2022 (1 BvR 2121/22)

Erbärmliche Begründung der fortgesetzten Opferkriminalisierung durch Gerichte übergreifende Verfahren: Vom Verwaltungsgericht Düsseldorf zum Amtsgericht Velbert und Landgericht Wuppertal

Erbärmliche Aneinanderreihung von Feststellungen der 16.Zivilkammer ohne Begründung oder mit nicht zutreffenden Begründungen, weil sich das Zerschlagungsopfer wehrt, ständig Gerichtskosten zu übernehmen, weil in Urteilen am Verwaltungsgericht Düsseldorf Wahrheit, Recht und Verfassung gebeugt wird.

Erbärmliche Überflutung mit Gerichtsbeschlüssen und asozialen Attacken der sozialen Zerschlagung des Sozialversicherungsträgers selbst an Weihnachten gegen einen Rentner im 82.Lebensjahr, wenn ganz Deutschland am Ende eines Jahres Weihnachtsruhe hat, und das

„alle Jahre wieder“, seit 2010!

Sieh Anlage VB-2308

Schriftsatz vom 28.Jan.2023 an das Landgericht Wuppertal mit Zurückweisung des Beschlusses 16 T 126/22, 16 T 183/22, 16 M 188/22 Amtsgericht Velbert

vom 04.01.2023 (eingegangen am 20.01.2023) mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO unter Hinzufügung und Übergabe an Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)

BVERFG-380. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, Menschen verachtende Zerschlagung im Alter wegen herausragender Lebensleistung.

Staatsanwaltschaftliche Exzesse

mit über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011,

mit Erzwingung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne

Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 !!!!!!!!

Letzte Congressmesse in 2003 (im 63.Lebensjahr), auf Höhepunkt in 2000/2001 mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 ausgehebelt, seit dem ohne geschäftliche Einnahmen, daher Vorrang für

Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung:

Hinzufügung anzufechtender Hoheitsakte in dieser

Verfassungsbeschwerde

Heute Exzesse politisch motivierter Zerschlagungen der 3.Generation,

von Anfang an mit skrupellosen Staatsanwälten gesteuert unter

Mitwisserschaft / Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des ÖRR

und Behörden-Versagen, mit Ausschluss aus Solidargemeinschaft.

2007: Bundesamt für Justiz (BfJ) verfolgt mit Staatsanwalt

Insolvenzverschleppung wegen politisch motivierter Zerschlagungen,

intensive Bemühungen für den Wiederaufbau der Europäischen

Congressmessen durch das BfJ sabotiert,

Vertrauenswürdige Rechtsanwälte schlagen staatsanwaltliche Attacke

zurück, jedoch mit Hinweis, dass sie keine Mitschuld an wirtschaftlicher

Zerschlagung in Zukunft übernehmen wollen, seitdem hat das Opfer keine

Rechtsanwälte mehr und muss sich selbst vor

Deutschem Bundestag, Bayerischem Landtag und deutsch-bayerischer

Justiz und Politik verteidigen

Seit 2010/70.Lebensjahr: Ansehnliche Altersrücklagen aufgebraucht, ohne

Krankenversicherung, ohne Pflegeversicherung, ohne Rechtsanwalt

2012 Todesopfer am Geburtsort in Bayern unter persönlicher

Verantwortung des heutigen Ministerpräsidenten: Sein Bruder sieht keine

Zukunft mehr, nach öffentlicher Volksjustiz in Kommunal- und

Landtagswahlen und anschließender, brutal verfassungswidriger

Verwaltungsjustiz, ohne Unterstützung durch das zuständige Landgericht

(Art.34 GG)

Heute: Skrupellose Staatsanwälte sabotieren Rehabilitierung und

Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen:

> Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung,

deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht

mehr zu verarbeiten. Mit staatsanwaltschaftlicher plus
rechtsanwaltlicher Unterstützung wird vom
Sozialversicherungsträger weiterhin jede Rehabilitierung und
Schadenersatz durch das Verwaltungsgericht Berlin sabotiert.

> **Über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011** mit mehrfacher
Freiheitsberaubung, Polizei-Terror, Banken-Terror, Übergriffe von
Rechtspflegern und von Ober-Gerichtsvollziehern, Psycho-Terror . . .
> ohne Respekt vor herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-
Höchstleistungen für Digitalisierung, jetzt mit Digitalisierungsnotstand ,
> soziale Zerschlagung der 3.Generation ohne Respekt vor Alter:
Plünderung des Pfändungsschutzkonto eines Rentners im 82.Lebensjahr
für Rechtsanwaltsgebühren einer verfassungswidrigen
Krankenversicherung ohne Zugangsmöglichkeiten zu
Versicherungsleistungen seit 2010,
selbst Energie-Pauschale der Bundesregierung im Dez.2022 geplündert:
> Beschwerdeführer ist seit 2011 einer **OWi-Bussgeld-Hexenjagd** am
Amtsgericht Mettmann und jetzt am Amtsgericht Velbert ausgesetzt,
erneut aber wieder eingesetzt in 2023

**Zu 08. Brutal unverhältnismäßig und verfassungswidrig:
Nach über 25 Jahren Weltklasse-Höchstleistungen für
Deutschland und Europa mit den Europäischen Congressmessen
ONLINE und KOMMTECH bis 2003
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution
in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-
Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales
Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte
Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der
Digitalbranche).**

Jetzt 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen in 2023:

**Skrupellose Staatsanwälte manipulieren und sabotieren die Justiz für
Rehabilitierung und Schadenersatz politisch motivierter Zerschlagungen
am Wohnort und am Geburtsort mit einer Überflutung von
Gerichtsverfahren gegen einen Rentner im 82.Lebensjahr, Schadenersatz
für eine Treib- und Hetzjagd gegen ihn und seinen Bruder in den
wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012 erzwungener Tod seines
Bruders)**

**Skandalös: 2 Verfassungsbeschwerden und eine Erinnerung an
Rechtsmittel der Anhörungsrüge waren notwendig, um überhaupt
Bescheidung einer sofortigen Beschwerde zu erreichen, diese auch noch
ohne Respektierung von Grundrechten.**

**Brutal verfassungswidrig: Verwerflicher Kostenfestsetzungsbeschluss zu
einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu
Versicherungsleistungen seit 2010,
mit laufender Kontopfändung zu horrenden Kosten eines Rechtsanwalts,
der für diese verfassungswidrige Krankenversicherung verantwortlich ist,
mit Kontopfändung der Rente, mit Kontopfändung der Energiepauschale,
die alle deutschen Bundesbürger mit einem „Doppel-WUMS“ der
Deutschen Bundesregierung erhalten haben.**

**Daher zurückzuweisen mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach
§321a ZPO: Verwerflicher Beschluss 16 T 133/22 (11C 89/19
Amtsgericht Wuppertal) der 16.Zivilkammer des Landgerichts vom
01.Feb.2023 (eingegangen am 09.02.2023) einschließlich aller
Kosten**

der nur Missbrauch sozialer Sicherheit für soziale Zerschlagung bedeutet.

**Beschluss der Einzelrichterin ist ein Skandal,
weil Menschenrechte mit Füßen getreten werden, Europäisches
Menschenrecht auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK rücksichtslos
ohne Beachtung,**

**weil Richterin nicht den Mut hat, skrupellosen Staatsanwälten ihre Grenzen
aufzuzeigen.**

**Staatsanwälte unterstützen nicht nur den klagenden
„Sozialversicherungsträger“, sondern sind auch maßgeblich an den
politisch motivierten Zerschlagungen beteiligt, gegen das beklagte Opfer,
das sich seit 2010 keinen vertrauenswürdigen Rechtsanwalt mehr leisten
kann.**

**Grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG
ist längst Rechtsanspruch, weil keine Abhilfe seit 1998 (25 Jahre).**

**Vor 2 Jahren: Landgericht Wuppertal (9.Zivilkammer 9S 30/21, 11 C 89/19
Amtsgericht Velbert, 3 O 61/19 Landgericht Wuppertal) hat Berufungsverfahren
in 2021 abgewiesen trotz intensiver Bemühungen, die Verfassungswidrigkeit der
Krankenversicherung aufzuzeigen.**

Sieh Anlage LG-07(KV)

Schriftsatz vom 28.April 2021 an das Landgericht Wuppertal mit

Ankündigung einer termingerechten Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde wegen verfassungswidriger Rechtsanwendung im Beschluss 9 S 30/21 vom 12.04.2021 (eingegangen am 16.04.2021)

50. Einspruch gegen verfassungswidrige Rechtsanwendung mit erneuter Anrufung des Bundesverfassungsgerichts (Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde AR 864/21, 1 BvR 2662/20, 2 BvR 880/21) und gegen verfassungswidrige Krankenversicherung.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-20.pdf>

Scroll down after link (page 336)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27.pdf>

Scroll down after link (page 441)

Im Januar 2023:

Richter Bäcker beendet öffentliche Sitzung über Festsetzung von Kosten, die schon im Vorfeld als „zu hoch gehalten“ bewertet wurden

Anlage LG-08(KV)

Protokoll der öffentlichen Sitzung des Amtsgerichts Velbert vom 12.01.2023, Geschäfts-Nr. 11 C 406/22 (eingegangen am 14.02.2023) zu weiterer Kostenfestsetzung mit Abbruch durch Richter Bäcker

nach Erklärung der verfassungswidrigen Krankenversicherung,
nach vorausgegangenem Anschreiben an den Richter vom 10.01.2023 über Missbrauch von Polizeigewalt für Opfer-Terrorisierung vor Ladetermin auf umfriedeten Grundstück bei Dunkelheit ohne Respektierung des Lebensalters,
nach vorausgegangener Verfügung des Richter Bäcker vom 21.12.2022.

vor 10 Jahren: Sieh Anlage LG-09(KV)

Unverhältnismäßige Treib- und Hetzjagd seit über 10 Jahren in Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen seit 25 Jahren

nach über 25 Jahren Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Schriftsatz vom 07.02.2013 an 6.Strafkammer des Landgerichts Wuppertal als Antwort auf formloses Schreiben vom 24.01.2013 mit abgewandelten Beschluss

24. Anhörungsrüge gegen Richterin am Landgericht **Vosswinkel**

25. Justizverfahren skandalös und Ekel erregend:

Von verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000, Zerstörung der Existenz-Grundlage, totaler Diskriminierung unter Verantwortung des deutschen Staates

zu Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen den Geschädigten und zu Gerichtskosten-Abzocke am Amtsgericht Mettmann

26. UMTS-Auktion 2000: Deutsche Justiz hat eine nicht zu entschuldigende Mitverantwortung an der eskalierenden Situation, weil bis heute keinerlei Beweise und Zeugen zugelassen, keinerlei Prozesskostenhilfe für eine anwaltliche Vertretung, keine Zulassung zu höchstrichterlichen Entscheidungen, keinerlei Bereitschaft für Diskussion der Sachargumente zu verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung

27. Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht gegen Treib- und Hetzjagd auf die Person des Beschwerdeführers (Beklagten) im Widerspruch zu Art. 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)

28. Rechtsmittel der Berufung als Ausweg aus juristischem Chaos des Ordnungswidrigkeitsverfahrens

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME.pdf>

Scroll down after link (page 8)

Der Beschluss 16 T 133/22 der 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 01.02.2023 durch die Vorsitzende Richterin am Landgericht Voßwinkel ist verfassungswidrig und zurückzuweisen. Der Beschluss hat keine Rechtskraft, weil Grundrechte nicht respektiert werden. Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland. Das grundrechtsgleiche Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG ist zu respektieren: Grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG ist längst Rechtsanspruch, weil keine Abhilfe seit 1998 (25 Jahre).

Velbert, 20.02.2023

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Albin L. Ockl'.

Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 19)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben **und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congresses für Künstliche Intelligenz (KI) mit 3x4=12 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf dem staatlichen Digital-Gipfel im Dezember 2018/2019, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

> > > [ONLINE Congressbände 1976 - 2003](#)

Anlage LG-07(KV)

Schriftsatz vom 28.April 2021 an das Landgericht Wuppertal mit Ankündigung einer termingerechten Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde wegen verfassungswidriger Rechtsanwendung im Beschluss 9 S 30/21 vom 12.04.2021 (eingegangen am 16.04.2021)

50. Einspruch gegen verfassungswidrige Rechtsanwendung mit erneuter Anrufung des Bundesverfassungsgerichts (Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde AR 864/21) und gegen verfassungswidrige Krankenversicherung.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-20.pdf>

Scroll down after link (page 336)

Anlage LG-08(KV)

Protokoll der öffentlichen Sitzung des Amtsgerichts Velbert vom 12.01.2023, Geschäfts-Nr. 11 C 406/22 (eingegangen am 14.02.2023) zu weiterer Kostenfestsetzung mit Abbruch durch Richter

nach Erklärung der verfassungswidrigen Krankenversicherung,

nach vorausgegangenem Anschreiben an den Richter vom 10.01.2023 über Missbrauch von Polizeigewalt für Opfer-Terrorisierung vor Ladetermin auf umfriedeten Grundstück bei Dunkelheit ohne Respektierung des Lebensalters.

Anlage LG-09(KV)

Unverhältnismäßige Treib- und Hetzjagd seit über 10 Jahren in Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen seit 25 Jahren

nach über 25 Jahren Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Schriftsatz vom 07.02.2013 an 6.Strafkammer des Landgerichts Wuppertal als Antwort auf formloses Schreiben vom 24.01.2013 mit abgewandelten Beschluss

24. Anhörungsrüge gegen Richterin am Landgericht **Vosswinkel**

25. Justizverfahren skandalös und Ekel erregend:

Von verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000, Zerstörung der Existenz-Grundlage, totaler Diskriminierung unter Verantwortung des deutschen Staates

zu Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen den Geschädigten und zu Gerichtskosten-Abzocke am Amtsgericht Mettmann

26. UMTS-Auktion 2000: Deutsche Justiz hat eine nicht zu entschuldigende Mitverantwortung an der eskalierenden Situation, weil bis heute keinerlei Beweise und Zeugen zugelassen, keinerlei Prozesskostenhilfe für eine anwaltliche Vertretung, keine Zulassung zu höchstrichterlichen Entscheidungen, keinerlei Bereitschaft für Diskussion der Sachargumente zu verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung

27. Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht gegen Treib- und Hetzjagd auf die Person des Beschwerdeführers (Beklagten) im Widerspruch zu Art. 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)

28. Rechtsmittel der Berufung als Ausweg aus juristischem Chaos des Ordnungswidrigkeitsverfahrens

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME.pdf>

Scroll down after link (page 8)

Anlage LG-10(KV):

Schriftsatz vom 27.Sept. 2022 an Amtsgericht Velbert

26 OWi-523 Js 814/22-84/22 mit Anlage OWiV-01

Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit

zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

Anlage OWiV-02: aktualisiert

Kausales Umfeld gemäß neuer Verfassungsbeschwerden und anderer Schriftsätze

Anlage OWiV-02 a

Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.1023 mit Schriftsatz vom 31.01.2023,

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:

wegen Vorrang von Rehabilitierung mit Schadenersatz

anstatt Fortsetzung von unverhältnismäßiger Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung

gegen einen Rentner im 82.Lebensjahr mit

Anspruch auf ein humanes Lebensende und mit

Antrag auf Opferschutz und grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand

wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution

Politisch motivierte Zerschlagungen seit 25 Jahren (1998)

mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz

mit extremistischer Ausuferung

mit Kapitel BVERFG-380

BVERFG-380. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998,

Menschen verachtende Zerschlagung im Alter wegen

herausragender Lebensleistung.

Staatsanwaltschaftliche Exzesse

mit über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011,

mit Erzwingung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung

ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 !!!!!!!!!!

Letzte Congressmesse in 2003 (im 63.Lebensjahr), auf Höhepunkt in

2000/2001 mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 ausgehebelt, seit dem ohne geschäftliche Einnahmen, daher Vorrang für

Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung:

Hinzufügung anzufechtender Hoheitsakte in dieser

Verfassungsbeschwerde

Heute Exzesse politisch motivierter Zerschlagungen der 3.Generation,

von Anfang an mit skrupellosen Staatsanwälten gesteuert unter

Mitwisserschaft / Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des ÖRR und Behörden-Versagen, mit Ausschluss aus Solidargemeinschaft.

2007: Bundesamt für Justiz (BfJ) verfolgt mit Staatsanwalt

„Insolvenzverschleppung wegen politisch motivierter Zerschlagungen“,

intensive Bemühungen für den Wiederaufbau der Europäischen

Congressmessen durch das BfJ sabotiert,

Vertrauenswürdige Rechtsanwälte schlagen staatsanwaltliche Attacke

zurück, jedoch mit Hinweis, dass sie keine Mitschuld an wirtschaftlicher Zerschlagung in Zukunft übernehmen wollen, seitdem hat das Opfer keine

Rechtsanwälte mehr und muss sich selbst vor

Deutschem Bundestag, Bayerischem Landtag und deutsch-bayerischer

Justiz und Politik verteidigen

Seit 2010 / 70.Lebensjahr: Ansehnliche Altersrücklagen aufgebraucht,

ohne Krankenversicherung, ohne Pflegeversicherung, ohne Rechtsanwalt

2012 Todesopfer am Geburtsort in Bayern unter persönlicher

Verantwortung des heutigen Ministerpräsidenten: Sein Bruder wird bis in den Tod gehetzt, nach öffentlicher Volksjustiz in Kommunal- und

Landtagswahlen und anschließender, brutal verfassungswidriger
Verwaltungsjustiz, ohne Unterstützung durch das zuständige Landgericht
gemäß Grundgesetz (Art.34 GG)

**Heute: Skrupellose Staatsanwälte sabotieren Rehabilitation und
Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen:**

> Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung,
deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht
mehr zu verarbeiten. Mit staatsanwaltschaftlicher plus
rechtsanwaltlicher Unterstützung wird vom Sozialversicherungsträger
weiterhin jede Rehabilitation und Schadenersatz durch das
Verwaltungsgericht Berlin sabotiert.

> **Über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011** mit mehrfacher
Freiheitsberaubung, Polizei-Terror, Banken-Terror, Übergriffe von
Rechtspflegern und von Ober-Gerichtsvollziehern, Psycho-Terror . . .

> ohne Respekt vor herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-
Höchstleistungen für Digitalisierung, jetzt mit Digitalisierungsnotstand ,
> soziale Zerschlagung der 3.Generation ohne Respekt vor Alter:
Plünderung des Pfändungsschutzkonto eines Rentners im 82.Lebensjahr
für Rechtsanwaltsgebühren einer verfassungswidrigen
Krankenversicherung ohne Zugangsmöglichkeiten zu
Versicherungsleistungen seit 2010,

selbst Energie-Pauschale der Bundesregierung im Dez.2022 geplündert:

> Beschwerdeführer ist seit 2011 einer **OWi-Bussgeld-Hexenjagd** am
Amtsgericht Mettmann und jetzt am Amtsgericht Velbert ausgesetzt,
weil er mit Versagung von Rehabilitation und Schadenersatz zu
kapitalen Vermögensschäden aus politisch motivierten
Zerschlagungen Pflegeversicherungs-Beiträge nicht mehr
bedienen kann.

Längst aus der Solidargemeinschaft ausgeschlossen,

> indem ihm eine verfassungswidrige Krankenversicherung aufgezwungen
wurde, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen der KV seit 2010 und
dementsprechend auch zu Versicherungsleistungen der PV,

> indem er ständigem Psychoterror unterworfen ist, bis heute ohne
Schadenersatz

> indem auf seinem Pfändungsschutz-Konto vom
Sozialversicherungsträger umfangreiche Rechtsanwaltskosten für das
Gerichtsverfahren gepfändet werden, mit dem die verfassungswidrige
Krankenversicherung erzwungen wurde (7 O 214/12)

> indem selbst die Energie-Pauschale der Bundesregierung an alle
deutsche Bürger*innen im Dezember 2022 weggepfändet wurde
Brutal verfassungswidrig und totales Justiz-Versagen.

> > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

Scroll down after link (page 286/380/389)

Anlage OWiV-02b

**Antrag auf Opferschutz beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
mit Schriftsatz vom 10.Feb.2023 an das Oberverwaltungsgericht
Berlin-Brandenburg mit Antrag auf Güteverfahren und mit
erneuter Zusendung der**

Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)

> **25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:**

mit den kompletten Anlagen, ergänzt um die vom
Verwaltungsgericht Düsseldorf zurückgegeben Anlagen
einschließlich der separaten Beilage von

155. Antrag auf Güteverfahren gemäß Angebot vom 21.Dez.2022
(Anlage VB-2307 der Verfassungsbeschwerde mit Fortsetzung vom
31.01.2023)

Faktenlage 2023 mit erdrückender Beweislage

> **Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998** <

Seit 25 Jahren gegen Rentner heute im 82.Lebensjahr

wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a. mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche)

> > > [ONLINE Congressbände 1976 - 2003](#)

Der Kläger ist stolz darauf, als Gründer, Organisator, geschäftsführender Chefredakteur dieser Congressmessen, der Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000),

mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa erbracht zu haben.

156. Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz

mit Antrag auf Güteverfahren am Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg gemäß Schreiben vom 21.Dez.2022 (Anlage VB-2307 der Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 mit Fortsetzung vom 31.01.2023)

gemäß Informationen zum Güteverfahren beim Oberverwaltungsgericht

> > > <http://www.berlin.de/gerichte/oberverwaltungsgericht/service>

Hand-in-Hand:

Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder / Huml / Michel /

Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks /

Sozialversicherungsträger mit Rechtsanwälten und

Staatsanwälten gegen Bürger, die sich keinen Rechtsanwalt mehr leisten können. Seit 2010.

Über 20 Jahre seit 1998, über 28 % eines herausragenden Lebenswerkes, hat das klagende Opfer,

nicht trotz, sondern wegen seines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa,

politisch motivierte Zerschlagungen und ihre extremistische Ausuferung zu politisch motivierter Sippenzerschlagung und zu politisch motivierter Sklavenhaltung mit einem unverhältnismäßigen Opferkriminalisierungswahnsinn hinnehmen müssen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-2.pdf>

Scroll down after link (page 256)

Anlage OWiV-03

Aktuelles Bußgeld-Verfahren (Z5): Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert

mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

Anlage LG-03 (KV)

Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022

wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitation und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung

wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf

wegen Sabotieren von Rehabilitation und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen

am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf

mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr

Daher: Antrag auf Opferschutz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Anlage LG-04 (KV)

Schriftsatz vom 26.Sept. 2022 an Landgericht Wuppertal mit

Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO

wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022

01. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .

> weil schon die Rechtsanwendungen des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsbeschlusses keine Rechtskraft haben, indem Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden,

> weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (siehe Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02),

> weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter dem Versicherungsträger und dieser längst zum Mittäter geworden ist,

> weil schon die Krankenversicherung verfassungswidrig und diese vom Landgericht Wuppertal mit Urteil 7 O 214/12 im April 2015 erzwungen wurde (Nachweis längst und ausführlich erbracht).

> weil der Versicherungsträger nur die soziale Zerschlagung will, seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt und darüber hinaus die Rechtsanwaltskosten für die Durchsetzung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung seit August 2021 vom Pfändungsschutz-Konto pfänden lässt,

> weil der Versicherungsträger nur die soziale Zerschlagung will, indem er sich seit 2011 als „Zeuge verkleidet“, um mit Unterstützung von skrupellosen Staatsanwälten mit Bußgeldverfahren gegen ihn vorzugehen und mit Eskalation Freiheitsberaubung mit psychischer Folter betreibt,

> weil die verwaltungsgerichtlichen Verfahren für politisch motivierte Zerschlagungen wegen Rehabilitation und Schadenersatz längst Vorrang

haben müssen, ohne dass diese mit ständigen Attacken des Versicherungsträgers behindert und verhindert werden.

> weil in diesem Umfeld eine Abhilfe gemäß §572 ZPO mit Respektierung der Grundrechte des Zerschlagungsopfers nicht entschieden werden kann.

Daher Rechtsmittel der Anhörungsrüge wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde gegen verfassungswidrige Rechtskosten und wegen Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen.

02. Zerschlagungsoffer mit weltweit herausragenden Lebensleistungen und mit Anspruch auf ein humanes Lebensende

ohne Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre)

ohne einen verfassungswidrigen Versicherungsträger, der mit ständigen Attacken als Kläger, als Zeuge und als Verfasser jämmerlicher Erinnerungsschreiben die verwaltungsgerichtlichen Verfahren auf Rehabilitierung und Schadenersatz behindert und verhindert und

dafür auch noch Kosten berechnen will.

Brutal verfassungswidrig mit ekelhafter Opferverhöhnung entgegen Art.1 Abs.1 GG. Dieser Versicherungsträger ist längst zum Mittäter geworden, der aus der finalen Zerschlagung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 ohne Versicherungsleistungen maximalen Profit ziehen möchte.

Amtsgericht längst überfordert: Anstatt Opfer kriminalisierenden Versicherungsträger zu verurteilen, werden Opfer kriminalisierende Bußgeld-Verfahren mit einem „als Zeuge verkleideter“ Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen

Darüber hinaus: Amtsgericht Velbert, in denen sich inzwischen Richter verweigern und alles auf den Schreibtisch eines Rechtspflegers schieben, kann keine Abhilfe gemäß §572 ZPO schaffen, ist hoffnungslos überfordert im kausalen Umfeld von Politik-Versagen, sozialem Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen in direktem Zusammenhang mit den politisch motivierten Zerschlagungen seit über 20 Jahren

03. Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Kostenfestsetzungsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.

04. Bewertung des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsverfahrens und aller anderen Verfahren anhand der

Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:

Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig
Politik-Versagen, soziales Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen:

Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen, mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)

Zerschlagungsoffer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für

Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur

Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,

jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz)
zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)
bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998

05. Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht

„Bürger sind keine Untertanen“

„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“

„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,

sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und

EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 124)

Anlage LG-05 (KV)

Beschluss 11 C 89/19 des Amtsgerichtes Velbert (Rechtspfleger Jacob) vom 17.10.2022 (erneut eingegangen am 13.12.2022)

Anlage LG-06 (KV)

Brutal verfassungswidrig, weil Opfer verhöhrend, Opfer diskriminierend, Opfer kriminalisierend: Rechtsmissbräuchliche Anwendung einer Förmlichen Zustellung einer Zustellungssendung mit Jacob Rechtspfleger Stempel durch Obergerichtsvollzieher Thomas Oppermann vom 12.Dez.2022 mit Unterdrückung von Seiten, die dem Opfer bewusst vorenthalten werden.
(15 M 1627/22)

Anlagen im Schriftsatz vom 28.Sept. 2022

Anlage OWiV-01

**Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende
Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit
zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter
dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft**

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf
vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der
vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

Anlage OWiV-02: Kausales Umfeld des Bußgeld-Verfahrens

**Zerschlagung 3 (Z3): Opfer kriminalisierende Verfahren am
Verwaltungsgericht Düsseldorf mit ausführlicher Beschreibung
des Umfeldes politisch motivierter Zerschlagungen einschließlich
sozialer Zerschlagung (Z4, Z5)**

wegen Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des Öffentlich-
rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit erdrückender Beweislage zu
skandalösen Praktiken (Schlesinger-Skandal) und der
stellvertretenden WDR-Intendantin mit Sondervollmachten und mit
Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

ersetzt durch

Anlage LG2022-03 Seite 1-16

Schreiben vom 02.Jan.2022 an das Amtsgericht Velbert

Geschäftszeichen 11 C 89/19 als Antwort zu

Schreiben von Justizbeschäftigten Frank vom 09.12.2021 (eingegangen am 22.12.2021)

Schreiben vom 02.Mai 2022 an das Amtsgericht Velbert

Geschäftszeichen 11 C 89/19

Schreiben von Justizbeschäftigten Frank vom 16.03..2022 (eingegangen am 27.04.2022)

Anlage LG2022-04

Nachweis, dass die Gerichtskosten des Amtsgerichtes Velbert

Geschäftszeichen 11 C 89/19 durch Zahlungen anderer

Verfahrensbeteiligter ausgeglichen sind

Anlage LG2022-05

Kostenfestsetzungsbeschluss 11 C 89/19 des Amtsgerichtes Velbert vom

30.06.2022 **mit völlig unverständlicher Tabelle** (eingegangen am 15.07.2022)

zu verfassungswidriger Krankenversicherung gegen Opfer politisch motivierter

Zerschlagungen seit 1998 ohne Versicherungsleistungen seit 2010

Anlagen im Schriftsatz vom 02.Jan. 2022 an das Amtsgericht Velbert (11 C 89/19)

Anlage AG2022-01

Schriftsatz vom 08.Dez.2021 an Landgericht Wuppertal mit Rechtsmittel der

Anhörungsrüge gegen Beschluss 16 T 225/21 ohne Abhilfe von Opfer

diskriminierender und entwürdigender Bescheidung der sofortigen Beschwerde

gegen Durchführung der manipulierten Zwangsvollstreckungssache 1 DRII 872/21

der Debeka Krankenversicherung a.G. und geplanten Anschluss-

Zwangmaßnahmen auf Pfändungsschutzkonto ohne rechtliches Gehör zu

termingerechten Einspruch vom 25.Aug.2021

12. Relevante Argumente gegen abqualifizierende, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung und gegen

Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters- und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung

eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers

durch aktive Beteiligung führender Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Einspruch mit Hinweis auf Anerkennung und führende Beteiligung durch

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident von NRW und danach Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland

auf der KOMMTECH'88 in Essen (Anlage VB-AA)

Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: **1 Jahr vor dem Mauerfall**

Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung

auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:

Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung

Hochqualifizierte Präsentation von Themenschwerpunkten wie **Künstlicher Intelligenz und Robotics** mit professioneller Doku

für die Zukunft Deutschlands

Heute: Politisch motivierte Sklavenhaltung wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Justiz mit

Opfer verhöhnenden und diskriminierenden Zwangsmaßnahmen gegen Zerschlagungsopfer am Amtsgericht Velbert und Landgericht Wuppertal

13. Gegen abqualifizierende, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung und gegen Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters- und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung

eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers

Fortsetzung der politisch motivierten, bundesweiten Sippenzerschlagung mit Opferdiskriminierung, Opferkriminalisierung und Opferterrorisierung nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa:

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, **sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie**

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

14. Nach Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 nicht den Hauch einer Chance:

Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems! Seit 1998:

Im Alter von 80 Jahren: Verfassungswidrige Alters- und Generationen-Diskriminierung durch nachrückende Generationen
Ausgehobelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt:

Politisch motivierte Sklavenhaltung seit 2010, seit über 10 Jahren, ohne Chance nach

politisch motivierter Sippenzerschlagung am Wohnort und am Geburtsort unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

mit extrem unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010

wegen verheerender Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Rehabilitierung, Schadenersatz und zu kausalen Zusammenhängen

mit verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen

mit Benutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto seit 2013,

mit Gerichtsverfahren am laufendem Bande, parallel und hintereinander,

an Verwaltungsgerichten in Regensburg, Düsseldorf und Berlin,

an Amtsgerichten in Mettmann und Velbert,

am Landgericht Wuppertal, am Sozialgericht Düsseldorf,

durch mehrere Instanzen bis zum Bundesverfassungsgericht

ohne Wochenende-Ruhe, ohne Weihnachts-Ruhe, ohne Oster-Ruhe, ohne Urlaubs-Ruhe,

mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin, in den Tod und in Nachlass-Insolvenz,

mit Treib- und Hetzjagd gegen klagendes Opfer mit Täter/Opfer-Umkehr (unverhältnismäßige Opferkriminalisierung)

> > > mit sozialer Zerschlagung durch einen Opfer kriminalisierenden

„Sozialversicherungsträger“ ohne Versicherungsleistungen seit 2010, aber mit Zwangsmaßnahmen zu einer verfassungswidrigen

Krankengrundversicherung.

mit Rundfunksperre über den Unternehmens-Genozid der digitalen

Innovationseлите durch verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000.

mit direktem Schaden durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk durch Verstoß gegen das Presserecht und

mit Zugangssperre zu Politmagazinen. . .

Es ist alles aufgeklärt mit erdrückender Beweislage über Sklavenjäger beim Bundesverfassungsgericht.

15. Rechtsmittel der Anhöhrungsrüge gemäß §321a ZPO

gegen Beschluss 16 T 225/21 vom 12.Nov.2021 (eingegangen am

27.11.2021) der 16.Zivilkammer am Landgericht Wuppertal

mit unverhältnismäßigem, verfassungswidrigem Versagen von rechtlichem Gehör und

mit unverhältnismäßiger Opfer-, Alters- und Generationen-Diskriminierung

mit Opfer, Alter und Generationen diskriminierender Rentenpfändung auf

Pfändungsschutzkonto des 80-jährigen Rentners

nach Rechtsmittel der Anhöhrungsrüge gemäß §321a ZPO vom 07.Okt.2021

an das Landgericht Wuppertal wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen

Beschwerde mit Kopie an Amtsgericht Velbert

nach sofortiger Beschwerde gemäß §567 ZPO vom 06.Sept.2021 an das

Landgericht Wuppertal mit Kopie an Amtsgericht Velbert

nach termingerechter Einspruch vom 25.Aug.2021

gegen manipulierte Zwangsvollstreckungssache 1 DRII 872/21 auf

Pfändungsschutzkonto zu verfassungswidriger Krankenversicherung inkl. Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt mit Einspruch an Amtsgericht Velbert Mehr Einspruch geht nicht! Daher unverzügliche Einstellung aller Zwangsmaßnahmen und Rückerstattung der Pfändungsbeträge Daher: Übergabe und Zurückweisung weiterer Forderungen rechtsanwaltlicher Vertretungen des „Sozialversicherungsträgers“ wegen Vorrang für Rehabilitation und Schadenersatz des Zerschlagungsopfers vor Finanzierung sozialer Zerschlagung durch Sklavenjäger politisch motivierter Sklavenhaltung. Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen Beschluss vom 12.11.2021 Aktenzeichen 16 T 225/21 (15 M 1156/21 Amtsgericht Velbert), weil damit weitere Verzögerungen eingeleitet werden, um Zwangsmaßnahmen fortsetzen zu können. Amtsgericht wurde vom Beschwerdeführer zeitgleich über alle Eingaben am Landgericht informiert, ohne Antwort an den Beschwerdeführer Rechtsmittel der Anhörungsrüge wegen unverzüglichem Stopp der Kontopfändung zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung und wegen unverzüglicher Rückerstattung der durchgeführten Pfändungen gemäß Anrufungen des Bundesverfassungsgerichts vom 18.Nov.2021 (2 BvR 2171/21, AR 8419/21) und früher.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>
Scroll down after link (page 55)

Anlage AG2022-02

Schriftsatz vom 24.Dez.2021 zur Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde vom 18.Okt.2021 mit Gerichte übergreifenden Aktivitäten des „Sozialversicherungsträgers“ wegen fortgesetzter Anhörungsrückstände gegen sofortige Beschwerde ohne Bescheidung zu Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen Beschluss 16 T 225/21 am Landgericht Wuppertal (15 M 1156/21 Amtsgericht Velbert) vom 12.11.2021 (eingegangen am 29.11.2021)

BVERFG-62. Kausale Zusammenhänge mit politisch motivierten Zerschlagungen

nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

mit Verweigerung von Rehabilitation und Schadenersatz durch nachfolgende Generationen von Politik und Justiz.

Relevante Argumente gegen respektlose, abqualifizierende, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung und gegen Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters- und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung

eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers durch aktive Beteiligung führender Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Einspruch mit Hinweis auf Anerkennung und führende Beteiligung durch **Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident von NRW und danach Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland**

auf der KOMMTECH'88 in Essen (Anlage VB-AA)
Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: **1 Jahr vor dem Mauerfall**

Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung
auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:
Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung

Hochqualifizierte Präsentation von Themenschwerpunkten wie **Künstlicher Intelligenz und Robotics** mit professioneller Doku **für die Zukunft Deutschlands**

BVERFG-63. Gegen abqualifizierende, unverhältnismäßige, Menschenrechte verachtende Opferkriminalisierung und gegen Eskalation verfassungswidriger Justiz mit **unverhältnismäßiger Alters- und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung**

eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers
Fortsetzung der politisch motivierten, bundesweiten Sippenzerschlagung mit sozialer Zerschlagung im Risiko-Rentenalter, mit Opferdiskriminierung,

Opferkriminalisierung und Opferterrorisierung
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des
Zerschlagungsopfers mit
Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und
Europa:

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
**sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an
seinem Lebenswerk nachgewiesen wie**

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und
EU-Generaldirektoren, Bundesminister,

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und
Verwaltung

Heute: Deutschland ist Digitalisierungs-Schlusslicht
mit größten IT-Sicherheitsmängeln und Datenschutz-Risiko in Europa,
mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit
mit bundesweiten Zerschlagungen unter Verantwortung der regierenden
Generation seit 1998

**nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit
Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und
Europa**

BVERFG-64. Heute: Politisch motivierte Sklavenhaltung
wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Justiz mit
Opfer verhöhnenden und Opfer diskriminierenden Zwangsmaßnahmen
gegen Zerschlagungsopfer
am Amtsgericht Velbert und Landgericht Wuppertal parallel zu
sozialgerichtlichen Verfahren mit Zwangsmaßnahmen-Chaos.
Eskalation sozialgerichtlicher Verfahren seit 2011
mit Zwangsmaßnahmen zu politisch motivierter Sklavenhaltung
mit mehreren Sklavenjägern gemäß Rubrum (sprachlos, taubstumm, mit
Gerichte übergreifenden Verfolgungsstrategien der sozialen Zerschlagung).
Soziale Zerschlagung im Risiko-Rentalter von 80 Jahren
als Fortsetzung politisch motivierter Sippenzerschlagung
vor und nach der mündlichen Anhörung (missbräuchlich „Verhandlung“)
am Landessozialgericht Essen

Verfassungsbeschwerde gegen Beschwerdegegner

mit verfassungswidriger Krankenversicherung ohne

Versicherungsleistungen seit 2010,

**mit privater Pflegeversicherung ohne Perspektive auf
Versicherungsleistungen,**

mit Gerichte übergreifende Opferkriminalisierung-Verfahren an den
Amtsgerichten Mettmann / Velbert und Landgericht Wuppertal seit 2011 und
am Sozialgericht Düsseldorf seit 2012 und
mit parallelen Zwangsmaßnahmen der Opferkriminalisierung inkl. 2-maliger
Freiheitsberaubung mit psychischer Folter,
gegen ehemaligen „Sozialversicherungsträger“, der soziale Zerschlagung
anstatt soziale Sicherung betreibt, der überhaupt keine
Versicherungsleistungen erbringen will,
ohne jede Reputation, ohne jede Qualifikation für soziale Sicherheit,
taub, stumm und sprachlos vor Gericht, mit 2-zeiliger Klagebegründung
gegen 33.000 Zeilen des Zerschlagungsopfers,
mit Eskalation zu politisch motivierter Sklavenhaltung

BVERFG-65. Verfassungswidrig: Beschwerde-Instanz versagt Bescheidung
der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen Beschluss 16 T 225/21 am
Landgericht Wuppertal (15 M 1156/21 Amtsgericht Velbert) vom 12.11.2021
(eingegangen am 29.11.2021)

Anstatt Bescheidung der Anhörungsrüge: Neue Rechnung des sog.
„Sozialversicherungsträgers“ zu verfassungswidrigen Krankenversicherung
ohne Versicherungsleistungen seit über 10 Jahren
mit Schreiben vom 09.12.2021 (eingegangen am 22.12.2021) zu
Stellungnahme binnen 2 Wochen durch Justizbeschäftigten anstatt durch
Richter(in) gemäß Anlage VB-YC01

Zwangsmaßnahmen-Chaos am Amtsgericht Velbert, Richter werden durch
Rechtspfleger und Justizbeschäftigte ohne entsprechende Kenntnisse zu
Vorgängen seit 1998 vertreten und damit weiteren Repressalien im Zuge
politisch motivierter Sklavenhaltung unterworfen

Politisch motivierte Sklavenhaltung,

hier auch ohne Weihnachtstruhe seit 2010, mit nicht mehr vorstellbarer Alters-
und Generationen-Diskriminierung eines 80-jährigen Rentners

Amtsgericht Velbert ist kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland
Soziale Zerschlagung durch „Sozialversicherungsträger“ als Folgewirkung
politisch motivierter, bundesweiter Zerschlagungen
**nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und
Europa**
mit Zerschlagungen unter Verantwortung der regierenden Generation seit
1998.

BVERFG-66. Angegriffene Hoheitsakte, Gerichte übergreifend erzwungen
durch taubstummen „Sozialversicherungsträger“ des sozialgerichtlichen
Verfahrens, ohne Bescheidung der Anhörungsrüge vom 08.Dez.2021 gemäß
Anlage VB-YD

Gerichte übergreifende Begleitung und Fortsetzung des sozialgerichtlichen
Verfahrens

Angegriffene Hoheitsakte des sozialgerichtlichen Verfahrens in Kapitel
BVERFG-52:

Schriftsatz vom 08.Dez.2021 an Landgericht Wuppertal (Anlage VB-YD) mit
Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Beschluss 16 T 225/21 ohne Abhilfe
von Opfer diskriminierender und entwürdigender Bescheidung der sofortigen
Beschwerde gegen Durchführung der manipulierten
Zwangsvollstreckungssache 1 DRII 872/21 der Debeka Krankenversicherung
a.G. und geplanten Anschluss-Zwangsmaßnahmen auf
Pfändungsschutzkonto ohne rechtliches Gehör zu termingerechten
Einspruch vom 25.Aug.2021

Kein grundrechtsfreier Raum am Amtsgericht/Landgericht durch
Abschiebung von Verantwortung an Rechtspfleger und Justizbeschäftigte
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26f.pdf>
Scroll down after link (page 157)

Anlage VB-AA: In direkter Nachbarschaft zum Gerichtsbezirk des
Landgerichtes Wuppertal, verantwortlich für eine Serie von
Gerichtsverhandlungen seit 2011, nach politisch motivierter,
bundesweiter Sippenzerschlagung und nachfolgend mit politisch
motivierter Sklavenhaltung

unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998,
bis heute mit juristischer Verweigerung von Rehabilitation und
Schadenersatz (über 20 Jahre), vor über 30 Jahren:

Dr. Johannes Rau, geb. am 16. Januar 1931 in *Wuppertal*,
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen,
Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)
Schirmherr und Eröffnungsredner der KOMMTECH 1988
in der Messe Essen

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

und die Europäischen Kongressmessen KOMMTECH'86,
KOMMTECH'87 und KOMMTECH'88 in Essen

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_86.pdf

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_88.pdf

Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten ist nicht nur eine große
Auszeichnung, sondern ist Beweis für die Bedeutung in einem Land:

**3 Kongressmessen für technische Automation mit
18 hochqualifizierten Kongressen** (4 Tage je Kongress) inkl.
professionellem Verlagsservice (18 ISBN-nummerierte Kongressbände
mit hoher Auflage für Kongressteilnehmer und Nachmesse-Verkauf,
ohne Subventionen) mit Fachmesse und mit einer Vielzahl praxisnaher
Seminare

Diese Kongressmessen fanden zusätzlich statt zu seinen
Europäischen Congressmessen ONLINE mit dem

weltweit größten Congressprogramm für digitale Evolution in

Deutschland und Europa,

mit professionellem Verlagsservice (ISBN-nummerierter Congressband je Congress).

Beide Congressmessen, KOMMTECH und ONLINE, sind eine Weiterentwicklung seiner

ONLINE-Seminarreihe mit qualifizierter Dokumentation, die das Zerschlagungsoffer selbst entwickelt und in Deutschland, Österreich, Schweiz und auch in der Technischen Akademie in Wuppertal, in den 1970er Jahren als Unternehmensberater durchgeführt hat.

Seite 01: **Dr. Johannes Rau,**

Schirmherr der Europäischen Kongressmesse KOMMTECH'88, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen

Eröffnungsansprache mit Simultanübersetzung zu

„*Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chance für den Strukturwandel*“

„*New information and communication technologies: Chance of structural Change*“

Dr. Johannes Rau (1) und Peter Willi Reuschenbach (3),
Oberbürgermeister der Stadt Essen) beim Messe-Rundgang

Seite 02: Kongressmesse-Schirmherr **Dr. Johannes Rau (1)**

besucht den Messestand der ehemaligen DDR,

die mit einer hochrangigen Delegation angereist und mit dem Workshop-Zentrum IV „Software für Hochtechnologien der DDR“ vertreten war. Weitere Personen:

Prof. Dr. Dr. Helmut Koziolk (2), Leitendes Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (DDR) und Auswärtiges Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften, später Teilnehmer an den Zwei-plus-Vier-Gesprächen, mit denen der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands geebnet wurde (Zeuge:

Alt-Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble)

Albin L. Ockl (4), Gründer und geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Seite 03: **ONLINE-Seminarreihe an der Technischen Akademie in Wuppertal, später im Haus der Technik in Essen** (Kurzfassung der Seminarbeschreibung mit Nachweis über qualifizierte Kenntnisse von Datenschutz) als Vorläufer seiner Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution

Seite 04: Kongressband VI (ISBN 3-89077-035-5) der KOMMTECH'86 zu Kongress VI (KI/Künstliche Intelligenz und Expertensysteme, Software-Engineering und PC-Anwendungstechnik)

Seite 05: Kongressband VI (ISBN 3-89077-048-7) der KOMMTECH'87 zu Kongress VI (Wissensbasierte Systeme in der Praxis: Künstliche Intelligenz auf dem Prüfstand)

Seite 06: Kongressband III (ISBN 3-89077-057-6) der KOMMTECH'88 zu Kongress III (Expertensysteme in Planung und Produktion)

Seite 07: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'86
Programmübersicht

Seite 08: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'87
Programmübersicht

Seite 09: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'88
Programmübersicht

Seite 10: Plenarveranstaltung zur Eröffnung der Fachmesse KOMMTECH'86

Seite 11: KOMMTECH'88 Information Brochure (front) 5th Congress Fair for Technical Automation

Seite 12: KOMMTECH'88 Plenary Session Seminars

Seite 13: Plenarveranstaltung zur Eröffnung der Fachmesse

KOMMTECH'88

Seite 14 a/b: **Dr. Johannes Rau**, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr mit Grußwort (a deutsch, b englisch) und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH'88, sieh auch im Internet

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

Anlage VB-208: Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor (Finanzsenator 1985-1989) auf dem Senatsempfang für Congresssteilnehmer auf der ONLINE 1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :

„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend“ . . .

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation

einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Anlage VB-209: Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997) auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“

"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Schirmherrschaft des Ersten Bürgermeister ist nicht nur eine große Auszeichnung, sondern ist Beweis für die Bedeutung in Hamburg.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 7)

Anlage VB-210: Erkki Liikanen, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der EU-KOMMISSION: „Für eine Informationsgesellschaft für alle“

auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anlage VB-211z: Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anlage VB-212z: Highlights der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001:

eCommerce & mCommerce, eBusiness & eSecurity, Telekom-Markt 2001, Internet- und Netze-Evolution

Anlage VB-213z:

Plenum der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 unter Leitung von **Prof. Dr.-Ing. Dr.h.c.mult. Paul J. Kühn**, Direktor des Instituts für Kommunikationsnetze und Rechnersysteme an der Universität Stuttgart, Congressleiter und Moderator der Plenarveranstaltungen der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1995-2003

eCity Düsseldorf auf den Säulen eGovernment, eSchool & eCommerce, Joachim Erwin, Oberbürgermeister der

Landeshauptstadt Düsseldorf

eEurope: Eine Informationsgesellschaft für alle.

Aktionsplan eEurope 2002 , **Erkki Liikanen**, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der EU-KOMMISSION

Anlage VB-214z: Management I-1 ONLINE 2001
Telekom-Markt Europa 2001: Quo vadis? Stand, Strategien und Visionen

Anlage VB-215z: Management I-2 ONLINE 2001
Internet- und Netze-Evolution: High Speed Services, Satelliten-Lösungen, Technologie-Trends

Anlage VB-216z: Congressmesse-Programm ONLINE 2001
Herausragende Congressse in Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den TK&IT-Innovationen in 12 Congressbänden

Anlage VB-YA: > Dr. Caspers, Mock Partner mbH (Anlage VB-YA) und zurückzuweisende Zwangsmaßnahmen des Opfer kriminalisierenden „Sozialversicherungsträgers“ ohne Versicherungsleistungen seit 2010: Verfassungswidrige Kontopfändungen auf Pfändungsschutzkonto seit 2013 mit Belegen vom 02.11.2021 und

und weiterer geplanten Kontopfändung in Höhe von

Anlage VB-YA01: Verfassungswidrige Pfändung vom 02.11.2021

Anlage VB-YA02: Verfassungswidrige Pfändung vom 02.12.2021 und weiterer Pfändungsbetrag bereits gesperrt

Anlage VB-YB: > Rechtsanwälte Giebel und Kollegen (Anlage VB-YB) und zurückzuweisende Rechnungen vom 7.12.2021

Anlage VB-YB01: Zurückzuweisende Rechnung für verfassungswidrige Krankenversicherung

Anlage VB-YB02: Zurückzuweisende Rechnung für Pflegeversicherung wegen Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz durch übergriffigen Staat

Anlage VB-VGB06 (Anlage in Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1959/21 vom 4.Okt.2021:
Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung der politisch motivierten Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch **Sozialversicherungsträger Debeka ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbietung eines diskriminierenden Notlagentarifs einer verfassungswidrigen Krankenversicherung,**

nachgewiesen in dem Verfahren am Landgericht Wuppertal 9 S 30/21 (ab 28.Jan.2021) unter Vorsitzenden Richter am Landgericht Istel,

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-20.pdf>

Scroll down after link (page 246), mit gleichzeitiger, paralleler Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 (AR 864/21) vom 05.Jan.2021

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27.pdf>

Scroll down after link (page 155)

hier mit Antrag des Sozialversicherungsträgers an Amtsgericht Velbert (11 C 89/19) auf Erteilung einer vollstreckbaren Ausfertigung eines Kostenfestsetzungsbeschlusses und mit

Einleitung einer Zwangsmaßnahme auf Pfändungsschutzkonto gemäß Anlage VB-VGB03 (zugesandt in

Verfassungsbeschwerde 1 BvR1959/21 vom 18.Aug.2021):
Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger
Opferkriminalisierung der politisch motivierten Sklavenhaltung mit
orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch
**Sozialversicherungsträger Debeka
ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbiederung einer
verfassungswidrigen Krankenversicherung, hier mit manipulierten
Antrag** (Geburtsdatum des 80-jährigen Opfers geschwärzt) auf Erlass
eines Pfändungsbeschlusses (eingegangen am 14.08.2021) auf
Pfändungsschutzkonto ohne Kreditmöglichkeiten

Anlage LG2108-03: Nachweis der Verfassungswidrigkeit der
Krankenversicherung durch Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 (AR 864/21)
vom 05.Jan.2021 (1 BvR 2662/20 abgelegt als AR 864/21)
in Kopie an Landgericht Wuppertal 9 S 30/21 (11 C 89/19 Amtsgericht Velbert)

Anlage LG2108-04:
Verfahren am Landgericht Wuppertal 9 S 30/21 (11 C 89/19 Amtsgericht Velbert)
mit Schriftsatz vom 18.Jan.2021 mit Vorlage der Verfassungsbeschwerde 2 BvR
880/21 (AR 864/21) vom 05.Jan.2021 (1 BvR 2662/20 abgelegt als AR 864/21)

Anlage LG2108-01
Wahrheitswidrige, Beschluss-gleiche Mitteilung des Amtsgerichts Velbert
vom 30.08.2021 (eingegangen am 03.09.2021), dass kein konkreter Antrag
betreffend das vorliegende Vollstreckungsverfahren im Schriftsatz vom
25.Aug.2021 erkannt

Anlage LG2108-02
**Einspruch vom 25.Aug.2021 gegen jeglichen Missbrauch von Staatsgewalt
und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt
durch GVin Franziska Ritzhaupt mit
Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 872/21 auf Pfändungsschutzkonto**
im Auftrag des Amtsgerichtes Velbert, Vollstreckungsgericht, 42549 Velbert
Geschäftszeichen 15 M U76/21
gegen Unterzeichner (Opfer, Opfer politisch motivierter Sippenerschlagung)

**Anlage AG21/08: Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2021
(1 BvR 1959/21) mit Anlage VB-VGB03:** Fortsetzung unverhältnismäßiger,
verfassungswidriger Opferkriminalisierung der politisch motivierten
Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch
Sozialversicherungsträger Debeka (**ohne Versicherungsleistungen seit 2010
mit Anbiederung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs, hier mit
manipulierten Antrag**)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>
Scroll down after link (page 18/25/69)

Legende der schriftlichen Eingaben am Amtsgericht Velbert zur Abwehr von Missbrauch von Staatsgewalt

Schriftsatz mit Einspruch vom 25.Aug.2021 (Ziffer 1-5) gegen Durchführung der Zwangsvollstreckungssache 1 DRll 872/21 auf Pfändungsschutzkonto inkl. Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt. In Kopie an das Amtsgericht Velbert (Vollstreckungsgericht)

Schriftsatz vom 06.Sept.2021an Landgericht Wuppertal mit Sofortiger Beschwerde gemäß §567 ZPO mit Antrag auf Prozesskostenhilfe gegen Zwangsvollstreckungssache 1 DRll 872/21 auf Pfändungsschutzkonto im Auftrag des Amtsgerichtes Velbert In Kopie an das Amtsgericht Velbert (Vollstreckungsgericht)

06. Termingerechter Einspruch vom 25.Aug.2021 gegen Durchführung der Zwangsvollstreckungssache 1 DRll 872/21 auf Pfändungsschutzkonto inkl. Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt.

> Verfassungswidrig: Versagung von rechtlichem Gehör zur Antragstellung und zur Begründung des Einspruch ohne Beantwortung wegen Manipulation des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses durch Schwärzung des Geburtstages des Zerschlagungsopfers im 80.Lebensjahr (manipulative Verschleierung der skrupellosen Respektlosigkeit gegenüber der älteren Generation)

und wegen

> Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlichen Übergriffe, hier Zwangsmaßnahme durch einen Sozialversicherungsträger, der seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt, unter Anbietung eines verfassungswidrigen Notlagetarifs der Krankenversicherung aus einem verfassungswidrigen „Teilversäumnis“-Urteil

mit Anlage AG21/08: Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2021

inkl. Anlage VB-VGB03: Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung einer politisch motivierten Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch Sozialversicherungsträger Debeka (ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbietung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs, hier mit manipulierten Antrag / manipulierte Verschleierung einer skrupellosen Respektlosigkeit gegen die ältere Generation)

Sieh Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1959/21 vom 18.Aug.2021 (beiliegend, Seite 18):

07. Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2021 (1 BvR 1959/21) mit Anlage VB-VGB03

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>

Scroll down after link (page 18/25)

Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz am Verwaltungsgericht Berlin wegen

Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

zu bundesweiter Sippenzerschlagung,

zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung und

zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 1998

mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:

Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer

übergreifend, Generationen übergreifend

mit Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer), Zerschlagung der

deutschen Heimat, Rufmord, mehrfacher Freiheitsberaubung mit

psychischer Folter, kapitalen Vermögensschäden und

mit Zwangsmaßnahmen aller Art

nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden

Generation seit 1998, über 20 Jahre bitteres Unrecht

> unter Verantwortung der beklagten Bundesrepublik Deutschland

> unter Verantwortung des beklagten Freistaates Bayern

> unter Verantwortung des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunks

(ÖRR)

> unter Verantwortung des klagenden Sozialversicherungsträgers (Debeka)

08. Auffällig: Skrupellosigkeit des Vollstreckungsgerichtes
Missbrauch von Staatsgewalt mit manipulierter Zwangsmaßnahme einfacher als das Durchlesen von Verfassungsbeschwerden.
Rechtspfleger anstatt informierte Richter*in am Vollstreckungsgericht bemängelt Nicht-Erkennung eines konkreten Antrags
> Opfer verhöhnende Wahrheitsbeugung, weil Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt unmissverständlich gestellt.
> Vollstreckungs-Gericht will konkrete Erläuterung, obwohl Verfassungsbeschwerde mit fundierter Erläuterung in aktuellster Ausführung vom 18.Aug.2021 (1 BvR 1959/21) beigelegt
Offensichtlich: Rechtspfleger nicht in der Lage, die Informationen zu einem **Politik-, Verwaltungs- und Justizskandal in Deutschland zu erfassen und zu bewerten**
> Vollstreckungsgericht ist kein grundrechtsfreier Raum für signifikante Beteiligung an politisch motivierter Sklavenhaltung
> Vorwurf gegen das Vollstreckungsgericht: Schwere, jahrelange Opfer-Diskriminierung, skrupellose Alter-Diskriminierung mit manipulierter Zwangsmaßnahme, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung mit Täter/Opfer-Umkehr
> Wiederholung des Antrags auf Unterlassung jedweden Missbrauchs von skrupelloser Staatsgewalt
> Vorlage dieser sofortigen Beschwerde beim Verwaltungsgericht Berlin als Beispiel für politisch motivierte Sklavenhaltung mit Missbrauch von Staatsgewalt durch Amtsgericht Velbert
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>
Scroll down after link (page 03)

Schriftsatz vom 11.Okt.2021 an Landgericht Wuppertal mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde gemäß §567 ZPO vom 06.09.2021 gegen Durchführung der manipulierten Zwangsvollstreckungssache 1 DRII 872/21 der Debeka Krankenversicherung a.G. (eingegangen am 14.08. 2021 mit förmlicher Zustellung) und geplanten Anschluss-Zwangsmaßnahmen auf Pfändungsschutzkonto ohne rechtliches Gehör zu termingerechten Einspruch vom 25.Aug.2021 In Kopie an das Amtsgericht Velbert (Vollstreckungsgericht)

09. Termingerechter Einspruch vom 25.Aug.2021
gegen manipulierte Zwangsvollstreckungssache 1 DRII 872/21 auf Pfändungsschutzkonto inkl. Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt.
Manipulierter Antrag / manipulierte Verschleierung einer skrupellosen Respektlosigkeit gegen die ältere Generation)
Sieh Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1959/21 vom 18.Aug.2021 (Seite 18, Anlage VB-VGB03):
Zwangsmaßnahme durch einen Sozialversicherungsträger, der seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt, unter Anbiederung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs der verfassungswidrigen Krankenversicherung aus einem verfassungswidrigen „Teilversäumnis“-Urteil 7 O 214/12 vom 16.04.2015
Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz am Verwaltungsgericht Berlin wegen
Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung und
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 1998
Vollstreckungsgericht ist kein grundrechtsfreier Raum für signifikante Beteiligung an politisch motivierter Sklavenhaltung, hier seit 2010
> Vorwurf gegen das Vollstreckungsgericht: Schwere, jahrelange Opfer-Diskriminierung, skrupellose Alter-Diskriminierung mit manipulierter Zwangsmaßnahme, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung mit Täter/Opfer-Umkehr
> Wiederholung des Antrags auf Unterlassung jedweden Missbrauchs von skrupelloser Staatsgewalt
> Vorlage dieser sofortigen Beschwerde zusätzlich beim Verwaltungsgericht Berlin als Beispiel für politisch motivierte Sklavenhaltung mit Missbrauch von Staatsgewalt durch Amtsgericht Velbert
10. Anhörungsrüge wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde.
Nicht hinnehmbar: Verfassungswidriges Unrechtssystem mit Zwangsmaßnahmen erpresst.

Amtsgericht will mit Zwangsmaßnahmen verfassungswidrige Krankenversicherung gegen 80-jährigen Rentner erzwingen,
gegen Opfer politisch motivierter Sippenerschlagung seit 1998 und
gegen Opfer politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010.
Zuständige, best informierte Richter*in verbirgt sich hinter Zwangsmaßnahmen von Rechtspfleger

Bescheidung der sofortigen Beschwerde durch Landgericht, weil:

> Zurückzuweisende Fortsetzung der Zwangsmaßnahme der Kontopfändung zu Rechtsanwaltskosten aus dem Urteil 7 O 214/12 am Landgericht Wuppertal mit verfassungswidriger Krankenversicherung
> Zurückzuweisendes Schreiben des Amtsgerichtes vom 23.09.2021 mit weiteren Rechnungen der Rechtsanwälte der Debeka Krankenversicherungsverein a.G. gemäß Anlage VB-VGB06
> Zurückzuweisende verfassungswidrige Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010, nachgewiesen mit Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 und Verfahren 9 S 30/21 Landgericht Wuppertal nach Verfahren 11 C 89/19 am Amtsgericht Velbert und Verfahren 3 O 61/19 Landgericht Wuppertal
> Zurückweisung: Verfassungswidrige Krankenversicherung und Kosten der Rechtsanwälte für eine verfassungswidrige Krankenversicherung
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>
Scroll down after link (page 29)

Schriftsatz vom 11.Okt.2021 an das Amtsgericht Velbert (Geschäftsstelle 11 C 89/19)

11. Zurückweisung aller Rechnungen der RAe Giebel und Kollegen vom 08.12.2020 (Re.Nr. 2002624) und der Rechnung vom 12.02.2021 (Aktenzeichen 70522499)
Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen des ehemaligen Sozialversicherungsträgers, der mit sozialer und psychischer Zerschlagung längst seine Reputation verloren hat
Aufforderung, alle Zwangsmaßnahmen unverzüglich einzustellen.

Alle Zwangsmaßnahmen und Rechnungen an das Bundesverfassungsgericht weitergeleitet, weil alle Zwangsmaßnahmen und Rechnungen als Teil politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010 zu verwerfen sind.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 29)

Schriftsatz vom 08.Dez.2021 an Landgericht Wuppertal mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Beschluss 16 T 225/21 ohne Abhilfe von Opfer diskriminierender und entwürdigender Bescheidung der sofortigen Beschwerde gegen Durchführung der manipulierten Zwangsvollstreckungssache 1 DRII 872/21 der Debeka Krankenversicherung a.G. und geplanten Anschluss-Zwangsmaßnahmen auf Pfändungsschutzkonto ohne rechtliches Gehör zu termingerechten Einspruch vom 25. Aug. 2021

12. Relevante Argumente gegen abqualifizierende, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung und gegen Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters- und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung **eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers** durch aktive Beteiligung führender Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung
Einspruch mit Hinweis auf Anerkennung und führende Beteiligung durch **Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident von NRW und danach Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland auf der KOMMTECH'88 in Essen** (Anlage VB-AA)
Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: **1 Jahr vor dem Mauerfall**
Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung
auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:
Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung
Hochqualifizierte Präsentation von Themenschwerpunkten wie **Künstlicher Intelligenz und Robotics** mit professioneller Doku
für die Zukunft Deutschlands
Heute: Politisch motivierte Sklavenhaltung wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Justiz mit

Opfer verhöhnen und diskriminierenden Zwangsmaßnahmen gegen Zerschlagungsoffer am Amtsgericht Velbert und Landgericht Wuppertal
13. Gegen abqualifizierende, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung und gegen Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters- und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung

eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsoffers

Fortsetzung der politisch motivierten, bundesweiten Sippenzerschlagung mit Opferdiskriminierung, Opferkriminalisierung und Opferterrorisierung nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsoffers mit

Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa:

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, **sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie**

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und

EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und

Verwaltung

14. Nach Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 nicht den Hauch einer Chance:

Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems! Seit 1998:

Im Alter von 80 Jahren: Verfassungswidrige Alters- und Generationen-Diskriminierung durch nachrückende Generationen

Ausgehobelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt:

Politisch motivierte Sklavenhaltung seit 2010, seit über 10 Jahren, ohne Chance nach

politisch motivierter Sippenzerschlagung am Wohnort und am Geburtsort unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

mit extrem unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010

wegen verheerender Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Rehabilitierung,

Schadenersatz und zu kausalen Zusammenhängen

mit verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen

mit Benutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto seit 2013,

mit Gerichtsverfahren am laufendem Bande, parallel und hintereinander,

an Verwaltungsgerichten in Regensburg, Düsseldorf und Berlin,

an Amtsgerichten in Mettmann und Velbert,

am Landgericht Wuppertal, am Sozialgericht Düsseldorf,

durch mehrere Instanzen bis zum Bundesverfassungsgericht

ohne Wochenende-Ruhe, ohne Weihnachts-Ruhe, ohne Oster-Ruhe, ohne Urlaubs-Ruhe,

mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin, in den Tod und in Nachlass-Insolvenz,

mit Treib- und Hetzjagd gegen klagendes Opfer mit Täter/Opfer-Umkehr (unverhältnismäßige Opferkriminalisierung)

> > > mit sozialer Zerschlagung durch einen Opfer kriminalisierenden

„Sozialversicherungsträger“ ohne Versicherungsleistungen seit 2010, aber mit Zwangsmaßnahmen zu einer verfassungswidrigen

Krankengrundversicherung.

mit Rundfunksperrung über den Unternehmens-Genozid der digitalen

Innovationselite durch verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000.

mit direktem Schaden durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk durch Verstoß gegen das Presserecht und

mit Zugangssperre zu Politmagazinen. . .

Es ist alles aufgeklärt mit erdrückender Beweislage über Sklavenjäger beim Bundesverfassungsgericht.

15. Rechtsmittel der Anhängungsprüfung gemäß §321a ZPO

gegen Beschluss 16 T 225/21 vom 12.Nov.2021 (eingegangen am

27.11.2021) der 16.Zivilkammer am Landgericht Wuppertal

mit unverhältnismäßigem, verfassungswidrigem Versagen von rechtlichem Gehör und

mit unverhältnismäßiger Opfer-, Alters- und Generationen-Diskriminierung mit Opfer, Alter und Generationen diskriminierender Rentenpfändung auf

Pfändungsschutzkonto des 80-jährigen Rentners
nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO vom 07.Okt.2021
an das Landgericht Wuppertal wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen
Beschwerde mit Kopie an Amtsgericht Velbert
nach sofortiger Beschwerde gemäß §567 ZPO vom 06.Sept.2021 an das
Landgericht Wuppertal mit Kopie an Amtsgericht Velbert
nach termingerechter Einspruch vom 25.Aug.2021
gegen manipulierte Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 872/21 auf
Pfändungsschutzkonto zu verfassungswidriger Krankenversicherung inkl.
Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch
GVin Franziska Ritzhaupt mit Einspruch an Amtsgericht Velbert
Mehr Einspruch geht nicht! Daher unverzügliche Einstellung aller
Zwangsmaßnahmen und Rückerstattung der Pfändungsbeträge
Daher: Übergabe und Zurückweisung weiterer Forderungen
rechtsanwaltlicher Vertretungen des „Sozialversicherungsträgers“ wegen
Vorrang für Rehabilitation und Schadenersatz des Zerschlagungsopfers
vor Finanzierung sozialer Zerschlagung
durch Sklavenjäger politisch motivierter Sklavenhaltung.
Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen Beschluss vom
12.11.2021 Aktenzeichen 16 T 225/21 (15 M 1156/21 Amtsgericht Velbert),
weil damit weitere Verzögerungen eingeleitet werden, um
Zwangsmaßnahmen fortsetzen zu können.
Amtsgericht wurde vom Beschwerdeführer zeitgleich über alle Eingaben am
Landgericht informiert, ohne Antwort an den Beschwerdeführer
Rechtsmittel der Anhörungsrüge wegen unverzüglichem Stopp der
Kontopfändung zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung und
wegen unverzüglicher Rückerstattung der durchgeführten Pfändungen
gemäß Anrufungen des Bundesverfassungsgerichts vom 18.Nov.2021 (2
BvR 2171/21, AR 8419/21) und früher.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>
Scroll down after link (page 55)

Schreiben vom 02.Jan.2022 an das Amtsgericht Velbert

Geschäftszeichen 11 C 89/19 mit Antwort (Punkte a-f) zu
Schreiben von Justizbeschäftigten Frank vom 09.12.2021 (eingegangen am
22.12.2021)

Schreiben vom 02.Mai 2022 an das Amtsgericht Velbert

Geschäftszeichen 11 C 89/19 mit Antwort (Punkte g-n)) zu
Schreiben von Justizbeschäftigten Frank vom 16.03..2022 (eingegangen am
27.04.2022)

Schriftsatz vom 24.Juli 2022 an Landgericht Wuppertal mit Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde nach §793 ZPO

gegen Kostenfestsetzungsbeschluss 11 C 89/19 vom 30.06.2022
(eingegangen am 15.07.2022)

Punkt o) Rechtsanwendungen des verfassungswidrigen
Kostenfestsetzungsbeschlusses haben keine Rechtskraft, weil Grundrechte
nicht respektiert werden.

Im Kostenbetrag Gerichtskosten zum 2.Mal berechnet

Soziale Zerschlagung in einem Opferkriminalisierungswahnsinn:
Zerschlagungsopfer hat de facto keine Krankenversicherung mehr,
Versicherungsträger erbringt keine Versicherungsleistungen mehr seit 2010
(seit 12 Jahren)

Krankenversicherung ist verfassungswidrig. Nachweis längst und
ausführlich erbracht.

Nicht nur Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung, darüber hinaus
Alters- und Generationen-Diskriminierung: Kostenbeschluss richtet sich
gegen Rentner im 81. Lebensjahr mit einem herausragenden Lebenswerk:
Zerschlagungsopfer wird wie ein Staatsfeind behandelt, mit
Politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998, seit über 20 Jahren unter
persönlicher Verantwortung von

Schröder, Steinmeier, Merkel und Söder,

wegen seinem herausragenden Lebenswerk

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und
Europa

mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution und

professionellem Verlagsservice

Vorgang erfordert Richter-Kompetenz, weil Rechtspfleger nicht in der Lage sind, dem Druck von angewiesenen Staatsanwälten zu widerstehen.

Punkt p) Kostenfestsetzungsbeschluss: Rechtswidrig und asozial verfassungswidrig

Asozial, Alter diskriminierend, rechtswidrig: Gerichtskosten werden bei einem Rentner in fortgeschrittenem Alter ein 2.Mal abkassiert. Mit Nachweis.

Missbrauch von Krankenversicherung für soziale Zerschlagung anstatt für soziale Sicherheit.

Verfassungswidrige Rechtsanwaltskosten, mehrfach diskriminierend für Zerschlagungsoffer: Von klagender Krankenversicherung zu übernehmen und nicht vom Opfer sozialer Zerschlagung, das seine Kosten bis heute selbst tragen muss und keine Rechtsanwälte nutzen kann.

Antrag auf sofortige Einstellung der Kontopfändung auf Pfändungsschutzkonto für Rechtsanwaltskosten zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung und Rückerstattung der monatlichen Pfändungen seit Nov.2021: Sieh Punkt d und e.

Unverzichtbar: Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen und zur Verhinderung sozialer Zerschlagung.

Punkt q) Amtsgericht Velbert ist kein grundrechtsfreier Raum und nicht die Müllhalde für Versagen deutscher Justiz bei politisch motivierten Zerschlagungen

Punkt r) Ablehnungsgesuch gemäß §10 Rechtspflegergesetz gegen Rechtspfleger Jacob wegen Besorgnis der Befangenheit, wegen fehlender Richterkompetenz und Missachtung des Antrags auf richterliche Zuständigkeit.

Punkt s) Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde gemäß §793 ZPO gegen Kostenfestsetzungsbeschluss: Rechtsanwendungen der Sozialversicherung ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig, wenn sie ohne Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz wegen politisch motivierter Zerschlagungen soziale Zerschlagung anstatt soziale Sicherheit bewirken.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 92)

Schriftsatz vom 26.Sept. 2022 an Landgericht Wuppertal mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022

01. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .

> weil schon die Rechtsanwendungen des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsbeschlusses keine Rechtskraft haben, indem Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden,

> weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (sieh Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02),

> weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter dem Versicherungsträger und dieser längst zum Mittäter geworden ist,

> weil schon die Krankenversicherung verfassungswidrig und diese vom Landgericht Wuppertal mit Urteil 7 O 214/12 im April 2015 erzwungen wurde (Nachweis längst und ausführlich erbracht).

> weil der Versicherungsträger nur die soziale Zerschlagung will, seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt und darüber hinaus die Rechtsanwaltskosten für die Durchsetzung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung seit August 2021 vom Pfändungsschutz-Konto pfänden lässt,

> weil der Versicherungsträger nur die soziale Zerschlagung will, indem er sich seit 2011 als „Zeuge verkleidet“, um mit Unterstützung von skrupellosen Staatsanwälten mit Bußgeldverfahren gegen ihn vorzugehen und mit Eskalation Freiheitsberaubung mit psychischer Folter betreibt,

> weil die verwaltungsgerichtlichen Verfahren für politisch motivierte Zerschlagungen wegen Rehabilitierung und Schadenersatz längst Vorrang

haben müssen, ohne dass diese mit ständigen Attacken des Versicherungsträgers behindert und verhindert werden.

> weil in diesem Umfeld eine Abhilfe gemäß §572 ZPO mit Respektierung der Grundrechte des Zerschlagungsopfers nicht entschieden werden kann. Daher Rechtsmittel der Anhörungsrüge wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde gegen verfassungswidrige Rechtskosten und wegen Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen.

02. Zerschlagungsopfer mit weltweit herausragenden Lebensleistungen und mit Anspruch auf ein humanes Lebensende

ohne Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre)

ohne einen verfassungswidrigen Versicherungsträger, der mit ständigen Attacken als Kläger, als Zeuge und als Verfasser jämmerlicher Erinnerungsschreiben die verwaltungsgerichtlichen Verfahren auf Rehabilitierung und Schadenersatz behindert und verhindert und dafür auch noch Kosten berechnen will.

Brutal verfassungswidrig mit ekelhafter Opfernherabwürdigung entgegen Art.1 Abs.1 GG. Dieser Versicherungsträger ist längst zum Mittäter geworden, der aus der finalen Zerschlagung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 ohne Versicherungsleistungen maximalen Profit ziehen möchte.

Amtsgericht längst überfordert: Anstatt Opfer kriminalisierenden Versicherungsträger zu verurteilen, werden Opfer kriminalisierende Bußgeld-Verfahren mit einem „als Zeuge verkleideter“ Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen

Darüber hinaus: Amtsgericht Velbert, in denen sich inzwischen Richter verweigern und alles auf den Schreibtisch eines Rechtspflegers schieben, kann keine Abhilfe gemäß §572 ZPO schaffen, ist hoffnungslos überfordert im kausalen Umfeld von Politik-Versagen, sozialem Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen in direktem Zusammenhang mit den politisch motivierten Zerschlagungen seit über 20 Jahren

03. Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Kostenfestsetzungsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.

04. Bewertung des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsverfahrens und aller anderen Verfahren anhand der

Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:

Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig

Politik-Versagen, soziales Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen:

Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern

wegen einem herausragenden Lebenswerk

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen,

mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl.

professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)

Zerschlagungsopfer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und verklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für

Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur

Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022

Eskalation mit Teilmobilisierung der russischen Regierung,

jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten

Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche

Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz)

zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit

Rückendeckung durch Berlin seit 1998

05. Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht

„Bürger sind keine Untertanen“
„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“
„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
**sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem
Lebenswerk nachgewiesen wie**
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und
EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und
Verwaltung
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>
Scroll down after link (page 124)

**Schriftsatz vom 24.Dez. 2022 an Landgericht Wuppertal mit Erinnerung
an Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO vom 28.09.2022
wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom
24.07.2022**

gegen Beschluss des Rechtspflegers am Amtsgericht Velbert Jacob vom
17.10.2022 (erneut zugesandt am 13.12.2022)
gegen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 01.12.2022 der Debeka
Krankenversicherungsverein (Geschäftszeichen 15 M 1627/22,
abgestempelt mit „Jacob Rechtspfleger“,
gegen Rechtspfleger Jacob mit Ablehnungsgesuch vom 28.09.2022 gemäß
Punkt r) auf Seite 3 in Anlage LG-04(KV)

**06. Information über neue Verfassungsbeschwerde gemäß
Anlage LG-03 (KV)**

Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitation und Schadenersatz an den
Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung
wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher
Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten
Berlin und Düsseldorf

**wegen Sabotieren von Rehabilitation und Schadenersatz durch
Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen**

am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am
Sozialgericht Düsseldorf

mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung /
Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr

Daher: Antrag auf Opferschutz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 153)

**Schriftsatz vom 20.Feb.2023 an Landgericht Wuppertal
mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO
gegen Beschluss 16 T 133/22 (11C 89/19 Amtsgericht Wuppertal) der
16.Zivilkammer des Landgerichts vom 01.Feb.2023 (eingegangen am
09.02.2023)**

**nach Erinnerung vom 24.12.2022 an Rechtsmittel der Anhörungsrüge
nach §321a ZPO vom 28.09.2022 wegen Versagung einer Bescheidung
der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022**

**07. Totales Justiz-Versagen mit Opfer-Kriminalisierung,
Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung, wenn von
Staatsanwälten und Rechtspflegern die Judikative ausgeschaltet wird und
letztere den untauglichen Versuch unternimmt, sich vor dem Opfer auch
noch zu rechtfertigen, anstatt Staatsanwälte und Rechtspfleger in die
Schranken zu weisen**

Beschlüsse sind verfassungswidrig, wenn Grundrechte nicht respektiert
werden. Wer Grundrechte nicht respektiert, hat auch keinen Respekt vor der
älteren Generation und ihren Leistungen.

Brutal verfassungswidrig: Je älter das Opfer (82.Lebensjahr), umso weniger
judikative Bereitschaft, Grundrechte zu respektieren.

2 Verfassungsbeschwerden und eine Erinnerung an Rechtsmittel der
Anhörungsrüge waren notwendig, um überhaupt Bescheidung einer
sofortigen Beschwerde zu erreichen, diese auch noch ohne Respektierung
von Grundrechten. Mit 2 Verfassungsbeschwerden kriminelle

Grundrechtsverletzungen nachgewiesen.

> > > nach Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2262/22 vom 10.12.2022
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitation und Schadenersatz an den
Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung

> > > nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.2023 /
31.01.2023 (mit Anlage LG-03 (KV) vorgelegt: Schriftsatz vom 24.12.2022)
wegen 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

> > > nach Schriftsatz vom 24.12.2022 an die 16.Zivilkammer des
Landgerichts Wuppertal
mit Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO vom
28.09.2022 wegen
Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022
gegen Beschluss des Rechtspflegers am Amtsgericht Velbert Jacob vom
17.10.2022 (erneut zugesandt am 13.12.2022)

gegen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 01.12.2022 der Debeka
Krankenversicherungsverein (Geschäftszeichen 15 M 1627/22,
abgestempelt mit „Jacob Rechtspfleger“,
gegen Rechtspfleger Jacob mit Ablehnungsgesuch vom 28.09.2022 gemäß
Punkt r) auf Seite 3 in Anlage LG-04(KV)
Erschwerend: Vorsitzende Richterin am Landgericht Voßwinkel
ist auch in OWi-Bussgeld-Hexenjagd über 12 Jahre seit 2011 verwickelt
(Sieh Kapitel 08)

08. Brutal unverhältnismäßig und verfassungswidrig:

**Nach über 25 Jahren Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und
Europa mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und
KOMMTECH bis 2003**

**mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in
Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren
wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.**

**mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales
Innovationswachstum**

**durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte
Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der
Digitalbranche).**

Jetzt 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen in 2023:

Skrupellose Staatsanwälte manipulieren und sabotieren die Justiz für
Rehabilitation und Schadenersatz politisch motivierter Zerschlagungen am
Wohnort und am Geburtsort mit einer Überflutung von Gerichtsverfahren
gegen einen Rentner im 82.Lebensjahr, Schadenersatz für eine Treib- und
Hetzjagd gegen ihn und seinen Bruder in den
wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012 erzwungener Tod seines
Bruders)

Skandalös: 2 Verfassungsbeschwerden und eine Erinnerung an Rechtsmittel
der Anhörungsrüge waren notwendig, um überhaupt Bescheidung einer
sofortigen Beschwerde zu erreichen, diese auch noch ohne Respektierung
von Grundrechten.

Brutal verfassungswidrig: Verwerflicher Kostenfestsetzungsbeschluss zu
einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu
Versicherungsleistungen seit 2010,
mit laufender Kontopfändung zu horrenden Kosten eines Rechtsanwalts, der
für diese verfassungswidrige Krankenversicherung verantwortlich ist, mit
Kontopfändung der Rente, mit Kontopfändung der Energiepauschale, die
alle deutschen Bundesbürger mit einem „Doppel-WUMS“ der Deutschen
Bundesregierung erhalten haben.

Daher zurückzuweisen mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a
ZPO: Verwerflicher Beschluss 16 T 133/22 (11C 89/19 Amtsgericht
Wuppertal) der 16.Zivilkammer des Landgerichts vom 01.Feb.2023
(eingegangen am 09.02.2023) einschließlich aller Kosten
der nur Missbrauch sozialer Sicherheit für soziale Zerschlagung bedeutet.
Beschluss der Einzelrichterin ist ein Skandal,

weil Menschenrechte mit Füßen getreten werden, Europäisches
Menschenrecht auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK rücksichtslos
ohne Beachtung,
weil Richterin nicht den Mut hat, skrupellosen Staatsanwälten ihre Grenzen
aufzuzeigen.
Staatsanwälte unterstützen nicht nur den klagenden

„Sozialversicherungsträger“, sondern sind auch maßgeblich an den politisch motivierten Zerschlagungen beteiligt, gegen das beklagte Opfer, das sich seit 2010 keinen vertrauenswürdigen Rechtsanwalt mehr leisten kann.

**Daher Antrag auf Opferschutz in den Verfassungsbeschwerden.
Grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG ist
längst Rechtsanspruch, weil keine Abhilfe seit 1998 (25 Jahre).**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 182)

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und Geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Per Fax an 0202 498 3504

Landgericht Wuppertal
16. Zivilkammer
16 T 133/22

Eiland 1
42103 Wuppertal

Velbert, 20.März 2023

16 T 133/22

Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde gegen Beschluss 16 T 133/22 vom 27.02.2023 (eingegangen am 08.03.2023) nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO gegen Beschluss 16 T 133/22 (11C 89/19 Amtsgericht Velbert) der 16.Zivilkammer des Landgerichts vom 01.Feb.2023 (eingegangen am 09.02.2023)

nach Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO vom 28.09.2022 wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022

gegen Beschluss des Rechtspflegers am Amtsgericht Velbert Jacob vom 17.10.2022 (erneut zugesandt am 13.12.2022)

gegen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 01.12.2022 der Debeka Krankenversicherungsverein (Geschäftszeichen 15 M 1627/22, abgestempelt mit „Jacob Rechtspfleger“,

gegen Rechtspfleger Jacob mit Ablehnungsgesuch vom 28.09.2022 gemäß Punkt r) auf Seite 3 in Anlage LG-04(KV)

nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.2023 / 31.01.2023

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

Scroll down after link (page 286/380)

Begründung: mit fortlaufender Nummerierung

09. Termingerechte Verfassungsbeschwerde nach Versagung von rechtlichem Gehör gemäß Art.103 Abs.1 GG zu den Ausführungen der Kapitel 07 und 08 im Schriftsatz vom 20.02.2023 und mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG, weil keine Abhilfe seit 1998 (25 Jahre)

Kapitel 07. Totales Justiz-Versagen mit Opfer-Kriminalisierung, Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung, wenn von Staatsanwälten und Rechtspflegern die Judikative ausgeschaltet wird und letztere den untauglichen Versuch unternimmt, sich vor dem Opfer auch noch zu rechtfertigen, anstatt Staatsanwälte und Rechtspfleger in die Schranken zu weisen

Beschlüsse sind verfassungswidrig, wenn Grundrechte nicht respektiert werden.

Wer Grundrechte nicht respektiert, hat auch keinen Respekt vor der älteren Generation und ihren Leistungen.

Brutal verfassungswidrig: Je älter das Opfer (82.Lebensjahr), umso weniger judikative Bereitschaft, Grundrechte zu respektieren.

2 Verfassungsbeschwerden und eine Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge waren notwendig, um überhaupt Bescheidung einer sofortigen Beschwerde zu erreichen, diese auch noch ohne Respektierung von Grundrechten. Mit 2 Verfassungsbeschwerden kriminelle Grundrechtsverletzungen nachgewiesen.

> > > nach Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2262/22 vom 10.12.2022

wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitation und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung

> > > nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.2023 / 31.01.2023 (mit Anlage LG-03 (KV) vorgelegt: Schriftsatz vom 24.12.2022)

wegen 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

> > > nach Schriftsatz vom 24.12.2022 an die 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal

mit Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO vom 28.09.2022 wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022

gegen Beschluss des Rechtspflegers am Amtsgericht Velbert Jacob vom 17.10.2022 (erneut zugesandt am 13.12.2022)

gegen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 01.12.2022 der Debeka Krankenversicherungsverein (Geschäftszeichen 15 M 1627/22, abgestempelt mit „Jacob Rechtspfleger“,

gegen Rechtspfleger Jacob mit Ablehnungsgesuch vom 28.09.2022 gemäß Punkt r) auf Seite 3 in Anlage LG-04(KV)

Erschwerend: Vorsitzende Richterin am Landgericht Voßwinkel

ist auch in OWi-Bussgeld-Hexenjagd über 12 Jahre seit 2011

verwickelt (Sieh Kapitel 08)

Kapitel 08. Brutal unverhältnismäßig und verfassungswidrig:

Nach über 25 Jahren Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH bis 2003

mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum

durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).

Jetzt 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen in 2023:

Skrupellose Staatsanwälte manipulieren und sabotieren die Justiz für Rehabilitierung und Schadenersatz politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit einer Überflutung von Gerichtsverfahren gegen einen Rentner im 82.Lebensjahr, Schadenersatz für eine Treib- und Hetzjagd gegen ihn und seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012 erzwungener Tod seines Bruders) Skandalös: 2 Verfassungsbeschwerden und eine Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge waren notwendig, um überhaupt Bescheidung einer sofortigen Beschwerde zu erreichen, diese auch noch ohne Respektierung von Grundrechten.

Brutal verfassungswidrig: Verwerflicher Kostenfestsetzungsbeschluss zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, mit laufender Kontopfändung zu horrenden Kosten eines Rechtsanwalts, der für diese verfassungswidrige Krankenversicherung verantwortlich ist, mit Kontopfändung der Rente, mit Kontopfändung der Energiepauschale, die alle deutschen Bundesbürger mit einem „Doppel-WUMS“ der Deutschen Bundesregierung erhalten haben.

Daher zurückzuweisen mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO: Verwerflicher Beschluss 16 T 133/22 (11C 89/19 Amtsgericht Wuppertal) der 16.Zivilkammer des Landgerichts vom 01.Feb.2023 (eingegangen am 09.02.2023) einschließlich aller Kosten der nur Missbrauch sozialer Sicherheit für soziale Zerschlagung bedeutet.
Beschluss der Einzelrichterin ist ein Skandal,

weil Menschenrechte mit Füßen getreten werden, Europäisches Menschenrecht auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK rücksichtslos ohne Beachtung,

weil Richterin nicht den Mut hat, skrupellosen Staatsanwälten ihre Grenzen aufzuzeigen.

Staatsanwälte unterstützen nicht nur den klagenden „Sozialversicherungsträger“, sondern sind auch maßgeblich an den politisch motivierten Zerschlagungen beteiligt, gegen das beklagte Opfer, das sich seit 2010 keinen vertrauenswürdigen Rechtsanwalt mehr leisten kann.

Daher Antrag auf Opferschutz in den Verfassungsbeschwerden.

Grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG ist längst Rechtsanspruch, weil keine Abhilfe seit 1998 (25 Jahre).

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 224/182)

Auch der Beschluss 16 T 133/22 der 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 01.02.2023 durch die Vorsitzende Richterin am Landgericht Voßwinkel ist verfassungswidrig und zurückzuweisen. Der Beschluss hat keine Rechtskraft, weil Grundrechte nicht respektiert werden. Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland. Das grundrechtsgleiche Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG ist zu respektieren: Grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG ist längst Rechtsanspruch, weil keine Abhilfe seit 1998 (25 Jahre).

Velbert, 20.02.2023



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 19)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben **und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congresse für Künstliche Intelligenz (KI) mit 3x4=12 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf dem staatlichen Digital-Gipfel im Dezember 2018/2019, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

> > > [ONLINE Congressbände 1976 - 2003](#)

Anlage LG-07(KV)

Schriftsatz vom 28.April 2021 an das Landgericht Wuppertal mit Ankündigung einer termingerechten Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde wegen verfassungswidriger Rechtsanwendung im Beschluss 9 S 30/21 vom 12.04.2021 (eingegangen am 16.04.2021)

50. Einspruch gegen verfassungswidrige Rechtsanwendung mit erneuter Anrufung des Bundesverfassungsgerichts (Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde AR 864/21) und gegen verfassungswidrige Krankenversicherung.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-20.pdf>

Scroll down after link (page 336)

Anlage LG-08(KV)

Protokoll der öffentlichen Sitzung des Amtsgerichts Velbert vom 12.01.2023, Geschäfts-Nr. 11 C 406/22 (eingegangen am 14.02.2023) zu weiterer Kostenfestsetzung mit Abbruch durch Richter

nach Erklärung der verfassungswidrigen Krankenversicherung,

nach vorausgegangenem Anschreiben an den Richter vom 10.01.2023 über Missbrauch von Polizeigewalt für Opfer-Terrorisierung vor Ladetermin auf umfriedeten Grundstück bei Dunkelheit ohne Respektierung des Lebensalters.

Anlage LG-09(KV)

Unverhältnismäßige Treib- und Hetzjagd seit über 10 Jahren in Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen seit 25 Jahren

nach über 25 Jahren Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Schriftsatz vom 07.02.2013 an 6.Strafkammer des Landgerichts Wuppertal als Antwort auf formloses Schreiben vom 24.01.2013 mit abgewandelten Beschluss

24. Anhörungsrüge gegen Richterin am Landgericht **Vosswinkel**

25. Justizverfahren skandalös und Ekel erregend:

Von verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000, Zerstörung der Existenz-Grundlage, totaler Diskriminierung unter Verantwortung des deutschen Staates

zu Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen den Geschädigten und zu Gerichtskosten-Abzocke am Amtsgericht Mettmann

26. UMTS-Auktion 2000: Deutsche Justiz hat eine nicht zu entschuldigende Mitverantwortung an der eskalierenden Situation, weil bis heute keinerlei Beweise und Zeugen zugelassen, keinerlei Prozesskostenhilfe für eine anwaltliche Vertretung, keine Zulassung zu höchstrichterlichen Entscheidungen, keinerlei Bereitschaft für Diskussion der Sachargumente zu verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung

27. Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht gegen Treib- und Hetzjagd auf die Person des Beschwerdeführers (Beklagten) im Widerspruch zu Art. 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)

28. Rechtsmittel der Berufung als Ausweg aus juristischem Chaos des Ordnungswidrigkeitsverfahrens

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME.pdf>

Scroll down after link (page 8)

Anlage LG-10(KV):

Schriftsatz vom 27.Sept. 2022 an Amtsgericht Velbert

26 OWi-523 Js 814/22-84/22 mit Anlage OWiV-01

Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit

zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

Anlage OWiV-02: aktualisiert

Kausales Umfeld gemäß neuer Verfassungsbeschwerden und anderer Schriftsätze

Anlage OWiV-02: aktualisiert

Kausales Umfeld gemäß neuer Verfassungsbeschwerden und anderer Schriftsätze

Anlage OWiV-02 a

Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.1023 mit Schriftsatz vom 31.01.2023,

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:

wegen Vorrang von Rehabilitation mit Schadenersatz

anstatt Fortsetzung von unverhältnismäßiger Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung

gegen einen Rentner im 82.Lebensjahr mit

Anspruch auf ein humanes Lebensende und mit

Antrag auf Opferschutz und grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand

wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution

Politisch motivierte Zerschlagungen seit 25 Jahren (1998)

mit Verweigerung von Rehabilitation und Schadenersatz

mit extremistischer Ausuferung

mit Kapitel BVERFG-380

BVERFG-380. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998,

Menschen verachtende Zerschlagung im Alter wegen

herausragender Lebensleistung.

Staatsanwaltschaftliche Exzesse

mit über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011,

mit Erzwingung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung

ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 !!!!!!!!!

Letzte Congressmesse in 2003 (im 63.Lebensjahr), auf Höhepunkt in

2000/2001 mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 ausgehebelt, seit dem ohne

geschäftliche Einnahmen, daher Vorrang für

Rehabilitation und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung:

Hinzufügung anzufechtender Hoheitsakte in dieser

Verfassungsbeschwerde

Heute Exzesse politisch motivierter Zerschlagungen der 3.Generation,

von Anfang an mit skrupellosen Staatsanwälten gesteuert unter

Mitwisserschaft / Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des ÖRR

und Behörden-Versagen, mit Ausschluss aus Solidargemeinschaft.

2007: Bundesamt für Justiz (BfJ) verfolgt mit Staatsanwalt

„Insolvenzverschleppung wegen politisch motivierter Zerschlagungen“,

intensive Bemühungen für den Wiederaufbau der Europäischen

Congressmessen durch das BfJ sabotiert,

Vertrauenswürdige Rechtsanwälte schlagen staatsanwaltliche Attacke

zurück, jedoch mit Hinweis, dass sie keine Mitschuld an wirtschaftlicher

Zerschlagung in Zukunft übernehmen wollen, seitdem hat das Opfer keine

Rechtsanwälte mehr und muss sich selbst vor

Deutschem Bundestag, Bayerischem Landtag und deutsch-bayerischer

Justiz und Politik verteidigen

Seit 2010 / 70.Lebensjahr: Ansehnliche Altersrücklagen aufgebraucht, ohne Krankenversicherung, ohne Pflegeversicherung, ohne Rechtsanwalt 2012 Todesopfer am Geburtsort in Bayern unter persönlicher Verantwortung des heutigen Ministerpräsidenten: Sein Bruder wird bis in den Tod gehetzt, nach öffentlicher Volksjustiz in Kommunal- und Landtagswahlen und anschließender, brutal verfassungswidriger Verwaltungsjustiz, ohne Unterstützung durch das zuständige Landgericht gemäß Grundgesetz (Art.34 GG)

Heute: Skrupellose Staatsanwälte sabotieren Rehabilitierung und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen:

> Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten. Mit staatsanwaltschaftlicher plus rechtsanwaltlicher Unterstützung wird vom Sozialversicherungsträger weiterhin jede Rehabilitierung und Schadenersatz durch das Verwaltungsgericht Berlin sabotiert.

> Über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011 mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Polizei-Terror, Banken-Terror, Übergriffe von Rechtspflegern und von Ober-Gerichtsvollziehern, Psycho-Terror . . .

**> ohne Respekt vor herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Digitalisierung, jetzt mit Digitalisierungsnotstand ,
> soziale Zerschlagung der 3.Generation ohne Respekt vor Alter:
Plünderung des Pfändungsschutzkonto eines Rentners im 82.Lebensjahr für Rechtsanwaltsgebühren einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugangsmöglichkeiten zu Versicherungsleistungen seit 2010,**

selbst Energie-Pauschale der Bundesregierung im Dez.2022 geplündert:

> Beschwerdeführer ist seit 2011 einer OWi-Bussgeld-Hexenjagd am Amtsgericht Mettmann und jetzt am Amtsgericht Velbert ausgesetzt, weil er mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu kapitalen Vermögensschäden aus politisch motivierten Zerschlagungen Pflegeversicherungs-Beiträge nicht mehr bedienen kann.

Längst aus der Solidargemeinschaft ausgeschlossen,

> indem ihm eine verfassungswidrige Krankenversicherung aufgezwungen wurde, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen der KV seit 2010 und dementsprechend auch zu Versicherungsleistungen der PV,

> indem er ständigem Psychoterror unterworfen ist, bis heute ohne Schadenersatz

> indem auf seinem Pfändungsschutz-Konto vom Sozialversicherungsträger umfangreiche Rechtsanwaltskosten für das Gerichtsverfahren gepfändet werden, mit dem die verfassungswidrige Krankenversicherung erzwungen wurde (7 O 214/12)

> indem selbst die Energie-Pauschale der Bundesregierung an alle deutsche Bürger*innen im Dezember 2022 weggepfändet wurde

Brutal verfassungswidrig und totales Justiz-Versagen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

Scroll down after link (page 286/380/389)

Anlage LG-03 (KV)

Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022

wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitation und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung

wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf

wegen Sabotieren von Rehabilitation und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen

am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf

mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr

Daher: Antrag auf Opferschutz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Anlage LG-04 (KV)

Schriftsatz vom 26.Sept. 2022 an Landgericht Wuppertal mit

Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO

wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022

01. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .

> weil schon die Rechtsanwendungen des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsbeschlusses keine Rechtskraft haben, indem Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden,

> weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (siehe Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02),

> weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter dem Versicherungsträger und dieser längst zum Mittäter geworden ist,

> weil schon die Krankenversicherung verfassungswidrig und diese vom Landgericht Wuppertal mit Urteil 7 O 214/12 im April 2015 erzwungen wurde (Nachweis längst und ausführlich erbracht).

> weil der Versicherungsträger nur die soziale Zerschlagung will, seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt und darüber hinaus die Rechtsanwaltskosten für die Durchsetzung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung seit August 2021 vom Pfändungsschutz-Konto pfänden lässt,

> weil der Versicherungsträger nur die soziale Zerschlagung will, indem er sich seit 2011 als „Zeuge verkleidet“, um mit Unterstützung von skrupellosen Staatsanwälten mit Bußgeldverfahren gegen ihn vorzugehen und mit Eskalation Freiheitsberaubung mit psychischer Folter betreibt,

> weil die verwaltungsgerichtlichen Verfahren für politisch motivierte Zerschlagungen wegen Rehabilitation und Schadenersatz längst Vorrang

haben müssen, ohne dass diese mit ständigen Attacken des Versicherungsträgers behindert und verhindert werden.

> weil in diesem Umfeld eine Abhilfe gemäß §572 ZPO mit Respektierung der Grundrechte des Zerschlagungsopfers nicht entschieden werden kann.

Daher Rechtsmittel der Anhörungsrüge wegen Nicht-Bescheidung der

sofortigen Beschwerde gegen verfassungswidrige Rechtskosten und wegen Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen.

02. Zerschlagungsoffer mit weltweit herausragenden Lebensleistungen und mit Anspruch auf ein humanes Lebensende

ohne Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre)

ohne einen verfassungswidrigen Versicherungsträger, der mit ständigen Attacken als Kläger, als Zeuge und als Verfasser jämmerlicher Erinnerungsschreiben die verwaltungsgerichtlichen Verfahren auf Rehabilitierung und Schadenersatz behindert und verhindert und

dafür auch noch Kosten berechnen will.

Brutal verfassungswidrig mit ekelhafter Opferverhöhnung entgegen Art.1 Abs.1 GG. Dieser Versicherungsträger ist längst zum Mittäter geworden, der aus der finalen Zerschlagung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 ohne Versicherungsleistungen maximalen Profit ziehen möchte.

Amtsgericht längst überfordert: Anstatt Opfer kriminalisierenden Versicherungsträger zu verurteilen, werden Opfer kriminalisierende Bußgeld-Verfahren mit einem „als Zeuge verkleideter“ Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen

Darüber hinaus: Amtsgericht Velbert, in denen sich inzwischen Richter verweigern und alles auf den Schreibtisch eines Rechtspflegers schieben, kann keine Abhilfe gemäß §572 ZPO schaffen, ist hoffnungslos überfordert im kausalen Umfeld von Politik-Versagen, sozialem Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen in direktem Zusammenhang mit den politisch motivierten Zerschlagungen seit über 20 Jahren

03. Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Kostenfestsetzungsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.

04. Bewertung des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsverfahren und aller anderen Verfahren anhand der

Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:

Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig
Politik-Versagen, soziales Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen:

Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen, mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)

Zerschlagungsoffer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur

Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,

jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten

Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz) zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall) bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998

05. Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht

„Bürger sind keine Untertanen“

„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“

„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,

sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und

EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 124)

Anlage LG-05 (KV)

Beschluss 11 C 89/19 des Amtsgerichtes Velbert (Rechtspfleger Jacob) vom 17.10.2022 (erneut eingegangen am 13.12.2022)

Anlage LG-06 (KV)

Brutal verfassungswidrig, weil Opfer verhöhrend, Opfer diskriminierend, Opfer kriminalisierend: Rechtsmissbräuchliche Anwendung einer förmlichen Zustellung einer Zustellungssendung mit Jacob Rechtspfleger Stempel durch Obergerichtsvollzieher Thomas Oppermann vom 12.Dez.2022 mit Unterdrückung von Seiten, die dem Opfer bewusst vorenthalten werden. (15 M 1627/22)

Anlage OWiV-01

Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

Anlage OWiV-02: Kausales Umfeld des Bußgeld-Verfahrens

Zerschlagung 3 (Z3): Opfer kriminalisierende Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit ausführlicher Beschreibung des Umfeldes politisch motivierter Zerschlagungen einschließlich sozialer Zerschlagung (Z4, Z5)

wegen Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit erdrückender Beweislage zu skandalösen Praktiken (Schlesinger-Skandal) und der stellvertretenden WDR-Intendantin mit Sondervollmachten und mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

ersetzt durch

Anlage LG2022-03 Seite 1-16

Schreiben vom 02.Jan.2022 an das Amtsgericht Velbert

Geschäftszeichen 11 C 89/19 als Antwort zu

Schreiben von Justizbeschäftigten Frank vom 09.12.2021 (eingegangen am 22.12.2021)

Schreiben vom 02.Mai 2022 an das Amtsgericht Velbert

Geschäftszeichen 11 C 89/19

Schreiben von Justizbeschäftigten Frank vom 16.03..2022 (eingegangen am 27.04.2022)

Anlage LG2022-04

Nachweis, dass die Gerichtskosten des Amtsgerichtes Velbert

Geschäftszeichen 11 C 89/19 durch Zahlungen anderer

Verfahrensbeteiligter ausgeglichen sind

Anlage LG2022-05

Kostenfestsetzungsbeschluss 11 C 89/19 des Amtsgerichtes Velbert vom

30.06.2022 **mit völlig unverständlicher Tabelle** (eingegangen am 15.07.2022)

zu verfassungswidriger Krankenversicherung gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 ohne Versicherungsleistungen seit 2010

Anlagen im Schriftsatz vom 02.Jan. 2022 an das Amtsgericht Velbert (11 C 89/19)

Anlage AG2022-01

Schriftsatz vom 08.Dez.2021 an Landgericht Wuppertal mit Rechtsmittel der

Anhörungsrüge gegen Beschluss 16 T 225/21 ohne Abhilfe von Opfer

diskriminierender und entwürdigender Bescheidung der sofortigen Beschwerde

gegen Durchführung der manipulierten Zwangsvollstreckungssache 1 DRII 872/21

der Debeka Krankenversicherung a.G. und geplanten Anschluss-

Zwangmaßnahmen auf Pfändungsschutzkonto ohne rechtliches Gehör zu

termingerechten Einspruch vom 25.Aug.2021

12. Relevante Argumente gegen abqualifizierende, unverhältnismäßige

Opferkriminalisierung und gegen

Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters- und

Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung

eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers

durch aktive Beteiligung führender Persönlichkeiten aus Wissenschaft,

Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Einspruch mit Hinweis auf Anerkennung und führende Beteiligung durch

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident von NRW und danach Bundespräsident

der Bundesrepublik Deutschland

auf der KOMMTECH'88 in Essen (Anlage VB-AA)

Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und

KOMMTECH: **1 Jahr vor dem Mauerfall**

Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung

auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen,

sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:

Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost

zur Vorbereitung der Wiedervereinigung

Hochqualifizierte Präsentation von Themenschwerpunkten wie **Künstlicher**

Intelligenz und Robotics mit professioneller Doku

für die Zukunft Deutschlands

Heute: Politisch motivierte Sklavenhaltung wegen Eskalation einer

verfassungswidrigen Justiz mit

Opfer verhöhnenden und diskriminierenden Zwangsmaßnahmen gegen

Zerschlagungsopfer am Amtsgericht Velbert und Landgericht Wuppertal

13. Gegen abqualifizierende, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung und

gegen Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters-

und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung

eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers

Fortsetzung der politisch motivierten, bundesweiten Sippenzerschlagung mit

Opferdiskriminierung, Opferkriminalisierung und Opferterrorisierung nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa:

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, **sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie**

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister,
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

14. Nach Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 nicht den Hauch einer Chance:

Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems! Seit 1998:

Im Alter von 80 Jahren: Verfassungswidrige Alters- und Generationen-Diskriminierung durch nachrückende Generationen
Ausgehobelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt:

Politisch motivierte Sklavenhaltung seit 2010, seit über 10 Jahren, ohne Chance nach

politisch motivierter Sippenzerschlagung am Wohnort und am Geburtsort unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

mit extrem unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010

wegen verheerender Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Rehabilitierung, Schadenersatz und zu kausalen Zusammenhängen

mit verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen

mit Benutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto seit 2013,

mit Gerichtsverfahren am laufendem Bande, parallel und hintereinander,

an Verwaltungsgerichten in Regensburg, Düsseldorf und Berlin,

an Amtsgerichten in Mettmann und Velbert,

am Landgericht Wuppertal, am Sozialgericht Düsseldorf,

durch mehrere Instanzen bis zum Bundesverfassungsgericht

ohne Wochenende-Ruhe, ohne Weihnachts-Ruhe, ohne Oster-Ruhe, ohne Urlaubs-Ruhe,

mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin, in den Tod und in Nachlass-Insolvenz,

mit Treib- und Hetzjagd gegen klagendes Opfer mit Täter/Opfer-Umkehr (unverhältnismäßige Opferkriminalisierung)

> > > mit sozialer Zerschlagung durch einen Opfer kriminalisierenden „Sozialversicherungsträger“ ohne Versicherungsleistungen seit 2010, aber mit Zwangsmaßnahmen zu einer verfassungswidrigen Krankengrundversicherung.

mit Rundfunksperre über den Unternehmens-Genozid der digitalen Innovationselite durch verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000.

mit direktem Schaden durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk durch Verstoß gegen das Presserecht und

mit Zugangssperre zu Politmagazinen. . .

Es ist alles aufgeklärt mit erdrückender Beweislage über Sklavenjäger beim Bundesverfassungsgericht.

15. Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO

gegen Beschluss 16 T 225/21 vom 12.Nov.2021 (eingegangen am 27.11.2021) der 16.Zivilkammer am Landgericht Wuppertal

mit unverhältnismäßigem, verfassungswidrigem Versagen von rechtlichem Gehör und

mit unverhältnismäßiger Opfer-, Alters- und Generationen-Diskriminierung mit Opfer, Alter und Generationen diskriminierender Rentenpfändung auf Pfändungsschutzkonto des 80-jährigen Rentners

nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO vom 07.Okt.2021 an das Landgericht Wuppertal wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde mit Kopie an Amtsgericht Velbert

nach sofortiger Beschwerde gemäß §567 ZPO vom 06.Sept.2021 an das Landgericht Wuppertal mit Kopie an Amtsgericht Velbert

nach termingerechter Einspruch vom 25.Aug.2021

gegen manipulierte Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 872/21 auf

Pfändungsschutzkonto zu verfassungswidriger Krankenversicherung inkl.

Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt mit Einspruch an Amtsgericht Velbert
Mehr Einspruch geht nicht! Daher unverzügliche Einstellung aller Zwangsmaßnahmen und Rückerstattung der Pfändungsbeträge
Daher: Übergabe und Zurückweisung weiterer Forderungen rechtsanwaltlicher Vertretungen des „Sozialversicherungsträgers“ wegen Vorrang für Rehabilitation und Schadenersatz des Zerschlagungsopfers vor Finanzierung sozialer Zerschlagung durch Sklavenjäger politisch motivierter Sklavenhaltung.
Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen Beschluss vom 12.11.2021 Aktenzeichen 16 T 225/21 (15 M 1156/21 Amtsgericht Velbert), weil damit weitere Verzögerungen eingeleitet werden, um Zwangsmaßnahmen fortsetzen zu können.
Amtsgericht wurde vom Beschwerdeführer zeitgleich über alle Eingaben am Landgericht informiert, ohne Antwort an den Beschwerdeführer
Rechtsmittel der Anhörungsrüge wegen unverzüglichem Stopp der Kontopfändung zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung und wegen unverzüglicher Rückerstattung der durchgeführten Pfändungen gemäß Anrufungen des Bundesverfassungsgerichts vom 18.Nov.2021 (2 BvR 2171/21, AR 8419/21) und früher.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>
Scroll down after link (page 55)

Anlage AG2022-02

Schriftsatz vom 24.Dez.2021 zur Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde vom 18.Okt.2021 mit Gerichte übergreifenden Aktivitäten des „Sozialversicherungsträgers“ wegen fortgesetzter Anhörungsresistenz gegen sofortige Beschwerde ohne Bescheidung zu Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen Beschluss 16 T 225/21 am Landgericht Wuppertal (15 M 1156/21 Amtsgericht Velbert) vom 12.11.2021 (eingegangen am 29.11.2021)

BVERFG-62. Kausale Zusammenhänge mit politisch motivierten Zerschlagungen

nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

mit Verweigerung von Rehabilitation und Schadenersatz durch nachfolgende Generationen von Politik und Justiz.

Relevante Argumente gegen respektlose, abqualifizierende, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung und gegen Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters- und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung

eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers durch aktive Beteiligung führender Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Einspruch mit Hinweis auf Anerkennung und führende Beteiligung durch **Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident von NRW und danach Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland auf der KOMMTECH'88 in Essen** (Anlage VB-AA)

Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: **1 Jahr vor dem Mauerfall**

Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung

auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:

Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung

Hochqualifizierte Präsentation von Themenschwerpunkten wie **Künstlicher Intelligenz und Robotics** mit professioneller Doku für die Zukunft Deutschlands

BVERFG-63. Gegen abqualifizierende, unverhältnismäßige, Menschenrechte verachtende Opferkriminalisierung und gegen Eskalation verfassungswidriger Justiz mit **unverhältnismäßiger Alters- und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung**

eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers
Fortsetzung der politisch motivierten, bundesweiten Sippenzerschlagung mit sozialer Zerschlagung im Risiko-Rentenalter, mit Opferdiskriminierung, Opferkriminalisierung und Opferterrorisierung

nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa:

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, **sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie**

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister,

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Heute: Deutschland ist Digitalisierungs-Schlusslicht mit größten IT-Sicherheitsmängeln und Datenschutz-Risiko in Europa, mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit **mit bundesweiten Zerschlagungen unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998**

nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

BVERFG-64. Heute: Politisch motivierte Sklavenhaltung wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Justiz mit Opfer verhöhnenden und Opfer diskriminierenden Zwangsmaßnahmen gegen Zerschlagungsopfer am Amtsgericht Velbert und Landgericht Wuppertal parallel zu sozialgerichtlichen Verfahren mit Zwangsmaßnahmen-Chaos. Eskalation sozialgerichtlicher Verfahren seit 2011 mit Zwangsmaßnahmen zu politisch motivierter Sklavenhaltung mit mehreren Sklavenjägern gemäß Rubrum (sprachlos, taubstumm, mit Gerichte übergreifenden Verfolgungsstrategien der sozialen Zerschlagung). Soziale Zerschlagung im Risiko-Rentalter von 80 Jahren als Fortsetzung politisch motivierter Sippenzerschlagung vor und nach der mündlichen Anhörung (missbräuchlich „Verhandlung“) am Landessozialgericht Essen

Verfassungsbeschwerde gegen Beschwerdegegner

mit verfassungswidriger Krankenversicherung ohne

Versicherungsleistungen seit 2010,

mit privater Pflegeversicherung ohne Perspektive auf Versicherungsleistungen,

mit Gerichte übergreifende Opferkriminalisierung-Verfahren an den Amtsgerichten Mettmann / Velbert und Landgericht Wuppertal seit 2011 und am Sozialgericht Düsseldorf seit 2012 und mit parallelen Zwangsmaßnahmen der Opferkriminalisierung inkl. 2-maliger Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, gegen ehemaligen „Sozialversicherungsträger“, der soziale Zerschlagung anstatt soziale Sicherheit betreibt, der überhaupt keine Versicherungsleistungen erbringen will, ohne jede Reputation, ohne jede Qualifikation für soziale Sicherheit, taub, stumm und sprachlos vor Gericht, mit 2-zeiliger Klagebegründung gegen 33.000 Zeilen des Zerschlagungsopfers, mit Eskalation zu politisch motivierter Sklavenhaltung

BVERFG-65. Verfassungswidrig: Beschwerde-Instanz versagt Bescheidung der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen Beschluss 16 T 225/21 am Landgericht Wuppertal (15 M 1156/21 Amtsgericht Velbert) vom 12.11.2021 (eingegangen am 29.11.2021)

Anstatt Bescheidung der Anhörungsrüge: Neue Rechnung des sog. „Sozialversicherungsträgers“ zu verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit über 10 Jahren mit Schreiben vom 09.12.2021 (eingegangen am 22.12.2021) zu Stellungnahme binnen 2 Wochen durch Justizbeschäftigten anstatt durch Richter(in) gemäß Anlage VB-YC01

Zwangsmaßnahmen-Chaos am Amtsgericht Velbert, Richter werden durch Rechtspfleger und Justizbeschäftigte ohne entsprechende Kenntnisse zu Vorgängen seit 1998 vertreten und damit weiteren Repressalien im Zuge politisch motivierter Sklavenhaltung unterworfen

Politisch motivierte Sklavenhaltung,

hier auch ohne Weihnachtstruhe seit 2010, mit nicht mehr vorstellbarer Alters- und Generationen-Diskriminierung eines 80-jährigen Rentners

Amtsgericht Velbert ist kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland

Soziale Zerschlagung durch „Sozialversicherungsträger“ als Folgewirkung politisch motivierter, bundesweiter Zerschlagungen
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit Zerschlagungen unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998.

BVERFG-66. Angegriffene Hoheitsakte, Gerichte übergreifend erzwungen durch taubstummen „Sozialversicherungsträger“ des sozialgerichtlichen Verfahrens, ohne Bescheidung der Anhörungsrüge vom 08.Dez.2021 gemäß Anlage VB-YD

Gerichte übergreifende Begleitung und Fortsetzung des sozialgerichtlichen Verfahrens

Angegriffene Hoheitsakte des sozialgerichtlichen Verfahrens in Kapitel BVERFG-52:

Schriftsatz vom 08.Dez.2021 an Landgericht Wuppertal (Anlage VB-YD) mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Beschluss 16 T 225/21 ohne Abhilfe von Opfer diskriminierender und entwürdigender Bescheidung der sofortigen Beschwerde gegen Durchführung der manipulierten Zwangsvollstreckungssache 1 DRII 872/21 der Debeka Krankenversicherung a.G. und geplanten Anschluss-Zwangmaßnahmen auf Pfändungsschutzkonto ohne rechtliches Gehör zu termingerechten Einspruch vom 25.Aug.2021

Kein grundrechtsfreier Raum am Amtsgericht/Landgericht durch Abschiebung von Verantwortung an Rechtspfleger und Justizbeschäftigte
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26f.pdf>
Scroll down after link (page 157)

Anlage VB-AA: In direkter Nachbarschaft zum Gerichtsbezirk des Landgerichtes Wuppertal, verantwortlich für eine Serie von Gerichtsverhandlungen seit 2011, nach politisch motivierter, bundesweiter Sippenzerschlagung und nachfolgend mit politisch motivierter Sklavenhaltung

unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998, bis heute mit juristischer Verweigerung von Rehabilitation und Schadenersatz (über 20 Jahre), vor über 30 Jahren:

Dr. Johannes Rau, geb. am 16. Januar 1931 in *Wuppertal*,
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen,
Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)
Schirmherr und Eröffnungsredner der KOMMTECH 1988
in der Messe Essen

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

und die Europäischen Kongressmessen KOMMTECH'86, KOMMTECH'87 und KOMMTECH'88 in Essen

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_86.pdf

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_88.pdf

Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten ist nicht nur eine große Auszeichnung, sondern ist Beweis für die Bedeutung in einem Land:

3 Kongressmessen für technische Automation mit 18 hochqualifizierten Kongressen (4 Tage je Kongress) inkl. professionellem Verlagsservice (18 ISBN-nummerierte Kongressbände mit hoher Auflage für Kongressteilnehmer und Nachmesse-Verkauf, ohne Subventionen) mit Fachmesse und mit einer Vielzahl praxisnaher Seminare

Diese Kongressmessen fanden zusätzlich statt zu seinen Europäischen Congressmessen ONLINE mit dem

weltweit größten Congressprogramm für digitale Evolution in Deutschland und Europa,

mit professionellem Verlagsservice (ISBN-nummerierter Congressband je Congress).
Beide Congressmessen, KOMMTECH und ONLINE, sind eine Weiterentwicklung seiner

ONLINE-Seminarreihe mit qualifizierter Dokumentation, die das Zerschlagungsoffer selbst entwickelt und in Deutschland, Österreich, Schweiz und auch in der Technischen Akademie in Wuppertal, in den 1970er Jahren als Unternehmensberater durchgeführt hat.

Seite 01: **Dr. Johannes Rau,**

**Schirmherr der Europäischen Kongressmesse KOMMTECH'88,
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen**

Eröffnungsansprache mit Simultanübersetzung zu
„*Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chance für den Strukturwandel*“

„*New information and communication technologies: Chance of structural Change*“

Dr. Johannes Rau (1) und Peter Willi Reuschenbach (3),
Oberbürgermeister der Stadt Essen) beim Messe-Rundgang

Seite 02: Kongressmesse-Schirmherr **Dr. Johannes Rau (1)**
besucht den Messestand der ehemaligen DDR,

die mit einer hochrangigen Delegation angereist und mit dem Workshop-Zentrum IV „Software für Hochtechnologien der DDR“ vertreten war. Weitere Personen:

Prof. Dr. Dr. Helmut Koziolk (2), Leitendes Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (DDR) und Auswärtiges Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften, später Teilnehmer an den Zwei-plus-Vier-Gesprächen, mit denen der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands geebnet wurde (Zeuge:

Alt-Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble)

Albin L. Ockl (4), Gründer und geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Seite 03: **ONLINE-Seminarreihe an der Technischen Akademie in Wuppertal, später im Haus der Technik in Essen** (Kurzfassung der Seminarbeschreibung mit Nachweis über qualifizierte Kenntnisse von Datenschutz) als Vorläufer seiner Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution

Seite 04: Kongressband VI (ISBN 3-89077-035-5) der KOMMTECH'86 zu Kongress VI (KI/Künstliche Intelligenz und Expertensysteme, Software-Engineering und PC-Anwendungstechnik)

Seite 05: Kongressband VI (ISBN 3-89077-048-7) der KOMMTECH'87 zu Kongress VI (Wissensbasierte Systeme in der Praxis: Künstliche Intelligenz auf dem Prüfstand)

Seite 06: Kongressband III (ISBN 3-89077-057-6) der KOMMTECH'88 zu Kongress III (Expertensysteme in Planung und Produktion)

Seite 07: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'86
Programmübersicht

Seite 08: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'87
Programmübersicht

Seite 09: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'88
Programmübersicht

Seite 10: Plenarveranstaltung zur Eröffnung der Fachmesse KOMMTECH'86

Seite 11: KOMMTECH'88 Information Brochure (front) 5th Congress Fair for Technical Automation

Seite 12: KOMMTECH'88 Plenary Session Seminars

Seite 13: Plenarveranstaltung zur Eröffnung der Fachmesse KOMMTECH'88

Seite 14 a/b: **Dr. Johannes Rau**, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr mit Grußwort (a deutsch, b englisch) und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH'88, sieh auch im Internet
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>
> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

Anlage VB-208: Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor (Finanzsenator 1985-1989) auf dem Senatsempfang für Congressteilnehmer auf der ONLINE 1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :

„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend“ . . .

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation

einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Anlage VB-209: Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997) auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“

"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Schirmherrschaft des Ersten Bürgermeister ist nicht nur eine große Auszeichnung, sondern ist Beweis für die Bedeutung in Hamburg.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 7)

Anlage VB-210: Erkki Liikanen, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der EU-KOMMISSION: „Für eine Informationsgesellschaft für alle“

auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anlage VB-211z: Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anlage VB-212z: Highlights der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001:

eCommerce & mCommerce, eBusiness & eSecurity, Telekom-Markt 2001, Internet- und Netze-Evolution

Anlage VB-213z:

Plenum der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 unter Leitung von **Prof. Dr.-Ing. Dr.h.c.mult. Paul J. Kühn**, Direktor des Instituts für Kommunikationsnetze und Rechnersysteme an der Universität Stuttgart, Congressleiter und Moderator der Plenarveranstaltungen der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1995-2003

eCity Düsseldorf auf den Säulen eGovernment, eSchool &

eCommerce, Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf

eEurope: Eine Informationsgesellschaft für alle.

Aktionsplan eEurope 2002 , Erkki Liikanen, EU-Kommissar für

Anlage VB-214z: Management I-1 ONLINE 2001
Telekom-Markt Europa 2001: Quo vadis? Stand, Strategien und Visionen

Anlage VB-215z: Management I-2 ONLINE 2001
Internet- und Netze-Evolution: High Speed Services, Satelliten-Lösungen, Technologie-Trends

Anlage VB-216z: Congressmesse-Programm ONLINE 2001
Herausragende Congressse in Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den TK&IT-Innovationen in 12 Congressbänden

Anlage VB-YA: > Dr. Caspers, Mock Partner mbH (Anlage VB-YA) und zurückzuweisende Zwangsmaßnahmen des Opfer kriminalisierenden „Sozialversicherungsträgers“ ohne Versicherungsleistungen seit 2010: Verfassungswidrige Kontopfändungen auf Pfändungsschutzkonto seit 2013 mit Belegen vom 02.11.2021 und und weiterer geplanten Kontopfändung in Höhe von

Anlage VB-YA01: Verfassungswidrige Pfändung vom 02.11.2021

Anlage VB-YA02: Verfassungswidrige Pfändung vom 02.12.2021 und weiterer Pfändungsbetrag bereits gesperrt

Anlage VB-YB: > Rechtsanwälte Giebel und Kollegen (Anlage VB-YB) und zurückzuweisende Rechnungen vom 7.12.2021

Anlage VB-YB01: Zurückzuweisende Rechnung für verfassungswidrige Krankenversicherung

Anlage VB-YB02: Zurückzuweisende Rechnung für Pflegeversicherung wegen Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz durch übergriffigen Staat

Anlage VB-VGB06 (Anlage in Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1959/21 vom 4.Okt.2021:
Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung der politisch motivierten Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch **Sozialversicherungsträger Debeka ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbietung eines diskriminierenden Notlagentarifs einer verfassungswidrigen Krankenversicherung,** nachgewiesen in dem Verfahren am Landgericht Wuppertal 9 S 30/21 (ab 28.Jan.2021) unter Vorsitzenden Richter am Landgericht Istel, > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-20.pdf>
Scroll down after link (page 246), mit gleichzeitiger, paralleler Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 (AR 864/21) vom 05.Jan.2021 > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27.pdf>
Scroll down after link (page 155)
hier mit Antrag des Sozialversicherungsträgers an Amtsgericht Velbert (11 C 89/19) auf Erteilung einer vollstreckbaren Ausfertigung eines Kostenfestsetzungsbeschlusses und mit Einleitung einer Zwangsmaßnahme auf Pfändungsschutzkonto gemäß Anlage VB-VGB03 (zugesandt in Verfassungsbeschwerde 1 BvR1959/21 vom 18.Aug.2021):

Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung der politisch motivierten Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch **Sozialversicherungsträger Debeka ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbiederung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung, hier mit manipulierten Antrag** (Geburtsdatum des 80-jährigen Opfers geschwärzt) auf Erlass eines Pfändungsbeschlusses (eingegangen am 14.08.2021) auf Pfändungsschutzkonto ohne Kreditmöglichkeiten

Anlage LG2108-03: Nachweis der Verfassungswidrigkeit der Krankenversicherung durch Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 (AR 864/21) vom 05.Jan.2021 (1 BvR 2662/20 abgelegt als AR 864/21) in Kopie an Landgericht Wuppertal 9 S 30/21 (11 C 89/19 Amtsgericht Velbert)

Anlage LG2108-04:

Verfahren am Landgericht Wuppertal 9 S 30/21 (11 C 89/19 Amtsgericht Velbert) mit Schriftsatz vom 18.Jan.2021 mit Vorlage der Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 (AR 864/21) vom 05.Jan.2021 (1 BvR 2662/20 abgelegt als AR 864/21)

Anlage LG2108-01

Wahrheitswidrige, Beschluss-gleiche Mitteilung des Amtsgerichts Velbert vom 30.08.2021 (eingegangen am 03.09.2021), dass kein konkreter Antrag betreffend das vorliegende Vollstreckungsverfahren im Schriftsatz vom 25.Aug.2021 erkannt

Anlage LG2108-02

Einspruch vom 25.Aug.2021 gegen jeglichen Missbrauch von Staatsgewalt und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt mit Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 872/21 auf Pfändungsschutzkonto im Auftrag des Amtsgerichtes Velbert, Vollstreckungsgericht, 42549 Velbert Geschäftszeichen 15 M U76/21 gegen Unterzeichner (Opfer, Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung)

Anlage AG21/08: Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2021

(1 BvR 1959/21) mit Anlage VB-VGB03: Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung der politisch motivierten Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch Sozialversicherungsträger Debeka **(ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbiederung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs, hier mit manipulierten Antrag)**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>

Scroll down after link (page 18/25/69)

Legende der schriftlichen Eingaben am Amtsgericht Velbert zur Abwehr von Missbrauch von Staatsgewalt

Schriftsatz mit Einspruch vom 25.Aug.2021 (Ziffer 1-5) gegen Durchführung der Zwangsvollstreckungssache 1 DRll 872/21 auf Pfändungsschutzkonto inkl. Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt. In Kopie an das Amtsgericht Velbert (Vollstreckungsgericht)

Schriftsatz vom 06.Sept.2021 an Landgericht Wuppertal mit Sofortiger Beschwerde gemäß §567 ZPO mit Antrag auf Prozesskostenhilfe gegen Zwangsvollstreckungssache 1 DRll 872/21 auf Pfändungsschutzkonto im Auftrag des Amtsgerichtes Velbert In Kopie an das Amtsgericht Velbert (Vollstreckungsgericht)

06. Termingerechter Einspruch vom 25.Aug.2021 gegen Durchführung der Zwangsvollstreckungssache 1 DRll 872/21 auf Pfändungsschutzkonto inkl. Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt.

> Verfassungswidrig: Versagung von rechtlichem Gehör zur Antragstellung und zur Begründung des Einspruch ohne Beantwortung wegen Manipulation des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses durch Schwärzung des Geburtstages des Zerschlagungsopfers im 80.Lebensjahr (manipulative Verschleierung der skrupellosen Respektlosigkeit gegenüber der älteren Generation)

und wegen

> Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlichen Übergriffe, hier Zwangsmaßnahme durch einen Sozialversicherungsträger, der seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt, unter Anbietung eines verfassungswidrigen Notlagetarifs der Krankenversicherung aus einem verfassungswidrigen „Teilversäumnis“-Urteil

mit Anlage AG21/08: Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2021

inkl. Anlage VB-VGB03: Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung einer politisch motivierten Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch Sozialversicherungsträger Debeka (ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbietung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs, hier mit manipulierten Antrag / manipulierte Verschleierung einer skrupellosen Respektlosigkeit gegen die ältere Generation)

Sieh Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1959/21 vom 18.Aug.2021 (beiliegend, Seite 18):

07. Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2021 (1 BvR 1959/21) mit Anlage VB-VGB03

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>

Scroll down after link (page 18/25)

Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz am Verwaltungsgericht Berlin wegen

Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

zu bundesweiter Sippenzerschlagung, zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung und zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 1998

mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:

Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend

mit Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer), Zerschlagung der deutschen Heimat, Rufmord, mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, kapitalen Vermögensschäden und mit Zwangsmaßnahmen aller Art

nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998, über 20 Jahre bitteres Unrecht

> unter Verantwortung der beklagten Bundesrepublik Deutschland

> unter Verantwortung des beklagten Freistaates Bayern

> unter Verantwortung des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ÖRR)

> unter Verantwortung des klagenden Sozialversicherungsträgers (Debeka)

08. Auffällig: Skrupellosigkeit des Vollstreckungsgerichtes
Missbrauch von Staatsgewalt mit manipulierter Zwangsmaßnahme einfacher als das Durchlesen von Verfassungsbeschwerden.
Rechtspfleger anstatt informierte Richter*in am Vollstreckungsgericht bemängelt Nicht-Erkennung eines konkreten Antrags
> Opfer verhöhnende Wahrheitsbeugung, weil Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt unmissverständlich gestellt.
> Vollstreckungs-Gericht will konkrete Erläuterung, obwohl Verfassungsbeschwerde mit fundierter Erläuterung in aktuellster Ausführung vom 18.Aug.2021 (1 BvR 1959/21) beigelegt
Offensichtlich: Rechtspfleger nicht in der Lage, die Informationen zu einem **Politik-, Verwaltungs- und Justizskandal in Deutschland zu erfassen und zu bewerten**
> Vollstreckungsgericht ist kein grundrechtsfreier Raum für signifikante Beteiligung an politisch motivierter Sklavenhaltung
> Vorwurf gegen das Vollstreckungsgericht: Schwere, jahrelange Opfer-Diskriminierung, skrupellose Alter-Diskriminierung mit manipulierter Zwangsmaßnahme, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung mit Täter/Opfer-Umkehr
> Wiederholung des Antrags auf Unterlassung jedweden Missbrauchs von skrupelloser Staatsgewalt
> Vorlage dieser sofortigen Beschwerde beim Verwaltungsgericht Berlin als Beispiel für politisch motivierte Sklavenhaltung mit Missbrauch von Staatsgewalt durch Amtsgericht Velbert
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>
Scroll down after link (page 03)

Schriftsatz vom 11.Okt.2021 an Landgericht Wuppertal mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde gemäß §567 ZPO vom 06.09.2021 gegen Durchführung der manipulierten Zwangsvollstreckungssache 1 DRII 872/21 der Debeka Krankenversicherung a.G. (eingegangen am 14.08. 2021 mit förmlicher Zustellung) und geplanten Anschluss-Zwangsmaßnahmen auf Pfändungsschutzkonto ohne rechtliches Gehör zu termingerechten Einspruch vom 25.Aug.2021 In Kopie an das Amtsgericht Velbert (Vollstreckungsgericht)

09. Termingerechter Einspruch vom 25.Aug.2021
gegen manipulierte Zwangsvollstreckungssache 1 DRII 872/21 auf Pfändungsschutzkonto inkl. Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt.
Manipulierter Antrag / manipulierte Verschleierung einer skrupellosen Respektlosigkeit gegen die ältere Generation)
Sieh Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1959/21 vom 18.Aug.2021 (Seite 18, Anlage VB-VGB03):
Zwangsmaßnahme durch einen Sozialversicherungsträger, der seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt, unter Anbietung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs der verfassungswidrigen Krankenversicherung aus einem verfassungswidrigen „Teilversäumnis“-Urteil 7 O 214/12 vom 16.04.2015
Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz am Verwaltungsgericht Berlin wegen
Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung und
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 1998
Vollstreckungsgericht ist kein grundrechtsfreier Raum für signifikante Beteiligung an politisch motivierter Sklavenhaltung, hier seit 2010
> Vorwurf gegen das Vollstreckungsgericht: Schwere, jahrelange Opfer-Diskriminierung, skrupellose Alter-Diskriminierung mit manipulierter Zwangsmaßnahme, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung mit Täter/Opfer-Umkehr
> Wiederholung des Antrags auf Unterlassung jedweden Missbrauchs von skrupelloser Staatsgewalt
> Vorlage dieser sofortigen Beschwerde zusätzlich beim Verwaltungsgericht Berlin als Beispiel für politisch motivierte Sklavenhaltung mit Missbrauch von Staatsgewalt durch Amtsgericht Velbert
10. Anhörungsrüge wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde.
Nicht hinnehmbar: Verfassungswidriges Unrechtssystem mit Zwangsmaßnahmen erpresst.

Amtsgericht will mit Zwangsmaßnahmen verfassungswidrige Krankenversicherung gegen 80-jährigen Rentner erzwingen,
gegen Opfer politisch motivierter Sippenerschlagung seit 1998 und
gegen Opfer politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010.
Zuständige, best informierte Richter*in verbirgt sich hinter Zwangsmaßnahmen von Rechtspfleger

Bescheidung der sofortigen Beschwerde durch Landgericht, weil:

> Zurückzuweisende Fortsetzung der Zwangsmaßnahme der Kontopfändung zu Rechtsanwaltskosten aus dem Urteil 7 O 214/12 am Landgericht Wuppertal mit verfassungswidriger Krankenversicherung
> Zurückzuweisendes Schreiben des Amtsgerichtes vom 23.09.2021 mit weiteren Rechnungen der Rechtsanwälte der Debeka Krankenversicherungsverein a.G. gemäß Anlage VB-VGB06
> Zurückzuweisende verfassungswidrige Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010, nachgewiesen mit Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 und Verfahren 9 S 30/21 Landgericht Wuppertal nach Verfahren 11 C 89/19 am Amtsgericht Velbert und Verfahren 3 O 61/19 Landgericht Wuppertal
> Zurückweisung: Verfassungswidrige Krankenversicherung und Kosten der Rechtsanwälte für eine verfassungswidrige Krankenversicherung
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>
Scroll down after link (page 29)

Schriftsatz vom 11.Okt.2021 an das Amtsgericht Velbert (Geschäftsstelle 11 C 89/19)

11. Zurückweisung aller Rechnungen der RAe Giebel und Kollegen vom 08.12.2020 (Re.Nr. 2002624) und der Rechnung vom 12.02.2021 (Aktenzeichen 70522499)
Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen des ehemaligen Sozialversicherungsträgers, der mit sozialer und psychischer Zerschlagung längst seine Reputation verloren hat
Aufforderung, alle Zwangsmaßnahmen unverzüglich einzustellen.

Alle Zwangsmaßnahmen und Rechnungen an das Bundesverfassungsgericht weitergeleitet, weil alle Zwangsmaßnahmen und Rechnungen als Teil politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010 zu verwerfen sind.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 29)

Schriftsatz vom 08.Dez.2021 an Landgericht Wuppertal mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Beschluss 16 T 225/21 ohne Abhilfe von Opfer diskriminierender und entwürdigender Bescheidung der sofortigen Beschwerde gegen Durchführung der manipulierten Zwangsvollstreckungssache 1 DRII 872/21 der Debeka Krankenversicherung a.G. und geplanten Anschluss-Zwangsmaßnahmen auf Pfändungsschutzkonto ohne rechtliches Gehör zu termingerechten Einspruch vom 25. Aug. 2021

12. Relevante Argumente gegen abqualifizierende, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung und gegen Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters- und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung **eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers** durch aktive Beteiligung führender Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung
Einspruch mit Hinweis auf Anerkennung und führende Beteiligung durch **Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident von NRW und danach Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland auf der KOMMTECH'88 in Essen** (Anlage VB-AA)
Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: **1 Jahr vor dem Mauerfall**
Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung
auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:
Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung
Hochqualifizierte Präsentation von Themenschwerpunkten wie **Künstlicher Intelligenz und Robotics** mit professioneller Doku
für die Zukunft Deutschlands
Heute: Politisch motivierte Sklavenhaltung wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Justiz mit

Opfer verhöhnenden und diskriminierenden Zwangsmaßnahmen gegen Zerschlagungsoffer am Amtsgericht Velbert und Landgericht Wuppertal
13. Gegen abqualifizierende, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung und gegen Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters- und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung

eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsoffers

Fortsetzung der politisch motivierten, bundesweiten Sippenzerschlagung mit Opferdiskriminierung, Opferkriminalisierung und Opferterrorisierung nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsoffers mit

Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa:

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, **sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie**

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und

EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und

Verwaltung

14. Nach Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 nicht den Hauch einer Chance:

Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems! Seit 1998:

Im Alter von 80 Jahren: Verfassungswidrige Alters- und Generationen-Diskriminierung durch nachrückende Generationen

Ausgehobelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt:

Politisch motivierte Sklavenhaltung seit 2010, seit über 10 Jahren, ohne Chance nach

politisch motivierter Sippenzerschlagung am Wohnort und am Geburtsort unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

mit extrem unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010

wegen verheerender Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Rehabilitierung, Schadenersatz und zu kausalen Zusammenhängen

mit verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen

mit Benutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto seit 2013,

mit Gerichtsverfahren am laufendem Bande, parallel und hintereinander,

an Verwaltungsgerichten in Regensburg, Düsseldorf und Berlin,

an Amtsgerichten in Mettmann und Velbert,

am Landgericht Wuppertal, am Sozialgericht Düsseldorf,

durch mehrere Instanzen bis zum Bundesverfassungsgericht

ohne Wochenende-Ruhe, ohne Weihnachts-Ruhe, ohne Oster-Ruhe, ohne Urlaubs-Ruhe,

mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin, in den Tod und in Nachlass-Insolvenz,

mit Treib- und Hetzjagd gegen klagendes Opfer mit Täter/Opfer-Umkehr (unverhältnismäßige Opferkriminalisierung)

> > > mit sozialer Zerschlagung durch einen Opfer kriminalisierenden

„Sozialversicherungsträger“ ohne Versicherungsleistungen seit 2010, aber mit Zwangsmaßnahmen zu einer verfassungswidrigen

Krankengrundversicherung.

mit Rundfunksperrung über den Unternehmens-Genozid der digitalen

Innovationselite durch verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000.

mit direktem Schaden durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk durch Verstoß gegen das Presserecht und

mit Zugangssperre zu Politmagazinen. . .

Es ist alles aufgeklärt mit erdrückender Beweislage über Sklavenjäger beim Bundesverfassungsgericht.

15. Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO

gegen Beschluss 16 T 225/21 vom 12.Nov.2021 (eingegangen am

27.11.2021) der 16.Zivilkammer am Landgericht Wuppertal

mit unverhältnismäßigem, verfassungswidrigem Versagen von rechtlichem Gehör und

mit unverhältnismäßiger Opfer-, Alters- und Generationen-Diskriminierung mit Opfer, Alter und Generationen diskriminierender Rentenpfändung auf

Pfändungsschutzkonto des 80-jährigen Rentners
nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO vom 07.Okt.2021
an das Landgericht Wuppertal wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen
Beschwerde mit Kopie an Amtsgericht Velbert
nach sofortiger Beschwerde gemäß §567 ZPO vom 06.Sept.2021 an das
Landgericht Wuppertal mit Kopie an Amtsgericht Velbert
nach termingerechter Einspruch vom 25.Aug.2021
gegen manipulierte Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 872/21 auf
Pfändungsschutzkonto zu verfassungswidriger Krankenversicherung inkl.
Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch
GVin Franziska Ritzhaupt mit Einspruch an Amtsgericht Velbert
Mehr Einspruch geht nicht! Daher unverzügliche Einstellung aller
Zwangsmaßnahmen und Rückerstattung der Pfändungsbeträge
Daher: Übergabe und Zurückweisung weiterer Forderungen
rechtsanwaltlicher Vertretungen des „Sozialversicherungsträgers“ wegen
Vorrang für Rehabilitation und Schadenersatz des Zerschlagungsopfers
vor Finanzierung sozialer Zerschlagung
durch Sklavenjäger politisch motivierter Sklavenhaltung.
Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen Beschluss vom
12.11.2021 Aktenzeichen 16 T 225/21 (15 M 1156/21 Amtsgericht Velbert),
weil damit weitere Verzögerungen eingeleitet werden, um
Zwangsmaßnahmen fortsetzen zu können.
Amtsgericht wurde vom Beschwerdeführer zeitgleich über alle Eingaben am
Landgericht informiert, ohne Antwort an den Beschwerdeführer
Rechtsmittel der Anhörungsrüge wegen unverzüglichem Stopp der
Kontopfändung zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung und
wegen unverzüglicher Rückerstattung der durchgeführten Pfändungen
gemäß Anrufungen des Bundesverfassungsgerichts vom 18.Nov.2021 (2
BvR 2171/21, AR 8419/21) und früher.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>
Scroll down after link (page 55)

Schreiben vom 02.Jan.2022 an das Amtsgericht Velbert

Geschäftszeichen 11 C 89/19 mit Antwort (Punkte a-f) zu
Schreiben von Justizbeschäftigten Frank vom 09.12.2021 (eingegangen am
22.12.2021)

Schreiben vom 02.Mai 2022 an das Amtsgericht Velbert

Geschäftszeichen 11 C 89/19 mit Antwort (Punkte g-n)) zu
Schreiben von Justizbeschäftigten Frank vom 16.03..2022 (eingegangen am
27.04.2022)

Schriftsatz vom 24.Juli 2022 an Landgericht Wuppertal mit Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde nach §793 ZPO

gegen Kostenfestsetzungsbeschluss 11 C 89/19 vom 30.06.2022
(eingegangen am 15.07.2022)

Punkt o) Rechtsanwendungen des verfassungswidrigen
Kostenfestsetzungsbeschlusses haben keine Rechtskraft, weil Grundrechte
nicht respektiert werden.

Im Kostenbetrag Gerichtskosten zum 2.Mal berechnet

Soziale Zerschlagung in einem Opferkriminalisierungswahnsinn:
Zerschlagungsopfer hat de facto keine Krankenversicherung mehr,
Versicherungsträger erbringt keine Versicherungsleistungen mehr seit 2010
(seit 12 Jahren)

Krankenversicherung ist verfassungswidrig. Nachweis längst und
ausführlich erbracht.

Nicht nur Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung, darüber hinaus
Alters- und Generationen-Diskriminierung: Kostenbeschluss richtet sich
gegen Rentner im 81. Lebensjahr mit einem herausragenden Lebenswerk:
Zerschlagungsopfer wird wie ein Staatsfeind behandelt, mit
Politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998, seit über 20 Jahren unter
persönlicher Verantwortung von

Schröder, Steinmeier, Merkel und Söder,

wegen seinem herausragenden Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und
Europa

mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution und

professionellem Verlagsservice

Vorgang erfordert Richter-Kompetenz, weil Rechtspfleger nicht in der Lage sind, dem Druck von angewiesenen Staatsanwälten zu widerstehen.

Punkt p) Kostenfestsetzungsbeschluss: Rechtswidrig und asozial verfassungswidrig

Asozial, Alter diskriminierend, rechtswidrig: Gerichtskosten werden bei einem Rentner in fortgeschrittenem Alter ein 2.Mal abkassiert. Mit Nachweis.

Missbrauch von Krankenversicherung für soziale Zerschlagung anstatt für soziale Sicherheit.

Verfassungswidrige Rechtsanwaltskosten, mehrfach diskriminierend für Zerschlagungsoffer: Von klagender Krankenversicherung zu übernehmen und nicht vom Opfer sozialer Zerschlagung, das seine Kosten bis heute selbst tragen muss und keine Rechtsanwälte nutzen kann.

Antrag auf sofortige Einstellung der Kontopfändung auf Pfändungsschutzkonto für Rechtsanwaltskosten zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung und Rückerstattung der monatlichen Pfändungen seit Nov.2021: Sieh Punkt d und e.

Unverzichtbar: Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen und zur Verhinderung sozialer Zerschlagung.

Punkt q) Amtsgericht Velbert ist kein grundrechtsfreier Raum und nicht die Müllhalde für Versagen deutscher Justiz bei politisch motivierten Zerschlagungen

Punkt r) Ablehnungsgesuch gemäß §10 Rechtspflegergesetz gegen Rechtspfleger Jacob wegen Besorgnis der Befangenheit, wegen fehlender Richterkompetenz und Missachtung des Antrags auf richterliche Zuständigkeit.

Punkt s) Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde gemäß §793 ZPO gegen Kostenfestsetzungsbeschluss: Rechtsanwendungen der Sozialversicherung ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig, wenn sie ohne Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz wegen politisch motivierter Zerschlagungen soziale Zerschlagung anstatt soziale Sicherheit bewirken.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 92)

Schriftsatz vom 26.Sept. 2022 an Landgericht Wuppertal mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022

01. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .

> weil schon die Rechtsanwendungen des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsbeschlusses keine Rechtskraft haben, indem Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden,

> weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (sieh Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02),

> weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter dem Versicherungsträger und dieser längst zum Mittäter geworden ist,

> weil schon die Krankenversicherung verfassungswidrig und diese vom Landgericht Wuppertal mit Urteil 7 O 214/12 im April 2015 erzwungen wurde (Nachweis längst und ausführlich erbracht).

> weil der Versicherungsträger nur die soziale Zerschlagung will, seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt und darüber hinaus die Rechtsanwaltskosten für die Durchsetzung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung seit August 2021 vom Pfändungsschutz-Konto pfänden lässt,

> weil der Versicherungsträger nur die soziale Zerschlagung will, indem er sich seit 2011 als „Zeuge verkleidet“, um mit Unterstützung von skrupellosen Staatsanwälten mit Bußgeldverfahren gegen ihn vorzugehen und mit Eskalation Freiheitsberaubung mit psychischer Folter betreibt,

> weil die verwaltungsgerichtlichen Verfahren für politisch motivierte Zerschlagungen wegen Rehabilitierung und Schadenersatz längst Vorrang

haben müssen, ohne dass diese mit ständigen Attacken des Versicherungsträgers behindert und verhindert werden.

> weil in diesem Umfeld eine Abhilfe gemäß §572 ZPO mit Respektierung der Grundrechte des Zerschlagungsopfers nicht entschieden werden kann. Daher Rechtsmittel der Anhörungsrüge wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde gegen verfassungswidrige Rechtskosten und wegen Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen.

02. Zerschlagungsopfer mit weltweit herausragenden Lebensleistungen und mit Anspruch auf ein humanes Lebensende ohne Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre)

ohne einen verfassungswidrigen Versicherungsträger, der mit ständigen Attacken als Kläger, als Zeuge und als Verfasser jämmerlicher Erinnerungsschreiben die verwaltungsgerichtlichen Verfahren auf Rehabilitierung und Schadenersatz behindert und verhindert und dafür auch noch Kosten berechnen will.

Brutal verfassungswidrig mit ekelhafter Opferverhöhnung entgegen Art.1 Abs.1 GG. Dieser Versicherungsträger ist längst zum Mittäter geworden, der aus der finalen Zerschlagung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 ohne Versicherungsleistungen maximalen Profit ziehen möchte.

Amtsgericht längst überfordert: Anstatt Opfer kriminalisierenden Versicherungsträger zu verurteilen, werden Opfer kriminalisierende Bußgeld-Verfahren mit einem „als Zeuge verkleideter“ Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen

Darüber hinaus: Amtsgericht Velbert, in denen sich inzwischen Richter verweigern und alles auf den Schreibtisch eines Rechtspflegers schieben, kann keine Abhilfe gemäß §572 ZPO schaffen, ist hoffnungslos überfordert im kausalen Umfeld von Politik-Versagen, sozialem Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen in direktem Zusammenhang mit den politisch motivierten Zerschlagungen seit über 20 Jahren

03. Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Kostenfestsetzungsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.

04. Bewertung des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsverfahren und aller anderen Verfahren anhand der

Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:

Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig

Politik-Versagen, soziales Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen:

Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern

wegen einem herausragenden Lebenswerk

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen,

mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl.

professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)

Zerschlagungsopfer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und verklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für

Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen)

bis zur

Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022

Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,

jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten

Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern

und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche

Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz)

zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit

Rückendeckung durch Berlin seit 1998

05. Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht

„Bürger sind keine Untertanen“
„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“
„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
**sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem
Lebenswerk nachgewiesen wie**
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und
EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und
Verwaltung
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>
Scroll down after link (page 124)

**Schriftsatz vom 24.Dez. 2022 an Landgericht Wuppertal mit Erinnerung
an Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO vom 28.09.2022
wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom
24.07.2022**

gegen Beschluss des Rechtspflegers am Amtsgericht Velbert Jacob vom
17.10.2022 (erneut zugesandt am 13.12.2022)
gegen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 01.12.2022 der Debeka
Krankenversicherungsverein (Geschäftszeichen 15 M 1627/22,
abgestempelt mit „Jacob Rechtspfleger“,
gegen Rechtspfleger Jacob mit Ablehnungsgesuch vom 28.09.2022 gemäß
Punkt r) auf Seite 3 in Anlage LG-04(KV)

**06. Information über neue Verfassungsbeschwerde gemäß
Anlage LG-03 (KV)**

Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitation und Schadenersatz an den
Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung
wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher
Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten
Berlin und Düsseldorf

**wegen Sabotieren von Rehabilitation und Schadenersatz durch
Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen**

am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am
Sozialgericht Düsseldorf

mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung /
Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr

Daher: Antrag auf Opferschutz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 153)

**Schriftsatz vom 20.Feb.2023 an Landgericht Wuppertal
mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO
gegen Beschluss 16 T 133/22 (11C 89/19 Amtsgericht Wuppertal) der
16.Zivilkammer des Landgerichts vom 01.Feb.2023 (eingegangen am
09.02.2023)**

**nach Erinnerung vom 24.12.2022 an Rechtsmittel der Anhörungsrüge
nach §321a ZPO vom 28.09.2022 wegen Versagung einer Bescheidung
der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022**

**07. Totales Justiz-Versagen mit Opfer-Kriminalisierung,
Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung, wenn von
Staatsanwälten und Rechtspflegern die Judikative ausgeschaltet wird und
letztere den untauglichen Versuch unternimmt, sich vor dem Opfer auch
noch zu rechtfertigen, anstatt Staatsanwälte und Rechtspfleger in die
Schranken zu weisen**

Beschlüsse sind verfassungswidrig, wenn Grundrechte nicht respektiert
werden. Wer Grundrechte nicht respektiert, hat auch keinen Respekt vor der
älteren Generation und ihren Leistungen.

Brutal verfassungswidrig: Je älter das Opfer (82.Lebensjahr), umso weniger
judikative Bereitschaft, Grundrechte zu respektieren.

2 Verfassungsbeschwerden und eine Erinnerung an Rechtsmittel der
Anhörungsrüge waren notwendig, um überhaupt Bescheidung einer
sofortigen Beschwerde zu erreichen, diese auch noch ohne Respektierung
von Grundrechten. Mit 2 Verfassungsbeschwerden kriminelle

Grundrechtsverletzungen nachgewiesen.

> > > nach Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2262/22 vom 10.12.2022
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitation und Schadenersatz an den
Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung

> > > nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.2023 /
31.01.2023 (mit Anlage LG-03 (KV) vorgelegt: Schriftsatz vom 24.12.2022)
wegen 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

> > > nach Schriftsatz vom 24.12.2022 an die 16.Zivilkammer des
Landgerichts Wuppertal

mit Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO vom
28.09.2022 wegen

Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022
gegen Beschluss des Rechtspflegers am Amtsgericht Velbert Jacob vom
17.10.2022 (erneut zugesandt am 13.12.2022)

gegen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 01.12.2022 der Debeka
Krankenversicherungsverein (Geschäftszeichen 15 M 1627/22,
abgestempelt mit „Jacob Rechtspfleger“,

gegen Rechtspfleger Jacob mit Ablehnungsgesuch vom 28.09.2022 gemäß
Punkt r) auf Seite 3 in Anlage LG-04(KV)

Erschwerend: Vorsitzende Richterin am Landgericht Voßwinkel

ist auch in OWi-Bussgeld-Hexenjagd über 12 Jahre seit 2011 verwickelt
(Sieh Kapitel 08)

08. Brutal unverhältnismäßig und verfassungswidrig:

**Nach über 25 Jahren Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und
Europa mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und
KOMMTECH bis 2003**

**mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in
Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren
wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.**

**mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales
Innovationswachstum**

**durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte
Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der
Digitalbranche).**

Jetzt 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen in 2023:

Skrupellose Staatsanwälte manipulieren und sabotieren die Justiz für
Rehabilitation und Schadenersatz politisch motivierter Zerschlagungen am
Wohnort und am Geburtsort mit einer Überflutung von Gerichtsverfahren
gegen einen Rentner im 82.Lebensjahr, Schadenersatz für eine Treib- und
Hetzjagd gegen ihn und seinen Bruder in den
wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012 erzwungener Tod seines
Bruders)

Skandalös: 2 Verfassungsbeschwerden und eine Erinnerung an Rechtsmittel
der Anhörungsrüge waren notwendig, um überhaupt Bescheidung einer
sofortigen Beschwerde zu erreichen, diese auch noch ohne Respektierung
von Grundrechten.

Brutal verfassungswidrig: Verwerflicher Kostenfestsetzungsbeschluss zu
einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu
Versicherungsleistungen seit 2010,

mit laufender Kontopfändung zu horrenden Kosten eines Rechtsanwalts, der
für diese verfassungswidrige Krankenversicherung verantwortlich ist, mit
Kontopfändung der Rente, mit Kontopfändung der Energiepauschale, die
alle deutschen Bundesbürger mit einem „Doppel-WUMS“ der Deutschen
Bundesregierung erhalten haben.

Daher zurückzuweisen mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a
ZPO: Verwerflicher Beschluss 16 T 133/22 (11C 89/19 Amtsgericht
Wuppertal) der 16.Zivilkammer des Landgerichts vom 01.Feb.2023

(eingegangen am 09.02.2023) einschließlich aller Kosten
der nur Missbrauch sozialer Sicherheit für soziale Zerschlagung bedeutet.
Beschluss der Einzelrichterin ist ein Skandal,

weil Menschenrechte mit Füßen getreten werden, Europäisches
Menschenrecht auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK rücksichtslos
ohne Beachtung,

weil Richterin nicht den Mut hat, skrupellosen Staatsanwälten ihre Grenzen
aufzuzeigen.

Staatsanwälte unterstützen nicht nur den klagenden

„Sozialversicherungsträger“, sondern sind auch maßgeblich an den politisch motivierten Zerschlagungen beteiligt, gegen das beklagte Opfer, das sich seit 2010 keinen vertrauenswürdigen Rechtsanwalt mehr leisten kann.

**Daher Antrag auf Opferschutz in den Verfassungsbeschwerden.
Grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG ist
längst Rechtsanspruch, weil keine Abhilfe seit 1998 (25 Jahre).**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 182)

**Schriftsatz vom 20.März 2023 an Landgericht Wuppertal 16 T 133/22
mit Benachrichtigung über Anrufung des Bundesverfassungsgerichts
mit Verfassungsbeschwerde**

**gegen Beschluss 16 T 133/22 vom 27.02.2023 (eingegangen am
08.03.2023)**

**nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO
gegen Beschluss 16 T 133/22 (11C 89/19 Amtsgericht Velbert) der
16.Zivilkammer des Landgerichts vom 01.Feb.2023 (eingegangen am
09.02.2023)**

09. Termingerechte Verfassungsbeschwerde nach Versagung von rechtlichem Gehör gemäß Art.103 Abs.1 GG zu den Ausführungen der Kapitel 07 und 08 im Schriftsatz vom 20.02.2023 und mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG, weil keine Abhilfe seit 1998 (25 Jahre)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 224)

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und Geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Per Fax an 0202 498 3504

Landgericht Wuppertal
16. Zivilkammer
16 T 133/22

Eiland 1
42103 Wuppertal

Velbert, 05.April 2023

16 T 133/22
Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023
gegen Beschluss 16 T 133/22 vom 27.02.2023 (eingegangen am 08.03.2023) nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO
gegen Beschluss 16 T 133/22 (11C 89/19 Amtsgericht Velbert) der 16.Zivilkammer des Landgerichts vom 01.Feb.2023 (eingegangen am 09.02.2023)
nach Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO vom 28.09.2022 wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022
gegen Beschluss des Rechtspflegers am Amtsgericht Velbert Jacob vom 17.10.2022 (erneut zugesandt am 13.12.2022)
gegen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 01.12.2022 der Debeka Krankenversicherungsverein (Geschäftszeichen 15 M 1627/22, abgestempelt mit „Jacob Rechtspfleger“,
gegen Rechtspfleger Jacob mit Ablehnungsgesuch vom 28.09.2022 gemäß Punkt r) auf Seite 3 in Anlage LG-04(KV)
nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.2023 / 31.01.2023
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>
Scroll down after link (page 286/380)

Benachrichtigung: mit fortlaufender Nummerierung

10. Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 gemäß Kapitel 09.

**> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <
mit sozialer Zerschlagung im 82.Lebensjahr**

**wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit nachhaltigem
Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum**

**Sabotierung von Wiederaufbau, Rehabilitierung und Schadenersatz mit
Überflutung durch Gerichtsverfahren mit dem Ergebnis von
verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu
Versicherungsleistungen seit 2010, ausschließlich verursacht durch
politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998.**

**Brutal verfassungswidrig, Gerichte und Verfahren übergreifend,
Opferkriminalisierungswahnsinn, nicht nur Altersdiskriminierung, sondern
auch altersfeindliche Generationen-Diskriminierung durch junge
Richtergeneration .**

09. Termingerechte Verfassungsbeschwerde nach Versagung von rechtlichem
Gehör gemäß Art.103 Abs.1 GG zu den Ausführungen der Kapitel 07 und 08 im
Schriftsatz vom 20.02.2023 und mit grundrechtsgleichem Recht auf
Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG, weil keine Abhilfe seit 1998 (25
Jahre)

Weisungsgebundene Staatsanwälte unterstützen nicht nur den klagenden
„Sozialversicherungsträger“, sondern sind auch maßgeblich an den politisch
motivierten Zerschlagungen beteiligt, gegen das beklagte Opfer, das sich seit
2010 keinen vertrauenswürdigen Rechtsanwalt mehr leisten kann.

Daher Antrag auf Opferschutz in den Verfassungsbeschwerden.

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten
Internet-Doku nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 254)

Der Beschluss 16 T 133/22 der 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom
01.02.2023 durch die Vorsitzende Richterin am Landgericht Voßwinkel ist
verfassungswidrig und zurückzuweisen. Der Beschluss hat keine Rechtskraft,
weil Grundrechte nicht respektiert werden. Es gibt keinen grundrechtsfreien
Raum in Deutschland. Das grundrechtsgleiche Recht auf Widerstand nach Art.20
Abs.4 GG ist zu respektieren: Grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand
nach Art.20 Abs.4 GG ist längst Rechtsanspruch, weil keine Abhilfe
seit 1998 (25 Jahre).

Velbert, 20.02.2023



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 19)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben **und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congresse für Künstliche Intelligenz (KI) mit 3x4=12 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf dem staatlichen Digital-Gipfel im Dezember 2018/2019, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

> > > [ONLINE Congressbände 1976 - 2003](#)

Anlage LG-07(KV)

Schriftsatz vom 28.April 2021 an das Landgericht Wuppertal mit Ankündigung einer termingerechten Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde wegen verfassungswidriger Rechtsanwendung im Beschluss 9 S 30/21 vom 12.04.2021 (eingegangen am 16.04.2021)

50. Einspruch gegen verfassungswidrige Rechtsanwendung mit erneuter Anrufung des Bundesverfassungsgerichts (Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde AR 864/21) und gegen verfassungswidrige Krankenversicherung.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-20.pdf>

Scroll down after link (page 336)

Anlage LG-08(KV)

Protokoll der öffentlichen Sitzung des Amtsgerichts Velbert vom 12.01.2023, Geschäfts-Nr. 11 C 406/22 (eingegangen am 14.02.2023) zu weiterer Kostenfestsetzung mit Abbruch durch Richter

nach Erklärung der verfassungswidrigen Krankenversicherung,

nach vorausgegangenem Anschreiben an den Richter vom 10.01.2023 über Missbrauch von Polizeigewalt für Opfer-Terrorisierung vor Ladetermin auf umfriedeten Grundstück bei Dunkelheit ohne Respektierung des Lebensalters.

Anlage LG-09(KV)

Unverhältnismäßige Treib- und Hetzjagd seit über 10 Jahren in Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen seit 25 Jahren

nach über 25 Jahren Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Schriftsatz vom 07.02.2013 an 6.Strafkammer des Landgerichts Wuppertal als Antwort auf formloses Schreiben vom 24.01.2013 mit abgewandelten Beschluss

24. Anhörungsrüge gegen Richterin am Landgericht **Vosswinkel**

25. Justizverfahren skandalös und Ekel erregend:

Von verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000, Zerstörung der Existenz-Grundlage, totaler Diskriminierung unter Verantwortung des deutschen Staates

zu Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen den Geschädigten und zu Gerichtskosten-Abzocke am Amtsgericht Mettmann

26. UMTS-Auktion 2000: Deutsche Justiz hat eine nicht zu entschuldigende Mitverantwortung an der eskalierenden Situation, weil bis heute keinerlei Beweise und Zeugen zugelassen, keinerlei Prozesskostenhilfe für eine anwaltliche Vertretung, keine Zulassung zu höchstrichterlichen Entscheidungen, keinerlei Bereitschaft für Diskussion der Sachargumente zu verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung

27. Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht gegen Treib- und Hetzjagd auf die Person des Beschwerdeführers (Beklagten) im Widerspruch zu Art. 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)

28. Rechtsmittel der Berufung als Ausweg aus juristischem Chaos des Ordnungswidrigkeitsverfahrens

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME.pdf>

Scroll down after link (page 8)

Anlage LG-10(KV):

Schriftsatz vom 27.Sept. 2022 an Amtsgericht Velbert

26 OWi-523 Js 814/22-84/22 mit Anlage OWiV-01

Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit

zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwangungshaft

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

Anlage OWiV-02: aktualisiert

Kausales Umfeld gemäß neuer Verfassungsbeschwerden und anderer Schriftsätze

Anlage OWiV-02: aktualisiert

Kausales Umfeld gemäß neuer Verfassungsbeschwerden und anderer Schriftsätze

Anlage OWiV-02 a

Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.1023 mit Schriftsatz vom 31.01.2023,

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:

wegen Vorrang von Rehabilitation mit Schadenersatz

anstatt Fortsetzung von unverhältnismäßiger Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung

gegen einen Rentner im 82.Lebensjahr mit

Anspruch auf ein humanes Lebensende und mit

Antrag auf Opferschutz und grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand

wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution

Politisch motivierte Zerschlagungen seit 25 Jahren (1998)

mit Verweigerung von Rehabilitation und Schadenersatz

mit extremistischer Ausuferung

mit Kapitel BVERFG-380

BVERFG-380. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998,

Menschen verachtende Zerschlagung im Alter wegen

herausragender Lebensleistung.

Staatsanwaltschaftliche Exzesse

mit über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011,

mit Erzwangung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung

ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 !!!!!!!!

Letzte Congressmesse in 2003 (im 63.Lebensjahr), auf Höhepunkt in 2000/2001 mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 ausgehebelt, seit dem ohne geschäftliche Einnahmen, daher Vorrang für

Rehabilitation und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung:

Hinzufügung anzufechtender Hoheitsakte in dieser

Verfassungsbeschwerde

Heute Exzesse politisch motivierter Zerschlagungen der 3.Generation,

von Anfang an mit skrupellosen Staatsanwälten gesteuert unter

Mitwisserschaft / Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des ÖRR und Behörden-Versagen, mit Ausschluss aus Solidargemeinschaft.

2007: Bundesamt für Justiz (BfJ) verfolgt mit Staatsanwalt

„Insolvenzverschleppung wegen politisch motivierter Zerschlagungen“,

intensive Bemühungen für den Wiederaufbau der Europäischen

Congressmessen durch das BfJ sabotiert,

Vertrauenswürdige Rechtsanwälte schlagen staatsanwaltliche Attacke

zurück, jedoch mit Hinweis, dass sie keine Mitschuld an wirtschaftlicher

Zerschlagung in Zukunft übernehmen wollen, seitdem hat das Opfer keine

Rechtsanwälte mehr und muss sich selbst vor

Deutschem Bundestag, Bayerischem Landtag und deutsch-bayerischer

Justiz und Politik verteidigen

Seit 2010 / 70.Lebensjahr: Ansehnliche Altersrücklagen aufgebraucht, ohne Krankenversicherung, ohne Pflegeversicherung, ohne Rechtsanwalt 2012 Todesopfer am Geburtsort in Bayern unter persönlicher Verantwortung des heutigen Ministerpräsidenten: Sein Bruder wird bis in den Tod gehetzt, nach öffentlicher Volksjustiz in Kommunal- und Landtagswahlen und anschließender, brutal verfassungswidriger Verwaltungsjustiz, ohne Unterstützung durch das zuständige Landgericht gemäß Grundgesetz (Art.34 GG)

Heute: Skrupellose Staatsanwälte sabotieren Rehabilitierung und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen:

> Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten. Mit staatsanwaltschaftlicher plus rechtsanwaltlicher Unterstützung wird vom Sozialversicherungsträger weiterhin jede Rehabilitierung und Schadenersatz durch das Verwaltungsgericht Berlin sabotiert.

> Über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011 mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Polizei-Terror, Banken-Terror, Übergriffe von Rechtspflegern und von Ober-Gerichtsvollziehern, Psycho-Terror . . .

**> ohne Respekt vor herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Digitalisierung, jetzt mit Digitalisierungsnotstand ,
> soziale Zerschlagung der 3.Generation ohne Respekt vor Alter:
Plünderung des Pfändungsschutzkonto eines Rentners im 82.Lebensjahr für Rechtsanwaltsgebühren einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugangsmöglichkeiten zu Versicherungsleistungen seit 2010,**

selbst Energie-Pauschale der Bundesregierung im Dez.2022 geplündert:

> Beschwerdeführer ist seit 2011 einer OWi-Bussgeld-Hexenjagd am Amtsgericht Mettmann und jetzt am Amtsgericht Velbert ausgesetzt, weil er mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu kapitalen Vermögensschäden aus politisch motivierten Zerschlagungen Pflegeversicherungs-Beiträge nicht mehr bedienen kann.

Längst aus der Solidargemeinschaft ausgeschlossen,

> indem ihm eine verfassungswidrige Krankenversicherung aufgezwungen wurde, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen der KV seit 2010 und dementsprechend auch zu Versicherungsleistungen der PV,

> indem er ständigem Psychoterror unterworfen ist, bis heute ohne Schadenersatz

> indem auf seinem Pfändungsschutz-Konto vom Sozialversicherungsträger umfangreiche Rechtsanwaltskosten für das Gerichtsverfahren gepfändet werden, mit dem die verfassungswidrige Krankenversicherung erzwungen wurde (7 O 214/12)

> indem selbst die Energie-Pauschale der Bundesregierung an alle deutsche Bürger*innen im Dezember 2022 weggepfändet wurde

Brutal verfassungswidrig und totales Justiz-Versagen.

> > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

Scroll down after link (page 286/380/389)

Anlage LG-03 (KV)

Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022

wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitation und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung

wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf

wegen Sabotieren von Rehabilitation und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen

am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf

mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr

Daher: Antrag auf Opferschutz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Anlage LG-04 (KV)

Schriftsatz vom 26.Sept. 2022 an Landgericht Wuppertal mit

Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO

wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022

01. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .

> weil schon die Rechtsanwendungen des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsbeschlusses keine Rechtskraft haben, indem Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden,

> weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (siehe Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02),

> weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter dem Versicherungsträger und dieser längst zum Mittäter geworden ist,

> weil schon die Krankenversicherung verfassungswidrig und diese vom Landgericht Wuppertal mit Urteil 7 O 214/12 im April 2015 erzwungen wurde (Nachweis längst und ausführlich erbracht).

> weil der Versicherungsträger nur die soziale Zerschlagung will, seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt und darüber hinaus die Rechtsanwaltskosten für die Durchsetzung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung seit August 2021 vom Pfändungsschutz-Konto pfänden lässt,

> weil der Versicherungsträger nur die soziale Zerschlagung will, indem er sich seit 2011 als „Zeuge verkleidet“, um mit Unterstützung von skrupellosen Staatsanwälten mit Bußgeldverfahren gegen ihn vorzugehen und mit Eskalation Freiheitsberaubung mit psychischer Folter betreibt,

> weil die verwaltungsgerichtlichen Verfahren für politisch motivierte Zerschlagungen wegen Rehabilitation und Schadenersatz längst Vorrang

haben müssen, ohne dass diese mit ständigen Attacken des Versicherungsträgers behindert und verhindert werden.

> weil in diesem Umfeld eine Abhilfe gemäß §572 ZPO mit Respektierung der Grundrechte des Zerschlagungsopfers nicht entschieden werden kann.

Daher Rechtsmittel der Anhörungsrüge wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde gegen verfassungswidrige Rechtskosten und wegen Vorrang von Rehabilitation und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen.

02. Zerschlagungsoffer mit weltweit herausragenden Lebensleistungen und mit Anspruch auf ein humanes Lebensende

ohne Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre)

ohne einen verfassungswidrigen Versicherungsträger, der mit ständigen Attacken als Kläger, als Zeuge und als Verfasser jämmerlicher Erinnerungsschreiben die verwaltungsgerichtlichen Verfahren auf Rehabilitation und Schadenersatz behindert und verhindert und

dafür auch noch Kosten berechnen will.

Brutal verfassungswidrig mit ekelhafter Opferverhöhnung entgegen Art.1 Abs.1 GG. Dieser Versicherungsträger ist längst zum Mittäter geworden, der aus der finalen Zerschlagung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 ohne Versicherungsleistungen maximalen Profit ziehen möchte.

Amtsgericht längst überfordert: Anstatt Opfer kriminalisierenden Versicherungsträger zu verurteilen, werden Opfer kriminalisierende Bußgeld-Verfahren mit einem „als Zeuge verkleideter“ Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen

Darüber hinaus: Amtsgericht Velbert, in denen sich inzwischen Richter verweigern und alles auf den Schreibtisch eines Rechtspflegers schieben, kann keine Abhilfe gemäß §572 ZPO schaffen, ist hoffnungslos überfordert im kausalen Umfeld von Politik-Versagen, sozialem Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen in direktem Zusammenhang mit den politisch motivierten Zerschlagungen seit über 20 Jahren

03. Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Kostenfestsetzungsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.

04. Bewertung des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsverfahrens und aller anderen Verfahren anhand der

Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:

Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig

Politik-Versagen, soziales Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen:

Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern

wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen, mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)

Zerschlagungsoffer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für

Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur

Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,

jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz)

zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)
bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit
Rückendeckung durch Berlin seit 1998

05. Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht

„Bürger sind keine Untertanen“

„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“

„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,

**sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an
seinem Lebenswerk nachgewiesen wie**

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und
EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und
Verwaltung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 124)

Anlage LG-05 (KV)

Beschluss 11 C 89/19 des Amtsgerichtes Velbert (Rechtspfleger Jacob) vom
17.10.2022 (erneut eingegangen am 13.12.2022)

Anlage LG-06 (KV)

Brutal verfassungswidrig, weil Opfer verhöhrend, Opfer diskriminierend, Opfer
kriminalisierend: Rechtsmissbräuchliche Anwendung einer
Förmlichen Zustellung einer Zustellungssendung mit Jacob Rechtspfleger
Stempel durch Obergerichtsvollzieher Thomas Oppermann vom 12.Dez.2022
mit Unterdrückung von Seiten, die dem Opfer bewusst vorenthalten werden.
(15 M 1627/22)

Anlagen im Schriftsatz vom 28. Sept. 2022

Anlage OWiV-01

Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

Anlage OWiV-02: Kausales Umfeld des Bußgeld-Verfahrens

Zerschlagung 3 (Z3): Opfer kriminalisierende Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit ausführlicher Beschreibung des Umfeldes politisch motivierter Zerschlagungen einschließlich sozialer Zerschlagung (Z4, Z5)

wegen Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit erdrückender Beweislage zu skandalösen Praktiken (Schlesinger-Skandal) und der stellvertretenden WDR-Intendantin mit Sondervollmachten und mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

ersetzt durch

Anlage LG2022-03 Seite 1-16

Schreiben vom 02.Jan.2022 an das Amtsgericht Velbert

Geschäftszeichen 11 C 89/19 als Antwort zu

Schreiben von Justizbeschäftigten Frank vom 09.12.2021 (eingegangen am 22.12.2021)

Schreiben vom 02.Mai 2022 an das Amtsgericht Velbert

Geschäftszeichen 11 C 89/19

Schreiben von Justizbeschäftigten Frank vom 16.03..2022 (eingegangen am 27.04.2022)

Anlage LG2022-04

Nachweis, dass die Gerichtskosten des Amtsgerichtes Velbert

Geschäftszeichen 11 C 89/19 durch Zahlungen anderer

Verfahrensbeteiligter ausgeglichen sind

Anlage LG2022-05

Kostenfestsetzungsbeschluss 11 C 89/19 des Amtsgerichtes Velbert vom

30.06.2022 **mit völlig unverständlicher Tabelle** (eingegangen am 15.07.2022)

zu verfassungswidriger Krankenversicherung gegen Opfer politisch motivierter

Zerschlagungen seit 1998 ohne Versicherungsleistungen seit 2010

Anlagen im Schriftsatz vom 02.Jan. 2022 an das Amtsgericht Velbert (11 C 89/19)

Anlage AG2022-01

Schriftsatz vom 08.Dez.2021 an Landgericht Wuppertal mit Rechtsmittel der

Anhörungsrüge gegen Beschluss 16 T 225/21 ohne Abhilfe von Opfer

diskriminierender und entwürdigender Bescheidung der sofortigen Beschwerde

gegen Durchführung der manipulierten Zwangsvollstreckungssache 1 DRII 872/21

der Debeka Krankenversicherung a.G. und geplanten Anschluss-

Zwangsmaßnahmen auf Pfändungsschutzkonto ohne rechtliches Gehör zu

termingerechten Einspruch vom 25.Aug.2021

12. Relevante Argumente gegen abqualifizierende, unverhältnismäßige

Opferkriminalisierung und gegen

Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters- und

Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung

eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers

durch aktive Beteiligung führender Persönlichkeiten aus Wissenschaft,

Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Einspruch mit Hinweis auf Anerkennung und führende Beteiligung durch

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident von NRW und danach Bundespräsident

der Bundesrepublik Deutschland

auf der KOMMTECH'88 in Essen (Anlage VB-AA)

Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und

KOMMTECH: **1 Jahr vor dem Mauerfall**

Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung

auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen,

sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:

Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost

zur Vorbereitung der Wiedervereinigung

Hochqualifizierte Präsentation von Themenschwerpunkten wie **Künstlicher**

Intelligenz und Robotics mit professioneller Doku

für die Zukunft Deutschlands

Heute: Politisch motivierte Sklavenhaltung wegen Eskalation einer

verfassungswidrigen Justiz mit

Opfer verhöhnenden und diskriminierenden Zwangsmaßnahmen gegen

Zerschlagungsopfer am Amtsgericht Velbert und Landgericht Wuppertal

13. Gegen abqualifizierende, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung und

gegen Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters-

und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung

eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers

Fortsetzung der politisch motivierten, bundesweiten Sippenzerschlagung mit

Opferdiskriminierung, Opferkriminalisierung und Opferterrorisierung nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa:

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, **sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie**

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister,
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

14. Nach Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 nicht den Hauch einer Chance:

Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems! Seit 1998:

Im Alter von 80 Jahren: Verfassungswidrige Alters- und Generationen-Diskriminierung durch nachrückende Generationen
Ausgehobelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt:

Politisch motivierte Sklavenhaltung seit 2010, seit über 10 Jahren, ohne Chance nach

politisch motivierter Sippenzerschlagung am Wohnort und am Geburtsort unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

mit extrem unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010

wegen verheerender Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Rehabilitierung, Schadenersatz und zu kausalen Zusammenhängen

mit verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen

mit Benutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto seit 2013,

mit Gerichtsverfahren am laufendem Bande, parallel und hintereinander,

an Verwaltungsgerichten in Regensburg, Düsseldorf und Berlin,

an Amtsgerichten in Mettmann und Velbert,

am Landgericht Wuppertal, am Sozialgericht Düsseldorf,

durch mehrere Instanzen bis zum Bundesverfassungsgericht

ohne Wochenende-Ruhe, ohne Weihnachts-Ruhe, ohne Oster-Ruhe, ohne Urlaubs-Ruhe,

mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin, in den Tod und in Nachlass-Insolvenz,

mit Treib- und Hetzjagd gegen klagendes Opfer mit Täter/Opfer-Umkehr (unverhältnismäßige Opferkriminalisierung)

> > > mit sozialer Zerschlagung durch einen Opfer kriminalisierenden „Sozialversicherungsträger“ ohne Versicherungsleistungen seit 2010, aber mit Zwangsmaßnahmen zu einer verfassungswidrigen Krankengrundversicherung.

mit Rundfunksperre über den Unternehmens-Genozid der digitalen Innovationselite durch verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000.

mit direktem Schaden durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk durch Verstoß gegen das Presserecht und

mit Zugangssperre zu Politmagazinen. . .

Es ist alles aufgeklärt mit erdrückender Beweislage über Sklavenjäger beim Bundesverfassungsgericht.

15. Rechtsmittel der Anhöhrungsrüge gemäß §321a ZPO

gegen Beschluss 16 T 225/21 vom 12.Nov.2021 (eingegangen am 27.11.2021) der 16.Zivilkammer am Landgericht Wuppertal

mit unverhältnismäßigem, verfassungswidrigem Versagen von rechtlichem Gehör und

mit unverhältnismäßiger Opfer-, Alters- und Generationen-Diskriminierung mit Opfer, Alter und Generationen diskriminierender Rentenpfändung auf Pfändungsschutzkonto des 80-jährigen Rentners

nach Rechtsmittel der Anhöhrungsrüge gemäß §321a ZPO vom 07.Okt.2021 an das Landgericht Wuppertal wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde mit Kopie an Amtsgericht Velbert

nach sofortiger Beschwerde gemäß §567 ZPO vom 06.Sept.2021 an das Landgericht Wuppertal mit Kopie an Amtsgericht Velbert

nach termingerechter Einspruch vom 25.Aug.2021

gegen manipulierte Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 872/21 auf

Pfändungsschutzkonto zu verfassungswidriger Krankenversicherung inkl.

Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt mit Einspruch an Amtsgericht Velbert
Mehr Einspruch geht nicht! Daher unverzügliche Einstellung aller Zwangsmaßnahmen und Rückerstattung der Pfändungsbeträge
Daher: Übergabe und Zurückweisung weiterer Forderungen rechtsanwaltlicher Vertretungen des „Sozialversicherungsträgers“ wegen Vorrang für Rehabilitation und Schadenersatz des Zerschlagungsopfers vor Finanzierung sozialer Zerschlagung durch Sklavenjäger politisch motivierter Sklavenhaltung.
Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen Beschluss vom 12.11.2021 Aktenzeichen 16 T 225/21 (15 M 1156/21 Amtsgericht Velbert), weil damit weitere Verzögerungen eingeleitet werden, um Zwangsmaßnahmen fortsetzen zu können.
Amtsgericht wurde vom Beschwerdeführer zeitgleich über alle Eingaben am Landgericht informiert, ohne Antwort an den Beschwerdeführer
Rechtsmittel der Anhörungsrüge wegen unverzüglichem Stopp der Kontopfändung zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung und wegen unverzüglicher Rückerstattung der durchgeführten Pfändungen gemäß Anrufungen des Bundesverfassungsgerichts vom 18.Nov.2021 (2 BvR 2171/21, AR 8419/21) und früher.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>
Scroll down after link (page 55)

Anlage AG2022-02

Schriftsatz vom 24.Dez.2021 zur Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde vom 18.Okt.2021 mit Gerichte übergreifenden Aktivitäten des „Sozialversicherungsträgers“ wegen fortgesetzter Anhörungsresistenz gegen sofortige Beschwerde ohne Bescheidung zu Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen Beschluss 16 T 225/21 am Landgericht Wuppertal (15 M 1156/21 Amtsgericht Velbert) vom 12.11.2021 (eingegangen am 29.11.2021)

BVERFG-62. Kausale Zusammenhänge mit politisch motivierten Zerschlagungen

nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

mit Verweigerung von Rehabilitation und Schadenersatz durch nachfolgende Generationen von Politik und Justiz.

Relevante Argumente gegen respektlose, abqualifizierende, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung und gegen Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters- und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung

eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers

durch aktive Beteiligung führender Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Einspruch mit Hinweis auf Anerkennung und führende Beteiligung durch

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident von NRW und danach

Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland

auf der KOMMTECH'88 in Essen (Anlage VB-AA)

Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: **1 Jahr vor dem Mauerfall**

Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung

auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:

Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung

Hochqualifizierte Präsentation von Themenschwerpunkten wie **Künstlicher Intelligenz und Robotics** mit professioneller Doku

für die Zukunft Deutschlands

BVERFG-63. Gegen abqualifizierende, unverhältnismäßige, Menschenrechte verachtende Opferkriminalisierung und

gegen Eskalation verfassungswidriger Justiz mit **unverhältnismäßiger Alters- und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung**

eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers

Fortsetzung der politisch motivierten, bundesweiten Sippenzerschlagung mit sozialer Zerschlagung im Risiko-Rentenalter, mit Opferdiskriminierung, Opferkriminalisierung und Opferterrorisierung

nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa:

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, **sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie**

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister,

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Heute: Deutschland ist Digitalisierungs-Schlusslicht mit größten IT-Sicherheitsmängeln und Datenschutz-Risiko in Europa, mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit **mit bundesweiten Zerschlagungen unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998**

nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

BVERFG-64. Heute: Politisch motivierte Sklavenhaltung wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Justiz mit Opfer verhöhnenden und Opfer diskriminierenden Zwangsmaßnahmen gegen Zerschlagungsopfer am Amtsgericht Velbert und Landgericht Wuppertal parallel zu sozialgerichtlichen Verfahren mit Zwangsmaßnahmen-Chaos. Eskalation sozialgerichtlicher Verfahren seit 2011 mit Zwangsmaßnahmen zu politisch motivierter Sklavenhaltung mit mehreren Sklavenjägern gemäß Rubrum (sprachlos, taubstumm, mit Gerichte übergreifenden Verfolgungsstrategien der sozialen Zerschlagung). Soziale Zerschlagung im Risiko-Rentalter von 80 Jahren als Fortsetzung politisch motivierter Sippenzerschlagung vor und nach der mündlichen Anhörung (missbräuchlich „Verhandlung“) am Landessozialgericht Essen

Verfassungsbeschwerde gegen Beschwerdegegner

mit verfassungswidriger Krankenversicherung ohne

Versicherungsleistungen seit 2010,

mit privater Pflegeversicherung ohne Perspektive auf Versicherungsleistungen,

mit Gerichte übergreifende Opferkriminalisierung-Verfahren an den Amtsgerichten Mettmann / Velbert und Landgericht Wuppertal seit 2011 und am Sozialgericht Düsseldorf seit 2012 und mit parallelen Zwangsmaßnahmen der Opferkriminalisierung inkl. 2-maliger Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, gegen ehemaligen „Sozialversicherungsträger“, der soziale Zerschlagung anstatt soziale Sicherheit betreibt, der überhaupt keine Versicherungsleistungen erbringen will, ohne jede Reputation, ohne jede Qualifikation für soziale Sicherheit, taub, stumm und sprachlos vor Gericht, mit 2-zeiliger Klagebegründung gegen 33.000 Zeilen des Zerschlagungsopfers, mit Eskalation zu politisch motivierter Sklavenhaltung

BVERFG-65. Verfassungswidrig: Beschwerde-Instanz versagt Bescheidung der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen Beschluss 16 T 225/21 am Landgericht Wuppertal (15 M 1156/21 Amtsgericht Velbert) vom 12.11.2021 (eingegangen am 29.11.2021)

Anstatt Bescheidung der Anhörungsrüge: Neue Rechnung des sog. „Sozialversicherungsträgers“ zu verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit über 10 Jahren mit Schreiben vom 09.12.2021 (eingegangen am 22.12.2021) zu Stellungnahme binnen 2 Wochen durch Justizbeschäftigten anstatt durch Richter(in) gemäß Anlage VB-YC01

Zwangsmaßnahmen-Chaos am Amtsgericht Velbert, Richter werden durch Rechtspfleger und Justizbeschäftigte ohne entsprechende Kenntnisse zu Vorgängen seit 1998 vertreten und damit weiteren Repressalien im Zuge politisch motivierter Sklavenhaltung unterworfen

Politisch motivierte Sklavenhaltung,

hier auch ohne Weihnachtstruhe seit 2010, mit nicht mehr vorstellbarer Alters- und Generationen-Diskriminierung eines 80-jährigen Rentners

Amtsgericht Velbert ist kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland

Soziale Zerschlagung durch „Sozialversicherungsträger“ als Folgewirkung politisch motivierter, bundesweiter Zerschlagungen
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit Zerschlagungen unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998.

BVERFG-66. Angegriffene Hoheitsakte, Gerichte übergreifend erzwungen durch taubstummen „Sozialversicherungsträger“ des sozialgerichtlichen Verfahrens, ohne Bescheidung der Anhörungsrüge vom 08.Dez.2021 gemäß Anlage VB-YD

Gerichte übergreifende Begleitung und Fortsetzung des sozialgerichtlichen Verfahrens

Angegriffene Hoheitsakte des sozialgerichtlichen Verfahrens in Kapitel BVERFG-52:

Schriftsatz vom 08.Dez.2021 an Landgericht Wuppertal (Anlage VB-YD) mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Beschluss 16 T 225/21 ohne Abhilfe von Opfer diskriminierender und entwürdigender Bescheidung der sofortigen Beschwerde gegen Durchführung der manipulierten Zwangsvollstreckungssache 1 DRII 872/21 der Debeka Krankenversicherung a.G. und geplanten Anschluss-Zwangmaßnahmen auf Pfändungsschutzkonto ohne rechtliches Gehör zu termingerechten Einspruch vom 25.Aug.2021

Kein grundrechtsfreier Raum am Amtsgericht/Landgericht durch Abschiebung von Verantwortung an Rechtspfleger und Justizbeschäftigte
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26f.pdf>
Scroll down after link (page 157)

Anlage VB-AA: In direkter Nachbarschaft zum Gerichtsbezirk des Landgerichtes Wuppertal, verantwortlich für eine Serie von Gerichtsverhandlungen seit 2011, nach politisch motivierter, bundesweiter Sippenzerschlagung und nachfolgend mit politisch motivierter Sklavenhaltung

unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998, bis heute mit juristischer Verweigerung von Rehabilitation und Schadenersatz (über 20 Jahre), vor über 30 Jahren:

Dr. Johannes Rau, geb. am 16. Januar 1931 in *Wuppertal*,
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen,
Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)
Schirmherr und Eröffnungsredner der KOMMTECH 1988
in der Messe Essen

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

und die Europäischen Kongressmessen KOMMTECH'86, KOMMTECH'87 und KOMMTECH'88 in Essen

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_86.pdf

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_88.pdf

Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten ist nicht nur eine große Auszeichnung, sondern ist Beweis für die Bedeutung in einem Land:

3 Kongressmessen für technische Automation mit 18 hochqualifizierten Kongressen (4 Tage je Kongress) inkl. professionellem Verlagsservice (18 ISBN-nummerierte Kongressbände mit hoher Auflage für Kongressteilnehmer und Nachmesse-Verkauf, ohne Subventionen) mit Fachmesse und mit einer Vielzahl praxisnaher Seminare

Diese Kongressmessen fanden zusätzlich statt zu seinen Europäischen Congressmessen ONLINE mit dem

weltweit größten Congressprogramm für digitale Evolution in Deutschland und Europa,

mit professionellem Verlagsservice (ISBN-nummerierter Congressband je Congress).
Beide Congressmessen, KOMMTECH und ONLINE, sind eine Weiterentwicklung seiner

ONLINE-Seminarreihe mit qualifizierter Dokumentation, die das Zerschlagungsoffer selbst entwickelt und in Deutschland, Österreich, Schweiz und auch in der Technischen Akademie in Wuppertal, in den 1970er Jahren als Unternehmensberater durchgeführt hat.

Seite 01: **Dr. Johannes Rau,**

**Schirmherr der Europäischen Kongressmesse KOMMTECH'88,
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen**

Eröffnungsansprache mit Simultanübersetzung zu
„*Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chance für den Strukturwandel*“

„*New information and communication technologies: Chance of structural Change*“

Dr. Johannes Rau (1) und Peter Willi Reuschenbach (3),
Oberbürgermeister der Stadt Essen) beim Messe-Rundgang

Seite 02: Kongressmesse-Schirmherr **Dr. Johannes Rau (1)**
besucht den Messestand der ehemaligen DDR,

die mit einer hochrangigen Delegation angereist und mit dem Workshop-Zentrum IV „Software für Hochtechnologien der DDR“ vertreten war. Weitere Personen:

Prof. Dr. Dr. Helmut Koziolk (2), Leitendes Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (DDR) und Auswärtiges Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften, später Teilnehmer an den Zwei-plus-Vier-Gesprächen, mit denen der Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands geebnet wurde (Zeuge:

Alt-Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble)

Albin L. Ockl (4), Gründer und geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Seite 03: **ONLINE-Seminarreihe an der Technischen Akademie in Wuppertal, später im Haus der Technik in Essen** (Kurzfassung der Seminarbeschreibung mit Nachweis über qualifizierte Kenntnisse von Datenschutz) als Vorläufer seiner Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution

Seite 04: Kongressband VI (ISBN 3-89077-035-5) der KOMMTECH'86 zu Kongress VI (KI/Künstliche Intelligenz und Expertensysteme, Software-Engineering und PC-Anwendungstechnik)

Seite 05: Kongressband VI (ISBN 3-89077-048-7) der KOMMTECH'87 zu Kongress VI (Wissensbasierte Systeme in der Praxis: Künstliche Intelligenz auf dem Prüfstand)

Seite 06: Kongressband III (ISBN 3-89077-057-6) der KOMMTECH'88 zu Kongress III (Expertensysteme in Planung und Produktion)

Seite 07: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'86
Programmübersicht

Seite 08: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'87
Programmübersicht

Seite 09: Europäische Kongressmesse KOMMTECH'88
Programmübersicht

Seite 10: Plenarveranstaltung zur Eröffnung der Fachmesse KOMMTECH'86

Seite 11: KOMMTECH'88 Information Brochure (front) 5th Congress Fair for Technical Automation

Seite 12: KOMMTECH'88 Plenary Session Seminars

Seite 13: Plenarveranstaltung zur Eröffnung der Fachmesse KOMMTECH'88

Seite 14 a/b: **Dr. Johannes Rau**, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr mit Grußwort (a deutsch, b englisch) und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH'88, sieh auch im Internet
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>
> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

Anlage VB-208: Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor (Finanzsenator 1985-1989) auf dem Senatsempfang für Congressteilnehmer auf der ONLINE 1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :

„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend“ . . .

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation

einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Anlage VB-209: Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997) auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“

"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Schirmherrschaft des Ersten Bürgermeister ist nicht nur eine große Auszeichnung, sondern ist Beweis für die Bedeutung in Hamburg.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 7)

Anlage VB-210: Erkki Liikanen, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der EU-KOMMISSION: „Für eine Informationsgesellschaft für alle“

auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anlage VB-211z: Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anlage VB-212z: Highlights der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001:

eCommerce & mCommerce, eBusiness & eSecurity, Telekom-Markt 2001, Internet- und Netze-Evolution

Anlage VB-213z:

Plenum der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 unter Leitung von **Prof. Dr.-Ing. Dr.h.c.mult. Paul J. Kühn**, Direktor des Instituts für Kommunikationsnetze und Rechnersysteme an der Universität Stuttgart, Congressleiter und Moderator der Plenarveranstaltungen der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1995-2003

eCity Düsseldorf auf den Säulen eGovernment, eSchool &

eCommerce, **Joachim Erwin**, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf

eEurope: Eine Informationsgesellschaft für alle.

Aktionsplan eEurope 2002 , **Erkki Liikanen**, EU-Kommissar für

Anlage VB-214z: Management I-1 ONLINE 2001
Telekom-Markt Europa 2001: Quo vadis? Stand, Strategien und Visionen

Anlage VB-215z: Management I-2 ONLINE 2001
Internet- und Netze-Evolution: High Speed Services, Satelliten-Lösungen, Technologie-Trends

Anlage VB-216z: Congressmesse-Programm ONLINE 2001
Herausragende Congressse in Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den TK&IT-Innovationen in 12 Congressbänden

Anlage VB-YA: > Dr. Caspers, Mock Partner mbH (Anlage VB-YA) und zurückzuweisende Zwangsmaßnahmen des Opfer kriminalisierenden „Sozialversicherungsträgers“ ohne Versicherungsleistungen seit 2010: Verfassungswidrige Kontopfändungen auf Pfändungsschutzkonto seit 2013 mit Belegen vom 02.11.2021 und

und weiterer geplanten Kontopfändung in Höhe von

Anlage VB-YA01: Verfassungswidrige Pfändung vom 02.11.2021

Anlage VB-YA02: Verfassungswidrige Pfändung vom 02.12.2021 und weiterer Pfändungsbetrag bereits gesperrt

Anlage VB-YB: > Rechtsanwälte Giebel und Kollegen (Anlage VB-YB) und zurückzuweisende Rechnungen vom 7.12.2021

Anlage VB-YB01: Zurückzuweisende Rechnung für verfassungswidrige Krankenversicherung

Anlage VB-YB02: Zurückzuweisende Rechnung für Pflegeversicherung wegen Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz durch übergriffigen Staat

Anlage VB-VGB06 (Anlage in Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1959/21 vom 4.Okt.2021:
Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung der politisch motivierten Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch **Sozialversicherungsträger Debeka ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbietung eines diskriminierenden Notlagentarifs einer verfassungswidrigen Krankenversicherung,**

nachgewiesen in dem Verfahren am Landgericht Wuppertal 9 S 30/21 (ab 28.Jan.2021) unter Vorsitzenden Richter am Landgericht Istel,

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-20.pdf>

Scroll down after link (page 246), mit gleichzeitiger, paralleler Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 (AR 864/21) vom 05.Jan.2021

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27.pdf>

Scroll down after link (page 155)

hier mit Antrag des Sozialversicherungsträgers an Amtsgericht Velbert (11 C 89/19) auf Erteilung einer vollstreckbaren Ausfertigung eines Kostenfestsetzungsbeschlusses und mit

Einleitung einer Zwangsmaßnahme auf Pfändungsschutzkonto gemäß Anlage VB-VGB03 (zugesandt in

Verfassungsbeschwerde 1 BvR1959/21 vom 18.Aug.2021):
Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger
Opferkriminalisierung der politisch motivierten Sklavenhaltung mit
orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch
Sozialversicherungsträger Debeka
ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbiederung einer
verfassungswidrigen Krankenversicherung, hier mit manipulierten
Antrag (Geburtsdatum des 80-jährigen Opfers geschwärzt) auf Erlass
eines Pfändungsbeschlusses (eingegangen am 14.08.2021) auf
Pfändungsschutzkonto ohne Kreditmöglichkeiten

Anlage LG2108-03: Nachweis der Verfassungswidrigkeit der
Krankenversicherung durch Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 (AR 864/21)
vom 05.Jan.2021 (1 BvR 2662/20 abgelegt als AR 864/21)
in Kopie an Landgericht Wuppertal 9 S 30/21 (11 C 89/19 Amtsgericht Velbert)

Anlage LG2108-04:
Verfahren am Landgericht Wuppertal 9 S 30/21 (11 C 89/19 Amtsgericht Velbert)
mit Schriftsatz vom 18.Jan.2021 mit Vorlage der Verfassungsbeschwerde 2 BvR
880/21 (AR 864/21) vom 05.Jan.2021 (1 BvR 2662/20 abgelegt als AR 864/21)

Anlage LG2108-01
Wahrheitswidrige, Beschluss-gleiche Mitteilung des Amtsgerichts Velbert
vom 30.08.2021 (eingegangen am 03.09.2021), dass kein konkreter Antrag
betreffend das vorliegende Vollstreckungsverfahren im Schriftsatz vom
25.Aug.2021 erkannt

Anlage LG2108-02
Einspruch vom 25.Aug.2021 gegen jeglichen Missbrauch von Staatsgewalt
und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt
durch GVin Franziska Ritzhaupt mit
Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 872/21 auf Pfändungsschutzkonto
im Auftrag des Amtsgerichtes Velbert, Vollstreckungsgericht, 42549 Velbert
Geschäftszeichen 15 M U76/21
gegen Unterzeichner (Opfer, Opfer politisch motivierter Sippenerschlagung)

Anlage AG21/08: Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2021
(1 BvR 1959/21) mit Anlage VB-VGB03: Fortsetzung unverhältnismäßiger,
verfassungswidriger Opferkriminalisierung der politisch motivierten
Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch
Sozialversicherungsträger Debeka (**ohne Versicherungsleistungen seit 2010**
mit Anbiederung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs, hier mit
manipulierten Antrag)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>
Scroll down after link (page 18/25/69)

Legende der schriftlichen Eingaben am Amtsgericht Velbert zur Abwehr von Missbrauch von Staatsgewalt

Schriftsatz mit Einspruch vom 25.Aug.2021 (Ziffer 1-5) gegen Durchführung der Zwangsvollstreckungssache 1 DRll 872/21 auf Pfändungsschutzkonto inkl. Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt. In Kopie an das Amtsgericht Velbert (Vollstreckungsgericht)

Schriftsatz vom 06.Sept.2021an Landgericht Wuppertal mit Sofortiger Beschwerde gemäß §567 ZPO mit Antrag auf Prozesskostenhilfe gegen Zwangsvollstreckungssache 1 DRll 872/21 auf Pfändungsschutzkonto im Auftrag des Amtsgerichtes Velbert In Kopie an das Amtsgericht Velbert (Vollstreckungsgericht)

06. Termingerechter Einspruch vom 25.Aug.2021 gegen Durchführung der Zwangsvollstreckungssache 1 DRll 872/21 auf Pfändungsschutzkonto inkl. Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt.

> Verfassungswidrig: Versagung von rechtlichem Gehör zur Antragstellung und zur Begründung des Einspruch ohne Beantwortung wegen Manipulation des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses durch Schwärzung des Geburtstages des Zerschlagungsopfers im 80.Lebensjahr (manipulative Verschleierung der skrupellosen Respektlosigkeit gegenüber der älteren Generation)

und wegen

> Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlichen Übergriffe, hier Zwangsmaßnahme durch einen Sozialversicherungsträger, der seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt, unter Anbietung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs der Krankenversicherung aus einem verfassungswidrigen „Teilversäumnis“-Urteil

mit Anlage AG21/08: Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2021

inkl. Anlage VB-VGB03: Fortsetzung unverhältnismäßiger, verfassungswidriger Opferkriminalisierung einer politisch motivierten Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler Gerichtsverfahren durch Sozialversicherungsträger Debeka (ohne Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbietung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs, hier mit manipulierten Antrag / manipulierte Verschleierung einer skrupellosen Respektlosigkeit gegen die ältere Generation)

Sieh Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1959/21 vom 18.Aug.2021 (beiliegend, Seite 18):

07. Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2021 (1 BvR 1959/21) mit Anlage VB-VGB03

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>

Scroll down after link (page 18/25)

Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz am Verwaltungsgericht Berlin wegen

Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

zu bundesweiter Sippenzerschlagung,

zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung und

zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 1998

mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:

Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer

übergreifend, Generationen übergreifend

mit Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer), Zerschlagung der

deutschen Heimat, Rufmord, mehrfacher Freiheitsberaubung mit

psychischer Folter, kapitalen Vermögensschäden und

mit Zwangsmaßnahmen aller Art

nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden

Generation seit 1998, über 20 Jahre bitteres Unrecht

> unter Verantwortung der beklagten Bundesrepublik Deutschland

> unter Verantwortung des beklagten Freistaates Bayern

> unter Verantwortung des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunks

(ÖRR)

> unter Verantwortung des klagenden Sozialversicherungsträgers (Debeka)

08. Auffällig: Skrupellosigkeit des Vollstreckungsgerichtes
Missbrauch von Staatsgewalt mit manipulierter Zwangsmaßnahme einfacher als das Durchlesen von Verfassungsbeschwerden.
Rechtspfleger anstatt informierte Richter*in am Vollstreckungsgericht bemängelt Nicht-Erkennung eines konkreten Antrags
> Opfer verhöhnende Wahrheitsbeugung, weil Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt unmissverständlich gestellt.
> Vollstreckungs-Gericht will konkrete Erläuterung, obwohl Verfassungsbeschwerde mit fundierter Erläuterung in aktuellster Ausführung vom 18.Aug.2021 (1 BvR 1959/21) beigelegt
Offensichtlich: Rechtspfleger nicht in der Lage, die Informationen zu einem **Politik-, Verwaltungs- und Justizskandal in Deutschland zu erfassen und zu bewerten**
> Vollstreckungsgericht ist kein grundrechtsfreier Raum für signifikante Beteiligung an politisch motivierter Sklavenhaltung
> Vorwurf gegen das Vollstreckungsgericht: Schwere, jahrelange Opfer-Diskriminierung, skrupellose Alter-Diskriminierung mit manipulierter Zwangsmaßnahme, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung mit Täter/Opfer-Umkehr
> Wiederholung des Antrags auf Unterlassung jedweden Missbrauchs von skrupelloser Staatsgewalt
> Vorlage dieser sofortigen Beschwerde beim Verwaltungsgericht Berlin als Beispiel für politisch motivierte Sklavenhaltung mit Missbrauch von Staatsgewalt durch Amtsgericht Velbert
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>
Scroll down after link (page 03)

Schriftsatz vom 11.Okt.2021 an Landgericht Wuppertal mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde gemäß §567 ZPO vom 06.09.2021 gegen Durchführung der manipulierten Zwangsvollstreckungssache 1 DRII 872/21 der Debeka Krankenversicherung a.G. (eingegangen am 14.08. 2021 mit förmlicher Zustellung) und geplanten Anschluss-Zwangsmaßnahmen auf Pfändungsschutzkonto ohne rechtliches Gehör zu termingerechten Einspruch vom 25.Aug.2021 In Kopie an das Amtsgericht Velbert (Vollstreckungsgericht)

09. Termingerechter Einspruch vom 25.Aug.2021
gegen manipulierte Zwangsvollstreckungssache 1 DRII 872/21 auf Pfändungsschutzkonto inkl. Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch GVin Franziska Ritzhaupt.
Manipulierter Antrag / manipulierte Verschleierung einer skrupellosen Respektlosigkeit gegen die ältere Generation)
Sieh Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1959/21 vom 18.Aug.2021 (Seite 18, Anlage VB-VGB03):
Zwangsmaßnahme durch einen Sozialversicherungsträger, der seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt, unter Anbiederung eines verfassungswidrigen Notlagentarifs der verfassungswidrigen Krankenversicherung aus einem verfassungswidrigen „Teilversäumnis“-Urteil 7 O 214/12 vom 16.04.2015
Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz am Verwaltungsgericht Berlin wegen
Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
> zu bundesweiter Sippenzerschlagung,
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung und
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 1998
Vollstreckungsgericht ist kein grundrechtsfreier Raum für signifikante Beteiligung an politisch motivierter Sklavenhaltung, hier seit 2010
> Vorwurf gegen das Vollstreckungsgericht: Schwere, jahrelange Opfer-Diskriminierung, skrupellose Alter-Diskriminierung mit manipulierter Zwangsmaßnahme, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung mit Täter/Opfer-Umkehr
> Wiederholung des Antrags auf Unterlassung jedweden Missbrauchs von skrupelloser Staatsgewalt
> Vorlage dieser sofortigen Beschwerde zusätzlich beim Verwaltungsgericht Berlin als Beispiel für politisch motivierte Sklavenhaltung mit Missbrauch von Staatsgewalt durch Amtsgericht Velbert
10. Anhörungsrüge wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde.
Nicht hinnehmbar: Verfassungswidriges Unrechtssystem mit Zwangsmaßnahmen erpresst.

Amtsgericht will mit Zwangsmaßnahmen verfassungswidrige Krankenversicherung gegen 80-jährigen Rentner erzwingen,
gegen Opfer politisch motivierter Sippenerschlagung seit 1998 und
gegen Opfer politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010.
Zuständige, best informierte Richter*in verbirgt sich hinter Zwangsmaßnahmen von Rechtspfleger

Bescheidung der sofortigen Beschwerde durch Landgericht, weil:

> Zurückzuweisende Fortsetzung der Zwangsmaßnahme der Kontopfändung zu Rechtsanwaltskosten aus dem Urteil 7 O 214/12 am Landgericht Wuppertal mit verfassungswidriger Krankenversicherung
> Zurückzuweisendes Schreiben des Amtsgerichtes vom 23.09.2021 mit weiteren Rechnungen der Rechtsanwälte der Debeka Krankenversicherungsverein a.G. gemäß Anlage VB-VGB06
> Zurückzuweisende verfassungswidrige Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010, nachgewiesen mit Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21 und Verfahren 9 S 30/21 Landgericht Wuppertal nach Verfahren 11 C 89/19 am Amtsgericht Velbert und Verfahren 3 O 61/19 Landgericht Wuppertal
> Zurückweisung: Verfassungswidrige Krankenversicherung und Kosten der Rechtsanwälte für eine verfassungswidrige Krankenversicherung
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>
Scroll down after link (page 29)

Schriftsatz vom 11.Okt.2021 an das Amtsgericht Velbert (Geschäftsstelle 11 C 89/19)

11. Zurückweisung aller Rechnungen der RAe Giebel und Kollegen vom 08.12.2020 (Re.Nr. 2002624) und der Rechnung vom 12.02.2021 (Aktenzeichen 70522499)
Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen des ehemaligen Sozialversicherungsträgers, der mit sozialer und psychischer Zerschlagung längst seine Reputation verloren hat
Aufforderung, alle Zwangsmaßnahmen unverzüglich einzustellen.

Alle Zwangsmaßnahmen und Rechnungen an das Bundesverfassungsgericht weitergeleitet, weil alle Zwangsmaßnahmen und Rechnungen als Teil politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010 zu verwerfen sind.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 29)

Schriftsatz vom 08.Dez.2021 an Landgericht Wuppertal mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Beschluss 16 T 225/21 ohne Abhilfe von Opfer diskriminierender und entwürdigender Bescheidung der sofortigen Beschwerde gegen Durchführung der manipulierten Zwangsvollstreckungssache 1 DRII 872/21 der Debeka Krankenversicherung a.G. und geplanten Anschluss-Zwangsmaßnahmen auf Pfändungsschutzkonto ohne rechtliches Gehör zu termingerechten Einspruch vom 25. Aug. 2021

12. Relevante Argumente gegen abqualifizierende, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung und gegen Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters- und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung **eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers** durch aktive Beteiligung führender Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung
Einspruch mit Hinweis auf Anerkennung und führende Beteiligung durch **Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident von NRW und danach Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland auf der KOMMTECH'88 in Essen** (Anlage VB-AA)
Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: **1 Jahr vor dem Mauerfall**
Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung
auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:
Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung
Hochqualifizierte Präsentation von Themenschwerpunkten wie **Künstlicher Intelligenz und Robotics** mit professioneller Doku **für die Zukunft Deutschlands**
Heute: Politisch motivierte Sklavenhaltung wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Justiz mit

Opfer verhöhnen und diskriminierenden Zwangsmaßnahmen gegen Zerschlagungsoffer am Amtsgericht Velbert und Landgericht Wuppertal
13. Gegen abqualifizierende, unverhältnismäßige Opferkriminalisierung und gegen Eskalation verfassungswidriger Justiz mit unverhältnismäßiger Alters- und Generationen-Diskriminierung trotz Anerkennung

eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsoffers

Fortsetzung der politisch motivierten, bundesweiten Sippenzerschlagung mit Opferdiskriminierung, Opferkriminalisierung und Opferterrorisierung nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsoffers mit

Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa:

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, **sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie**

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und

EU-Generaldirektoren, Bundesminister,

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

14. Nach Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 nicht den Hauch einer Chance:

Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems! Seit 1998:

Im Alter von 80 Jahren: Verfassungswidrige Alters- und Generationen-Diskriminierung durch nachrückende Generationen

Ausgehobelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt:

Politisch motivierte Sklavenhaltung seit 2010, seit über 10 Jahren, ohne Chance nach

politisch motivierter Sippenzerschlagung am Wohnort und am Geburtsort unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

mit extrem unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010

wegen verheerender Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Rehabilitierung, Schadenersatz und zu kausalen Zusammenhängen

mit verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen

mit Benutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto seit 2013,

mit Gerichtsverfahren am laufendem Bande, parallel und hintereinander, an Verwaltungsgerichten in Regensburg, Düsseldorf und Berlin,

an Amtsgerichten in Mettmann und Velbert,

am Landgericht Wuppertal, am Sozialgericht Düsseldorf,

durch mehrere Instanzen bis zum Bundesverfassungsgericht

ohne Wochenende-Ruhe, ohne Weihnachts-Ruhe, ohne Oster-Ruhe, ohne Urlaubs-Ruhe,

mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin, in den Tod und in Nachlass-Insolvenz,

mit Treib- und Hetzjagd gegen klagendes Opfer mit Täter/Opfer-Umkehr (unverhältnismäßige Opferkriminalisierung)

> > > mit sozialer Zerschlagung durch einen Opfer kriminalisierenden

„Sozialversicherungsträger“ ohne Versicherungsleistungen seit 2010, aber mit Zwangsmaßnahmen zu einer verfassungswidrigen

Krankengrundversicherung.

mit Rundfunksperrung über den Unternehmens-Genozid der digitalen

Innovationselite durch verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000.

mit direktem Schaden durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk durch Verstoß gegen das Presserecht und

mit Zugangssperre zu Politmagazinen. . .

Es ist alles aufgeklärt mit erdrückender Beweislage über Sklavenjäger beim Bundesverfassungsgericht.

15. Rechtsmittel der Anhörungsfrage gemäß §321a ZPO

gegen Beschluss 16 T 225/21 vom 12.Nov.2021 (eingegangen am

27.11.2021) der 16.Zivilkammer am Landgericht Wuppertal

mit unverhältnismäßigem, verfassungswidrigem Versagen von rechtlichem Gehör und

mit unverhältnismäßiger Opfer-, Alters- und Generationen-Diskriminierung mit Opfer, Alter und Generationen diskriminierender Rentenpfändung auf

Pfändungsschutzkonto des 80-jährigen Rentners
nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO vom 07.Okt.2021
an das Landgericht Wuppertal wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen
Beschwerde mit Kopie an Amtsgericht Velbert
nach sofortiger Beschwerde gemäß §567 ZPO vom 06.Sept.2021 an das
Landgericht Wuppertal mit Kopie an Amtsgericht Velbert
nach termingerechter Einspruch vom 25.Aug.2021
gegen manipulierte Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 872/21 auf
Pfändungsschutzkonto zu verfassungswidriger Krankenversicherung inkl.
Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch
GVin Franziska Ritzhaupt mit Einspruch an Amtsgericht Velbert
Mehr Einspruch geht nicht! Daher unverzügliche Einstellung aller
Zwangsmaßnahmen und Rückerstattung der Pfändungsbeträge
Daher: Übergabe und Zurückweisung weiterer Forderungen
rechtsanwaltlicher Vertretungen des „Sozialversicherungsträgers“ wegen
Vorrang für Rehabilitation und Schadenersatz des Zerschlagungsopfers
vor Finanzierung sozialer Zerschlagung
durch Sklavenjäger politisch motivierter Sklavenhaltung.
Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen Beschluss vom
12.11.2021 Aktenzeichen 16 T 225/21 (15 M 1156/21 Amtsgericht Velbert),
weil damit weitere Verzögerungen eingeleitet werden, um
Zwangsmaßnahmen fortsetzen zu können.
Amtsgericht wurde vom Beschwerdeführer zeitgleich über alle Eingaben am
Landgericht informiert, ohne Antwort an den Beschwerdeführer
Rechtsmittel der Anhörungsrüge wegen unverzüglichem Stopp der
Kontopfändung zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung und
wegen unverzüglicher Rückerstattung der durchgeführten Pfändungen
gemäß Anrufungen des Bundesverfassungsgerichts vom 18.Nov.2021 (2
BvR 2171/21, AR 8419/21) und früher.
> > > <http://planning.euro-onli ne.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>
Scroll down after link (page 55)

Schreiben vom 02.Jan.2022 an das Amtsgericht Velbert

Geschäftszeichen 11 C 89/19 mit Antwort (Punkte a-f) zu
Schreiben von Justizbeschäftigten Frank vom 09.12.2021 (eingegangen am
22.12.2021)

Schreiben vom 02.Mai 2022 an das Amtsgericht Velbert

Geschäftszeichen 11 C 89/19 mit Antwort (Punkte g-n)) zu
Schreiben von Justizbeschäftigten Frank vom 16.03..2022 (eingegangen am
27.04.2022)

Schriftsatz vom 24.Juli 2022 an Landgericht Wuppertal mit Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde nach §793 ZPO

gegen Kostenfestsetzungsbeschluss 11 C 89/19 vom 30.06.2022
(eingegangen am 15.07.2022)

Punkt o) Rechtsanwendungen des verfassungswidrigen
Kostenfestsetzungsbeschlusses haben keine Rechtskraft, weil Grundrechte
nicht respektiert werden.

Im Kostenbetrag Gerichtskosten zum 2.Mal berechnet

Soziale Zerschlagung in einem Opferkriminalisierungswahnsinn:
Zerschlagungsopfer hat de facto keine Krankenversicherung mehr,
Versicherungsträger erbringt keine Versicherungsleistungen mehr seit 2010
(seit 12 Jahren)

Krankenversicherung ist verfassungswidrig. Nachweis längst und
ausführlich erbracht.

Nicht nur Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung, darüber hinaus
Alters- und Generationen-Diskriminierung: Kostenbeschluss richtet sich
gegen Rentner im 81. Lebensjahr mit einem herausragenden Lebenswerk:
Zerschlagungsopfer wird wie ein Staatsfeind behandelt, mit
Politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998, seit über 20 Jahren unter
persönlicher Verantwortung von

Schröder, Steinmeier, Merkel und Söder,

wegen seinem herausragenden Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und
Europa

mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution und

professionellem Verlagsservice

Vorgang erfordert Richter-Kompetenz, weil Rechtspfleger nicht in der Lage sind, dem Druck von angewiesenen Staatsanwälten zu widerstehen.

Punkt p) Kostenfestsetzungsbeschluss: Rechtswidrig und asozial verfassungswidrig

Asozial, Alter diskriminierend, rechtswidrig: Gerichtskosten werden bei einem Rentner in fortgeschrittenem Alter ein 2.Mal abkassiert. Mit Nachweis.

Missbrauch von Krankenversicherung für soziale Zerschlagung anstatt für soziale Sicherheit.

Verfassungswidrige Rechtsanwaltskosten, mehrfach diskriminierend für Zerschlagungsoffer: Von klagender Krankenversicherung zu übernehmen und nicht vom Opfer sozialer Zerschlagung, das seine Kosten bis heute selbst tragen muss und keine Rechtsanwälte nutzen kann.

Antrag auf sofortige Einstellung der Kontopfändung auf Pfändungsschutzkonto für Rechtsanwaltskosten zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung und Rückerstattung der monatlichen Pfändungen seit Nov.2021: Sieh Punkt d und e.

Unverzichtbar: Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen und zur Verhinderung sozialer Zerschlagung.

Punkt q) Amtsgericht Velbert ist kein grundrechtsfreier Raum und nicht die Müllhalde für Versagen deutscher Justiz bei politisch motivierten Zerschlagungen

Punkt r) Ablehnungsgesuch gemäß §10 Rechtspflegergesetz gegen Rechtspfleger Jacob wegen Besorgnis der Befangenheit, wegen fehlender Richterkompetenz und Missachtung des Antrags auf richterliche Zuständigkeit.

Punkt s) Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde gemäß §793 ZPO gegen Kostenfestsetzungsbeschluss: Rechtsanwendungen der Sozialversicherung ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig, wenn sie ohne Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz wegen politisch motivierter Zerschlagungen soziale Zerschlagung anstatt soziale Sicherheit bewirken.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 92)

Schriftsatz vom 26.Sept. 2022 an Landgericht Wuppertal mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022

01. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .

> weil schon die Rechtsanwendungen des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsbeschlusses keine Rechtskraft haben, indem Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden,

> weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (sieh Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02),

> weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter dem Versicherungsträger und dieser längst zum Mittäter geworden ist,

> weil schon die Krankenversicherung verfassungswidrig und diese vom Landgericht Wuppertal mit Urteil 7 O 214/12 im April 2015 erzwungen wurde (Nachweis längst und ausführlich erbracht).

> weil der Versicherungsträger nur die soziale Zerschlagung will, seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt und darüber hinaus die Rechtsanwaltskosten für die Durchsetzung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung seit August 2021 vom Pfändungsschutz-Konto pfänden lässt,

> weil der Versicherungsträger nur die soziale Zerschlagung will, indem er sich seit 2011 als „Zeuge verkleidet“, um mit Unterstützung von skrupellosen Staatsanwälten mit Bußgeldverfahren gegen ihn vorzugehen und mit Eskalation Freiheitsberaubung mit psychischer Folter betreibt,

> weil die verwaltungsgerichtlichen Verfahren für politisch motivierte Zerschlagungen wegen Rehabilitierung und Schadenersatz längst Vorrang

haben müssen, ohne dass diese mit ständigen Attacken des Versicherungsträgers behindert und verhindert werden.

> weil in diesem Umfeld eine Abhilfe gemäß §572 ZPO mit Respektierung der Grundrechte des Zerschlagungsopfers nicht entschieden werden kann. Daher Rechtsmittel der Anhöhrungsrüge wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde gegen verfassungswidrige Rechtskosten und wegen Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen.

02. Zerschlagungsopfer mit weltweit herausragenden Lebensleistungen und mit Anspruch auf ein humanes Lebensende ohne Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre)

ohne einen verfassungswidrigen Versicherungsträger, der mit ständigen Attacken als Kläger, als Zeuge und als Verfasser jämmerlicher Erinnerungsschreiben die verwaltungsgerichtlichen Verfahren auf Rehabilitierung und Schadenersatz behindert und verhindert und dafür auch noch Kosten berechnen will.

Brutal verfassungswidrig mit ekelhafter Opferverhöhnung entgegen Art.1 Abs.1 GG. Dieser Versicherungsträger ist längst zum Mittäter geworden, der aus der finalen Zerschlagung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 ohne Versicherungsleistungen maximalen Profit ziehen möchte.

Amtsgericht längst überfordert: Anstatt Opfer kriminalisierenden Versicherungsträger zu verurteilen, werden Opfer kriminalisierende Bußgeld-Verfahren mit einem „als Zeuge verkleideter“ Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen

Darüber hinaus: Amtsgericht Velbert, in denen sich inzwischen Richter verweigern und alles auf den Schreibtisch eines Rechtspflegers schieben, kann keine Abhilfe gemäß §572 ZPO schaffen, ist hoffnungslos überfordert im kausalen Umfeld von Politik-Versagen, sozialem Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen in direktem Zusammenhang mit den politisch motivierten Zerschlagungen seit über 20 Jahren

03. Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Kostenfestsetzungsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.

04. Bewertung des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsverfahren und aller anderen Verfahren anhand der

Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:

Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig

Politik-Versagen, soziales Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen:

Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern

wegen einem herausragenden Lebenswerk

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen,

mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl.

professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)

Zerschlagungsopfer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und verklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für

Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur

Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022

Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,

jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten

Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche

Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz)

zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit

Rückendeckung durch Berlin seit 1998

05. Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht

„Bürger sind keine Untertanen“
„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“
„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
**sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem
Lebenswerk nachgewiesen wie**
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und
EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und
Verwaltung
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>
Scroll down after link (page 124)

**Schriftsatz vom 24.Dez. 2022 an Landgericht Wuppertal mit Erinnerung
an Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO vom 28.09.2022
wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom
24.07.2022**

gegen Beschluss des Rechtspflegers am Amtsgericht Velbert Jacob vom
17.10.2022 (erneut zugesandt am 13.12.2022)
gegen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 01.12.2022 der Debeka
Krankenversicherungsverein (Geschäftszeichen 15 M 1627/22,
abgestempelt mit „Jacob Rechtspfleger“,
gegen Rechtspfleger Jacob mit Ablehnungsgesuch vom 28.09.2022 gemäß
Punkt r) auf Seite 3 in Anlage LG-04(KV)

**06. Information über neue Verfassungsbeschwerde gemäß
Anlage LG-03 (KV)**

Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitation und Schadenersatz an den
Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung
wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher
Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten
Berlin und Düsseldorf

**wegen Sabotieren von Rehabilitation und Schadenersatz durch
Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen**

am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am
Sozialgericht Düsseldorf

mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung /
Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr

Daher: Antrag auf Opferschutz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 153)

**Schriftsatz vom 20.Feb.2023 an Landgericht Wuppertal
mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO
gegen Beschluss 16 T 133/22 (11C 89/19 Amtsgericht Wuppertal) der
16.Zivilkammer des Landgerichts vom 01.Feb.2023 (eingegangen am
09.02.2023)**

**nach Erinnerung vom 24.12.2022 an Rechtsmittel der Anhörungsrüge
nach §321a ZPO vom 28.09.2022 wegen Versagung einer Bescheidung
der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022**

**07. Totales Justiz-Versagen mit Opfer-Kriminalisierung,
Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung, wenn von
Staatsanwälten und Rechtspflegern die Judikative ausgeschaltet wird und
letztere den untauglichen Versuch unternimmt, sich vor dem Opfer auch
noch zu rechtfertigen, anstatt Staatsanwälte und Rechtspfleger in die
Schranken zu weisen**

Beschlüsse sind verfassungswidrig, wenn Grundrechte nicht respektiert
werden. Wer Grundrechte nicht respektiert, hat auch keinen Respekt vor der
älteren Generation und ihren Leistungen.

Brutal verfassungswidrig: Je älter das Opfer (82.Lebensjahr), umso weniger
judikative Bereitschaft, Grundrechte zu respektieren.

2 Verfassungsbeschwerden und eine Erinnerung an Rechtsmittel der
Anhörungsrüge waren notwendig, um überhaupt Bescheidung einer
sofortigen Beschwerde zu erreichen, diese auch noch ohne Respektierung
von Grundrechten. Mit 2 Verfassungsbeschwerden kriminelle

Grundrechtsverletzungen nachgewiesen.

> > > nach Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2262/22 vom 10.12.2022
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitation und Schadenersatz an den
Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung

> > > nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.2023 /
31.01.2023 (mit Anlage LG-03 (KV) vorgelegt: Schriftsatz vom 24.12.2022)
wegen 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

> > > nach Schriftsatz vom 24.12.2022 an die 16.Zivilkammer des
Landgerichts Wuppertal
mit Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO vom
28.09.2022 wegen
Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022
gegen Beschluss des Rechtspflegers am Amtsgericht Velbert Jacob vom
17.10.2022 (erneut zugesandt am 13.12.2022)
gegen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 01.12.2022 der Debeka
Krankenversicherungsverein (Geschäftszeichen 15 M 1627/22,
abgestempelt mit „Jacob Rechtspfleger“,
gegen Rechtspfleger Jacob mit Ablehnungsgesuch vom 28.09.2022 gemäß
Punkt r) auf Seite 3 in Anlage LG-04(KV)
Erschwerend: Vorsitzende Richterin am Landgericht Voßwinkel
ist auch in OWi-Bussgeld-Hexenjagd über 12 Jahre seit 2011 verwickelt
(Sieh Kapitel 08)

08. Brutal unverhältnismäßig und verfassungswidrig:

**Nach über 25 Jahren Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und
Europa mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und
KOMMTECH bis 2003**

**mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in
Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren
wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.**

**mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales
Innovationswachstum**

**durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte
Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der
Digitalbranche).**

Jetzt 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen in 2023:

Skrupellose Staatsanwälte manipulieren und sabotieren die Justiz für
Rehabilitation und Schadenersatz politisch motivierter Zerschlagungen am
Wohnort und am Geburtsort mit einer Überflutung von Gerichtsverfahren
gegen einen Rentner im 82.Lebensjahr, Schadenersatz für eine Treib- und
Hetzjagd gegen ihn und seinen Bruder in den
wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012 erzwungener Tod seines
Bruders)

Skandalös: 2 Verfassungsbeschwerden und eine Erinnerung an Rechtsmittel
der Anhörungsrüge waren notwendig, um überhaupt Bescheidung einer
sofortigen Beschwerde zu erreichen, diese auch noch ohne Respektierung
von Grundrechten.

Brutal verfassungswidrig: Verwerflicher Kostenfestsetzungsbeschluss zu
einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu
Versicherungsleistungen seit 2010,
mit laufender Kontopfändung zu horrenden Kosten eines Rechtsanwalts, der
für diese verfassungswidrige Krankenversicherung verantwortlich ist, mit
Kontopfändung der Rente, mit Kontopfändung der Energiepauschale, die
alle deutschen Bundesbürger mit einem „Doppel-WUMS“ der Deutschen
Bundesregierung erhalten haben.

Daher zurückzuweisen mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a
ZPO: Verwerflicher Beschluss 16 T 133/22 (11C 89/19 Amtsgericht
Wuppertal) der 16.Zivilkammer des Landgerichts vom 01.Feb.2023
(eingegangen am 09.02.2023) einschließlich aller Kosten
der nur Missbrauch sozialer Sicherheit für soziale Zerschlagung bedeutet.
Beschluss der Einzelrichterin ist ein Skandal,

weil Menschenrechte mit Füßen getreten werden, Europäisches
Menschenrecht auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK rücksichtslos
ohne Beachtung,
weil Richterin nicht den Mut hat, skrupellosen Staatsanwälten ihre Grenzen
aufzuzeigen.
Staatsanwälte unterstützen nicht nur den klagenden

„Sozialversicherungsträger“, sondern sind auch maßgeblich an den politisch motivierten Zerschlagungen beteiligt, gegen das beklagte Opfer, das sich seit 2010 keinen vertrauenswürdigen Rechtsanwalt mehr leisten kann.

Daher Antrag auf Opferschutz in den Verfassungsbeschwerden. Grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG ist längst Rechtsanspruch, weil keine Abhilfe seit 1998 (25 Jahre).

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 182)

Schriftsatz vom 20.März 2023 an Landgericht Wuppertal 16 T 133/22 mit Benachrichtigung über Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde

gegen Beschluss 16 T 133/22 vom 27.02.2023 (eingegangen am 08.03.2023)

nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO

gegen Beschluss 16 T 133/22 (11C 89/19 Amtsgericht Velbert) der 16.Zivilkammer des Landgerichts vom 01.Feb.2023 (eingegangen am 09.02.2023)

09. Termingerechte Verfassungsbeschwerde nach Versagung von rechtlichem Gehör gemäß Art.103 Abs.1 GG zu den Ausführungen der Kapitel 07 und 08 im Schriftsatz vom 20.02.2023 und mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG, weil keine Abhilfe seit 1998 (25 Jahre)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 224)

Schriftsatz vom 05.April 2023 an Landgericht Wuppertal 16 T 133/22 mit Benachrichtigung über Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023

gegen Beschluss 16 T 133/22 vom 27.02.2023 (eingegangen am 08.03.2023)

nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO

gegen Beschluss 16 T 133/22 (11C 89/19 Amtsgericht Velbert) der 16.Zivilkammer des Landgerichts vom 01.Feb.2023 (eingegangen am 09.02.2023)

10. Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 gemäß Kapitel 09.

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 < mit sozialer Zerschlagung im 82.Lebensjahr

wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum

Sabotierung von Wiederaufbau, Rehabilitation und Schadenersatz mit Überflutung durch Gerichtsverfahren mit dem Ergebnis von verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, ausschließlich verursacht durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998.

Brutal verfassungswidrig, Gerichte und Verfahren übergreifend, Opferkriminalisierungswahnsinn, nicht nur Altersdiskriminierung, sondern auch altersfeindliche Generationen-Diskriminierung durch junge Richtergeneration.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf>

Scroll down after link (page 254)